

# ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift  
1. Jahrgang  
Heft 4 (Dezember 1990)

---

Herausgegeben vom Forum Marxistische  
Erneuerung e.V. (Wiesbaden)

und

Gertrud Antoni, Christiane Bainski,  
Harry von Barga, Ulrike Bohnenkamp,  
Ulrich Briefs, Olaf Cless, Rainer  
Einenkel, Albert Engelhardt, Heike  
Flessner, Edgar Gärtner, Wolfgang  
Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes  
Henrich von Heiseler, Jörg Huffschmid,  
Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung,  
Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan  
Krull, Steffen Lehndorff, Anja  
Maschinski, Hans-Joachim Müller,  
Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen  
Reusch, Ursula Schumm-Garling,  
Susanne Schunter-Kleemann, Werner  
Stürmann, Cornelia Teller, Harald  
Werner und Elke Vesper

---

Redaktion:  
Albert Engelhardt, Heinz Jung

---

**4 Editorial****Deutschland, die neue Hegemonialmacht?**

- 6** *Frank Deppe:*  
**Der Verfall der US-amerikanischen Hegemonie**  
Die Destabilisierung der weltwirtschaftlichen Ordnung seit Beginn der 70er Jahre
- 26** *Jörg Huffschnid:*  
**Beschleunigung oder Krise der Integration?**  
Bemerkungen zur Rolle und inneren Verfassung der EG nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa
- 36** *Ernst Lüdemann:*  
**Das ökonomische Potential des 'neuen Deutschland'**
- 47** *Joachim Bischoff:*  
**Vom Wirtschaftsriesen zur europäischen Hegemonialmacht**
- 56** *Michael Wendt:*  
**Das neue Deutschland: Eine ökonomische Supermacht?**
- 63** *Georg Fülberth:*  
**Fischer-Chöre und Arbeiterklasse**  
Zur sozialdemokratischen Linie nationaler Interessenvertretung
- 71** *Peter Hess:*  
**Über die Aktualität der Imperialismustheorie**
- 80** *Ernst Engelberg:*  
**Bismarck und die Reichsgründung 1871**
- 
- 85** *Die GRÜNEN im Bundestag:*  
**Grundorientierung eines ökologisch-solidarischen Weltwirtschaftskonzepts**
- 92** *Herbert Schui:*  
**Sind wir nun alle Marktwirtschaftler?**  
Das Dilemma eines Paradigmenwechsels
- 103** *AutorInnengruppe:*  
**Vom 'realen Sozialismus' ins 'balkanisierte Armenhaus'?**  
Osteuropa - Ursachen und Perspektiven des gesellschaftlichen Umbruchs
- 113** *Friedrich Tomberg:*  
**Auf dem Weg zur demokratischen Weltgesellschaft**  
Die Sackgasse des Sozialismus in einem Land

- 124** *Manfred Grieger:*  
**Die Rückkehr des Unveränderten?**  
Die Auflösung der sozialistischen Ländergemeinschaft in welt-systemtheoretischer Sicht

- 135** *Lutz Bäuerle:*  
**Der schwierige Abschied von Fixsternen**  
Anmerkungen zu Heinz Jung: Der Zerfall des Sozialismus... (Z 2, Juni 1990)

- 141** *Paul Schäfer:*  
**Die unverstandene Gesellschaftsformation**  
Mehr als eine Replik auf Heinz Jung

- 
- 161** *Johannes Henrich von Heiseler:*  
**Moskauer Gespräche**  
Interviews mit Richard Kossolapow und Wadim Damier

- 
- 179** *Peter Jehle:*  
**Gramsci und die Theorie der Zivilgesellschaft**  
Internationale wissenschaftliche Konferenz im März 1991

- 180** *Jörn Schütrumpf:*  
**Die Zeitschrift 'UTOPIE kreativ'**

- 
- 183** **Buchbesprechungen:**  
Marktsozialismus (H.Jung), Haug-Tagebuch (H.Jung)

**5 Impressum****84 AutorInnen****160 Vorschau**

## Editorial

Deutschland in den Grenzen vom 3. Oktober 1990 hat gewählt. Die Zahlenkolonnen des amtlichen Endergebnisses lassen die Frage nach dem Was und Warum offen. Wer dagegen die Bonner Regierungspolitik in den nächsten Jahren bestimmen wird, war schon Monate vor dem Wahltag entschieden worden. Ebenso, daß alternative Optionen zum Vereinnahmungstaumel sich in der Wahlkabine nur randständig zu äußern vermögen werden. Ob dieses Votum ausreicht, zwei linken Oppositionsparteien Abgeordnetensitze und Diäten zu sichern, war für viele Linke die eigentlich bewegende Frage dieses Herbstes.

Damit ist auch das Jahr 1990 bilanziert. Die Gemeinde der Trauernden und Hinterbliebenen wird größer. Das innenpolitische Kräfteverhältnis hat sich nach Rechts verschoben; gesellschaftliche Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sollen zukünftig nach links wasserdichter gemacht werden. Der Abgang des Sozialismus auf deutschem Boden hat eben nicht nur seine eher unkritischen AnhängerInnen im Regen des konservativen Triumphalismus stehen lassen. Der Strudel der Ereignisse, durch die sich - nach dem spektakulären Auftakt der 'ersten friedlichen deutschen Revolution' - als beständiger Leitfaden eher ministerialbürokratische Vorlagen denn öffentlicher und demokratischer Diskurs ziehen, mündet in einer Niederlage der Linken insgesamt. Im Medienereignis 'Wende & Einheit' nehmen sie den Platz der Zuspätgekommenen, bestenfalls den exotischer Nachdenklichkeit und Selbstvergewisserung ein.

Mit der neuen Bundesrepublik Deutschland wird die Welt zu rechnen haben. Die Zwei-minus-eins-Vereinigung erhöht sprunghaft die ökonomischen und politischen Ambitionen des deutschen Kapitals. Inwiefern sich die damit verbundenen Kalkulationen auf Dauer tatsächlich rechnen werden, ist noch nicht entschieden. Zu sehr ist das 'deutsche Jahr' in Prozesse des Wandels internationaler Konstellationen und Koordinaten eingebunden.

'Z' wird auch 1991 erscheinen. Mit dem diesem Heft beiliegenden Werbematerial wollen wir darauf aufmerksam machen, daß das Projekt jedoch im kommenden Jahr einer stabileren finanziellen Mindestausstattung bedarf, um diese Absicht realisieren zu können. Wir appellieren vor allem an die Zahlungsmoral unserer AbonnentInnen; erst knapp zwei Drittel von ihnen haben bisher die angemahnten Abo-Rechnungen beglichen. Zum zweiten spricht die relativ große Zahl der gerade in den letzten Wochen eingegangenen Neu-Bestellungen dafür, daß ein recht großer Kreis potentieller AbonnentInnen erst jetzt das Projekt 'Z' kennengelernt und zur Kenntnis genommen hat. Wir bitten deshalb alle LeserInnen der Zeitschrift, im Kreis ihrer FreundInnen und Bekannten für ein 'Z'-Abo zu werben oder

ein solches zu verschenken. Der Erlös aus Abonnements und Einzelverkauf soll und kann, so die Zwischenbilanz und Kalkulation, die Herstellungs- und Versandkosten tragen. Auch aus diesem Grund sind wir gezwungen, den Abo-Preis (vier Hefte, incl. Porto) auf DM 45,- zu erhöhen. Um den minimalen Bürobetrieb, Werbemaßnahmen u.ä. finanzieren zu können, bedürfen wir einmaliger Spenden und regelmäßiger Förderbeiträge. An dieser Stelle sei all denen gedankt, die schon im zu Ende gehenden Jahr auf diese Weise das Projekt 'Z' unterstützt haben.

Auch zwecks öffentlicher und fundierter Vorbereitung des schon angekündigten Heftes 6 (Frühsommer 1991) werden wir, zusammen mit der Zeitschrift 'sozialismus' und dem IMSF, am 23./24. Februar in Frankfurt eine zweitägige Diskusstagung zu aktuellen Fragen der 'Kapitalismus-Analyse' durchführen. Nicht nur die InteressentInnen an dieser Tagung seien nochmals auf die sich im Impressum findende neue Redaktions- und Vertriebsadresse von 'Z' verwiesen.

Hinzuweisen ist auch darauf, daß der in Heft 2 veröffentlichte Beitrag von Hartwig Zander ("Die Nacht der Bleistifte") gleichzeitig in Heft 20 der 'Sozialwissenschaftlichen Literaturreisenschau' erschienen war.

Joachim Hetscher hat uns telefonisch und die Redaktion der 'Marxistischen Blätter' schriftlich wissen lassen, daß die Zeitschrift sich keineswegs der Diskussion entziehe. Man habe den Beitrag Joachim Hetschers in Heft 2 sehr wohl als Beitrag zum von uns angestrebten Meinungsaustausch verstanden; schließlich sei der Autor Mitglied des Redaktionskollegiums der 'Marxistischen Blätter'.

"Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden) und Gertrud Antoni, Christiane Bainski, Harry von Barga, Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf Cless, Rainer Einkenkel, Albert Engelhardt, Heike Flessner, Edgar Gärtner, Wolfgang Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes Henrich von Heiseler, Jörg Huffschmid, Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull, Steffen Lehndorff, Anja Maschinski, Hans-Joachim Müller, Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen Reusch, Ursula Schumm-Garling, Susanne Schunter-Kleemann, Werner Stürmann, Cornelia Teller, Harald Werner und Elke Vesper.

Redaktion: A. Engelhardt (0611-378851), H. Jung (06084-2821).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

"Z" erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 45,- (incl. Versandgebühr). Das Einzelheft kostet DM 15,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 501 02, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: "Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung", Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt am Main 1.

Satz: Su Sanne und Pampe PC

Gestaltungskonzept: Udo Tremmel.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

## Der Verfall der US-amerikanischen Hegemonie

Die Destabilisierung der weltwirtschaftlichen Ordnung seit den 70er Jahren

Die Debatten über den Niedergang der US-amerikanischen Vormachtstellung innerhalb des kapitalistischen Weltsystems der Nachkriegsära konzentrieren sich auf zwei, eng miteinander verflochtene Dimensionen von Hegemonie. Auf der einen Seite handelt es sich dabei um die Desintegration der Weltwirtschaftsordnung, die vor allem durch das System von Bretton Woods und die Funktion des Dollar als Weltgeld reguliert worden war. Darüber hinaus hat jedoch die Verbindung von Wirtschafts- und Sicherheitspolitik jene "imperiale Überdehnung" erzeugt, die die Entscheidungsträger der amerikanischen Politik immer mehr mit der "unangenehmen Tatsache" konfrontierte, "daß die Gesamtsumme der globalen Interessen und Verpflichtungen der Vereinigten Staaten heutzutage weit größer ist als die Kraft des Landes, sie alle gleichzeitig zu erfüllen" (Kennedy, 1989, S. 759). Der industrielle Niedergang, die Krise der Landwirtschaft sowie "beispiellose Turbulenzen im Finanzgefüge der Nation" (ebd., S. 773 ff.) stehen mithin in einer engen Wechselbeziehung mit diesen Veränderungen der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Führungsstrukturen.

Die Daten über die wirtschaftliche Entwicklung der USA in den 80er Jahren sind widersprüchlich. Einerseits liegen die USA sowohl beim Wirtschaftswachstum als auch beim Zuwachs der Investitionen (als dem wichtigsten Indikator für Wachstums- und Innovationsdynamik) mit Japan und Großbritannien in der Spitzengruppe der entwickelten kapitalistischen Staaten (Klodt u.a., 1989, S. 11). Dem wird freilich entgegengehalten, daß das vermeintliche "Wachstumswunder" der USA überwiegend im finanziellen und kommerziellen Sektor stattgefunden habe, wo sich auch der höchste Zuwachs der Investitionstätigkeit konzentriert (Magdoff, 1989, S. 357 ff.). Da das "Geldmachen" wichtiger als die "Güterproduktion" geworden sei, verschleiern diese Daten zugleich den fortschreitenden Verfall der nationalen wie internationalen Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der US-amerikanischen Industrie.

Der Anteil der USA an der Weltproduktion von Gütern und Dienstleistungen ist im Zeitraum zwischen 1950 und 1980 von 40 Prozent auf 23 Prozent gefallen. Der Anteil von Japan und Westeuropa erhöhte sich gleichzeitig von 22 Prozent auf 39 Prozent. Als führende Welthandelsmacht wurden die USA in den 80er Jahren von der BRD verdrängt; ihr zweiter Platz wird hart von Japan angegriffen. Die "japanische Herausfor-

derung" auf dem amerikanischen Binnenmarkt war in den 80er Jahren dramatisch - vor allem bei Automobilen, in der Unterhaltungselektronik, bei Werkzeugmaschinen und schließlich auch bei Hochtechnologie-Produkten (Petras/ Morley, 1989, S. 54 ff.). Das jährliche Handelsdefizit der USA schwankte daher in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zwischen ca. 110 und 145 Milliarden Dollar (Hickel, 1990, S. 136). Auf dem amerikanischen Automobilmarkt z.B. - einst, auch weltweit, unumschränkte Domäne des fordistischen Sektors par excellence - haben japanische Automobile ihren Anteil zwischen 1980 und 1990 von 20 auf 29 Prozent gesteigert. Bis 1995 - so lauten die Prognosen - werden die Firmen aus Fernost mehr als ein Drittel des US-Marktes übernommen haben. "Zunehmend lassen (diese Firmen) ... ihre Produkte in amerikanischen Fabriken zusammenbauen, um 'freiwillige' Importbeschränkungen zu umgehen und den hohen Handelsüberschuß mit den USA zu reduzieren ... Bis 1995 wollen Japans Firmen jährlich 2,5 Millionen Fahrzeuge in den USA herstellen, darunter 300.000 für den Export" (Ch. Tenbrock, Amerikanische Automobilindustrie, in: Die Zeit, 7. September 1990, S. 40).

Schließlich hat sich der Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Leistungsverfall und der überdehnten Weltmachtspolitik (die vor allem in den Aufrüstungsprogrammen der Reagan-Administration ihren Ausdruck fanden) in der geradezu explosionsartig ansteigenden Verschuldung der USA aufgedrängt. Das Land, bis vor wenigen Jahren noch weltweit der größte Kreditgeber, verwandelte sich innerhalb weniger Jahre in die größte Schuldner-Nation der Welt. "Während der 80er Jahre verdreifachte sich die öffentliche Verschuldung von \$ 645 Milliarden auf \$ 1,75 Billionen im Haushaltsjahr 1986 - die Nettoauslandsverschuldung wurde Ende 1987 auf \$ 400 Milliarden veranschlagt. Das Haushaltsdefizit betrug während dieses Zeitraums durchschnittlich 4,1 Prozent des Bruttosozialprodukts. Die Ersparnisse (als Anteil am BSP) gingen von 7,1 Prozent während der 70er Jahre auf durchschnittlich 3,4 Prozent während der 80er Jahre zurück" (Herz, 1989, S. 46).

Die britische Ökonomin Susan Strange hat gegen die These vom Verfall der ökonomischen Vormachtstellung der USA eingewandt, daß die Unordnung in den Weltwirtschaftsbeziehungen seit den 70er Jahren weniger auf einen Wandel der objektiven Machtkonstellationen als vielmehr auf politische Fehlentscheidungen in den USA wie in Westeuropa zurückzuführen sei (Strange, 1986, S. 249 f.). Später hat sie ihrer Kritik am Ansatz der "hegemonic decline school" das Argument hinzugefügt, daß der relative Niedergang der US-amerikanischen Industrie, wie er etwa in der Offensive japanischer und europäischer Automobilhersteller auf dem US-Markt zum Ausdruck komme, nicht unbedingt als ein Indikator für einen ökonomischen Machtverlust der USA in den Strukturen des Weltsystems gelten könne. Da der Anteil der USA an den Weltmärkten der Dienstleistungssektoren (Banken, Versicherungen, Datenverarbeitung) sehr viel profitabler geworden ist als die Industrie, ist es außerordentlich

schwer zu sagen, ob die Industriekonkurrenz aus Europa, Japan und Fernost die USA geschwächt hat oder ob sie gerade Raum geschaffen hat, damit US-Konzerne in den Dienstleistungssektoren expandieren können.

Strange konzediert, daß die USA aufgrund der sinkenden Bedeutung der heimischen Industrie "verwundbarer" geworden seien. Dabei denkt sie an die - derzeit geringe - Gefahr von wirtschaftspolitischen Blockade-Maßnahmen von außen (etwa im Kriegsfall). Die Risiken - und damit die höhere Verwundbarkeit -, denen die Dienstleistungssektoren aufgrund von konjunkturellen Schwankungen und internationalen Finanzkrisen ausgesetzt sein könnten, werden freilich von ihr nicht einmal thematisiert. Die Verschuldungskrise der USA wird von ihr daher auch eher als Folge falscher politischer Entscheidungen denn als Ausdruck einer Hegemonialkrise interpretiert (Strange, 1988, S. 235 ff.).

Wenig überzeugend scheint freilich auch ihre These von der kompensatorischen Funktion des Dienstleistungssektors im Weltmarktzusammenhang für die ökonomische Machtposition der USA. Auf den ersten Blick nehmen US-Konzerne bei Warenhäusern, Werbeagenturen, in der Marktforschung, bei Finanzierungsgruppen, Hotel- und Restaurantketten eine unumschränkte Dominanzposition ein. Auch bei Versicherungsgesellschaften, Medienkonzernen, im Transport- und Luftfahrtsektor haben US-Firmen in der Liste der größten Unternehmungen Spitzenpositionen inne. Diese Informationen sind jedoch wenig aussagekräftig, um die These von der wachsenden Vormachtstellung des US-amerikanischen Dienstleistungskapitals in globalen Dimensionen zu untermauern; denn erstens handelt es sich dabei um traditionelle Domänen amerikanischen Kapitals und zweitens zeigen die Veränderungen im mittleren und unteren Bereich dieser Ranglisten, daß zahlreiche westeuropäische und japanische Konzerne gerade in den Dienstleistungsbranchen zu den Aufsteigern der 80er Jahre gehören. Vollends kehrt sich das Bild um, wenn die Banken und die Handelsgesellschaften betrachtet werden. Hier haben japanische Unternehmen in den 80er Jahren eine eindeutige Vormachtposition erobert, und auch bei den Versicherungsgesellschaften zählen inzwischen 4 japanische, neben 5 US-amerikanischen Firmen zur Spitzengruppe der ersten Zehn in der Welt (UNCTC, 1988, S. 533 ff.).

Schließlich ist gegen die Argumentation von Susan Strange einzuwenden, daß sie die wachsende Bedeutung des international operierenden Dienstleistungskapitals für die Hauptkonkurrenten der USA unterschätzt. Für die sektorale Struktur der internationalen Direktinvestitionen gilt zunächst allgemein, daß die Bedeutung von Investitionen im tertiären Sektor zugenommen hat. So heißt es im neuesten Bericht der UNO über die "Transnationalen Konzerne in der Weltentwicklung": "Während der vergangenen beiden Dekaden hat sich eine radikale Veränderung bei der sektoralen Zusammensetzung der internationalen Direktinvestitionen

vollzogen ... Während der 50er Jahre konzentrierten diese sich vor allem bei Rohstoffen und anderen Primärprodukten und bei der ressourcen gebundenen Industrieproduktion - heute dagegen bei der technologieintensiven Industrieproduktion und bei den Dienstleistungen ... Um die Mitte der 80er Jahre waren etwa 40 Prozent der gesamten Direktinvestitionen ... im Dienstleistungssektor angelegt, gegenüber ca. 25 Prozent in den 70er Jahren und weniger als 20 Prozent in den frühen 50er Jahren. Darüber hinaus sind die internationalen Direktinvestitionen im Dienstleistungssektor zunehmend der dynamischste Bestandteil der Direktinvestitionen in ihrer Gesamtheit geworden ... Alle Indikatoren sprechen dafür, daß sich dieser Trend auch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre fortsetzen wird" (UNCTC, 1988, S. 370). In diesem Prozeß hat sich innerhalb des Dienstleistungssektors noch einmal eine Schwerpunktverlagerung von den Bereichen des Transports, der Kommunikation und der öffentlichen Versorgungsunternehmen in die Bereiche jener Dienstleistungen vollzogen, die mit dem internationalen Finanzsystem und dem Handel verbunden sind. Das aber sind wiederum jene Sektoren, in denen der Aufstieg europäischer und japanischer Konzerne stattgefunden hat (ebd., S. 373).

Das dynamische Wachstum in diesem Sektor konzentriert sich keineswegs einseitig beim US-amerikanischen Dienstleistungskapital. Sein Anteil an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen der USA hat sich zwischen 1966 und 1986 von 32 auf 43 Prozent erhöht; in Japan dagegen stieg dieser Anteil im gleichen Zeitraum von ca. 25 auf 57 Prozent, in der BRD von 10 auf 48 %. Im Jahre 1965/66 betragen die japanischen und bundesdeutschen ausländischen Direktinvestitionen im Dienstleistungssektor zusammen 38 Prozent der US-amerikanischen. Im Jahre 1986 machte die Gesamtsumme der US-amerikanischen Dienstleistungsinvestitionen im Ausland nur noch 91 Prozent der für Japan und die BRD errechneten Gesamtsumme aus. Gleichzeitig wurden die USA zum Hauptempfängerland für Dienstleistungsinvestitionen aus dem Ausland, wobei wiederum Japan, die BRD, aber auch Großbritannien eine führende Rolle spielen (ebd., S. 377). Insofern kann davon ausgegangen werden, daß der Niedergang der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der US-amerikanischen Industrie, die Überschwemmung des amerikanischen Marktes mit Industrieprodukten aus Fernost und Europa, in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Steigerung der ausländischen Dienstleistungsinvestitionen in den USA einhergeht; denn nach wie vor ist ein erheblicher Teil der Dienstleistungstätigkeiten an den materiellen Produktionsprozeß sowie (was in diesem Zusammenhang besonders wichtig ist) an die Warenzirkulation und deren Realisierung auf den nationalen und internationalen Märkten gebunden (vgl. u.a. Bischoff/Detje, 1989, S. 97 ff.).

Die Verwundbarkeit der US-amerikanischen Wirtschaft, die Susan Strange für gering erachtet, stellt sich in solchen Verflechtungszusammenhängen natürlich etwas bedrohlicher dar. Wenn ein wachsender Teil des Kreditbedarfs der hochverschuldeten

amerikanischen Wirtschaft sowie der öffentlichen Hand z.B. durch japanische Anleihen befriedigt wird, so könnten ein Einbruch der Konjunktur, aber auch ein Sinken des Zinsniveaus oder auch starke Verluste bei Spekulationsgeschäften über einen schnellen Abzug von kurzfristig terminierten Anleihen (vor allem aus Japan) zu einer Beschleunigung wirtschaftlicher und finanzieller Krisenprozesse führen. In der Weltwirtschaftskrise von 1929 war Deutschland besonders verwundbar, weil 1929/30 ausländische Kredite - vor allem auch aus den USA - zurückgezogen wurden und dadurch der Absturz sowohl der Produktion als auch die Finanzkrise - bis zum "Bankenkrach" von 1931 - verstärkt wurden.

### Ökonomische Leistungskraft und weltpolitische 'Ordnungsfunktion'

Der Verfall der US-amerikanischen Hegemonie kann also nur angemessen erfaßt werden, wenn der Zusammenhang zwischen der ökonomischen Leistungskraft des US-Kapitalismus mit der weltpolitischen Handlungsfähigkeit und "Ordnungsfunktion" des imperialen Staates der USA berücksichtigt wird. Daher muß die Bedeutung dieses Abstiegs im Kontext a) der Strukturveränderungen auf dem Weltmarkt seit den 70er Jahren, und b) des Wandels der Funktionen der nationalstaatlichen Interventionen sowohl für die innere ökonomische und politische Entwicklung als auch für die Weltwirtschaftsbeziehungen analysiert werden. Die allgemeinen Rahmenbedingungen werden dabei durch den Widerspruch zwischen Wachstum und Transnationalisierung der Weltwirtschaft definiert. In den 80er Jahren ist zunächst eine weitere Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Wachstums - begleitet von größerer, weltwirtschaftlicher Instabilität und von zunehmenden protektionistischen Tendenzen - charakteristisch. Gleichzeitig hat sich jedoch der Prozeß der Transnationalisierung, in dessen Zentrum die Direktinvestitionen der internationalen Konzerne stehen, fortgesetzt. Die innere Struktur dieses Prozesses wiederum vermittelt erste Erkenntnisse über den Wandel der Kräfteverhältnisse und der Konkurrenzbeziehungen auf dem Weltmarkt; denn "... die relative Bedeutung von japanischen und von westeuropäischen Konzernen hat zugenommen, während die der US-Konzerne zurückgegangen ist". Diese wurden aufgrund der Offensive japanischen und westeuropäischen Kapitals auf dem US-Markt selbst gezwungen, sich auf die Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit im eigenen Lande zu konzentrieren (UNCTC, 1988, S. 15 ff.).

In der ersten Hälfte der 80er Jahre kam es zu einem deutlichen Abfall im Wachstumstempo der Weltwirtschaft. Die durchschnittlichen, jährlichen Expansionsraten des Welthandels verringerten sich von 8,5 Prozent (1960-70) auf 5 Prozent (1970-80) und schließlich auf 2,8 Prozent (1980-85). Das Wachstumstempo der Weltproduktion fiel von 6 Prozent (1960-70) über 4 Prozent (1970-80) auf 2,1 Prozent (1980-85). Seit 1986 ist

freilich eine Revitalisierung des Welthandels festzustellen. "Im Jahre 1988 war das Expansionstempo so hoch wie seit 1973 nicht mehr. Besonders rasch nahm der Handel mit Industriewaren (plus 10,5 Prozent) zu" (Klodt u.a., 1989, S. 14/15). Offen bleibt allerdings, ob damit schon einer neuer, stabiler Trend des Wachstums markiert wird (auch im Jahre 1989 hat der Welthandel um 7 Prozent zugenommen, vgl. IPW-Berichte, 8/90, S. 16).

Betrachtet man die innere Struktur der globalen Wachstumsindikatoren, so fällt zunächst auf, daß bei den entwickelten kapitalistischen Wirtschaftsregionen Westeuropa zwischen 1981 und 1986 - im Vergleich zu Japan und den USA - deutlich zurückgefallen ist. Hier deutet sich schon an, in welcher Weise die Befürchtung vor einem Zurückbleiben in der internationalen Wachstumskonkurrenz die Regierungen der EG-Staaten gedrängt hat, einen Konsensus über das Projekt des EG-Binnenmarktes bis 1992 herbeizuführen. Die großen Verlierer in der internationalen Wachstumskonkurrenz sind freilich die Entwicklungsländer in Afrika, im mittleren Osten und in Lateinamerika. Während in Asien der Aufstieg der neu-industrialisierten "Schwellenländer" (Südkorea, Taiwan u.a.) für ein kräftiges, überdurchschnittliches Wachstum gesorgt hat, befinden sich die restlichen Entwicklungsländer in einer tiefen Wirtschaftskrise, die ihrerseits durch die Explosion der Verschuldung seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre noch verstärkt wird.

Diese blockiert nicht nur das innere Wachstum, sondern schwächt zugleich die Position dieser Länder im Welthandel. Außerdem wurden sie als überwiegend rohstoffproduzierende Länder in den 80er Jahren durch die Veränderungen der Terms of Trade sowie durch die heftigen Schwankungen des Dollar-Kurses von beträchtlichen Einkommensverlusten betroffen. "Die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer mit der Finanzierung ihrer Verschuldung beeinflussen direkt ihre Importnachfrage; der Bremseffekt auf den Welthandel ist umso stärker, als Zinserleichterungen für die bestehende Verschuldung und Schuldenerlaß einen Einkommensverlust für die Gläubigerländer bedeuten ... Die Wirtschaftssanierungsprozesse (die den hochverschuldeten Ländern vom IWF diktiert werden, F. D.) haben in der Regel das Wachstum der Inlandsnachfrage dieser Länder beschränkt. In dessen hat sich die Leistungsbilanz deutlich verbessert, und zwar weniger aufgrund der Exportentwicklung, als vielmehr wegen erheblich reduzierter Importe: Tatsächlich stiegen die Importe nur 1987 und 1988 signifikant, was sie zu dem in 1981 erreichten Niveau zurückbrachte" (Europäische Wirtschaft, Nr. 39, März 1989, S. 20). So hat in den 80er Jahren die Konzentration des Welthandels auf die Industrieländer noch einmal von einem Anteil von 48 Prozent (1979) auf 54 Prozent (1986) zugenommen.

Auch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre sind bei einer Beschleunigung des weltwirtschaftlichen Wachstums die Ungleichgewichte sowie die Destabilisierungspotentiale, die die Entwicklung seit den 70er Jahren auszeichnen, keineswegs überwunden worden. Japan und die BRD (sowie die

EG insgesamt) verzeichnen hohe Zuwachsraten, während die Wachstumsdynamik in den USA zunehmend erlahmt, so daß 1990 von der Gefahr einer Rezession die Rede ist. Die Disproportionen in den Außenhandelsbeziehungen halten an: die USA haben nach wie vor ein riesiges Handels- und Leistungsbilanzdefizit. Japan, die BRD und die "asiatischen Tiger" (Südkorea, Taiwan, Honkong, Singapur) erzielen gewaltige Überschüsse im internationalen Austausch von Waren und Kapital.

Dabei fällt auf, daß sich auch bei den großen EG-Staaten Frankreich und Italien, vor allem aber bei Großbritannien, zwischen 1987 und 1989 die Außenhandelsposition - vor allem gegenüber der BRD - zunehmend verschlechtert hat (vgl. IPW-Berichte, 8/1990, S. 17). Für die Verschuldung und die Wirtschaftskrise weiter Teile der Dritten Welt gibt es keine Entwarnung. Schließlich wird durch die Irak-Kuweit-Krise des Jahres 1990 die Verschuldungssituation der USA noch einmal dramatisch zugespitzt werden. Dabei wird sich unvermeidlich der Druck der USA auf ihre "reicheren" Bündnispartner zunehmen, zusätzliche finanzielle und militärische Lasten zu übernehmen.

Schließlich hat auch die wirtschaftliche Krisensituation in den ehemals sozialistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas neue Destabilisierungstendenzen in der Weltwirtschaft verstärkt; denn der Bedarf an Krediten und anderen Hilfsleistungen (bei bereits hoher Auslandsverschuldung in einigen Ländern, wie z.B. in Polen), die diese Länder nunmehr von den entwickelten, westlichen Industriestaaten als Voraussetzung für das Funktionieren der Marktwirtschaft und damit für eine Stabilisierung der Demokratie einfordern, trifft auf eine Konstellation, in der angesichts der Ungleichgewichte auf den internationalen Waren- und Finanzmärkten nur wenige Überschußländer in der Lage sind, wenigstens Teile dieses Bedarfes zu befriedigen.

Zumal in Europa wird diese Konstellation noch durch die deutsche Einigung kompliziert. Auf der einen Seite hat die Einführung der DM in Ostdeutschland das Wachstum der bundesdeutschen Wirtschaft - im Sinne eines keynesianischen Nachfrageschubes - noch beschleunigt. Auf der anderen Seite beschränken die Kosten der deutschen Einheit den Handlungsspielraum der Bundesregierung und der Bundesbank hinsichtlich der Überwindung der Wirtschaftskrisen in anderen Ländern oder auch nur hinsichtlich der Kompensation von Kosten, die mit dem Prozeß der EG-Integration (z.B. im Rahmen der Regionalpolitik) entstehen. Die Gefahren, die vom Verfall des Dollarkurses und von einem Inflationsdruck in Deutschland für die Außenwirtschaftsposition der BRD ausgehen könnten, bilden einen zusätzlichen Unsicherheitsfaktor, der negativ auf internationale Regelungen zur Stabilisierung der weltwirtschaftlichen und -politischen Ordnung einwirken muß.

**S**o zeichnet sich in der globalen Entwicklung zumindest eines sehr deutlich ab: eine neues, systemisches "Regime", eine neue

hegemoniale Struktur, die zugleich globale Ordnungsfunktionen übernehmen könnte, ist nicht in Sicht - wie auch immer im Spätsommer 1990 die Einmütigkeit der von den USA geführten Anti-Irak-Front Konturen neuer weltpolitischer Bündnis- und Handlungskonstellationen im Rahmen der UNO anzudeuten scheint. Gleichwohl sind auf diesem Wege einer militärischen Konfrontation keineswegs jene Hindernisse zu beseitigen, die seit den 70er Jahren als Reaktion auf den Zerfall des Bretton-Woods-Systems der multilateralen Liberalisierung und auf die neuen Anforderungen der Weltmarktkonkurrenz aufgebaut wurden und die sich im Verlaufe der 80er Jahre eher noch verstärkt haben. Während sich - über die Aktivität der internationalen Konzerne und Banken - die Tendenz zur Globalisierung der Gütermärkte (vor allem bei den Hochtechnologieprodukten) sowie der internationalen Finanzmärkte fortgesetzt hat, verfestigte sich in den internationalen wirtschaftspolitischen Beziehungen ein "Neuer Protektionismus", dessen wichtigste Komponenten die "merkantilistische (nationalistische) Konkurrenz", der "ökonomische Regionalismus" sowie der "sektorale Protektionismus" bilden (Gilpin, 1987, S. 394 ff.) Damit sind zugleich Probleme der politischen Ökonomie, d.h. der Rolle der Politik der Nationalstaaten sowie der internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik, in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen und praktisch-politischen Interesses getreten: "Das Regime des Freihandels, das sich in der Wachstumseuphorie der Nachkriegszeit entwickelte, betonte die strikte Trennung zwischen Ökonomie und Politik. Die gegenwärtige Wirklichkeit allerdings, die durch geringes Wachstum, intensive Konkurrenz zwischen den Industriestaaten, anhaltende Armut in der 'Vierten Welt', einen neuen Protektionismus gegen Exporte aus Dritte-Welt-Ländern und verschiedene nichttarifäre Handelshemmnisse bestimmt wird, hat die Aufmerksamkeit auf die politischen Aspekte dessen konzentriert, was früher als reine Marktprobleme begriffen wurde" (Pirages, 1990, S. 3).

**D**er neue Merkantilismus in den Weltwirtschaftsbeziehungen reflektiert vorab die wachsende Bedeutung der Nationalstaaten, deren Politik darauf gerichtet ist, ihre Vorteile aus der globalen Interdependenz zu maximieren, d.h. zugleich, die daraus entstehenden Kosten zu minimieren (Gilpin, 1987, S. 395). Bei den härter gewordenen Kämpfen um die Behauptung auf den Weltmärkten - vor allem in den Hochtechnologie-sektoren - ist es für die international operierenden Konzerne immer wichtiger geworden, daß die Politik des Nationalstaates die Strategien des exportorientierten Wachstums unterstützt. Wenn angesichts der Anforderungen der Weltmarktkonkurrenz nur eine Modernisierung der Volkswirtschaft (mit einem Schwergewicht bei den exportorientierten Sektoren) weiteres Wachstum garantiert, so wird die Politik des Staates zunächst darauf verpflichtet werden, daß er inflationären Tendenzen im Innern bremst, die Lohn- sowie die allgemeinen Sozialkosten dämpft und auf diese Weise versucht, über

Währungsstabilität die Exportposition der einheimischen Kapitale zu verbessern. Diese Politik ist in nahezu allen kapitalistischen Industriestaaten seit den 70er Jahren verfolgt worden. Das Umschalten von der nachfrage- und beschäftigungs- auf eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verfolgt das Ziel, die Inflation in den Griff zu bekommen, die Staatsverschuldung zu reduzieren und die Zuwächse bei den Löhnen und Sozialeinkommen zu begrenzen, um auf diesem Wege eine der Weltmarktkonkurrenz angemessene Modernisierungsstrategie durchzusetzen. In Westeuropa hat diese Politik, die vor allem die Macht der Gewerkschaften schwächen sollte, jenen hohen Stand der Arbeitslosigkeit und jene Wachstumsschwäche mit beeinflusst, die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre - vor allem im Vergleich zu den USA und zu Japan - allenthalben beklagt wurde. "In den entwickelten Marktwirtschaften ist das Wirtschaftswachstum durch eine (nationale) Wirtschaftspolitik beeinträchtigt worden, die die Kontrolle der Inflation stärker betont hat als die Ausdehnung der Nachfrage". Diese politische Schwerpunktsetzung hat ihrerseits dazu beigetragen, daß die wichtigsten Industriestaaten nicht in der Lage waren, "ihre Politik zu koordinieren, um so ein kontinuierliches Wachstum verbunden mit einem inneren und äußeren Gleichgewicht zu sichern" (UNCTC, 1988, S. 20).

Gleichzeitig setzte ein "strukturpolitischer Wettlauf" zwischen den kapitalistischen Industriestaaten ein. Als Reaktion auf das geringe Wachstum, hohe Inflationsraten, steigende Arbeitslosigkeit und große Zahlungsbilanzdefizite gingen die Regierungen dazu über, "ihr industriepolitisches Instrumentarium zu erweitern, um die eigene Industrie in der internationalen Konkurrenz weiterhin stützen zu können" (Junne, 1984, S. 136). Staatliche Förderungsprogramme setzten die Akzente im Bereich der Forschungspolitik auf den Gebieten der Mikroelektronik, der Telekommunikation, der Roboter-Produktion und -Anwendung sowie der Biotechnologie. Dieser Wettlauf, der noch längst nicht beendet ist, wurde zum bestimmenden Moment in der Konkurrenz zwischen den USA, Japan und Westeuropa, wobei die Europäer zu der Einsicht gezwungen wurden, daß sie nur über eine neue Stufe der Integration der nationalen Märkte in der EG sowie über einen Ausbau der Forschungs- und Technologiepolitik auf der EG-Ebene selbst in diesem Wettlauf mittelfristig eine Überlebenschance haben werden. Der "Sprung nach vorn", der in der EG seit 1985 beschlossen wurde, war so auch eine Antwort auf die globale Herausforderung in diesem strukturpolitischen Wettlauf.

Wenn von einer *Tendenz zur Regionalisierung* der Weltwirtschaft gesprochen wird, so erwähnen insbesondere US-amerikanische Autoren zuerst Westeuropa und die EG. In der Tat hat sich der Anteil des innergemeinschaftlichen Handels zwischen den EG-Staaten beträchtlich erhöht: von 1958 bis 1988 stieg dieser Anteil bei den Ausfuhren von 37,2 auf 62,7 Prozent, bei den Einfuhren von 35,2 auf 58,2 Prozent (EG-Kommission, Perspektive '92, Nr.6/1990, S. III). In den USA und in Japan wird daher befürchtet, daß mit der Realisierung des Binnenmarktes ohne

Grenzen bis 1992 sowie mit dem Ausbau einer Währungsunion Westeuropa zu einer "Festung" in der Weltwirtschaft - mit starken Abschließungseffekten nach außen - ausgebaut werden könnte. Die Zunahme der US-amerikanischen sowie der japanischen Direktinvestitionen in der EG, d.h. der Ausbau von Positionen in der Festung, ist eine der Reaktionsformen auf diese Unsicherheit.

Dennoch können die Europäer darauf hinweisen, daß die Tendenz zur Regionalisierung sich keineswegs ausschließlich auf ihren Wirtschaftsraum beschränkt. "Im Mittelpunkt der Diskussion um die Segmentierung der Weltmärkte steht der Handel in der sogenannten Triade, zu der die drei Handelsblöcke Nordamerika, Westeuropa und Japan mit den asiatischen Schwellenländern gezählt werden. Tatsächlich hat der Handel innerhalb der Blöcke ein merklich größeres Gewicht als der Handel zwischen den Blöcken. Vor allem der innereuropäische Handel, aber auch der Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada sowie der der asiatischen Länder untereinander ist größer als die meisten Handelsströme zwischen den Blöcken der Triade" (Klodt u.a., 1989, S. 40). Für eine zukünftige Intensivierung des Warenaustausches innerhalb der Blöcke könnte nicht allein die Vollendung des EG-Binnenmarktes sowie der Abschluß eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und Kanada im Jahre 1989 sprechen. In diese Richtung weist zudem "die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Japan und der Schwellenländern, die sich vor allem in Form von japanischen Direktinvestitionen und Joint Ventures vollzieht" (ebd., S. 41).

So ist es neben dem westeuropäischen Wirtschaftsraum vor allem der pazifische Raum, in dem - auf der Basis eines schnellen industriellen Wachstums, aber auch unter Einschluß des US-amerikanischen Marktes - eine regionale Konzentration entwickelt, bei der Japan mehr und mehr die Funktion eines regionalen Zentrums übernommen hat. "Die interkontinentalen Handelsbeziehungen sind durch verstärkte Warenströme zwischen Nordamerika und Ostasien gekennzeichnet: Der noramerikanische Markt wurde mehr und mehr zum Hauptabsatzmarkt für die Fertigwarenprodukte der asiatischen Länder ... Im übrigen hat sich der beschleunigte Handel dieser Zone um Japan polarisiert. In der Tat hat dieses Land seit 1986 umfangreiche Direktinvestitionen in den meisten asiatischen Ländern getätigt; die daraus resultierende Produktion ist zum großen Teil für den Export bestimmt, insbesondere nach Nordamerika, oder - zumeist in Form von Halbfertigwarenausfuhren - nach Japan" (Europäische Wirtschaft, März 1989, Nr. 39, S. 21; vgl. dazu auch Göbel u.a., 1988).

Die Klagen über den neuen, *sektoralen Protektionismus* in der Weltwirtschaft sind seit den Weltwirtschaftskrisen von 1974/75 und 1980/82 nicht verstummt. Der neue Handelsprotektionismus tritt besonders in der Form von nichttarifären Handelshemmnissen sowie von bilateralen Selbstbeschränkungsabkommen auf. "In den 70er und 80er Jahren haben die meisten Länder auf neue Formen protektionistischer



Praktiken zurückgegriffen; die Handelsrestriktionen waren auf eine breite Produktskala abgestellt: Kraftfahrzeuge, petrochemische Produkte, synthetische Fasern und, besonders ausgeprägt, elektronische Ausrüstungen und Halbleiter" (Europäische Wirtschaft, März 1989, Nr. 39, S. 19).

Der sektorale Protektionismus erstreckt sich mithin vor allem auf die Märkte für Hochtechnologie-Produkte, bei denen die internationalen Konzernstrategien einer internationalen Kartellierung akzeptieren und verfolgen. Solche Abkommen können - wie z.B. zwischen Japan und den USA - als Regierungsvereinbarungen über gegenseitige Marktöffnungen, Quoten und Kooperationsprojekte abgeschlossen werden. Sie können aber auch - mit gleicher Wirkung - als Kooperationsabkommen zwischen verschiedenen, internationalen Konzernen zustandekommen, die bei der Entwicklung neuer Produkte globale Marktabsprachen treffen, um die Amortisation der enormen Entwicklungskosten für diese Produkte zu gewährleisten. Da aber die Grundlagenforschung stets auch die Forschungs- und Entwicklungspolitik der Nationalstaaten berührt, wird diese unvermeidlich in solche Vereinbarungen involviert. So ist der sektorale Protektionismus auch für die Regierungen immer attraktiver geworden. "Er versetzt sie in die Lage, ausländische Märkte offen zu halten, während sie sich eine gewisse Kontrolle über ihre eigenen Binnenmärkte bewahren und eine nationale Präsenz in solchen Sektoren etablieren können. Auf diese Weise wird eher der intraindustrielle als der interindustrielle Handel ermuntert. Die Regierungen erlangen dabei einige der Vorteile der ökonomischen Interdependenz, ohne mit den Kosten eines vollständig liberalisierten Handelsregimes belastet zu werden" (Gilpin, 1987, S. 403).

### Globale Interdependenz und Tendenzen der Desintegration

Der neue Merkantilismus, die Regionalisierung und der neue Protektionismus markieren Tendenzen einer Desintegration bzw. Segmentierung der Weltwirtschaft, die sich vor allem dadurch auszeichnet, daß auf der einen Seite die globale Interdependenz zunimmt, während auf der anderen Seite das "globale Regime", das die USA nach dem Kriege ausgeübt hatten, verfällt und durch politische Regulationsformen oder Regime ersetzt wird, bei denen nationale bzw. (im Falle der EG) regionale Interessen, die von den Regierungen der Nationalstaaten wahrgenommen werden, die Oberhand gewinnen. Sollte sich jedoch diese Widerspruchskonstellation zwischen ökonomischer Globalisierung und politischer Segmentierung in der Weltwirtschaft (die zudem gegenüber den Schwankungen der weltwirtschaftlichen Konjunktur höchst sensibel reagiert) verstärken, sollte es nicht zu einem neuen politischen Ausbalancieren dieser drei Elemente kommen, so werden "die Gefahren, die von weiteren merkantilistischen Konflikten sowie von einem weiter

destabilisierenden ökonomischen Nationalismus ausgehen, in der Zukunft noch zunehmen" (Gilpin, 1987, S. 404).

Dennis C. Pirages hat diese eher pessimistische Bewertung der weltwirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven folgendermaßen zusammengefaßt: "Der Niedergang der US-Hegemonie und der wachsende Einfluß Japans und Westeuropas haben eine neue Ordnung von Regeln, die den internationalen Handel und das internationale Währungs- und Finanzsystem beherrschen, zu einer dringenden Notwendigkeit werden lassen. Dennoch sind angesichts der Differenzen, die zwischen den entwickelten Ländern auf dem Felde der einheimischen Industrie- und Wirtschaftspolitik bestehen, solche Vereinbarungen sehr unwahrscheinlich geworden. Ohne eine signifikante Beschleunigung des weltwirtschaftlichen Wachstums ist es eher wahrscheinlich, daß es zu größeren Konflikte über Subventionen, die Auswahl der Ziele, Zölle und Quoten kommt, die das ohnehin schon komplexe und streitsüchtige Handelssystem noch mehr komplizieren. Ein Teilergebnis solcher Konflikte wäre dann, daß die weniger entwickelten Länder, die gerade begonnen haben, in die industriellen Märkte der Welt signifikant einzudringen, zu den Opfern eines neuen Protektionismus werden könnten, der die Welt auf dem heutigen Niveau der Ungleichheit einfrieren würde" (Pirages, 1990, S. 14).

Die Disziplin der internationalen politischen Ökonomie hat in den 80er Jahren eine Aufwertung oder gar Re-Naissance erfahren (Meyers, 1989). Darin reflektiert sich vorab der Sachverhalt, daß die Veränderungen in den internationalen ökonomischen und politischen Beziehungen seit den 70er Jahren einer gründlichen, wissenschaftlichen Analyse bedürfen, die ihrerseits Auskünfte über zukünftige Entwicklungstendenzen sowie über mögliche bzw. notwendige politische Optionen und Entscheidungen geben könnte. Der Pessimismus, der solchen Analysen in der Regel als Grundstimmung attestiert wird, manifestiert sich zumeist bei US-amerikanischen Autoren, die den Verfall der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Hegemonie der USA als einen quasi-natürwüchsigen Prozeß registrieren, der - auf der Basis der globalen Wachstumsschwäche - von einer fortschreitenden Segmentierung der Weltwirtschaft begleitet wird, in der keine Ansätze die Herausbildung von Elementen eines neuen, stabilen Regulierungsinstrumentariums zu erkennen sind.

Dennoch bleibt es eine Schwäche dieser Ansätze, daß sie bei der Analyse der weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen und der dabei sich akkumulierenden Risiken und Konfliktpotentiale einerseits den Blick auf die hochentwickelten Zentren des internationalen Kapitalismus in Nordamerika, Westeuropa und im pazifischen Raum konzentrieren. Die zunehmende Abkoppelung weiter Teile der "Dritten und Vierten Welt" erscheint so als ein mehr oder weniger bedauernder "Fall-Out" dieser Prozesse, der allerdings nicht zum Nachdenken über Lösungsstrategien zur Bear-

beitung der damit verbundenen Widerspruchspotentiale anregt. Zudem haben diese Wissenschaftler, die die weltwirtschaftliche "Unordnung" seit den 70er Jahren analysieren, die Möglichkeit des Zusammenbruchs des "realen Sozialismus" in Mittel- und Osteuropa sowie die damit verbundene Problematik der Integration dieser Ökonomien in den kapitalistischen Weltmarkt nicht vorausgesehen. Auf der anderen Seite zeichnen sich diese Analysen durch eine allzu enge ökonomistische Perspektive aus, die systematisch der Frage ausweicht, wie die *internationale politische Ökonomie* mit jenen Anforderungen und Widersprüchen umzugehen hätte, die schon in der Gegenwart, mehr freilich noch in der Zukunft aus einer globalen, *politischen Ökologie* resultieren.

### Die Vernachlässigung der politischen Ökologie

Diese Vernachlässigung der politischen Ökologie ist umso erstaunlicher, als seit den frühen 70er Jahren - ausgehend vom Bericht des Club of Rome über die "Grenzen des Wachstums" (1972) - auf die Belastungen aufmerksam gemacht wurde, die aus dem Bevölkerungswachstum und der wachsenden Kluft zwischen armen und reichen Nationen, aus der Erschöpfung der Rohstoffvorräte sowie aus dem exponentiellen Wachstum der Umweltverschmutzung für die gesamte Weltwirtschaft und -politik hervorgehen. Der Bericht "Global 2000" an den Präsidenten der USA (1980) schließlich gelangte zu einer düsteren Prognose für die kommenden Jahrzehnte: "Unter der Voraussetzung, daß sich weltweit die gegenwärtigen politischen, ökonomischen und technischen Entwicklungstrends fortsetzen, wird die Welt im Jahre 2000 noch überbevölkert, verschmutzter, ökologisch noch weniger stabil und für Störungen anfälliger sein als die Welt, in der wir heute leben. Ein starker Bevölkerungsdruck, ein starker Druck auf die Ressourcen und Umwelt lassen sich deutlich voraussehen. Trotz eines größeren materiellen Outputs werden die Menschen auf der Welt in vieler Hinsicht ärmer sein, als sie es heute sind" (zit. n. Grün/Wiener, 1984, S. 48). Die 80er Jahre - so ist inzwischen deutlich geworden - waren für die Bearbeitung dieser Probleme ein "verlorenes Jahrzehnt". Der Präsident der Weltbank, Barber Conable, sagt 1988: "Ein unerbittlicher Tatbestand der achtziger Jahre ist, daß das Wachstum unzureichend war, die Armut weiter zunimmt und daß die Umwelt schlecht geschützt wird. Wenn kein Wandel eintritt, bleibt unseren Kindern durch diese Realitäten eine friedliche, annehmbare und lebenswerte Welt vorenthalten" (zit. n. Sen, 1990, S. 151).

Wenngleich in den 80er Jahren - u.a. auch aufgrund des Verfalls der Erdölpreise - die Diskussion über die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen tendenziell in den Hintergrund getreten ist, so haben die düsteren Prognosen vor allem in den folgenden Bereichen eine allzu frühe Bestätigung erfahren:

- Bevölkerungswachstum, Wirtschafts- und Verschuldungskrise sowie irreversible ökologische Schädigungen in der Dritten Welt haben schon jetzt eine geradezu hoffnungslose Situation erzeugt. "770 Millionen Menschen sind unterernährt, 14 Millionen Kinder sterben jährlich an Hunger, 1,3 Milliarden Menschen haben keine gesicherte Trinkwasserversorgung, 100 Millionen keine angemessene Wohnung und 880 Millionen Menschen können weder schreiben noch lesen" (Renner, 1989, S. 221). Nach Angaben der Weltbank in ihrem "Armuts-Bericht" aus dem Jahre 1990 verfügen 76% der Weltbevölkerung über ein durchschnittliches Jahreseinkommen von unter 2.000 Dollar - darunter 57 Prozent (= ca. 2,9 Milliarden Menschen) mit einem Jahreseinkommen unter 500 Dollar (vgl. Goldberg, 1990, S. 1254).
- Umweltkatastrophen in transnationalen Dimensionen als Folge von "Störfällen" in den sogenannten "Risikoindustrien" (Großchemie, Kernkraftwerke: Bophal, Indien, 1984; Tschernobyl, Sowjetunion 1986; die chemische Rheinverseuchung im November 1986) haben ein neues Risiko- und Katastrophenbewußtsein geschärft: "Die heutigen Risiken und Gefährdungen unterscheiden sich wesentlich von den äußerlich oft ähnlichen des Mittelalters durch die *Globalität* ihrer Bedrohung (Mensch, Tier, Pflanzen) und ihre *modernen* Ursachen. Es sind *Modernisierungsrisiken*. Sie sind *pauschales* Produkt der industriellen Fortschrittsmaschinerie und werden *systematisch* mit deren Weiterentwicklung verschärft" (Beck, 1986, S. 29).
- Gleichzeitig hat die Entstehung globaler ökologischer Probleme wie die Schädigung der Ozonschicht, die globale Klimaveränderung, der saure Regen und die Verschmutzung der Ozeane die Notwendigkeit der internationalen Kooperation der Staaten erhöht: "Es gibt jedoch kaum Anzeichen dafür, daß der Nationalismus schwächer wird, und daß das 'globale Bewußtsein', das für die Lösung dieser Probleme erforderlich ist, sich schnell entwickelt" (Pirages, 1990, S. 18).
- Schließlich ist erst mit dem Zusammenbruch der politischen Systeme der "realsozialistischen" Länder das Wissen über die ökologische Katastrophe in weiten Teilen Ostmitteleuropas sowie über die Kette der "unerklärten Öko-Kriege" in Osteuropa während der vergangenen Jahre öffentlich geworden. In einer polnischen Zeitung wurde im April 1990 die Gefährlichkeit des ökologischen "Kriegsschauplatzes" folgendermaßen beschrieben: "In einem breiten Gürtel von Leipzig über Nordböhmen und Nordmähren bis nach Krakau bietet sich ein Bild der Verwüstung. Schlote von Fabriken und Kraftwerken speien Rauch voll Schwefeldioxyd aus. Saure Regen vernichten Wälder. Wasserströme sind durch Industrieabfälle verseucht und verwandeln sich in Giftkanäle. Im Wasser ist kein Leben mehr. Laut der Polnischen Akademie der Wissenschaften lebt ein Drittel der 38 Millionen Polen in

'Regionen der ökologischen Katastrophe'" (zit. n. Olschies, 1990, S. 141/2).

Es liegt auf der Hand, daß die Überwindung der Wirtschaftskrise dieser Länder durch die Einführung der Marktwirtschaft und deren Integration in den kapitalistischen Weltmarkt überhaupt nur gelingen kann, wenn zwischenstaatliche bzw. internationale "Öko-Regimes" mit Sanierungsprogrammen etabliert werden, die geradezu gigantische Investitionssummen erfordern werden. Je weniger aber solche Regelungen greifen und die wirtschaftliche Entwicklung stagniert (mit der Konservierung von Massenarbeitskräften), um so größer wird die Gefahr, daß der Nationalismus sich zusätzlich über transnationale Öko-Konflikte anheizt.

### Die Überlebtheit des alten Sicherheitsbegriffs

Die Bedingungen von Sicherheit und Stabilität im internationalen System werden keineswegs ausschließlich durch das ökonomische Wachstum, den Grad der Verflechtung und Interdependenz sowie durch die - in der Konsequenz der globalen Umweltkrise immer wichtiger gewordene - "Beherrschung" der stofflichen Voraussetzungen der Reproduktion der "Weltgesellschaft" definiert. Der für die internationale Politik maßgebende Sicherheitsbegriff seit der Entwicklung des Systems souveräner National- und Territorialstaaten besagt zunächst einmal, daß der Staat mit Hilfe der Aufstellung, Ausstattung und Unterhaltung militärischer Streitkräfte, den Abschluß von Verträgen und Bündnissen und Entspannungs- und Abrüstungsmaßnahmen den Schutz seines Territoriums und der politischen und sozialen Interessen seiner Bürger vor Bedrohung von außen gewährleisten muß (Woyke, 1986). Zumal in der Nachkriegsordnung des Systemgegensatzes beruhte die Führungsfunktion der beiden Supermächte USA und UdSSR auf ihren überlegenen militärischen Potentialen in den jeweiligen Bündnisssystemen. "Seit dem Zweiten Weltkrieg sind weltweit 16 Billionen US-Dollar für militärische Zwecke ausgegeben worden. 1986 erreichten die jährlichen Ausgaben eine Höhe von 825 Milliarden Dollar... Die Industriestaaten haben - inflationsbereinigt - ihre Ausgaben seit 1960 verdoppelt; die Entwicklungsländer haben eine Steigerung um mehr als das Sechsfache zu verzeichnen... Die Supermächte und ihre europäischen Verbündeten sind für drei Viertel der weltweiten Rüstungsausgaben verantwortlich" (Renner, 1989, S. 215). Rüstungsproduktion sowie der Handel mit Waffen sind daher auch zu bedeutenden Faktoren der Nationalökonomie wie der Weltwirtschaft insgesamt geworden.

Die herkömmliche Sichtweise von nationaler und internationaler Sicherheit ist jedoch in den letzten Jahren zutiefst erschüttert worden. Zunächst einmal besteht ein offenkundiger Widerspruch zwischen steigenden Sicherheitsausgaben und dem Anspruch, dadurch mehr Sicherheit - im Sinne von Kriegsvermeidung und Friedenssicherung - zu

erzeugen. "Die Staaten haben eine beispiellose militärische Stärke erreicht; trotzdem - oder vielleicht gerade deshalb - ist die Zahl der Kriege und Kriegstoten über die Jahrhunderte ständig größer geworden. Allein in den 80er Jahren wurden 22 Kriege geführt, mehr als jemals zuvor in der Militärgeschichte. Seit 1945 forderten 120 bewaffnete Konflikte - zusammengenommen vergleichbar mit dem Zweiten Weltkrieg - in der Dritten Welt mindestens 20 Millionen Todesopfer. Viele dieser Konflikte sind kaum in das Bewußtsein der westlichen Welt gedrungen, aber einige können sich als Pulverfaß erweisen und sich sehr schnell zu weltweiten Konfrontationen ausweiten" (ebd., S. 217).

Außerdem ist die Bedeutung der Rüstungsausgaben auf das engste mit den in diesem Abschnitt analysierten Veränderungen in den Machtstrukturen der Weltwirtschaft und der internationalen Politik verbunden:

Der Abstieg der beiden Weltmächte USA und UdSSR ist eine unmittelbare Folge der "Überdehnung" der Rüstungsausgaben, die mit ihrer weltpolitischen Führungsrolle legitimiert werden und deren Expansionslogik sich mit dem Rüstungswettlauf zwischen den Systemen immer mehr verselbständigt hat. Die gewaltige Steigerung der Rüstungsausgaben in den USA seit den späten 70er Jahren sollte u.a. die Sowjetunion "totrücken". "Innerhalb der Reagan-Administration herrschte die einflußreiche These, daß ein beschleunigtes technologisches Wettrennen das sowjetische System bis zum Zusammenbruch belasten würde" (Calleo, 1989, S. 119). Im Bewußtsein eines Ronald Reagan mag daher diese Strategie angesichts der Kapitulation der Sowjetunion und des "realsozialistischen Lagers" erfolgreich gewesen sein. Zugleich aber hat diese Politik die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft, also die "zivile Infrastruktur" des US-Kapitalismus, unterminiert, während umgekehrt Japan und die BRD von den vergleichsweise geringen Rüstungsausgaben profitierten.

Noch stärker als die USA hat sich die UdSSR letztlich durch die Rüstungsanstrengungen in die Sackgasse der Stagnation, der Krise und schließlich des Verfalls ihrer hegemonialen Machtposition in der Weltpolitik hineinmanövriert. Angesichts des geringen Entwicklungsstandes des Landes, der systemischen Blockaden einer ökonomischen, technischen und gesellschaftlichen Modernisierung, der Dauerkrise der sowjetischen Landwirtschaft waren die Rüstungsausgaben stets eine höhere Belastung - im Sinne der Absorption von produktiven Ressourcen - als in den kapitalistischen Industriestaaten. Paul Kennedy hat dieses Dilemma der sowjetischen Politik, das zuerst seit 1985 von M. Gorbatschow offen eingestanden wurde und sich inzwischen zu einer tiefen Existenzkrise des Landes gesteigert hat, vor den Ereignissen der Jahre 1989/90 folgendermaßen zusammengefaßt: "Wie jede andere der Großmächte muß sich die UdSSR daher bei der Zuteilung von nationalen Ressourcen entscheiden zwischen den Erfordernissen des Militärs - und der ihm eigenen Fähigkeit, die

russischen Sicherheitsbedürfnisse zu formulieren - und andererseits dem zunehmenden Bedürfnis der russischen Bevölkerung nach Konsumartikeln und besseren Lebens- und Arbeitsverhältnissen, ganz zu schweigen von verbesserten Sozialleistungen ...; und schließlich den Forderungen von Landwirtschaft und Industrie nach Kapitalinvestitionen, um die Wirtschaft zu modernisieren, die Produktivität zu erhöhen, mit dem Fortschritt der anderen Seite mitzuhalten, und auf lange Sicht sowohl die Verteidigungs- als auch die sozialen Bedürfnisse zu befriedigen" (Kennedy, 1989, S. 737).

Die Tendenzen zum "neuen Protektionismus" in der Weltwirtschaft sind zudem unmittelbar mit der Bedeutung der Rüstungsausgaben, der Rüstungsproduktion sowie dem internationalen Handel mit Waffen verkoppelt. Subjekt von Entscheidungen auf diesem Gebiet ist stets der Nationalstaat. Auch die NATO z.B. hat nicht verhindern können, daß die großen Staaten Westeuropas (vor allem Frankreich, Großbritannien und zunehmend auch die BRD) die Entwicklung und Produktion von Waffen als eine zentrale Komponente der nationalen Modernisierungsstrategie verfolgen und zugleich beim Waffenexport - vor allem in die Dritte Welt - blühende Geschäfte machen. Je mehr also die Wachstums- und Modernisierungskonkurrenz zwischen den kapitalistischen Industriestaaten durch die Bedeutung der Rüstungsindustrien im Innern und den Waffenexport nach außen beeinflußt wird, um stärker wird der Einfluß des Nationalstaates, der dazu tendiert, über die Hochrüstung seine Position zu festigen und zugleich diesen Sektor gegen transnationale Liberalisierung abzuschirmen.

Die Völker der Entwicklungsländer der Dritten Welt sind die Hauptopfer dieser Politik. Sie leiden nicht allein unter den Bürgerkriegen und den zwischenstaatlichen Konflikten sowie unter den Militärdiktaturen, die sie unterdrücken und ausbeuten. Vielmehr noch sind die Rüstungsausgaben in der Dritten Welt zum wichtigsten Hindernis für die Überwindung von Unterentwicklung, Massenarmut und katastrophalen infrastrukturellen Versorgungseinrichtungen geworden. Auch die Verschuldungskrise der Dritten Welt - vor allem die Bedingungen ihrer Lösung - werden durch Kriege, Rüstung und Waffenimporte determiniert: "Einer der Hauptgründe der internationalen Verschuldung ... ist der Waffenimport gewesen, der während der 70er Jahre größtenteils durch Kredit finanziert wurde... Es ist schwierig, die aus Waffenkäufen resultierende Schuldenlast abzuschätzen; man hält sie jedoch für beträchtlich. 1989 schätzte der Präsident der Weltbank Conable, daß ein Drittel der Schulden einiger größerer Länder der Dritten Welt auf Waffenimporte zurückgeht. Die Verschwendungssucht von Militärregierungen, die während der 70er Jahre eher die Regel als die Ausnahme waren, ist für die demokratischen Regierungschefs zu einer Belastung geworden" (Sen, 1990, S. 157).

Schließlich wird auch die globale politische Ökologie in hohem Maße durch Rüstungsausgaben, Militarisierung und gewaltsame Konflikte beeinflußt. Auf der einen Seite binden und verschwenden die Rüstungsausgaben Ressourcen, die für die Lösung der nationalen wie globalen ökologischen Probleme mobilisiert werden müßten. Auf der anderen Seite staut sich mit dem Fortschreiten der ökologischen Katastrophe (Wasserknappheit, Luftverschmutzung, Klimaveränderung, Verknappung der Energieressourcen u.a.m.) - wiederum vor allem in den Ländern der Dritten Welt, aber z.B. auch zwischen den Entwicklungsländern in Ost- und Südosteuropa - ein neues Konfliktpotential auf, das den Teufelskreis zwischen wachsender Verelendung und gesteigerten Militärausgaben noch einmal dynamisiert. "Für Verteilungskämpfe um natürliche Ressourcen bieten sich, zumindest aus der Sicht der sich streitenden Regierungen, militärische Lösungen an. Angesichts des grenzüberschreitenden Charakters der Umweltzerstörung verwandelt sich hier ein Nullsummenspiel in ein Spiel ohne Sieger. So fortgeschritten die militärischen Mittel auch sein mögen, sie können verbrauchte Rohstoffe nicht ersetzen und das zerstörte ökologische Gleichgewicht nicht wiederherstellen. Das Einsatz des Militärs verschärft das Problem" (Renner, 1989, S. 233).

So ergibt sich zusammengefaßt, daß mit der Destabilisierung der weltwirtschaftlichen Ordnung seit den 70er Jahren zugleich der traditionelle Begriff von nationaler und internationaler Sicherheit zutiefst problematisiert wurde. Zunehmend werden die mächtigsten Akteure der Weltpolitik mit der Erkenntnis konfrontiert, "daß zumindest langfristig militärisch das nicht zurückzugewinnen und zu sichern ist, was an ökonomischem Einfluß und an Wettbewerbspositionen verloren ging" (Senghaas, 1986, S. 41). Das Ende der Systemkonkurrenz, die ja ihrerseits nicht nur die Führungsposition der Supermächte, sondern zugleich die Steigerung der Militärausgaben legitimiert hatte, wird diese politische Entwertung militärischer Überlegenheit im Hinblick auf die notwendige Neuordnung der weltwirtschaftlichen und -politischen Beziehungen noch einmal verstärken.

Gleichzeitig artikuliert sich immer deutlicher die Erkenntnis, daß eine stabile Neuordnung in globalen Dimensionen, die den neuen Sicherheitsanforderungen Rechnung trägt, weder nach militärisch-politischen noch nach ökonomisch-technologischen Kriterien organisiert werden kann, sondern zugleich die Sicherung der globalen Lebens- und Existenzbedingungen der Menschheit berücksichtigen muß. Auf der Ebene der politischen Rhetorik scheint diese Erkenntnis längst Gemeingut geworden zu sein. So erklärte der Außenminister der BRD, Hans-Dietrich Genscher, am 26. 9. 90 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen: "Wir alle haben die Wahl, entweder die Erde in weniger Jahrzehnten endgültig und unwiderruflich zu zerstören oder verantwortlich damit zu beginnen, natürliche Hilfsquellen und Energievorräte mit Vernunft in fairer Partnerschaft wirklich umwelt-

freundlich zu nutzen" (Frankfurter Rundschau vom 27. 9. 1990). Die offenkundige und zunehmende Entkoppelung von Rhetorik und realen Problemlagen, von Krisendynamik und der Fähigkeit und Bereitschaft zur Krisenbewältigung scheint jedoch zunächst nur einmal Ausdruck der Tatsache zu sein, daß schon zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des "realen Sozialismus" und der Systemkonkurrenz ganz neue Widerspruchs- und Konfliktpotentiale im internationalen System dominierend geworden sind, die weder nach dem traditionellen Begriffsschema des Ost-West-Konfliktes noch nach dem traditionellen Selbstverständnis der westlichen Welt zu begreifen, geschweige denn zu lösen sind.

Es handelt sich bei diesem Text um einen Auszug aus der Rohfassung eines längeren Manuskripts, das im Frühjahr 1991 unter dem Titel "Jenseits der Systemkonkurrenz" erscheinen soll.

## Literatur:

- Elmar Altvater, Sachzwang Weltmarkt, Hamburg 1987.
- Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main 1986.
- Joachim Bischoff und Richard Detje, Massengesellschaft und Individualität. Krise des "Fordismus" und die Strategie der Linken, Hamburg 1989.
- David P. Calleo, Die Zukunft der westlichen Allianz. Die NATO nach dem Zeitalter der amerikanischen Hegemonie, Stuttgart 1989.
- Robert Gilpin, The Political Economy of International Relations, Princeton, New Jersey 1987.
- Heike Göbel u.a., Wachstum im asiatisch-pazifischen Raum. Implikationen für die internationale Arbeitsteilung. Kieler Studien Band 222, Tübingen 1988.
- Jörg Goldberg, Armut und Entwicklung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/ 1990, S. 1254 ff.
- Josef Grün und Detlev Wiener, Global denken, vor Ort handeln. Weltmodelle von Global 2000 bis Hermann Kahn, Freiburg 1984.
- Dietmar Herz, The American School of Decline. Anmerkungen zur Literatur über den Verfall amerikanischer Macht, in: Neue Politische Literatur, Jg. XXXIV/1(1989), S. 41 ff.
- Rudolf Hickel, Wirtschaft, in: Michael Kittner (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1990, S. 126 ff.
- Gerd Junne, Der strukturpolitische Wettlauf zwischen den kapitalistischen Industrieländern, in: Politische Vierteljahresschrift, 25. Jg.(1984), Heft 2, S. 134 ff.
- Paul Kennedy, Aufstieg und Fall der grossen Mächte, Frankfurt/Main 1989.
- Henning Klodt u.a., Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Standortwettbewerb. Die deutsche Wirtschaft auf dem Prüfstand, Kieler Studien Band 228, Tübingen 1989.
- Arthur Mac Ewan and William K. Tabb (Eds.), Instability and Change in the World Economy, New York 1989.
- Harry Magdoff, A New Stage of Capitalism Ahead ? in: Mac Ewan/ Tabb (Eds.), a.a.o., S. 349 ff.
- Reinhard Meyers, Wie viele Schwalben machen einen Sommer ? (Re-) Naissance der Internationalen Politischen Ökonomie, in: Neue Politische Literatur, Jg. 34 (1989), Heft 1, S. 5 ff.

- Wolf Olschies, Unerklärte Öko-Kriege in Osteuropa, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 20.Jg. (1990), Heft 3, S. 117 ff.
- James F. Petras and Morris H. Morley, The Imperial State and the Rise and Fall of US Imperialism, in: Mc Ewan/ Tabb (eds.), a.a. O., S. 44 ff.
- Dennis C. Pirages, Technology, Ecology and Transformations in the Global Political Ecology, in: ders./ Ch. Sylvester (Eds.), Transformations in the Global Political Economy, London 1990, S. 1 ff.
- Michael Renner, Globale Sicherheit: die Forderungen werden immer höher, in: Worldwatch Institute Report, Zur Lage der Welt - 89/90. Daten zum Überleben unseres Planeten, Frankfurt/Main 1990, S. 213 ff.
- Somnath Sen, Verschuldung, Finanzströme und internationale Sicherheit (aus dem SIPRI-Jahrbuch 1990), in: Beiträge zur Konfliktforschung, 20. Jg. (1990), Heft 3, S.149 ff.
- Dieter Senghaas, Die Zukunft Europas, Frankfurt/Main 1986.
- Susan Strange, Politics, Trade and Money, in: L. Tsoukalis (Ed.), Europe, America and the World Economy, Collège d'Europe (Bruges, Belgique) 1986, S. 243 ff.
- Susan Strange, States and Markets, London 1988.
- UNCTC, 1988 = United Nations Centre on Transnational Corporations, Transnational Corporations in World Development, United Nations, New York 1988.
- Wichard Woyke, Sicherheitspolitik, in: W. Mickel (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1986, S. 447 ff.

## UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer  
Alternativen

Geistig und seelisch mobil durch  
Herbst und Winter in den 91er  
Frühling

Deutsche Monatszeitschrift für  
freies Denken und freie Rede

Aus dem Dietz Verlag Berlin

Einzelheft (etwa 100 Seiten) 5,-DM, Jahresabo 60,-DM plus Porto

Bestellung bei:

Zeitungs-Vertrieb Gebr. Petermann GmbH + CoKG,

Kurfürstenstr. 111, 1000 Berlin 30

Jörg Huffschmid

## Beschleunigung oder Krise der Integration?

Bemerkungen zur Rolle und inneren Verfassung der EG nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa

Der Zusammenbruch der politischen und wirtschaftlichen Systeme der osteuropäischen Länder und die Angliederung der DDR an die BRD werfen neue Probleme für die Struktur und Perspektive der europäischen Integration auf. Einerseits: Welche Rolle wird die Europäische Gemeinschaft (EG) als Gesamtformation bei der Neuordnung Gesamteuropas spielen, die in kürzester Zeit mit großer Dringlichkeit auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt worden ist? Wie wirken sich - andererseits - die jüngsten Umwälzungen auf die innere Verfassung der EG selbst, auf Interessen- und Kräftekonstellationen in der EG aus? Anders gefragt: Werden sich die Integrationsfortschritte der 80er Jahre fortsetzen oder möglicherweise unter dem Druck fälliger europäischer Neuorientierungen beschleunigen; oder wird es - unter eben diesem Druck - zu schärferen Widersprüchen und Kollisionen innerhalb der Gemeinschaft kommen, die den Trend der 80er Jahre zumindest verlangsamen, möglicherweise stoppen und umdrehen?

Diese Fragen lassen sich gegenwärtig weder zwingend noch mit einem hohen Grad an Plausibilität eindeutig beantworten - oder gar aus der Logik des Kapitals ableiten. Die folgenden Bemerkungen sollen dazu beitragen, den aktuellen Stand der Integration realistisch einzuschätzen, die widersprüchliche Dynamik aufzuzeigen, die sich mit Osteuropa-Perspektiven und BRD-Erweiterung in der EG zu entfalten beginnt, und Ansatzpunkte für mögliche Varianten der weiteren Entwicklung zu skizzieren.

1. Nach einer längeren Stagnationsphase hat die europäische Integration in den 80er Jahren einen neuen Schub erhalten. Ihre Fortschritte zeigen sich insbesondere auf drei Ebenen:

Das 1979 vereinbarte *Europäische Währungssystem* (EWS) hat die Wechselkursschwankungen zwischen den EG-Mitgliedsländern erheblich verringert und insofern zu einer Verdichtung der Handelsverflechtungen zwischen ihnen beigetragen. Mittlerweile gehören nach dem Beitritt Englands Anfang Oktober dieses Jahres zehn EG-Mitglieder dem EWS an.

Die *politische Zusammenarbeit* der Mitgliedsstaaten vor allem in der Sicherheits- und Außenpolitik ist ausgeweitet, vertieft und in der *"Einheitlichen Europäischen Akte"* (EEA) kodifiziert worden. Dort wird auch erstmals die "Europäische Union" - die außer der Wirtschafts- und Währungsunion auch die politische Union umfaßt - offiziell als Zielbestandteil des Europäischen Vertragswerkes eingeführt.

Die Vollendung des einheitlichen Binnenmarktes bis Ende 1992 wurde Mitte der 80er Jahre von der EG-Kommission vorgeschlagen und ist ebenfalls Bestandteil der EEA. Der *Binnenmarkt 92* gilt seitdem als das Kernprojekt der europäischen Integration und als Motor ihrer neuen Dynamik.

Die ökonomische Verflechtung innerhalb der EG hat sich in den letzten Jahren verdichtet: Der Intra-EG-Anteil am gesamten Außenhandel der Mitgliedsländer stieg von 52,3 % in 1980 auf 58,8 % im Jahre 1987 (bezogen auf die gegenwärtig 12 Mitgliedsländer, vgl. *Europäische Wirtschaft* Nr. 42, S. 269), und der Anteil der grenzüberschreitenden innergemeinschaftlichen Unternehmenszusammenschlüsse an den Fusionsaktivitäten der 1000 größten EG-Konzerne nahm von 18,7 % in 1983/84 auf 29,2 % in 87/88 zu. (Vgl. ebenda, S. 204.)

Auf der anderen Seite ist die offensichtliche Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in der EG im wesentlichen *nicht* auf integrationspolitische Maßnahmen zurückzuführen, sondern vor allem Ergebnis der Revitalisierung kapitalistischer Entwicklungspotentiale, die nicht nur in Europa stattfand: Im Durchschnitt der 80er Jahre fielen der Anstieg von Produktion und Beschäftigung sowie die Verminderung von Arbeitslosigkeit und Inflation in den USA und Japan kräftiger aus als in der EG. Die positive EG-Gesamtbilanz verdeckt überdies sehr divergierende Entwicklungen in und zwischen den einzelnen Mitgliedsländern: Zum einen hat sich der Abstand der Pro-Kopf-Einkommen der ärmeren Länder zum Durchschnitt der EG in den 80er Jahren nicht spürbar verringert, für Griechenland hat er sogar zugenommen (Vgl. *Europäische Wirtschaft*, Nr. 42, a.a.O., S. 241). Zum anderen hat sich in den 80er Jahren ein erhebliches außenwirtschaftliches Ungleichgewicht innerhalb der EG herausgebildet: einem erheblichen Außenhandelsüberschuß der BRD stehen Defizite der meisten anderen Länder gegenüber. (Vgl. *Europäische Wirtschaft*, Nr. 41, a.a.O., S. 113) Schließlich nehmen mittlerweile trotz fortschreitender Integration die Wachstumsraten wieder ab und die Inflationsraten wieder zu. Sogar die Vollendung des Binnenmarktes ist nicht nur für Ende 1992, sondern insofern generell fraglich geworden, als die Mitgliedsländer sich nicht auf eine Vereinheitlichung der Mehrwert- und Verbrauchsteuersysteme einigen können. Für die Bereiche, die erst relativ spät als "Dimension" der Integration entdeckt wurden - z.B. Umweltschutz, soziale Sicherung oder Mitbestimmung in der Wirtschaft - gibt es auf absehbare Zeit unüberbrückbare Gegensätze zwischen den Mitgliedsländern.

2. Trotz dieser Defizite stellt die EG heute unbestritten den ökonomisch und politisch führenden Block in Europa dar. Ihr gegenüber spielen die beiden anderen Integrationsformen kaum noch eine Rolle:

Die *Europäische Freihandelsassoziation* (EFTA), die bei ihrer Gründung 1960 ein vergleichbares Potential an Territorium, Bevölkerung und Wirtschaftskraft umfaßte, verlor kontinuierlich an Gewicht: England, Däne-

mark und Portugal traten von der EFTA in die EG über; die EFTA-Länder verloren - mit der Ausnahme einiger schwedischer Konzerne - weitgehend den Anschluß an die Modernisierungswelle der 80er Jahre; schließlich verstärkte sich in den letzten Jahren die ohnehin immer schon ausgeprägte Außenhandelsabhängigkeit von der EG. Das weitere Schicksal der EFTA ist offen. Österreich hat 1989 einen Beitrittsantrag an die EG gestellt, in der Schweiz und Schweden wird ein solcher Schritt ebenfalls intensiv diskutiert.

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) war 1949 als Alternative zum Marshallplan der USA gegründet worden und sollte den jungen osteuropäischen Volksdemokratien eine attraktive Perspektive vertiefter wirtschaftlicher Zusammenarbeit - nicht nur im Handel, sondern auch bei der Produktion sowie bei Forschung und Entwicklung - mit der Sowjetunion bieten. Nach einigen Teilerfolgen in den 60er Jahren erwies sich die politisch erzwungene Kohäsion in der Phase der Ost-West-Entspannung jedoch als nicht tragfähig und ließ zugunsten einer stärkeren Westorientierung nach. Die RGW-Länder waren nicht in der Lage, den erforderlichen Modernisierungsschub der Wirtschaft zu organisieren. Diese Unfähigkeit wurde in den 80er Jahren durch Kraftakte und Disziplinierungsmaßnahmen verdeckt, bevor die politischen und wirtschaftlichen Strukturen Ende der 80er Jahre endgültig zusammenbrachen. Der schon seit vielen Jahren nicht mehr funktionierende RGW dürfte in Kürze aufgelöst werden.

3. Die spätestens seit dem Zusammenbruch Osteuropas erneut auf der Tagesordnung der Geschichte stehende Neustrukturierung Europas wird im wesentlichen durch die Konzeptionen und Strategien der EG gestaltet werden, die in diesem Prozeß eine hegemoniale Rolle spielt. Soweit jenseits blumiger Erklärungen eine strategische Konzeption der EG-Kommission - als der zentralen europäischen Institution - erkennbar ist, läuft diese auf eine *hierarchische Integration* hinaus, bei deren Gestaltung die übrigen Länder Europas nicht oder nur marginal mitbestimmen können:

- Gegenüber der EFTA hat das Interesse der EG an der 1984 feierlich beschlossenen Herstellung eines dynamischen "Einheitlichen Europäischen Wirtschaftsraumes", den EG und EFTA gemeinsam und gleichberechtigt gestalten sollten, unübersehbar nachgelassen. Die EG-Kommission steht mittlerweile auf dem Standpunkt, daß die EFTA alle (wirtschafts)politischen Entscheidungen der EG von sich aus übernehmen müsse, ohne an ihrer Entstehung beteiligt zu werden. Von den wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen her erscheint eine solche Position realistisch und durchsetzbar. Die EG vermeidet auf diese Weise den schwierigen Prozeß des politischen Interessenausgleichs und der Kompromißbildung, ohne befürchten zu müssen, daß ihre Politik durch wirksame Gegenmaßnahmen von Seiten der EFTA durchkreuzt werden könne.

- Gegenüber den Ländern Osteuropas hat die EG seit 1989 die führende Rolle bei der Anleitung und Steuerung des Umbaus dieser Länder zu kapitalistischen Gesellschaften übernommen. Sie koordiniert im Auftrag von 24 westlichen Ländern (G24 Gruppe) die gesamte Hilfe für Osteuropa, und sie wird auch die Mehrheit an der "Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung" haben, die eigens zur Steuerung des Umbaus in Osteuropa gegründet und diesen Ländern gegenüber eine ähnliche Rolle spielen wird wie der IWF gegenüber den Ländern der Dritten Welt.
- Schließlich hat die EG Ende 1989 mit der Gruppe der 66 AKP-Länder das 4. Lome-Abkommen abgeschlossen, das die für diese Länder eingeräumten Vergünstigungen stärker als die früheren Abkommen unter die Voraussetzung IWF-ähnlicher Strukturanpassungen stellt.

Aus der Sicht der EG als Gesamtformation - die am ehesten von der EG-Kommission entwickelt wird - zeichnet sich also eine Struktur Gesamteuropas ab, die im wesentlichen aus vier hierarchisch miteinander verbundenen Kreisen besteht:

- Der *innerste und alle anderen dominierende Kreis* ist die Europäische Gemeinschaft
- Der *zweite Kreis* wird durch die Länder der EFTA gebildet, mit denen die EG einerseits schon seit Mitte der 70er Jahre durch ein Freihandelsabkommen verbunden ist und die andererseits im wesentlichen von der EG als Außenhandelspartner abhängig sind.
- Der *dritte Kreis* besteht aus den Ländern Osteuropas, in die die EG über Auflagen und Kreditkonditionen relativ direkt eingreifen kann und an deren Umbau unter Anleitung der EG auch die EFTA beteiligt sein wird. Ost- und Südosteuropa scheinen zu einer Einflußzone des westeuropäischen Kapitals zu werden, in der amerikanische oder japanische Konkurrenten wenig Chancen haben.
- Der *vierte Kreis* schließlich besteht aus den AKP-Ländern; sie bilden das abhängige Hinterland der EG in der Dritten Welt.

4. Eine solche Entwicklungsperspektive setzt allerdings voraus, daß eine einigermaßen geschlossene und handlungsfähige Gesamtformation Europäische Gemeinschaften besteht und weiter bestehen wird. Hiervon kann jedoch zur Zeit nicht die Rede sein - trotz aller Integrationsfortschritte der 80er Jahre. Zum einen haben die verschiedenen Erweiterungen der EG - insbesondere die Beitritte Irlands (1973), Griechenlands (1981), Portugals und Spaniens (1986) - dazu geführt, daß die Wirtschaftsstrukturen unterschiedlicher und das Einkommensgefälle innerhalb der EG heute stärker ausgeprägt sind als zur Zeit ihrer Gründung: 1960 lag das niedrigste Prokopfeinkommen eines Mitgliedslandes bei 91,2 % des EG-Durchschnitts, 1990 bei 53,2 %! (Vgl. Europäische Wirtschaft Nr. 42, a.a.O., S. 251) Die 1975 begonnene EG-Regionalpolitik weist

zwar insbesondere seit ihrer Reform im Jahre 1988 prinzipiell in die richtige Richtung einer regionalen Umverteilungs- und Entwicklungspolitik (statt der bislang national quotierten Subventionspolitik); die hierfür vorgesehenen Mittel reichen trotz ihrer beschlossenen Verdopplung zwischen 1987 und 1993 jedoch absehbar nicht aus, eine weitere disparitäre Entwicklung zu verhindern, geschweige denn sie umzudrehen. Die vor allem durch die Deutsche Bundesbank durchgesetzte weitgehende Beschränkung von Wirtschaftspolitik auf Geldangebotspolitik wirkt sich vor allem zugunsten der deutschen Wirtschaft aus und verstärkt deren Gewicht in der Gemeinschaft. Die fast ausgeglichene Leistungsbilanz der EG insgesamt verdeckt die schon erwähnten fundamentalen Ungleichgewichte zugunsten der BRD. Die Wechselkurs- und zahlungsbilanzorientierte Geldpolitik der Bundesbank sorgt dafür, daß der bundesdeutsche Vorsprung weder durch Inflationsimport noch durch Wechselkursanpassung nivelliert wird. Diese Politik zu Lasten anderer Länder, die sich ihr dennoch nicht entziehen können, schafft innergemeinschaftlichen Konfliktstoff.

5. Das seit den 60er Jahren bestehende und in den 80er Jahren zur wirtschaftspolitischen Dominanz erweiterte ökonomische Ungleichgewicht innerhalb der EG zugunsten der BRD wird zu Beginn der 90er Jahre durch die Eingliederung der DDR noch einmal verschärft: Es handelt sich um die erste territoriale Erweiterung der EG, bei der das ökonomische Gewicht des führenden Landes nicht vermindert, sondern sprunghaft vergrößert wird. Auch wenn Deutschland in den nächsten Jahren vor allem mit der Verdauung der früheren DDR beschäftigt sein wird, der gesamtwirtschaftliche Produktions- und Produktivitätsfortschritt sich verlangsamen und in diesem Zusammenhang auch der Außenhandelsüberschuß zunächst zurückgehen wird, kann nicht bezweifelt werden, daß in mittlerer Frist das Gewicht Deutschlands in Europa drastisch steigt. Das betrifft nicht nur das innere Produktionspotential, sondern auch den deutschen Zugriff auf Osteuropa einschließlich der Sowjetunion. Schon die alte BRD war der wichtigste Handels- und Kooperationspartner der RGW-Länder. Jetzt kommen die Kenntnisse, Kontakte und Kooperationsbeziehungen der ehemaligen DDR als wirtschaftlichem Spitzenreiter im RGW hinzu. Beides zusammen verschafft Deutschland einen Wettbewerbsvorsprung bei der Erschließung Osteuropas, der schwer oder kaum einzuholen sein dürfte.

Es könnte in dieser Perspektive sehr wohl geschehen, daß die Eingliederung der DDR in die BRD das Faß der latenten und offenen Spannungen und Konflikte zum Überlaufen bringt; daß Deutschland hiermit jene kritische Schwelle überschritten hat, jenseits derer die gemeinsamen Interessen in der EG seltener werden und keine allseits getragenen Kompromisse mehr gefunden werden: Der Starke ist mittlerweile so stark geworden, daß er - jenseits aller Erklärungen in der Öffentlichkeit - am Interessenausgleich nicht interessiert ist, und die Schwachen besitzen keine Druckmittel

mehr, um Kompromisse zu erzwingen. Unter solchen Bedingungen wird die Zukunft der Integration unsicherer als es vor zwei Jahren noch den Anschein hatte.

6. Der deutsche Bundeskanzler und der französische Ministerpräsident haben dem Präsidenten der EG-Kommission im April dieses Jahres vorgeschlagen, den Prozeß der EG-Integration angesichts der dramatischen Veränderungen in Europa wesentlich zu beschleunigen: Bis Ende 1992 solle nicht nur das Projekt *Binnenmarkt* abgeschlossen, sondern auch die *Wirtschafts- und Währungsunion* verwirklicht sein, deren erste Stufe im Juni 1990 begonnen hat. Darüberhinaus schlugen sie vor, bis zum 1.1.1993 auch die *politische Union* herzustellen. (Vgl. Europa-Archiv, Folge 11/1990, S. D283)

Dieser Brief ist Ausdruck nicht starker gemeinsamer, sondern extrem unterschiedlicher Interessen seiner Verfasser: Frankreich sieht sich erneut mit einem übermächtigen und weniger als zuvor kontrollierbaren Nachbarn konfrontiert und hat alles Interesse daran, dessen Politik in gemeinsame supranationale Strukturen einzubinden; ein Interesse, das im übrigen zu Beginn der 50er Jahre die Haupttriebkraft für die Bildung der Montanunion war. Das Hauptinteresse der BRD besteht demgegenüber darin, die Nachbarn ruhigzustellen und dafür zu sorgen, daß der Angliederung der DDR keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Auch hier bietet sich die Parallele zu 1951 an: Die Mitgliedschaft in der Montanunion war ein entscheidender Schritt auf dem Weg der BRD aus der internationalen Isolierung zur nationalen Souveränität und internationalen Akzeptanz - und hat im übrigen die weitere Entwicklung zum ökonomischen Schwergewicht und zur wirtschaftlich dominanten Position in der EG nicht behindert.

Der materielle Gehalt des Kohl/Mitterand-Briefs ist außerordentlich unrealistisch: Wegen der mangelnden Kompromißhorizonte u.a. bei der Steuervereinheitlichung und der schleppenden Umsetzung der EG-Richtlinien in den Mitgliedsländern wird nicht einmal das Binnenmarktprojekt termingerecht abgeschlossen werden. Die Frage der Wirtschafts- und Währungsunion ist nach wie vor prinzipiell umstritten. Selbst wenn die Mitgliedsländer sich im Dezember 1990 auf ein gemeinsames Modell für ein europäisches Zentralbanksystem einigen können - das dann allerdings fast 100 %ig den deutschen Vorstellungen entsprechen müßte - steht die Verwirklichung der für die 2. und 3. Stufe vorgesehenen Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer noch aus und wird im günstigsten Fall noch viele Jahre benötigen. Hinsichtlich der Politischen Union fehlen bislang alle präzisen und konsensfähigen Vorstellungen über deren Struktur und Funktionen.

7. Die Zukunft der EG scheint nach einem Jahrzehnt deutlicher, wenn auch nicht überwältigender Integrationsfortschritte angesichts zunehmender innerer Probleme und radikal neuer Herausforderungen von



außen heute offener als vor fünf Jahren. Es sind sehr unterschiedliche - bis gegensätzliche - Varianten der weiteren Entwicklung nicht nur prinzipiell denkbar; sie liegen auch insofern im Bereich realer Möglichkeiten, als es für jede von ihnen reale Kräfte und Interessen gibt.

A. Die *erste Entwicklungsvariante* besteht in der *deutschen Einzeldominanz* und der *hierarchischen Durchstrukturierung* der EG und Europas. Dieses Muster ist dann zu erwarten, wenn das faktische Übergewicht Deutschlands politisch voll ausgespielt und eingesetzt wird. Die europäische Gemeinschaft wird im wesentlichen nach den (Stabilitäts)Vorstellungen Deutschlands gestaltet und - mit oder ohne Europäische Zentralbank - in der Wirtschaft vor allem nach monetaristischem Muster gesteuert. Die Handelsungleichgewichte und die daraus resultierenden Abhängigkeiten werden zementiert und stellen geeignete Druckmittel dar, um - in möglicherweise wechselnden Allianzen - die außen-, sicherheits- und militärpolitischen Ambitionen der BRD durchzusetzen. Über die Einräumung einer Sonderrolle für Frankreich - deutsch-französische Brigade u.a.m. - in dieser hierarchischen Struktur erhält Deutschland schließlich auch eine (zumindest Mit)Verfügung über Atomwaffen. Nach innen bedeutet dieses Modell weitere Deregulierungen und Einschränkungen im Bereich der sozialen und Schutzrechte sowie der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Regionale Ausgleichs- und Entwicklungspolitik würde nur soweit betrieben, wie es für die Aufrechterhaltung des inneren Zusammenhaltes der EG erforderlich ist - was in dem Maße weniger der Fall ist, wie autoritäre politische Druckmittel zur Verfügung stehen. Das innere Entwicklungs- und Einkommensgefälle in der EG bliebe also im wesentlichen erhalten und setzte sich nach außen in einer Struktur fort, die mit dem Vier-Kreise-Muster beschrieben wurde. Dabei zerfällt der innere EG-Kreis noch einmal in drei hierarchisch strukturierte Binnenkreise: Deutschland im *Zentrum*, die Mittelmächte Frankreich und England, evtl. noch Italien und Spanien als *erste innere Peripherie* und die übrigen sieben kleineren südlichen und nördlichen Staaten als *zweite innere Peripherie*.

B. Die *zweite Entwicklungsmöglichkeit* besteht in der Zunahme der inneren Ungleichgewichte, latenten Spannungen und offenen Konflikte bis zu dem Punkt, von dem ab die weitere Integration gebremst oder gestoppt, der Trend umgekehrt wird und die Entwicklung in *Desintegration* umschlägt. Eine solche Trendumkehr muß nicht mit spektakulären politischen Katastrophen verbunden sein; sie kann - wie die Krise der Integration in den 70er Jahren - ganz allmählich erfolgen. Sie ist vereinbar mit der Beibehaltung der heute schon bestehenden Freihandelszone in Westeuropa und kann sogar - mit entsprechenden Ausnahmen und Übergangsregelungen - deren Ausdehnung auf Osteuropa einschließen. Das Binnenmarktprojekt wird nicht offiziell abgeblasen, sondern nur nicht vollendet, die noch bestehenden zahlreichen Handelsbarrieren bleiben weitgehend bestehen und werden hier und da je nach nationalen Interessen und Kräfteverhältnissen ausgebaut. Das EWS braucht nicht aufgekündigt, sondern nur nicht wei-

tergetrieben zu werden: Portugal und Griechenland treten nicht bei, England und Spanien behalten ihre größeren zulässigen Schwankungsbreiten der Wechselkurse bei, und im übrigen kann das seit 1979 bereits 10 mal eingesetzte Instrument der Wechselkursanpassung weiterhin und vielleicht sogar häufiger angewandt werden. Für die ab 1.7.1990 geltende Liberalisierung des Kapitalverkehrs gibt es ohnehin verschiedene Ausnahmebestimmungen und Übergangsfristen für einige Länder. Ihr Auslaufen kann immer weiter hinausgeschoben werden. Der wirtschaftliche Zusammenhalt in der EG insgesamt nimmt ab; an seine Stelle treten intensivere Kooperationsbeziehungen zwischen tatsächlich unmittelbar benachbarten Ländern: die skandinavische Region, die Mittelmeerränder, die Alpenländer. England könnte seine starken transatlantischen Verbindungen zu den USA weiter intensivieren. Deutschland und Frankreich würden in einem solchen Fall schlechender EG-Desintegration Positionen starker Einzelkämpfer zufallen.

C. Die *dritte Variante* folgt einem Muster der *Gruppendiformanz*: Der Zusammenhalt innerhalb der EG nimmt durch einen Interessenausgleich und eine innergemeinschaftliche Entwicklungsstrategie zu, die mittelfristig auf die Herstellung annähernd gleichwertiger Lebensverhältnisse zielt. In der Europäischen Zentralbank hat nicht nur die deutsche Bundesbank das Sagen, sondern auch die anderen Länder können ihre Interessen zur Geltung bringen. Die Mittel für die regionale Entwicklungs- und Umverteilungspolitik werden noch einmal erheblich aufgestockt, die makroökonomischen Politiken wirksam koordiniert. Die Kompetenzen des Europaparlamentes werden ausgebaut, die der nationalen Regierungen eingeschränkt.

Diese Festigung der EG nach innen stärkt ihre Position in der Welt. Gegenüber Europa verfolgt sie die gleiche Dominanzstrategie wie in der ersten Variante: faktisches Durchsetzen von EG-Interessen gegenüber der EFTA durch pures ökonomisches Gewicht; politische Kontrolle und Steuerung des Umbaus in Osteuropa; patriarchalische Entwicklungspolitik gegenüber den AKP-Ländern in Richtung auf eine starke Anbindung an die EG.

Wenn der EG die innere Festigung gelingt, gibt es keine europäische Kraft, die sie an dieser autoritären Variante der Neustrukturierung Europas hindern könnte.

D. Schließlich gibt es noch die *vierte Variante* der *konsequenten Demokratisierung Europas*. Ihre Perspektive ist das Europa der Regionen. Eine EG, die nach innen eine Ausgleichs-, Entwicklungs- und Umbaupolitik verfolgt, tritt gleichzeitig nicht als fester und autoritärer Block nach außen auf, sondern öffnet sich den übrigen Ländern und Ländergruppen Europas. Materiell drückt sich das in einer Umbau- und Entwicklungsstrategie aus, deren Bezugsobjekt weder die EG noch die Nationalstaaten, sondern die Regionen Europas sind. Ökonomisch erfordert das einen Ressourcentransfer von reicheren zu ärmeren Regionen. Politisch wird eine solche Konzeption

vor allem die Bedeutung und Autonomie der Nationalstaaten einschränken. Die Ausübung supranationaler Kompetenzen - z.B. in der Geldversorgungs-, Außen- und Sicherheitspolitik, der Mittelverteilung für die Regionalpolitik u.a.m. - werden radikal demokratisiert, indem sie vor allem in die Zuständigkeit des direkt gewählten Europäischen Parlamentes und der von ihm gewählten Institutionen gegeben werden. Daneben erfolgt eine Verlagerung zahlreicher Kompetenzen und Politikbereiche von den Nationalstaaten auf die Regionen und Kommunen, deren Selbstverwaltungsfähigkeit hierdurch gestärkt wird.

8. Es ist nicht nur zum gegenwärtigen Zeitpunkt, sondern wohl prinzipiell nicht möglich, eine eindeutige oder auch nur klar dominierende Option des Kapitals für eine der genannten Varianten zu begründen. Zwar dürfte das Muster der konsequenten Demokratisierung weitgehend abgelehnt werden und insofern eine gemeinsame Negativposition bestehen. Für eine positive Fixierung fehlt jedoch ein kohärentes Interesse "des" Kapitals. Abgesehen von den - gelegentlich allerdings entscheidenden - branchenbedingten Sonderinteressen ist zumindest zu unterscheiden zwischen

- kleinen und mittleren Unternehmen, deren Aktionsradius weitgehend national und regional begrenzt ist und dies im wesentlichen auch bleiben wird
- großen global operierenden Konzernen in einzelnen Mitgliedsstaaten der EG und
- großen global operierenden Konzernen mit Sitz außerhalb der EG.

Die *hierarchische Durchstrukturierung* ist günstig für das deutsche, ungünstig für das nichtdeutsche Kapital. Nutznießer dieser Variante wären insbesondere die kleinen und mittleren deutschen Unternehmen, deren Lage durch die gesamtwirtschaftlichen Vorteile der deutschen Dominanz - niedrige Steuern, hohe Konsumnachfrage, niedrige Import- und hohe Exportpreise - stabilisiert wird. Natürlich genießt auch das deutsche Großkapital diese Vorteile, dem darüberhinaus weitere Gewinne aus der starken Stellung in Europa zufließen. Auf der anderen Seite sind seine Interessen nicht auf Europa beschränkt, sondern global ausgerichtet. Es besteht die Gefahr, daß der Aufbau Europas zu einer Domäne im wesentlichen des deutschen Kapitals amerikanische Multis in Nord- und Südamerika und japanische Konzerne im Pazifikraum zu wirtschaftlichen und politischen Kampfmaßnahmen herausfordert. Deren Ergebnisse könnten die Vorteile einer aggressiv auf Deutschland ausgerichteten Europapolitik langfristig aufwiegen oder sogar übertreffen. Darüberhinaus muß mit erbittertem und nicht aussichtslosem Widerstand der Spitzenkonzerne aus Frankreich, England und Italien gegen eine deutsche Dominanzstrategie gerechnet werden.

Die *Desintegrationsvariante* ist für die meisten Gruppen des Kapitals weniger schädlich als es auf den ersten Blick erscheinen mag - zumal wenn sie nicht mit dem Rückfall in die Kleinstaaterei, sondern mit neuen regionalen

Kooperationsformen verbunden ist. Für *Klein- und Mittelunternehmen* bedeutete das Binnenmarktprojekt in erster Linie die Perspektive eines härteren Wettbewerbsdruckes. Die im Vorgriff hierauf erfolgte - mehrheitlich innerhalb der nationalen Grenzen stattfindende - Konzentrations- und Zentralisationswelle hat die Marktposition der verbliebenen Unternehmen verbessert. Wenn der schärfere Wettbewerbswind nun wegen der Stockung der Integration ausbleibt, ist dies jedenfalls aus der Sicht dieser Unternehmen kein Unglück. Deutsche und europäische *Spitzenkonzerne* haben sich - wie ihre japanischen und us-amerikanischen Konkurrenten - auch vor dem Beschluß zur Vollendung des Binnenmarktes nicht von forcierten Internationalisierungsstrategien abhalten lassen - innerhalb wie außerhalb Europas. Sie werden dies auch in Zukunft nicht tun. Deutsche Konzerne laufen überdies auf dem Weltmarkt weniger in Gefahr, auf politische Abwehrmaßnahmen zu stoßen, wenn der europäische Markt - zumindest der deutsche Teil davon - prinzipiell auch für die außereuropäische Konkurrenz offen ist.

Das Modell der *Gruppendominanz* bringt Vorteile für das gesamte europäische Kapital: Klein- und Mittelunternehmen werden zwar dem rauhen Wind des Binnenmarktes ausgesetzt, können sich dafür aber durch die Vorteile der EG-Dominanz in Europa und durch die Partizipation an den gesamtwirtschaftlichen Transfers aus Rest-Europa in die EG schadlos halten. Das europäische Großkapital verbessert seine Position auf dem Weltmarkt insgesamt durch die Verfügung über ein kohärentes europäisches Hinterland und ein in gewissem Maße einheitliches Auftreten nach außen. Diese kollektive politische Handlungsfähigkeit dürfte auch, anders als im Falle einer deutschen Einzeldominanz, politische Marktabschließungsmaßnahmen von amerikanischer oder japanischer Seite verhindern. Insofern scheint dieses Entwicklungsmuster die Variante zu sein, die aus der Sicht der meisten Kapitale die meisten Vorteile bietet - ohne jedoch ein einheitliches Interesse des Kapitals insgesamt zu konstituieren.

Ernst Lüdemann

## Das ökonomische Potential des 'neuen Deutschland'

Mit dem Entstehen eines einheitlichen deutschen Staates durch die am 3. Oktober 1990 vollzogene Vereinigung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland hat sich die politische Landkarte Europas entscheidend verändert. Bei dieser "Vereinigung" handelt es sich in Wirklichkeit um den Anschluß der DDR an die BRD, der auf eine Vereinnahmung der DDR hinausläuft, insbesondere auf eine Besitzergreifung der DDR-Wirtschaft durch das BRD-Kapital, und zwar mit dem erklärten Ziel, jegliche bisherige Identität der DDR und seiner Bürger auszulöschen, die DDR in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens bis in die letzten Einzelheiten hinein an jene Regelungen und Praktiken anzugleichen, wie sie sich seit 1949 in der BRD herausgebildet haben. Die im "Einigungsvertrag" enthaltenen Übergangslösungen müssen als bloße taktische Zugeständnisse gewertet werden, so daß nach einer gewissen Zeit auch in diesen Fragen der Übergang auf die BRD-Gesetzgebung und -Praxis zu erwarten ist.

Mit der Herstellung der deutschen Einheit haben sich in der ehemaligen DDR nicht nur politische Verhältnisse verändert, sondern auch die Eigentumsverhältnisse und damit die ökonomischen Machtverhältnisse. Diese Entwicklungen vollzogen und vollziehen sich vor dem Hintergrund der faktischen Auflösung des Warschauer Paktes und des RGW sowie eines mehr oder minder schnell vor sich gehenden Übergangs fast aller RGW-Mitgliedsländer (mit Kuba als der noch einzigen Ausnahme) von der als Planwirtschaft bezeichneten zentralistischen Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft.

Aus marxistischer Sicht muß die Tatsache, daß der Versuch, eine zum Kapitalismus alternative gesellschaftliche Ordnung zu schaffen, in allen Ländern, in denen dieser Versuch unternommen wurde, gescheitert ist, als eine wesentliche Veränderung des politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisses im Weltmaßstab, und zwar als eine Stärkung der Positionen des internationalen Finanzkapitals in der Weltwirtschaft eingeschätzt werden. Diese Entwicklung ist nicht nur allen jenen Einschätzungen entgegengesetzt, die in den vergangenen Jahrzehnten von marxistischer Seite zur Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse gegeben wurden. Sie muß auch als für sehr lange Zeit unumkehrbar angesehen werden, da eine reale Alternative weder zu dem auf den Prinzipien der Marktwirtschaft beruhenden ökonomischen System noch zu dem auf entwickelten demokratischen Prinzipien beruhenden politischen System existiert.

Von diesen Prämissen ist auch bei einer Analyse und Einschätzung der im Herzen Europas mit der Herstellung der Einheit Deutschlands eingetretenen Veränderungen des ökonomischen Kräfteverhältnisses auszugehen. Dabei ist zunächst auf zwei wesentliche Unterschiede in der Situation, in der diese gegenwärtigen Veränderungen stattfinden, gegenüber Entwicklungen früherer Jahrzehnte hinzuweisen:

- Seit der Gründung der EWG ist die Position der BRD im ökonomischen Kräfteverhältnis innerhalb dieser Gruppierung durch die im Laufe der Zeit erfolgte Vergrößerung der Zahl der Mitgliedsländer jeweils relativ schwächer geworden. Im Jahre 1960 betrug z.B. der Anteil der BRD am Bruttosozialprodukt der damaligen sechs EWG-Mitgliedsländer 40,2 Prozent, 1975 (nach dem Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Irlands) noch 28,1 Prozent, und er verringerte sich, nachdem inzwischen Griechenland, Spanien und Portugal EG-Mitglieder geworden waren, weiter bis auf 24,4 Prozent im Jahre 1989.<sup>1</sup> Durch den Anschluß der DDR an die BRD tritt nun aber, worauf J. Hufschmid kürzlich in einer Diskussion hinwies, erstmalig eine Stärkung der Position des Spitzenlandes der EG ein. Dies geschieht obendrein durch die Einverleibung eines bisher souveränen Staates, was ein in der jüngeren Geschichte beispielloser Vorgang ist.
- Diese Entwicklung unterscheidet sich von der der vergangenen Jahrzehnte auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Wirtschaftsmacht und internationalem politischen Einfluß. Die BRD hatte bekanntlich in den 50er und 60er Jahren ökonomisch rasch wieder an Bedeutung gewonnen, während ihr internationaler politischer Einfluß zunächst noch begrenzt blieb. Es bestand seinerzeit offensichtlich eine Diskrepanz zwischen diesen beiden Seiten der Position der BRD, was vor allem in jener Zeit auch darin zum Ausdruck kam, daß das Erheben revanchistischer Forderungen Staatspolitik war. Was die strategische Gesamtsituation betrifft, so entsprach die von F.J. Strauß vertretene These, daß die BRD zwar ökonomisch ein Riese, politisch jedoch ein Zwerg sei, insgesamt - wengleich zugespitzt - durchaus der realen Situation.

Erst in den 70er und 80er Jahren war dann das Verhältnis zwischen der ökonomischen und der politischen Seite der internationalen Position der BRD insgesamt ausgeglichener, nicht zuletzt infolge der positiven Rolle, die sie beim Zustandekommen der "Ost-Verträge" und später Ende der 80er Jahre bei den Bemühungen zur Schaffung einer dauerhaften europäischen Friedensordnung spielte.

Bei der Einschätzung der Folgen, die der Anschluß der DDR an die BRD für das internationale ökonomische Kräfteverhältnis haben wird, ist auch zu berücksichtigen, daß die beiden Teile Europas gegenwärtig eine ganz unterschiedliche ökonomische Grundsituation aufweisen:

- Die EG-Länder befinden sich insgesamt - mit zum Teil merklichen Abweichungen im Tempo zwischen den Mitgliedsländern dieser Gruppierung - in einer recht zügigen wirtschaftlichen Entwicklung, die durch eine bisher anhaltende Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs gekennzeichnet ist, dessen Ende noch nicht abgesehen werden kann. Die EG-Länder bewegen sich auf einen einheitlichen EG-Binnenmarkt zu, von dem selbst dann stimulierende Einflüsse für die wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedsländer zu erwarten sind, wenn nicht alle Vorhaben bis Ende 1992 realisiert werden können. Insgesamt ist für die kommenden Jahre von einer ökonomischen und auch politischen Festigung der EG auszugehen.
- Die RGW-Länder befinden sich dagegen ohne Ausnahme in einer Wirtschaftskrise von unterschiedlicher Tiefe, deren Überwindung noch nicht erkennbar ist. Der RGW-Mechanismus funktioniert nicht mehr. Dieses Wirtschaftsbündnis befindet sich in einem Zerfallsprozeß, der durch die Herstellung der Einheit Deutschlands noch beschleunigt wird, weil die DDR für die anderen RGW-Länder der wichtigste Partner bzw. einer der wichtigsten Partner in ihren Außenwirtschaftsbeziehungen war. Die Einbeziehung der DDR in den Bereich konvertierbarer Währungen stellt die RGW-Länder vor kurzfristig nicht lösbare Probleme, wodurch ihre ökonomische Situation weiter angespannt wird.

### Die deutsche Wirtschaftsmacht

Schon diese knappe Nennung einiger mit der Herstellung der Einheit Deutschlands verbundener ökonomischer Fragen läßt erkennen, daß die deutsche Wirtschaftsmacht wachsen wird und daß es sich dabei nicht um eine bloße quantitative Veränderung des internationalen ökonomischen Kräfteverhältnisses handelt: Der in der nun um die ehemalige DDR vergrößerten Bundesrepublik Deutschland organisierte deutsche Kapitalismus ist zum ersten Male seit fast einem halben Jahrhundert - seit dem Ende des 2. Weltkrieges - wieder völlig souverän, und das deutsche Finanzkapital, das wegen seiner Mitverantwortung für den Verlauf der geschichtlichen Prozesse in diesem Jahrhundert - insbesondere in Europa - und als Folge der beiden Weltkriege, in die es tief verstrickt war, insgesamt in der Tendenz deutliche Positionseinbußen hinnehmen mußte, kann seine ökonomische Macht durch die jetzt vor sich gehenden Veränderungen zum ersten Mal wieder vergrößern.

**L**assen sich diese Veränderungen messen? Gewiß, es gibt Maßstäbe zur Bestimmung der ökonomischen Position eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern bzw. in der Welt. Aber wie genau wir auch immer messen mögen, wir werden damit der Vielfalt der Einflußfaktoren,

die diese ökonomische Position bestimmen, nicht voll gerecht werden. Versuchen wir es am konkreten Beispiel:

Das Bruttosozialprodukt (die Summe aller produzierten Waren und erbrachten Dienstleistungen in einem bestimmten Zeitraum, zumeist in einem Jahr) kann als ein allgemeiner, wenngleich nur überschlägiger Maßstab für die wirtschaftliche Leistung eines Landes angesehen werden. Es gibt aber keine zuverlässigen vergleichbaren Angaben über die Größe des Bruttosozialprodukts von BRD und DDR bzw. von EG- und RGW-Ländern.

Daher soll hier versucht werden, einen Vergleich auf der Basis von Angaben für das Bruttosozialprodukt der BRD vorzunehmen. Es belief sich 1989 in jeweiligen Preisen auf 1196 Mrd. US-Dollar bzw. bei 62,0 Millionen Einwohnern auf 19290 US-Dollar je Einwohner.<sup>2</sup> Wenn wir annehmen, daß in der ehemaligen DDR im Jahre 1989 das Bruttosozialprodukt je Einwohner 40 Prozent des Niveaus der BRD erreichte (d.h. 7720 US-Dollar je Einwohner), dann ist der Umfang des Bruttosozialprodukts der DDR für 1989 bei 16,5 Millionen Einwohnern auf 127 Mrd. US-Dollar zu veranschlagen, würde also 10,6 Prozent des Bruttosozialprodukts der BRD betragen. (Es kommt hier weniger auf die exakte Zahl als auf die richtige Größenordnung an. Wenn man das BSP je Einwohner der DDR im Jahre 1989 auf 50 Prozent von dem der BRD ansetzt, dann ergibt sich ein Umfang des BSP der DDR von rd. 160 Mrd. US-Dollar, etwa 13 Prozent im Verhältnis zur BRD; bei einem BSP je Einwohner von einem Drittel des BRD-Niveaus wären es dagegen nur rd. 105 Mrd. US-Dollar bzw. knapp 9 Prozent des BSP der BRD.)

Diesen Angaben zufolge wird die Wirtschaftsleistung des einheitlichen Deutschland um etwa 10 Prozent größer sein als die der bisherigen BRD allein. Auf den ersten Blick ist dies nicht allzu viel. Und in der Tat schrumpft bei näherem Hinsehen die von der ehemaligen Staats- und Parteiführung propagandistisch zu Übergröße aufgeblähte Wirtschaftskraft der DDR wieder auf ihr normales, eher bescheidenes Maß, nämlich auf etwa ein Zehntel von der der BRD, wenn man nur vom Bruttosozialprodukt ausgeht.

**D**och wie relativ gering manchem die auf diese Weise erfolgenden Vergrößerungen der deutschen Wirtschaftsmacht auch erscheinen mag: War die BRD schon bisher das ökonomisch mit Abstand bedeutendste Land in Westeuropa, so ist diese Position durch die Herstellung der Einheit Deutschlands noch bedeutend gefestigt worden. Deutschland hat jetzt 78,5 Millionen Einwohner (im Vergleich mit den zwischen 55 und 58 Millionen in Frankreich, Großbritannien und Italien). Das schon bisher bedeutende wissenschaftlich-technische Potential der BRD ist durch den Anschluß der DDR nicht unerheblich gewachsen, auch wenn mit der unzulässigerweise vereinfachenden und abwertenden Kennzeichnung der DDR-Wirtschaft als "marode" allzu gern ein anderer

Eindruck erweckt wird. Aber der deutsche Kapitalismus kann, auch wenn die Lebensfähigkeit vieler Betriebe in der ehemaligen DDR fraglich oder unsicher ist, über eine große Zahl gut ausgebildeter und erfahrener wissenschaftlich-technischer Kräfte aller Qualifikationsstufen verfügen, deren Fähigkeiten in relativ kurzer Zeit durch zielgerichtete Umschulung ergänzt werden können.

Und schließlich hat sich durch die Herstellung der Einheit Deutschlands der Abstand zu den anderen westeuropäischen Ländern deutlich vergrößert. Wenn man von der oben genannten 40-Prozent-Variante beim Bruttosozialprodukt je Einwohner ausgeht, wächst der Abstand in der Größe des Bruttosozialprodukts, bezogen auf das Jahr 1989, dadurch gegenüber Frankreich um 48 Prozent (von 245 auf 362 Mrd. US-Dollar), gegenüber Großbritannien um 34 Prozent (von 369 auf 496 Mrd. US-Dollar). Der Anteil der BRD am Bruttosozialprodukt der EG, der sich 1989 auf 24,4 Prozent belief, würde sich einschließlich der DDR - je nachdem, welches Niveau des BSP je Einwohner im Verhältnis zur BRD zugrunde gelegt wird - auf 26,5 Prozent (bei einem Drittel), auf 26,8 Prozent (bei 40 Prozent) oder auf 27,3 Prozent (bei 50 Prozent) erhöhen.

Was die Größe des Wirtschaftspotentials des vereinigten Deutschland im Verhältnis zu seinen Haupttrivalen auf dem Weltmarkt - die USA und Japan - betrifft, so ändert sich durch den Anschluß der DDR an die BRD nur wenig. Deutschland bleibt weiterhin deutlich hinter beiden Ländern zurück. Gegenüber Japan verringert sich der Abstand in der Größe des Bruttosozialprodukts, bezogen auf 1989, bei der "40-Prozent-Variante" lediglich um 8 Prozent (von 1622 auf 1495 Mrd. US-Dollar; alle vorstehenden Angaben in jeweiligen Preisen). Das Bruttosozialprodukt Japans bleibt erheblich größer als das Deutschlands, und zwar bei sich vergrößerndem Abstand, weil Japan nach wie vor ein höheres wirtschaftliches Wachstumstempo aufweist (es betrug in den Jahren 1980 - 1989 real durchschnittlich 4,1 Prozent im Vergleich mit 2,0 Prozent in der BRD).

Es ist aber bei diesem Versuch, die Größe des ökonomischen Potentials an Hand von Abgaben über das Bruttosozialprodukt zu bestimmen, noch folgendes zu berücksichtigen:

- Das Bruttosozialprodukt der DDR wurde und wird mit einer Infrastruktur und einem Produktions- und Verteilungsapparat erbracht, die stark verschlissen sind und überwiegend hinter dem Niveau an Modernität zurückbleiben, das durch den gegenwärtigen Stand des wissenschaftlich-technischen Fortschritts möglich ist. Das heißt: Bei dem relativ geringen Erneuerungs- und Modernisierungsgrad hätte die gesamtwirtschaftliche Effektivität der DDR ohnehin über kurz oder lang zurückgehen müssen, auch wenn es keinen Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse gegeben hätte.

- Das Bruttosozialprodukt der BRD hingegen wurde und wird erbracht mit einer Infrastruktur und einem Produktions- und Verteilungsapparat, die überwiegend modern sind, dem erreichten Niveau von Wissenschaft und Technik entsprechen und laufend erneuert werden, woraus auf eine weiterhin hohe und durch den gegenwärtigen Investitionsboom weiter wachsende gesamtwirtschaftliche Effektivität zu schließen ist.

Ergänzend zu den Angaben für das Bruttosozialprodukt sei hier noch auf die zwischen BRD und DDR bestehenden Unterschiede im Umfang des Außenhandels, des für die Beurteilung des erreichten Standes der Internationalisierung der Wirtschaft wichtigsten Bereichs, hingewiesen. Für das Gebiet der ehemaligen DDR wurden vom Statistischen Bundesamt für den Zeitraum Januar - August 1990 Angaben auf DM-Basis veröffentlicht. Daraus kann im Vergleich mit Angaben für den Außenhandel der BRD errechnet werden, daß sich durch den Anschluß der DDR an die BRD der Warenexport Deutschlands im Verhältnis zu dem der BRD allein nur um 5,5 Prozent vergrößert, der Warenimport um 5,2 Prozent. (Dies ist freilich nur das Ergebnis einer bloßen Addition des Außenhandels beider Staaten, also unter der völlig unrealistischen Annahme, daß in der Struktur des Außenhandels durch die Herstellung der Einheit Deutschlands keinerlei Veränderungen eintreten.)

Die genannten Gesamtanteile des Außenhandels sind aber ohnehin nicht sehr aussagekräftig. Etwas deutlicher wird die Position, die bisher die BRD innehatte, wenn ihre Anteile für den Handel mit den EG- und mit den RGW-Ländern getrennt ausgewiesen werden: Im Jahre 1989 war die BRD am Handel zwischen den EG-Ländern mit 27,5 Prozent beteiligt. Mit weitem Abstand folgte mit 15,5 Prozent Frankreich an zweiter Stelle vor Italien (12,3 Prozent), den Niederlanden (11,9 Prozent) und Großbritannien (11,3 Prozent). Am Export der EG-Länder in die RGW-Länder (einschl. DDR) hatte die BRD 1989 sogar einen Anteil von 52,2 Prozent, während auf Italien 14,1 Prozent, auf Frankreich 10,9 Prozent und auf Großbritannien lediglich 6,9 Prozent entfielen. (Ohne die Einbeziehung des Exports in die DDR betrug der Anteil der BRD immerhin noch 45,2 Prozent.) Es ist bei der Bewertung dieser Angaben jedoch zu berücksichtigen, daß auf den Handel zwischen den EG-Ländern 59,9 Prozent des gesamten Exports dieser Länder entfielen (bei der BRD waren es 54,4 Prozent), auf den Export der EG-Länder in die RGW-Länder aber nur 2,9 Prozent (bei der BRD einschl. des Exports in die DDR 5,1 Prozent).<sup>3</sup>

### Die 'harte Mark' wird weltweit investiert

Die Einschätzung der deutschen Wirtschaftsmacht kann jedoch nicht nur an Hand solcher quantitativen Größen wie Bruttosozialprodukt oder Außenhandel erfolgen, aus denen sich allenfalls grobe Anhaltspunkte gewinnen lassen.

Einige Tatsachen, die quantitativ nur schwer zu belegen sind, dürfen nicht außer acht bleiben: Dies gilt vor allem für die internationale Stellung der D-Mark. Die BRD hat neben der Schweiz eine der "härtesten" Währungen der Welt (d.h. eine Währung, deren Kurs gegenüber den anderen Währungen in den letzten Jahrzehnten insgesamt in der Tendenz angestiegen ist), die daher auch einen entsprechenden Platz an den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, auf den Kapitalmärkten usw. einnimmt. Was das Thema dieses Beitrages betrifft, so ist vor allem auf die "Sogwirkung" zu verweisen, die die DM für die RGW-Länder hat, wengleich die Verrechnung auf der Basis konvertibler Währungen für diese Länder derzeit ein ernstes Problem darstellt.

Ein anderes Feld, auf dem die Bedeutung der BRD größer ist als ihr Anteil am Bruttosozialprodukt, sind die Kapitalanlagen von Konzernen über die Grenzen des Mutterlandes hinaus, und zwar vor allem in Richtung der RWG-Länder. Dabei hat die BRD, was joint ventures und andere Formen der Unternehmenskooperation betrifft, ebenfalls einen weiten Vorsprung vor den anderen kapitalistischen Ländern. Es spricht für den Expansionsdrang des deutschen Monopolkapitals, wenn im Herbst 1990 nicht weniger als 95 Prozent aller Aktivitäten von westlichen Unternehmen in der DDR (Kauf, Beteiligung, Kooperation usw.) auf solche aus der BRD entfielen.

### Ökonomisches Potential und politische Hegemonie

Wie ist diese durch die Herstellung der Einheit Deutschlands eingetretene Veränderung von dessen ökonomischem Potential nun zu bewerten?

Es liegt im Interesse aller linken Kräfte, als Grundlage für die Formulierung ihrer Strategien und Programme eine den Realitäten entsprechende Vorstellung vom ökonomischen Potential dieses 'neuen Deutschland' zu haben, das weder unter- noch überschätzt werden darf. Eine solche Bewertung muß dabei sowohl die Stellung Deutschlands in den internationalen ökonomischen Kräfteverhältnissen als auch die Entwicklung der inneren ökonomischen und sozialen Strukturen berücksichtigen.

Stellt diese durch den Anschluß der DDR an die BRD vergrößerte deutsche Wirtschaftsmacht eine Gefahr für die anderen Völker und Staaten in Europa dar? In einem Teil der internationalen Öffentlichkeit, nicht nur unter linken Kräften, werden solche Befürchtungen zwar auf unterschiedliche Weise, doch ziemlich deutlich geäußert. Zweifellos bringt die Herstellung der Einheit Deutschlands nicht nur einen Zuwachs an wirtschaftlicher Macht, sondern auch an internationalem politischen Einfluß mit sich. Es könnte sogar sein, daß dieser zunächst noch größer ist als die Stärkung der ökonomischen Position. Deutschland ist aber in ein Netz internationaler Vertragswerke eingebunden, was "Alleingänge" faktisch ausschließt. Auch

die in Deutschland bestehenden demokratischen Strukturen und der gut funktionierende Föderalismus wirken politischen Abenteuern entgegen. Es ist also eigentlich eine ausreichende Gewähr gegeben, daß von deutschem Boden keine Gefahr für die Völker der Welt mehr ausgehen kann.

Doch es bleibt bei nicht wenigen Menschen quer durch das politische Spektrum in vielen Ländern mehr als nur ein "Rest" an Unsicherheit über den künftigen Weg des einheitlichen Deutschland. Die Ergebnisse und Erfahrungen der beiden Weltkriege - und auch die Ergebnisse und Erfahrungen des vier Jahrzehnte dauernden "kalten Krieges" - haben zusammen mit den neuen Erscheinungen der ökonomischen Entwicklung - der fortschreitenden Internationalisierung des Wirtschaftslebens unter den Bedingungen eines auf relativ lange Sicht sehr schnellen wissenschaftlich-technischen Fortschritts - dazu geführt, daß Vorherrschaftsstreben oder Hegemonie in der aus früheren Zeiten bekannten Art heute nicht mehr möglich sind.

Die Zeit der gewaltsam durch Kriege herbeigeführten Grenzveränderungen ist - jedenfalls in Europa - vorbei, aber können internationale Verträge, auch wenn sie noch so gut sind, den Expansionsdrang des Kapitals stoppen? (Dies gilt für alle Kapitale in allen Teilen der Welt, nicht nur für das deutsche Kapital.) Das deutsche Kapital hat mit der Einverleibung der ehemaligen DDR sein Gewicht in Europa nicht unerheblich vergrößert. Es wird gewiß zunächst einmal einige Zeit damit zu tun haben, die Folgen der "Vereinigung" zu bewältigen. Der französische Industrieminister Fauroux wurde im September 1990 mit der Bemerkung zitiert, daß Frankreich eine "schöne Chance" habe, "solange die Boa das Reh verdaut".<sup>4</sup> Aber was geschieht, wenn die Einverleibung der DDR "verdaut" ist? Wird die "Boa" dann ihre nächsten Opfer ins Auge fassen? Im Westen gibt es dabei kaum Aussicht auf Erfolg.

Die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte hat gezeigt, daß zum Beispiel die im Rahmen der EG entstandenen supranationalen Mechanismen die Hegemonie eines Landes in dieser Gruppierung verhindern. Die BRD hat, obwohl sie schon bisher die mit Abstand stärkste Wirtschaftsmacht in der EG war, dadurch die anderen Mitgliedsländer nicht dominieren können. Und wenn Großbritannien sich erst jetzt (im Oktober 1990) entschlossen hat, dem Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems beizutreten, dann muß dieser Schritt vor allem im Zusammenhang mit der Herstellung der deutschen Einheit gesehen werden, ist also insbesondere als ein Ausdruck der Absicht Großbritanniens zu werten, die Stellung der DM nicht zu mächtig werden zu lassen.

Auch das Wirken anderer internationaler Organisationen sowohl solcher von universellem Charakter wie der UNO als auch solcher wie OECD, Internationaler Währungsfonds usw. setzt dem Streben einzelner Länder nach Vorherrschaft - in welcher Form auch immer - Grenzen, weil ihre

Arbeitsweise auf dem Ausgleich von Interessen zumindest unter den ökonomisch und politisch einflußreichsten Staaten - wie z.B. im IWF - beruht.

**D**och wie steht es beim deutschen Kapital heute mit dem "Drang nach Osten"? Es hat seine Ausgangsbasis durch die "Vereinigung" bis an Oder und Neiße vorgeschoben, und die RGW-Länder bilden jenen Teil des im Entstehen begriffenen gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes, der auf längere Sicht potentiell über die besten Entwicklungsmöglichkeiten verfügt. Das deutsche Kapital, das in diesen Ländern schon jetzt unter den westlichen Ländern an der Spitze steht, wird sich seine Chance nicht entgehen lassen. Noch ist die ökonomische Situation dieser Länder krisenhaft. Doch sobald dort der begonnene Übergang zur Marktwirtschaft wirklich vollzogen ist, wenn für die Verwertung des Kapitals die gleichen Rahmenbedingungen geschaffen sind wie im EG-Raum - was wird sich dann ereignen? Und mit welchen Vertragstexten ließe sich dann die Ausbreitung der deutschen Wirtschaftsmacht über die Grenzen hinaus eindämmen?

### Unwägbarkeiten der Anschlußpolitik

Bei der Einschätzung der deutschen Wirtschaftsmacht und ihres internationalen Gewichts müssen noch einige weitere Gesichtspunkte mit in die Überlegungen einbezogen werden.

**D**ie Herstellung der Einheit Deutschlands fand in einer für die BRD außerordentlich günstigen konjunkturellen Situation statt. Aber was wird sein, wenn sich der "Konjunkturhimmel" bewölkt oder gar verdüstert? Es ist für Marxisten eine bisher immer wieder durch die Wirklichkeit bestätigte theoretische Grundauffassung, daß sich eine kapitalistische Wirtschaft niemals gleichmäßig und stetig entwickelt, sondern immer ungleichmäßig und in Zyklen. Warum sollte es in Zukunft anders sein, auch wenn gegenwärtig durch die lange Dauer der nach der Krise von 1980/82 begonnenen Aufwärtsbewegung - die zunächst "stotternd" einsetzte und Mitte der 80er Jahre zeitweilig sogar eine deutliche Verlangsamung erfuhr, ehe dann ab 1987 ein kräftiger Aufwärtsschwung folgte - der Eindruck entsteht bzw. erzeugt wird, daß die deutsche Wirtschaft, gefördert durch die "Vereinigung", nun für lange Zeit ein hohes Wachstum aufweisen wird. Es war doch eher ein "Glücksfall", daß im letzten Jahr Hochkonjunktur herrschte, denn der Zeitpunkt des Zusammenbruchs des sozialistischen Systems in der DDR vollzog sich "konjunkturunabhängig", er wurde primär durch die politische Entwicklung bestimmt und nicht durch die Wirtschaftslage. Wie wäre wohl die Entwicklung verlaufen, wenn in der BRD keine so günstige Wirtschaftslage gewesen wäre, sondern Krise; keine Steigerung der Produktion, sondern deren Rückgang; keine Zunahme der Zahl der Beschäftigten bei sinkender Zahl der Arbeitslosen (wie gegenwärtig), sondern sinkende Beschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit usw.? Es ist müßig, das "Was-wäre-wenn" zu

erörtern. Alle Überlegungen, die die deutsche Einheit und die sich daraus ergebenden Konsequenzen betreffen, müssen jedoch auch das relativ Günstige an der gegenwärtigen Wirtschaftslage in der BRD in Betracht ziehen, wenn sie nicht, was die künftige Entwicklung betrifft, unrealistisch sein sollen.

Das gilt auch für die heftig diskutierten "Kosten der Einheit". Es besteht kaum ein Zweifel, daß sie sehr viel höher sein werden als zunächst von den maßgeblichen Kräften in der Bundesrepublik erwartet wurden. Dies ist vor allem deshalb der Fall, weil das "Zusammennageln" von BRD und DDR teurer wird als eine schrittweise Annäherung und schließliche Vereinigung. Daraus entsteht einerseits eine zusätzliche Belastung des Bundeshaushalts, die weit über alle bisherigen Prognosen hinausgehen wird. Es ist durchaus möglich, daß die aus dieser Lage entstehenden Zahlungsanforderungen (und die durch die weiter anhaltende Wirtschaftskrise in den neuen Bundesländern hinter den Budgetansätzen zurückbleibenden Staatseinnahmen) nicht nur zu höheren Defiziten der Staatshaushalte führen, sondern auch dazu beitragen, die Zinssätze in die Höhe zu treiben und das Wirtschaftswachstum zu hemmen.

Zugleich findet aber andererseits durch das westdeutsche Kapital eine ursprüngliche Akkumulation riesigen Ausmaßes in Form der Aneignung des größten Teils der Wirtschaft der ehemaligen DDR - der Immobilien und der Sachanlagen - zu äußerst günstigen Bedingungen ("für'n Appel und'n Ei", wie es im Volksmund heißt) statt, womit sich die Profitmöglichkeiten des Kapitals rasch erweitern, sobald diese neue erworbenen Vermögenswerte produktiv genutzt werden, nachdem sie modernisiert und in die Wirtschaftsstruktur der bisherigen BRD "eingepaßt" worden sind.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Diskrepanz zwischen der Entwicklung von Staatsfinanzen und Profitmöglichkeiten zu Spannungen und Widersprüchen führt, die der weiteren Vergrößerung der Aktionsfähigkeit Deutschlands in der Weltwirtschaft entgegengesetzt sind. Doch dies wird in starkem Maße vom internationalen Konjunkturklima abhängen. Dessen weitere Entwicklung ist durchaus mit einigen Fragezeichen zu versehen, und zwar nicht nur wegen der deutlichen Wachstumsverlangsamung in einigen westlichen Industrieländern (besonders in den USA und in Großbritannien), sondern auch wegen der nicht absehbaren Folgen, die sich infolge der veränderten Lage auf dem Erdölmarkt aus der Krise im Nahen Osten für die Weltwirtschaft ergeben können.

**E**s gibt also, was Deutschland als eine internationale Wirtschaftsmacht ersten Ranges betrifft, die bereit und in der Lage ist, mit ihrem ökonomischen "Pfund" zu wuchern, durchaus eine Reihe von Unwägbarkeiten für die Einschätzung der weiteren Entwicklung nach der Herstellung der Einheit Deutschlands, von der noch nicht gesagt werden kann, wie sie weiter vor sich geht und welche Auswirkungen sie im einzelnen haben wird. Diese Unwägbarkeiten liegen keineswegs nur in

Einflüssen, die "von außen", von der internationalen Lage, auf Deutschland einwirken, sondern auch in Entwicklungen, die von Deutschland und seinen maßgeblichen ökonomischen und politischen Kräften ausgehen können bzw. von diesen infolge ihres vergrößerten Gewichts wesentlich mitbeeinflusst werden können. Daher erfordern die Veränderungen, die sich aus der Herstellung der Einheit Deutschlands ergeben, auch weiterhin eine kritische Aufmerksamkeit.

- 1 Berechnet nach: National Accounts of OECD Countries (Hrsg. OECD), Paris, lfd.; Main Economic Indicators (Hrsg. OECD), Paris, August 1990.
- 2 Main Economic Indicators (Hrsg. OECD), Paris, August 1990.
- 3 Monthly Statistics of Foreign Trade (Hrsg. OECD), Paris, Juli 1990.
- 4 Neues Deutschland, Berlin, vom 12.9.1990.

**SPW** Das Magazin der sozialdemokratischen Linken.

spw trifft ein

- für eine konsequente Reformpolitik,
- für den Dialog der Linken innerhalb und außerhalb der SPD,
- für offensive und selbstbewusste Gewerkschaftspolitik,
- für die Einheit von Demokratie und Sozialismus,
- für einen lebendigen Marxismus.

**ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT.**  
**SEIT 1990 IN NEUER GESTALT. PROBEHEFT ANFORDERN.**

**Einsehen am:**  
 spw-Verlag • Kiehl Str. 13 • 5000 Köln 80

**Coupon:** Ich bin neugierig auf spw. Senden Sie mir ein kostenloses Probeheft.

Name & Druckbuchstabe: \_\_\_\_\_  
 Straße und Hausnummer: \_\_\_\_\_  
 PLZ: \_\_\_\_\_

spw wird herausgegeben von den Bundeslogogeschichteten Karin Tude und Jürgen Eggert, von der Junior-Itzingerin, von der Mäbbeck und anderen.

Joachim Bischoff

## Vom Wirtschaftsriesen zur europäischen Hegemonialmacht?

Wird sich durch die Vereinnahmung der DDR ein wirtschaftliches und politisches Übergewicht dieser Republik herausbilden und kann dadurch die sich abzeichnende europäische Friedensordnung gestört werden? Dieses Problem wird nicht nur von vielen politischen Beobachtern in den europäischen Nachbarstaaten aufgeworfen, es ist zu einem zentralen Punkt in der Diskussion der politischen Linken aufgerückt. Die Brisanz resultiert aus einer weitgehenden Veränderung des politischen Umfeldes: "Wie man sich dreht und wendet, ja windet, die Nation ist wieder da und der Nationalstaat mit ihr, und zwar hier, mitten in Europa, in Deutschland."<sup>1</sup>

Die Rückkehr der Nation in Europa steht augenscheinlich im Zusammenhang mit dem raschen Verfall des autoritär-bürokratischen Staatssozialismus. Nicht nur das von der Sowjetunion kontrollierte Staatenbündnis ist zerbrochen, die Sowjetunion selbst steht wie Jugoslawien vor der Gefahr, durch die Eskalation ethnisch-nationalistischer Konflikte in einzelne Fragmente auseinanderzubrechen. Die Probleme, die aus der Proklamation von kleinstaatlichen Besitzansprüchen und politischen Imperativen entspringen, wird kaum jemand ignorieren. Aber vielfach wird die gesellschaftliche Relevanz von ethnisch-nationalistischen Konflikten ausschließlich auf eine unvollständige oder halbherzige Modernisierung zurückgeführt, die für die Kommandowirtschaften der "realsozialistischen" Staaten nun einmal charakteristisch gewesen sei; nur in dieser Gesellschaftsformation, in der eine Dynamik der Produktivkraftentwicklung von der Grundkonstruktion her ausgeschlossen war, könnten derlei soziale Atavismen konserviert werden. Für den kapitalistischen Weltmarktzusammenhang hingegen stelle sich dieses Problem nicht mehr: Angesichts der Globalisierung der Märkte und der Internationalisierung der Produktion sei das Zeitalter des Nationalismus längst erledigt.

In dieser Zivilisationsperspektive werden die diversen ethnischen Konflikte als zeitweilige Irritationen in der großen Umruhsituation Osteuropas gesehen, die bald in der sich anschließenden Periode der "Normalisierung" aufgelöst werden würden. Auch die eilige Herstellung der deutschen Einheit ordne sich unter diesem Blickwinkel als Übergang zur europäischen Normalität ein. Von Furcht vor einem "Großdeutschland" oder gar einem "vierten Reich" könne nur erfaßt werden, wer den Prozeß der Demokratisierung und der Herausbildung von zivilgesellschaftlichen Strukturen im Gefolge der beständigen Modernisierung der kapitalistischen Produktionsweise ignoriere. Angesichts der Etablierung eines demokratischen



Rechtsstaates sei daher "weder der Auschwitz-Verdacht noch die Furcht vor der Herrschaft des schnöden Mammon ein Grund gegen die Einheit".<sup>2</sup> Die Normalisierung Deutschlands, vollendet durch die zügige Schaffung gleichartiger Lebensverhältnisse, steht für die Überwindung der Grenze in ganz Europa. "Der Nationalstaat klassischer Gestalt liegt hinter uns. Aber die politische Gemeinschaft Europa braucht den Nationalstaat noch immer als Baustein für das friedliche Bauwerk der europäischen Einigung. Mit der deutschen Einheit 1990 holen wir in der deutschen Geschichte nach, was Europa, nicht die Deutschen allein, zwei Jahrhunderte versäumte. Wir tun dies als Deutsche und Europäer gemeinsam mit unseren Nachbarn. Wir können ein starker Partner in Europa aber nur sein, wenn unsere Einheit fest ist. Fest aber wird nur die gerechte Einheit sein."<sup>3</sup>

In der aktuellen Situation hat diese Argumentation zweifellos eine Berechtigung. Mit dem absehbaren Übergang zu einem europäischen Binnenmarkt erhöht sich die Attraktivität dieser internationalen Wirtschaftsgemeinschaft; selbst lange Zeit auf ihre politische Neutralität bedachte europäische Nationen sehen die Vorteile einer Internationalisierung von Produktion und Märkten. Man wird auch in der erweiterten Bundesrepublik Mühe haben, Symptome von Nationalismus auszumachen: "Ausnahmslos alle führenden deutschen Politiker versichern, ihnen liege nichts ferner als Hegemonialabsichten. Das ist glaubwürdig. Überdies fällt dem Beobachter kaum etwas so sehr auf im Jahr der deutschen Einheit wie das fast völlig Fehlen einer Grundstimmung der nationalen Begeisterung."<sup>4</sup> Und dennoch sind da Konflikte; es ist keineswegs nur der britische Exminister Ridley, der vor dem Hintergrund des säkularen Niedergangs der Hegemonialmacht USA und dem Zerfall der Sowjetunion vor der Gefahr warnt, daß sich Japan und Deutschland als neue Ordnungsmächte etablieren könnten; hier würden mit wirtschaftlichen Strukturen Einflußzonen geschaffen, die zuvor militärisch nicht durchgesetzt werden konnten. Doch solange man die aktuelle Umwälzungsperiode aus dem Bewußtsein ihrer führenden Politiker beurteilt, könnte man zur allseitigen Beruhigung aufrufen. Beziehen wir uns jedoch auf die Widersprüche in den ökonomischen Grundstrukturen und deren mögliche Entwicklungstendenzen, dann gibt es keinen Grund zur Entwarnung.

Eine schnelle Ausweitung des in den kapitalistischen Metropolen erreichten Zivilisationsniveaus?

**I**n allen osteuropäischen Gesellschaften versprechen sich große Teile der Bevölkerung von einem raschen Übergang zur kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsweise die Lösung der gravierenden sozialpolitischen und ökologischen Probleme. Aber schon nach einem Jahr grundlegender gesellschaftlicher Reformen deutet sich an, daß die von vielen Politikern verstärkten populistischen Ziele illusionär sind. Der

Übergang zu einer privatkapitalistischen Eigentumsstruktur gestaltet sich zäher und schwieriger als angenommen; es ist keineswegs so, daß das ausländische Kapital - bei allen Investitionsanreizen und finanzpolitischen Vorteilen - bei den mit der Privatisierung des Staatseigentums beauftragten Behörden Schlange stünde. Die im Bereich des RGW entwickelten Strukturen internationaler Arbeitsteilung und Kooperation sind rasch zerfallen; die kapitalistischen Metropolen waren zwar zur Honorierung von politischen Entspannungsleistungen zu weiteren Kreditzusagen bereit, aber eine wirksame Entschuldung der osteuropäischen Länder fand so wenig statt wie eine koordinierte wirksame Wirtschaftshilfe (vergleichbar dem amerikanischen Marshallplan nach dem Kriege). Die Auflösung der alten Planungsstrukturen, wirtschaftliche Desintegration im RGW, verschärfte ethnische und soziale Konflikte in der Umbruchsituation haben die agrukulturelle und industrielle Produktion abstürzen lassen; statt einer schnellen nachholenden Kapitalisierung und Industrialisierung haben sich die überlieferten Formen von gesellschaftlicher Armut mit neuen gemischt; es ist in den osteuropäischen Ländern eine soziale Desintegration um die Pole von Reichtum und Armut bereits sichtbar, obgleich die Dominanz der kapitalistischen Marktkoordinierung noch längst nicht bestimmendes Produktionsverhältnis ist. Schon jetzt mußten etwa in Polen Formen der sozialen Armutseindämmung geschaffen werden und hier, wie in den anderen Ländern, sieht man die Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung bis zur nächsten Ernte keineswegs gesichert. Die Polarisierung der politischen Verhältnisse, also die Auflösung der in der Umwälzung entstandenen demokratischen Massenbewegungen auf der einen Seite und eine deutlich sichtbar werdende Distanz zu politischen Instanzen und der neuen politischen Klasse auf der anderen Seite, sind die unvermeidlichen Begleiterscheinungen dieses Desillusionierungsprozesses. Die von vielen Experten befürchtete Entwicklung ist eingetreten: "Polen ist ein armes Land mit einem BSP (Bruttosozialprodukt) pro Kopf der Bevölkerung, das auf \$ 3000 geschätzt wird (einige Wirtschaftsexperten schätzen es sogar noch niedriger ein - auf nicht mehr als \$ 2500), fünf- bis sechsmal weniger als in den Vereinigten Staaten und viermal weniger als in der Bundesrepublik Deutschland. In einem solchen Land würde unter den Bedingungen einer "Marktkoordinierung" und der Vorherrschaft "rein wirtschaftlicher" Lösungen unausweichlich eine stärkere soziale Differenzierung erfolgen, in deren Zuge es in weiten Bereichen zu Armut käme. In einem solchen Land könnte aus wirtschaftlichen Gründen weder von kostenloser allgemeiner weiterführender Schulbildung noch von kostenloser allgemeiner medizinischer Versorgung nach dem heutigen Standard die Rede sein. Wenn Armut herrscht, wird es in gewisser Weise erforderlich, sie gleichmäßig zu verteilen."<sup>5</sup>

**N**ur unverantwortliche Populisten konnten in den osteuropäischen Staaten die illusionären Vorurteile von einer zügigen Modernisierung und Verallgemeinerung des westeuropäischen Zivilisationsniveaus

befördern. Unter der Voraussetzung eines weitgehenden Schuldenmoratoriums, einer großzügigen Wirtschaftshilfe, Kooperationsformen in erweiterten Wirtschaftsräumen hätte die nachholende Modernisierung in ein bis zwei Jahrzehnten erfolgen können, ohne daß die sich abzeichnenden sozialen Strukturverwerfungen eintreten mußten. Unter dem Druck von wachsenden sozialen Konflikten und gesellschaftlichen Desillusionierungsprozessen werden jetzt Strukturveränderungen in der demokratischen Willensbildung eintreten, die zusammen mit dem Bemühen, eine Verteilung der wachsenden Armut und Ungleichheit zu erreichen, den Übergang zu einer kapitalistischen Produktionsweise selbst blockieren.

Die Erwartung einer Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsweise ist grundsätzlich problematisch. Mit der Durchsetzung dieser Produktions- und Akkumulationsweise wird vielmehr ein spezifisches System der weltweiten Arbeitsteilung etabliert, das die Dynamik des Weltmarktes entsprechend internationale Teilung der Arbeit geschaffen, die einen Großteil des Erdballs, und damit der Nationen, in bloße Rohstofflieferanten und Absatzmärkte verwandelt, während in anderen Teilen die industrielle Werkstätten konzentriert werden. Dieses Mißverhältnis reproduziert sich zum Teil in den entwickelten kapitalistischen Metropolen selbst. "Es ist ... die Erfahrung aller Industriestaaten, daß historisch gewachsene, regionale Unterschiede trotz erheblicher staatlicher Interventionen über lange Zeiträume fortbestanden haben. Das gilt nicht nur für das 'Parade'-Beispiel Mezzogiorno... Der Mechanismus des Marktes tendiert zu einer Konzentration der Produktion in den wirtschaftlich starken Gebieten; das heißt, er neigt dazu, schwächere Gebiete zu entleeren, anstatt sie industriell zu füllen - es sei denn, es gibt massive Anreize für die Unternehmen, in den benachteiligten Gebieten zu investieren."<sup>6</sup>

In der Bundesrepublik bestehen die Voraussetzungen, um bei entsprechenden politischen Kräfteverhältnissen ökonomische und soziale Regulierungen zu etablieren, d.h. auf mittlere Sicht eine ökonomische Entwicklung und Modernisierung der DDR sozial gesteuert durchzusetzen. Für den osteuropäischen Raum wäre eine umfassende politische Initiative der entwickelten kapitalistischen Staaten notwendig, um zu entsprechenden Ansätzen zu kommen. Die vor einiger Zeit vorhandenen Ansätze zu einem Marshallplan für Osteuropa sind ohne Resonanz geblieben. Wir stehen also vor folgender Entwicklung: "Die Wirtschaft der Staaten Mitteleuropas liegt in Trümmern. Ihr politisches System muß von Grund auf erneuert werden. Ihre politische Kultur ist durchdrungen von einem starken Nationalismus... Die Gefahr nationalistischer und territorialer Konflikte überschattet ihre innenpolitischen Probleme, die alle mitteleuropäischen Regime auf dem Weg zu jener stabilen Demokratie überwinden müssen... Parallel zum soziopolitischen Chaos in Mitteleuropa erfolgt ein massiver Machtzuwachs Deutschlands."<sup>7</sup> Die Furcht gegenüber einer vergrößerten Bundesrepublik speist sich also aus der Unsicherheit, wie die

faktisch vorhandene wirtschaftliche Ungleichheit genutzt werden wird. Auf zwei konkrete Konfliktpunkte sei dabei verwiesen: Zum einen fordern Teile der politischen Klasse der Bundesrepublik eine Sicherung der Rechte der deutschen Minderheit in Polen; angesichts der höchst unklaren Entwicklungsperspektiven dieses Nachbarn unter ökonomischen und politischen Aspekten kann hier wohl eine Vormachtstellung aufgebaut werden. Dieses Konfliktfeld wird zweitens noch gefährlicher, wenn man sich verdeutlicht, daß infolge der Autonomiebestrebungen der baltischen Staaten mit der ehemaligen ostpreussischen Provinz eine Enklavensituation entsteht, die auch die polnische Ostgrenze wieder in ein unsicheres Licht bringen könnte.

### Verschärfter Wettbewerb unter den kapitalistischen Metropolen

Die fehlende Bereitschaft zu einer umfassenden Hilfsoperation für die osteuropäischen Staaten seitens der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften erklärt sich keineswegs aus mangelnder Einsicht. Die große Umwälzung in Osteuropa muß vor dem Hintergrund des säkularen Niedergangsprozesses der USA und eines vor allem seit Beginn der achtziger Jahre verschärften Wettbewerbs unter den kapitalistischen Metropolen gesehen werden.

In den kapitalistischen Metropolen beschleunigt sich seit der Weltwirtschaftskrise 1980-82 der Übergang zu einer neuen Entwicklungsstufe in der gesellschaftlichen Betriebsweise. Die Verallgemeinerung der flexiblen Produktionsweise ist mit weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen verknüpft. Infolge dieser Modernisierungsanstrengung wurde der Systemwettbewerb endültig entschieden. Es ist gewiß keine Geringschätzung von politischen Faktoren, wenn als entscheidender Grund für den Zusammenbruch des Realsozialismus auf die strukturelle Schwäche im Umgang mit dem modernen Produktivkräften verwiesen wird. "Letztlich dürfte .. eine im Kern ökonomische, sich langfristig aufbauende Effizienzwäche zugrundegelegen haben, die in der Konfrontation und im Wettbewerb mit dem nicht-sozialistischen Westen zur Existenzgefährdung wurde und die in klassisch-marxistischer Weise zu erklären ist: ... Wenn es um den Bau von Eisenbahnen, Hochöfen und Textilfabriken geht, mögen Industrialisierung, Zentralverwaltungswirtschaft und diktatorisch gegängelte Gesellschaftsordnung ein Stück weit vereinbar sein. Wenn es um Mikroprozessoren und EDV-basierte Informationssysteme, um die Fähigkeit zu exponential beschleunigtem Wandel und Anpassung an nichtvorausgesagte Änderungen geht, vermutlich nicht."<sup>8</sup>

Unter dem verschärften Konkurrenzdruck der Kapitale schält sich in den letzten Jahren der Übergang zu einer flexibel automatisierten, rechnerintegrierten Produktion heraus, die zum einen mit der Entwicklung von Industrierobotern und automatischen Bestückungsmaschinen erneut einen

qualitativen Sprung in der Revolutionierung des Arbeitsmittels realisiert, zum anderen aber erstmals eine umfassende Ökonomisierung und Steuerung des gesamten Betriebsablaufes sowie die Vernetzung mit vor- und nachgelagerten Produktions- und Distributionstufen eröffnet. Die Kehrseite der drastischen Verkürzung der Fertigungs- und Montagezeiten in der fordistischen Produktionsweise war das Anschwellen der Warenvorräte und damit eine Verlängerung der Kapitalumschlagzeiten. Die Tendenz zur Erhöhung der Bestände, zur Verlängerung der Umrüstzeiten und der Kostenexplosion bei Produktionsumstellungen kann mit dem umfassenden Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung wirksam bekämpft werden. Die Umwälzung der gesellschaftlichen Betriebsweise vollzieht sich auch aktuell in einem bunten Wirrwarr von Übergangsformen. Dennoch ist Fakt: In den kapitalistischen Metropolen setzt sich mit der raschen Ausbreitung von rechnergesteuerten Maschinensystemen, flexibel programmierbaren Robotern und der Vernetzung von betrieblichen und überbetrieblichen Informations- und Datenbeständen eine neue Gestalt der kapitalistischen Produktionsweise durch.

Durch die Umwälzung der gesellschaftlichen Betriebsweise wird die Frage nach der Vormachtstellung unter den kapitalistischen Metropolen neu aufgeworfen. Der Aufstieg von Japan und Deutschland zu potentiellen Hegemonialmächten und die Erosion der Hegemonierolle der USA ist nur vor dem Hintergrund dieser Konstellation verständlich: Die fordistische Massenproduktion wird durch die flexible Fertigung abgelöst. "Die neuen strategischen 'Ressourcen' sind Technologie und professionelle Kenntnisse. Jene Staaten, die über ein breites und effizientes Angebot von ausgebildeten Fachkräften verfügen, über ein großes Reservoir von fortschrittlichen 'High-Tech'-Produkten, ein Marktsystem, das sich gegenüber technologischen Neuerungen flexibel und anpassungsfähig zeigt und ein gewisses Volumen an Spargeldern sowie leichten Zugang zum Kapitalmarkt hat, sind heute die führenden Weltmächte."<sup>9</sup>

Durch die Rückwirkungen der osteuropäischen Umwälzung auf den verschärften Wettbewerb um die Konkurrenzpositionen unter den kapitalistischen Metropolen kann sich die erweiterte Bundesrepublik erneut einen Vorteil sichern. Durch die Vereinnahmung der DDR eröffnen sich günstige Möglichkeiten zur Verstärkung der Ressourcen. Dieser Aspekt ergibt sich dabei weniger durch eine Abrundung der industriepolitischen Angebotstruktur, obwohl dies in einigen ausgewählten Bereichen (Druckmaschinen, Werkzeugmaschinen) durchaus der Fall ist. Der wesentlichere Aspekt ist die Vereinnahmung eines qualifizierten und insgesamt sicherlich hochmotivierten Arbeitskörpers. Die Rekonstruktion der Industrieproduktion in den neuen Bundesländern unterstellte selbst bei entschiedenem Willen zu einer derartigen Rekonstruktionspolitik und der Vereinheitlichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse längere Zeiträume; bei dem Block sozialer Schichten unter neokonservativer Führung ist diese Voraussetzung sicher nicht gegeben. Zum einen werden die neokonservati-

ven Parteien auch in den nächsten Jahren um ein beträchtliches Defizitpendung nicht herumkommen, sollen die negativen Auswirkungen des Anschlusskurses wenigstens einigermaßen unter sozialer Kontrolle bleiben. Dies schließt ein, daß der Kapitalexpert der erweiterten Bundesrepublik drastisch zurückgeht und über dem unterstellten Anstieg des Zinsniveaus hinaus auch die Finanzierung des Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizits der USA verschärft wird. Die positiven Konjunkturimpulse aus der deutschen Vereinigung reichen sicher nicht hin, um die deutliche Abschwächung der Konjunktur in den USA und auf den Weltmärkten zu kompensieren. Allerdings eröffnen sie der Bundesrepublik erweiterte Spielräume zur Stabilisierung des Binnenmarktes. Zum anderen werden aber mit der Massenarbeitslosigkeit und der damit erzwungenen Mobilität eines Teils der Arbeitsbevölkerung die Spielräume für die Fortführung neokonservativer Deregulierungs- und Umverteilungspolitik deutlich erhöht, was sich gleichfalls positiv im Wettbewerb unter den führenden Nationalkapitalen auswirken wird.

Die neokonservativen Parteien haben das Unbehagen am Sozialstaat aufgegriffen und die Formierung eines geschichtlichen Blocks sozialer Kräfte eingeleitet, mit dem der Übergang in eine neue Entwicklungsetappe der kapitalistischen Metropolen in scharfer Konkurrenz um die Hegemonialposition durchgesetzt werden soll. Die vorhandene Kritik an den sozialstaatlich geprägten Lebensformen wurde umgesetzt in die rigorose Deregulierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Seit der neokonservativen Offensive zu Beginn der achtziger Jahre müssen wir sowohl im Hinblick auf die Lohnquote als auch in Bezug auf Transfereinkommen und Dienstleistungen eine beispiellose Umverteilungsaktion feststellen. Die rücksichtslos gesteigerte Flexibilität der Produktionsweise und die Internationalisierung der Produktion wurde damit kombiniert, das privatkapitalistische Kalkül auch auf solche Lebensbereiche auszuweiten, die bislang in Form öffentlicher sozialer Dienstleistungen organisiert waren, bis hin zur Umwandlung von traditionell den Gesetzen der Profitwirtschaft entzogenen Sektoren in durchkapitalisierte Marktsegmente. Die Forderungen nach einer neuen Qualität in der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit und gesellschaftlichen Reichtums werden mit einer umfassenden Verschlechterung der Verteilungsverhältnisse zu Ungunsten der abhängig Beschäftigten und benachteiligten Schichten beantwortet.

Die Gewerkschaften, die in einigen kapitalistischen Hauptländern von einer dramatischen Erosion ihrer sozialen Basis und Schwächung der organisatorischen Strukturen erfaßt sind, kommen aus dem realen Widerspruch nicht heraus: Sie müssen um den Preis der rigorosen Veränderung bislang erfolgreicher Konzepte sowohl den neuen Arbeitnehmertyp als auch die "bad jobs" in den ungeschützten Segmenten eines deregulierten Dienstleistungssektors überspannen. Dies geht nur vor dem Hintergrund einer

gründlich erneuerten Konzeption von Gesellschaftspolitik und einer veränderten Organisationspolitik.

Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus werden - besonders auch in diesem Land - neue Möglichkeiten der Entsolidarisierung und des Ausspielens von Belegschaften und Bevölkerungsschichten eröffnet. Die Vereinnahmung der DDR eröffnet noch weitergehende Möglichkeiten, die Verteilungspositionen zugunsten des Kapitals zu korrigieren.

Auch innerhalb der kapitalistischen Metropolen haben die sozialpolitischen Konfliktherde zugenommen. Mit den Schwierigkeiten der osteuropäischen Gesellschaften, den Übergang zu einer neuen Wirtschaftsweise zu vollziehen, die der Mehrheit der Bevölkerung größere Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung und der individuellen Selbstentwicklung eröffnet, nimmt die Immigrationsbewegung in die kapitalistischen Metropolen zu. Die Verfestigung der internationalen Arbeitsteilung wird von den kapitalistischen Metropolen nur aufrecht erhalten werden können, wenn zugleich die Ausgrenzung von Wirtschaftsflüchtlingen perfektioniert werden kann. Schon heute sind die kapitalistischen Metropolen faktisch Einwanderungsländer, und angesichts der zunehmenden rassistischen Konflikte ist auch die Integrationskraft dieser Gesellschaftsformation erneut als Illusion entlarvt. Einen realistischen Ausweg aus der Verschärfung des innergesellschaftlichen Konfliktpotentials und einer zunehmenden Instabilität in den internationalen Beziehungen würde allein eine wirksame Förderungspolitik zeigen, durch die der Übergang zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung und einer gerechteren Wirtschaftsordnung eröffnet würde.

Die Warnungen vor einer Hegemonialmacht Deutschland können zwar nicht allein mit der Einheit und der Vergrößerung des Wirtschaftspotentials begründet werden. Aber die Erwartung eines kontinuierlichen Ausbaus des europäischen Wirtschaftsraumes, in den mittelfristig auch die osteuropäischen Staaten integriert werden, ist gleichfalls wenig begründet. Die epochale Umwälzung, die 1989 eingeleitet worden ist, hat sowohl für die kapitalistischen Metropolen als auch für die europäische Zusammenarbeit und Stabilität große Probleme aufgeworfen. Sowohl die ökonomischen Perspektiven als auch die Entwicklung von demokratisch strukturierten politischen Systemen stellen die bisherige Nachkriegsordnung in Frage. Bislang ist es noch nicht einmal ansatzweise gelungen, die durch den Zusammenbruch des "Ostblocks" ermöglichte Abrüstung umzusetzen, geschweige denn neue Formen von Sicherheitspartnerschaft zu etablieren. Die Umwälzung in Osteuropa hat daher die militärischen Risiken zugleich erhöht; es ist zu befürchten, daß dem Zusammenbruch der Blockkonfrontation kein Sicherheitssystem mit deutlich verringertem Rüstungspotential folgt. Die erkennbaren Tendenzen, den Wirtschaftsmächten Japan und Deutschland sowohl als Militärmächte wie in der Weltpolitik neue Handlungsräume zuzuweisen, müssen daher das ohnehin vorhandene Unbehagen und Mißtrauen verstärken.

- 1 Ralf Dahrendorf, Die Sache mit der Nation, in: Merkur, Heft 10/11, 44. Jg., 1990, S. 823
- 2 ebda., S. 826
- 3 Klaus von Dohnanyi, Das Deutsche Wagnis, München 1990, S. 326
- 4 R. Dahrendorf, a.a.O., S. 830
- 5 A. Werblan, Was folgt auf den Stalinismus?, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Sonderheft 1/1990, Der Sozialismus der Zukunft, S. 138
- 6 K.v.Dohnanyi, a.a.O., S. 156f
- 7 Z. Brezinski, Jenseits des Chaos, in: Europäische Rundschau 3/1990, S. 48f
- 8 Jürgen Kocka, Umbrüche - aber ohne neue utopische Ideen, in: Frankfurter Rundschau vom 11.7.1990, S. 12
- 9 Daniel Bell, Deutschland: Die dauernde Angst?, in: NZZ vom 7.9.1990, S. 40

---

## Neuerscheinung

---

### Heinz Jung Abschied von einer Realität - Zur Niederlage des Sozialismus und zum Abgang der DDR

Ein politisches Tagebuch - Sommer 1989 bis Herbst 1990  
Historischer Abriß, Chronik und ausgewählte Dokumente  
von Fritz Krause  
IMSF - Forschung und Diskussion Bd. 6, Frankfurt/M.  
1990, 436 Seiten, DM 29,80. Auslieferung ab der zweiten  
Novemberwoche

Bestellen Sie bitte bei Ihrer Buchhandlung oder direkt beim IMSF e.V.  
Kölner Straße 66, 6000 Frankfurt/Main 1

**IMSF e.V.**

## Das neue Deutschland: Eine ökonomische Supermacht?

Die "Angst vor Deutschland"<sup>1</sup> hat ebenso Konjunktur wie keynesianische Hoffnungen. Der SPD-Ökonom Hankel setzt darauf, daß die Vereinigung zweier Volkswirtschaften ein "Super-Konjunkturprogramm" beinhalte, das es uns ermögliche "zumindest noch eine Zeitlang wie auf einer Insel der Seligen (zu) leben, selbst wenn die Weltwirtschaft in eine Rezession treibt."<sup>2</sup> In der Tat wirft die Landnahme der DDR durch die BRD interessante wirtschaftspolitische Fragen auf:

1. Ermöglichen die Erweiterung des deutschen Produktionsstandorts und Binnenmarktes und der Umbau der DDR-Ökonomie einen zusätzlichen Wachstumsschub und darüber vermittelt eine stärkere Position der deutschen Ökonomie in der Weltwirtschaft?
2. Kann auf dieser Grundlage eine zumindest zeitweise Abkoppelung von aktuellen rezessiven Tendenzen in der kapitalistischen Weltwirtschaft gelingen?

In der jüngeren Diskussion über die Möglichkeiten einer alternativen, d.h. arbeits- und nicht kapitalorientierten Wirtschaftspolitik wurde bestritten, daß eine solche Strategie erfolgreich umgesetzt werden könne. "Anders als in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten gibt es keine ökonomisch plausible keynesianische Strategie, mit der im nationalen Rahmen die sozialdemokratischen Ziele voll verwirklicht werden können, ohne daß dadurch Funktionsbedingungen der kapitalistischen Ökonomie verwirklicht werden können<sup>3</sup>."

Mit der Internationalisierung der Kapitalmärkte und der daraus resultierenden Verluste der nationalen Zinssouveränität sei eine nationale keynesianische Politik obsolet geworden, lautete die Argumentation innerhalb der sozialdemokratischen, aber auch sozialistischen Diskussion. Das Scheitern des "Projet socialiste" in Frankreich, das in einer Verbindung von konjunkturpolitischen Nachfrageprogramm mit staatlichen Interventionen in die Angebotsbedingungen (Verstaatlichung) eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung versuchte, wird oft als empirischer Beleg dieser Sichtweise herangezogen. Gegen diese generelle Kritik an den Erfolgsaussichten einer nationalen keynesianischen Politik kann allerdings eingewandt werden, daß das französische Experiment einmal an der Ungleichzeitigkeit von national expansiver und international restriktiver Wirtschaft, zum zweiten an einer falschen Verstaatlichungspolitik gescheitert ist, und eine intelligente

keynesianische Politik, die eine internationale Abstimmung ihrer Maßnahmen versucht, nicht grundsätzlich chancenlos ist.<sup>4</sup>

Gegenwärtig geht es um das deutsche Experiment, und dessen ökonomische und soziale Voraussetzungen lassen sich ebenso einschätzen wie die aktuell von der Bundesregierung verfolgte wirtschafts- und finanzpolitische Strategie einer hektischen und konzeptionslosen Staatsverschuldung.

### Zerstörung der DDR-Ökonomie

Die gegenwärtige Politik der Treuhandanstalt versucht nicht, den ökonomischen Kreislauf von Produktion und Nachfrage, der durch Staatseinnahmen und -ausgaben modifiziert und erweitert wird, zu reorganisieren und neu zu gestalten, sondern bewirkt durch den angestrebten Verkauf der Unternehmen und Betriebe zunächst eine weitgehende Schrumpfung der industriellen Basis Ostdeutschlands. Dadurch eröffnet sich für das westdeutsche industrielle und kommerzielle Kapital zwar ein neuer Absatzmarkt, dessen Kaufkraft jedoch zu einem großen Teil nicht auf einer eigenen industriellen Wertschöpfung, sondern auf Transfers durch die öffentlichen Haushalte Westdeutschlands bzw. den Rückgriff auf Ersparnisse der Privathaushalte basiert.

Der Schock der Währungs- und Wirtschaftsunion hat zunächst zu einer weitgehenden Zerstörung und Brachlegung der industriellen Basis der DDR geführt. Gegenwärtig ist noch nicht absehbar, ob private Investitionen, Unternehmensübernahmen und Betriebsneugründungen diesen Prozeß der Zerstörung der industriellen Strukturen ausgleichen können. In bestimmten Marktsegmenten hat sich die westdeutsche Industrie ohne den Aufbau ostdeutscher Produktionskapazitäten bereits das Terrain gesichert.

Der vielfach zitierte Verweis auf das westdeutsche Wirtschaftswunder der fünfziger Jahre ist aus mindestens zwei Gründen verfehlt. Zum einen haben sich die internationalen Rahmenbedingungen erheblich verändert: Strukturelle Überakkumulation des industriellen Kapitals und eine aufgeblähte Geldkapitalakkumulation wirken als Schranke für eine beschleunigte Realkapitalakkumulation. Zum zweiten bildete eine funktionsfähige und weitgehend intakte industrielle Basis Westdeutschlands den Ausgangspunkt für hohe Wachstumsraten der industriellen Wertschöpfung, die steigende Gewinne und Löhne und darüber vermittelt steigende Staatseinnahmen und -ausgaben ermöglichen. Dadurch wurde eine Prosperitätskonstellation hergestellt, die Lutz als die "innere Landnahme" der kapitalistischen Produktionsweise bezeichnet hat. Das für die europäische Prosperität nach dem zweiten Weltkrieg typische Arrangement hat Lutz mit dem Stichwort der "wohlfahrtsstaatlichen Politik" bezeichnet.<sup>5</sup> In der gegenwärtigen Phase des Jubelns über die Überlegenheit marktwirtschaftlicher Sy-

steme ist jedoch eher mit weiteren Deregulierungen und Entstaatlichung als mit einer keynesianisch-sozialstaatlichen Option zu rechnen.

Auch die SPD verfügt gegenwärtig abgesehen von einigen Schlagwörtern Lafontaines über die soziale Frage, nicht über eine Strategie der ökonomischen Stimulierung durch den weiteren Ausbau und die gleichzeitige Reform des Sozialstaats<sup>6</sup>. Diese politisch-theoretische Schwäche der SPD hat ihren tieferen Grund in der Unfähigkeit, das faktische Scheitern des Konzepts der antizyklischen Globalsteuerung durch den Einbruch der Wirtschaftskrise 1974/75 theoretisch zu verarbeiten. Seit diesem Zeitpunkt ist in der SPD und in der nichtsozialdemokratischen Linken das Ende des Keynesianismus eine allgemein akzeptierte Formel geworden<sup>7</sup>. Eine Ausnahme stellt die Position von H. Ehrenberg dar, der nach wie vor an der Notwendigkeit der antizyklischen Globalsteuerung und eines starken Sozialstaats festhält. Ehrenberg ignoriert jedoch die immanente Krisenanfälligkeit einer kapitalistischen Ökonomie. Hohe Arbeitslosigkeit ist für ihn das Resultat der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik.<sup>8</sup> Insofern haben sich auch auf Seiten der Linken fundamentalistische Positionen durchgesetzt. Zum einen wird die Logik der Marktwirtschaft in ihrer neoklassischen Variante als ökonomisch überlegen akzeptiert<sup>9</sup>, zum anderen wird auf einem abstrakten Antikapitalismus beharrt, der eine im Kern bloß moralisch begründete Politikunfähigkeit mit beinhaltet.<sup>10</sup>

Auch die DGB-Gewerkschaften haben ihre wirtschafts- und strukturpolitischen Gestaltungsaufgaben angesichts des Scheiterns der real-sozialistischen Planwirtschaft für obsolet erklärt oder in den Hintergrund gerückt<sup>11</sup>.

Deshalb ist gegenwärtig eine Stimmungslage hegemonial, die auf ein politisch möglichst ungehindertes Wirken der Marktkräfte setzt. Diese als "schöpferische Zerstörung"<sup>12</sup> gepriesene Dynamik der kapitalistischen Konkurrenz entwickelt sich jedoch nicht zwischen Wirtschaftssubjekten unter gleichen Konkurrenzbedingungen, sondern als Auseinandersetzung zweier Volkswirtschaften mit erheblich differierenden Produktionsniveaus.

Zunächst wird die alte DDR-Industrie daher zerstört werden. Die theoretisch mögliche Entscheidung für einen alternativen Entwicklungsweg ist durch die Wirtschafts- und Währungsunion und die politische Unterstützung der Bundesregierung durch die Bevölkerung der DDR verpaßt worden. Mit der weitgehenden Zerstörung der industriellen Basis der Bundesländer der früheren DDR fehlen jedoch die ökonomischen Voraussetzungen für den Aufbau eines Systems privater und öffentlicher Dienstleistungen. Der Kauf von Diensten, sei es als privater Zirkulationsakt oder als öffentlicher Transfer, basiert auf der Existenz der industriellen Primäreinkommen Lohn und Profit. Das prognostizierte Wachstum des Dienstleistungssektors in der ehemaligen DDR wird daher ohne ausreichende industrielle Basis auf sich warten lassen, oder durch dauerhafte Einkommens-

übertragungen aus Westdeutschland finanziert werden müssen. Eine längerfristige Subventionierung der neuen Bundesländer wird jedoch nur möglich sein, wenn die prosperierende Konjunktur seit 1987 über einen längeren Zeitraum anhält und einerseits massive Einkommenstransfers in die frühere DDR, andererseits eine längerandauernde hohe Staatsverschuldung ermöglicht. Unter diesen Bedingungen könnten die ab Mitte 1991 zu erwartenden insgesamt 5 - 6 Mio. in Gesamtdeutschland registrierten Arbeitslosen halbwegs alimentiert und die politische Hegemonie der wohlhabenden Haushalte fortgeführt werden. Allerdings mehren sich aus anderen kapitalistischen Zentren die Anzeichen für eine bevorstehende Rezession, die den Konjunkturzyklus, der nach deren Tief 1981/82 begonnen hat, beenden kann.

### Vor der nächsten Rezession?

Angesichts der boomenden Konjunktur spätestens ab 1986 sind die Diskussionen über die Regelmäßigkeit und die Regelmäßigkeit und die zeitliche Dauer der Konjunkturzyklen vollkommen an den Rand der wirtschaftspolitischen Debatten gedrängt worden.

Werden die Konjunkturverläufe in einer längeren Frist und rückschauend bis 1950 betrachtet, so ergibt sich entgegen der üblichen Anschauung eines 4 - 5jährigen Zyklus, der durch Rezessionen in den Jahren 1954, 1958, 1963, 1967, 1971, 1975 und 1982 gekennzeichnet ist, eher das Bild eines sieben- bis neunjährigen Zyklus, in den allerdings weniger ausgeprägte Konjunkturrückgänge eingebettet sind. In dieser Perspektive zeigen sich die markanten krisenhaften Einschnitte 1958, 1975 und 1982. Mit dieser Sichtweise eines längeren Zyklus mit einer zwischenzeitlichen Wachstumsabschwächung, eines sog. M-Zyklus, ist die Annahme verbunden, daß der sieben- bis neunjährige Rhythmus auf den periodischen Wechsel der Anlage des fixen Kapitals (Ausrüstungsinvestitionen) und die kürzere drei- bis fünfjährige Welle auf den Abbau der Lagerbildung zurückzuführen ist.<sup>13</sup>

Da die Wirtschaftsentwicklung in hohem Maß politisch beeinflussbar ist, spricht einiges dafür, daß durch das massive Nachfrageprogramm für das Gebiet der früheren DDR in der Größenordnung von ca. 150 Mrd. DM (1990) die Dauer des aktuellen Konjunkturzyklus hinausgeschoben wird, da gegenwärtig die Produktionskapazitäten voll ausgelastet werden. Diese zu den beginnenden rezessiven Tendenzen in den meisten kapitalistischen Ländern, insbesondere den USA, gegenläufige Entwicklung hat jedoch nur eine begrenzte Wirkung. Ein mit der Wachstumsabschwächung in den USA und den EG-Ländern verbundener Rückgang der Ausfuhr kann nur partiell durch den vergrößerten Binnenmarkt aufgefangen werden.

Die Spekulationen über einen möglichen Wachstums- und Beschäftigungsboom, ausgelöst durch die Vereinnahmung der DDR kranken an ihrer bloß nachfragetheoretischen Sichtweise. Die Kapitalisierung von nichtkapitalistischen Milieus ist jedoch mindestens ebenso abhängig von der Wertungsrate des eingesetzten Kapitals. Da es aufgrund des offenen Arbeitsmarktes dauerhafte Niedrigstlöhne in den neuen Ländern nicht geben kann, sind die Chancen für einen sich selbst tragenden Investitionsboom und eine rasche Realkapitalakkumulation schlecht. Die Arbeits- und Sozialeinkommen werden daher über einen längeren Zeitraum subventioniert werden müssen. Da sich die Verteilungsverhältnisse in Westdeutschland durch ein deutliches Fallen der bereinigten Lohnquote von 701, % (1975) auf 62 % (1989) kennzeichnen lassen, ist eine Erhöhung der Abgabenquote der Arbeitseinkommen politisch schwer durchsetzbar. An eine gezielte zusätzliche Besteuerung der Unternehmer- und Selbständigeneinkommen wird noch nicht einmal in der Opposition gedacht, die lediglich eine befristete Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen fordert.

Bezogen auf die Weltmarktposition des westdeutschen Kapitals bedeutet die Vereinnahmung der DDR gesamtwirtschaftlich gesehen eine Verschlechterung der ökonomischen Rahmenbedingungen. Zinsniveau und Inflation werden ansteigen, was die internationale Wettbewerbsposition schwieriger macht. Die Erweiterung des Binnenmarktes macht diese Nachteile nicht wett, da die notwendige umfassende Erneuerung und Umstrukturierung der Industrie der früheren DDR gegenwärtig als zu wenig profitträchtig eingeschätzt wird.

Die immer wieder zu hörenden Meinungen, "unser Wohlstand" erlaube erhebliche Umschichtungen bei den öffentlichen Ausgaben bzw. bei den Einkommen sind ökonomisch nicht fundiert. Öffentliche Ausgaben haben ökonomische Funktionen, deren Veränderungen - auch in der Rüstungsindustrie - politisch kalkuliert werden müssen. Eher disponibel ist die Ersparnisbildung der Privathaushalte über die mögliche und ökonomisch sinnvolle Besteuerung der Zinseinkommen. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen müßten gezielt in den Aufbau einer industriellen Basis der neuen Bundesländer gesteckt werden.

Der entscheidende Anstoß für den Übergang in eine Rezession wird jedoch der zu erwartende Rückgang der industriellen Profitrate sein. Zwar ist die Profitrate in den letzten Jahren so stark angestiegen, daß sogar von einer Bereinigung der strukturellen Überakkumulation gesprochen werden kann. Auf den zyklisch bedingten Rückgang der Profitrate reagieren die Unternehmen mit Investitionszurückhaltung und verstärkten Übergang in die Geldkapitalbildung, die durch ein hohes Zinsniveau attraktiv gemacht wurde. In diesen Prozeß des Wechsels der Kapitalanlage müßte politisch interveniert werden, indem industrielle Investitionen gestützt und erweitert, die bloß Geldkapitalakkumulation jedoch steuerlich diskriminiert würde.

Eine solche politische Steuerung des kapitalistischen Gesamtproduktionsprozesses verbunden mit einer gleichzeitigen Ausweitung öffentlicher Investitionen und des sozialen Konsums wird von der gegenwärtigen Bundesregierung, aber auch der SPD mehr oder minder heftig abgelehnt. Durch die aktuelle Staatsverschuldung, die ökonomisch verfehlt ist, weil der Verteilungsspielraum für gezielte Steuererhöhungen zu Lasten der Unternehmen und Selbständigen vorhanden ist, belastet der Staat nicht nur den Kreditmarkt und treibt das Zinsniveau, sondern er engt mittelfristig seinen ökonomischen Spielraum durch den steigenden Schuldendienst entscheidend ein. So ist bei den ersten Wachstumsabschwächungen, die es bereits 1991 geben wird, mit einer prozyklischen Reaktion der öffentlichen Haushalte, relativer Ausgabenkürzung und weiterer Deregulierung des Arbeitsmarktes zu rechnen.

### Politische Perspektiven

Die Ausgangsbedingungen für die nächste Rezession sind denkbar schlecht: Eine bereits im Konjunkturboom hohe Arbeitslosigkeit, eine hohe Staatsverschuldung und eine fachökonomisch inkompetente Bundesregierung, die hektisch, unkoordiniert und in der Konsequenz prozyklisch reagieren wird.

Hinzu kommt, daß die Gewerkschaften durch die hohe Arbeitslosigkeit und den niedrigen Organisationsgrad in den neuen Bundesländern erheblich geschwächt werden, so daß mit einer weiteren politischen Zersplitterung der Einzelgewerkschaften und zunehmenden Ohnmacht des DGB als Dachverband gerechnet werden muß.

Die SPD hat sich im vergangenen Jahr wirkungsvoll selbst geschwächt. Die nationale Ergriffenheit hat zumindest die Mehrheit der politischen Führung der Partei so dominiert, daß der kritische und auf die soziale Frage zentrierte Kurs von Lafontaine sich nicht durchsetzen kann. Hinzu kommt der schwerwiegende politische Fehler, mit der auf die Parteispitze konzentrierten Diskussion um das Konzept "Fortschritt '90" die Partei selber entpolitisiert und auf die eher unwichtige Frage des Für und Wider einer Energieverteuerung gelenkt wurde. Von dieser Seite gesehen, geht die SPD faktisch unvorbereitet in die ökonomischen und sozialen Probleme der deutschen Einheit, eine Schwäche, die schon in den Auseinandersetzungen des Bundestagswahlkampfes schonungslos aufgezeigt wird.

Das kann eine Chance für die nichtsozialdemokratische Linke sein, sich als Vertreter eines Konzepts sozialer und ökonomischer Strukturreformen in der politischen Debatte zu behaupten und die SPD zu einer entsprechenden Kurskorrektur zu zwingen. Die gegenwärtige Dominanz einer eher fundamentalistischen und antikapitalistischen Rhetorik innerhalb der westdeutschen Linken zeigt jedoch das Festhalten an der gewohnten politi-

schen Subalternität. Die PDS hat ein solches wirtschafts- und sozialpolitisches Reformprogramm vorgelegt. Aber sie wird weiterhin so mit ihrer Vergangenheit behaftet und beschäftigt sein, daß wesentliche Impulse zur politischen Erneuerung der Linken von ihr nicht ausgehen können. Insofern kommt es darauf an, in den nächsten Monaten einen breiten Diskussionsprozeß zwischen linken Sozialdemokraten, linken Gewerkschaften und der nichtsozialdemokratischen Linken herzustellen. Niemand wird sich darin als politische Avantgarde verstehen können. Es ist eher die Zeit für die keynesianische Theorie, sicher nicht die für Lenins Lehren.

**A**ngst vor Deutschland ist nicht abwegig. Aber nicht wegen ökonomischer Stärke, sondern wegen dem drohen Verlust der ökonomischen Hegemonie in Europa. Die Angst vor dem ökonomischen und sozialen Abstieg verschiebt das politische Terrain nach rechts, solange es keine starke Linke gibt.

- 1 U. Wickert (Hrsg.), *Angst vor Deutschland*, Hamburg 1990.
- 2 Stern Nr. 43 v. 18.10.1990, S 234
- 3 F.W. Scharpf, *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*, Frankfurt/New York 1987, S. 335.
- 4 Zur Kritik an Scharpf siehe Michael Wendl, *Gescheiterte Anpassung, Kritik sozialdemokratischer Modernisierungsstrategie*, Hamburg 1988.
- 5 B. Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/New York 1984, S. 261.
- 6 O. Lafontaine, *Deutsche Wahrheiten, Die nationale und die soziale Frage*, Hamburg 1990. R. Dreßler u.a. (Hrsg.) *Fortschritt '90, Fortschritt für Deutschland*, München 1990.  
In beiden Texten werden zwar die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme der deutschen Vereinigung fixiert. Die theoretische Substanz ist aber peinlich dürftig: "Die Qualitäten von Marathonläufern sind gefragt, endlos gegen die lähmende Schwere, gegen Unsicherheit ankämpfen, sich nie entmutigen und fallen lassen." (*Fortschritt '90*, a.a.O., S. 114).
- 7 E. Altwater/K. Hübner/M. Stanger, *Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Kapitalismus*, Opladen 1983. M. J. Piore/Ch.F. Sabel, *Das Ende der Massenproduktion*, Berlin 1985.
- 8 H. Ehrenberg, *Mehr Arbeitsplätze - ohne Lohnverzicht*, Stuttgart 1988. H. Ehrenberg, *Damit keiner unter die Räder kommt, Strategien für einen gesamtdeutschen Sozialstaat*, Köln 1990.
- 9 J. Fischer, *Der Umbau der Industriegesellschaft*, Frankfurt 1989.
- 10 "Wir wollen die Kraft der Negation sein" (Manifest der Radikalen Linken), in: *Konkret* 11/89.
- 11 H. Bierbaum/M. Wendl, *Abschied von der Einheitsgewerkschaft?*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 8/1990.
- 12 J.A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, München 1980, S. 134.
- 13 W. Polster/K. Voy, *Konjunkturen, Akkumulationsprozeß und Geldwert*, Manuskript 1990.

Georg Fülberth

## Fischer-Chöre und Arbeiterklasse

Zur sozialdemokratischen Linie nationaler Interessenvertretung

Nach den Vereinigungs-Feiern vom 3. Oktober 1990 wurde in den Medien immer wieder deren ziviler Charakter hervorgehoben. Chauvinistischer Überschwang habe fast völlig gefehlt. Die Wiedervereinigung, so scheint es, hat nichts mit dem Anspruch auf nationale Größe zu tun, sondern sie erfolgte im Zeichen der Banane und der Menschenrechte. Marschmusik wurde nicht gespielt, stattdessen Beethovens Neunte, und Gotthilf Fischer dirigierte Chorlieder.

**G**anz offenkundig haben nicht nur die politischen Eliten den Knobelbecher mit den Jesus-Latschen vertauscht, sondern auch die Massen. Ziel des Anschlusses von DDR-Seite war der individuelle Wohlstand, und die Westdeutschen zeigten sich insbesondere im November und Dezember 1989 gegenüber ihren Landsleuten in gutmütiger Spendierlaune, die schon deshalb ungeheuchelt wirkte, weil sie zunächst weitgehend kostenneutral war. Die Nation trat nicht als militantes Kollektiv an, sondern als - wenn gleich massenhafte - Ansammlung von Individuen, die sich darüber freuten, daß entweder sie selbst oder andere es jetzt etwas besser haben würden. Daneben wirkten die Männer mit der Reichskriegsflagge ebenso randständig wie meine Wenigkeit, die zusammen mit den Genossinnen und Genossen von der Autonomie per Trillerpfeife und rotem Winkelement auf dem Marburger Marktplatz dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister die Feier verderben wollte. Der Geist von Langemarck war ferner als der American Way of Life.

Jürgen Habermas und andere, welche seit einiger Zeit verkünden, daß die Bewegung der Achtundsechziger die Bundesrepublik reifer für einen herrschaftsfreien Diskurs gemacht habe, hätten in der Sanften Welle des 3. Oktober eine Bestätigung ihrer These finden können, doch machten tatsächlich nur Antje Vollmer und die Ihren von diesem Angebot Gebrauch.

Zweifellos handelte es sich hier in hohem Maße um Inszenierung. Eine Macht, die, anders als 1914 und 1939, nicht mehr Territorien erobern will, sondern Märkte, wird so auftreten, daß sie die Kundschaft nicht erschreckt. Tatsächlich könnte also die relative Gelassenheit, mit der besonders die Westdeutschen die Wiedervereinigung eher hinnahmen als feierten, mehr im Einklang mit dem "nationalen Interesse" stehen als Besoffenheit.

Da es sich aber um ein Massenphänomen handelt, mag es angebracht sein, auch in historischer Perspektive nach dem Verhältnis von Volksmassen



und Kapitalinteressen in Zeiten nationaler Anspannung zu fragen. Dabei darf die Arbeiterklasse nicht ausgespart werden.

**D**er militante Nationalismus des 19. Jahrhunderts war in erster Linie eine Sache der Bourgeoisie: sie reklamierte in Deutschland für sich den nationalen Markt gegenüber dem spätabolutistischen Feudalismus, und sie verteidigte ihn zugleich - häufig im Zeichen des Protektionismus - gegen die Ansprüche fremdländischer Bourgeoisien. Im Innern hatte sie mit der Gegenwehr eines sich gerade auch gewerkschaftlich und parteipolitisch formierenden Proletariats zu tun.

Diese Flegeljahre des Kapitalismus endeten mit einem vorläufigen und sehr partiellen Arrangement: Sozialgesetzgebung, allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung der Reallöhne hoben den Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht auf, banden aber die beiden Hauptklassen in einem ersten Versuch antagonistischer Kooperation stärker aneinander. Zugleich transformierte sich der bürgerliche Nationalismus: es ging ihm nicht mehr in erster Linie um die Konstituierung des nationalen Marktes, sondern um dessen Ausweitung. Protektionismus sollte jetzt weniger eine junge Industrie schützen als Monopolprofite sichern. Territoriale Ausdehnung konnten deren Geltungsbereich vergrößern. Auch imperialistische Extraprofite in den Kolonien und Halbkolonien - teils verwirklicht, teils (in Deutschland) eher nur erhofft - erweiterten im Innern den Verteilungsspielraum und schienen zumindest kurzfristig auch im Interesse der je nationalen Arbeiterklasse zu liegen - sieht man einmal vom Kriegsrisiko ab, da sie dann in erster Linie aufzukommen haben würden. Für diesen Interessenzusammenhang hat ein Teil der Geschichtsschreibung (in der BRD Hans-Ulrich Wehler) den Begriff "Sozialimperialismus" verwandt.

Hier liegt eine Erklärung für den 4. August 1914 in Deutschland. Für Österreich hat Rudolf Neck den Nachweis zu führen gesucht, daß dort die Arbeiterschaft vom nationalistischen Taumel nicht erfaßt worden sei. Es ist zweifelhaft, ob dieses Ergebnis auf Deutschland übertragen werden kann. Zeugnisse, daß das Proletariat dort ebenfalls vom Chauvinismus erfaßt worden sei, sind glaubhaft. Und selbst wenn die sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich organisierten und beeinflussten Massen nicht aktiv mitwirkten, so waren sie doch nicht imstande, sich so zu artikulieren, daß ein Dissens sichtbar geworden wäre. Insofern war die Bereitschaft der Reichstagsfraktion, die Kriegskredite zu bewilligen, wohl doch kein Verrat an der eigenen Basis, sondern entsprach deren realem Zustand. (Ich selbst habe das früher anders gesehen, doch kommt das recht frühe, in diese Richtung gehende Urteil Jürgen Kuczynskis der Wahrheit wohl nahe.) Wenn Politiker wie Haase und Ebert zu dem Ergebnis gelangten, die Regierung habe das Gesetz des Handelns, und den dadurch gesetzten Tatsachen könne die Sozialdemokratie aktuell nichts entgegenzusetzen, dann gibt dies offenbar recht exakt das Gefühl der Lähmung wieder, das sich auch in

den Massen fand und das sich schnell - durch Identifikation mit dem Stärkeren - in Chauvinismus transformieren konnte. Andere gingen weiter, so der Reichstagsabgeordnete Eduard David: Er sah in der Kriegsunterstützung die Chance, innenpolitische Vorteile herauszuholen (z.B. die Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts) und eine soziale Besserstellung der deutschen Arbeiterklasse zu Lasten der Arbeiterklassen der gegnerischen Länder zu erreichen. Hier setzte sich das sozialimperialistische Kalkül durch, das immerhin eine objektive Grundlage hatte:

**I**n der industriellen Revolution hatte sich das Kapital national konstituiert, in den darauffolgenden Jahrzehnten folgte ihm das Proletariat hierin nach. Die Bourgeoisie blieb auch im Imperialismus nationalistisch, ging es doch darum, ihren Herrschaftsbereich auf Kosten der Bourgeoisien anderer Staaten auszudehnen und die Völker der Kolonien besonders scharf auszubeuten. Dabei fiel nicht nur Extraprofit ab, sondern auch "Extra-Lohn", in den jener sich durch die Überweisungen an die einheimische Arbeiterklasse - und zwar, anders als Lenin annahm, nicht nur an deren Aristokratie - verwandelte. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges entwickelte Karl Kautsky die Theorie des "Ultra-Imperialismus". Hier ging er von einer zunehmenden Internationalisierung des Kapitals aus. Dieses werde seine Interessen in Zukunft nicht mehr mit nationalen Kriegen durchzusetzen genötigt sein.

Kautsky hat hier eine Entwicklung vorweggenommen, die nach 1945 tatsächlich in hohem Maße realisiert worden ist. Internationalisierung des Kapitals, aber auch die gemeinsame Frontstellung gegen den realen Sozialismus führten seit über 45 Jahren zur Vermeidung einer militärischen Konfrontation der am höchsten entwickelten kapitalistischen Länder - bei gleichzeitiger ungeheurer Steigerung ihres gegen die UdSSR und die von ihnen in Unterentwicklung gehaltenen Länder gerichteten Gewaltpotentials.

Die Prognose des "Ultra-Imperialismus" war als Legitimations-Ideologie für die Politik des von Kautsky vertretenen "Marxistischen Zentrums" in der SPD gut geeignet. Dieses hatte den Chauvinismus Davids und den machtpolitischen Pragmatismus Eberts nicht mitgemacht. Die ihm zurechnenden Reichstagsabgeordneten waren in der internen Vor-Abstimmung am 3. August in der Minderheit geblieben und hatten sich dann der Fraktionsdisziplin gebeugt. Kautsky sah die Machtlosigkeit der von ihm vertretenen Position ebenso stoisch wie den Zusammenbruch der Zweiten Internationale insgesamt: diese sei, so dozierte er, ohnehin nur im Frieden ein wirksames Instrument, im Kriege aber sei sie nutzlos. Seine pazifistische Haltung wußte er in Übereinstimmung mit den künftigen Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung: Als er sich 1917 mit der USPD wegen der Haltung zum Kriege von der Mehrheits-Sozialdemokratie trennte, war dies im Grund keine anti-kapitalistische Aktion, sondern sie war konform

mit den von ihm prognostizierten "moderneren" Varianten kapitalistischer Politik.

Allzu weit war auch die sozialdemokratische Mehrheitsrichtung (Ebert/Scheidemann) von seiner Position nicht entfernt. Davids zynischer Hurra-Patriotismus erschien ihr als gefährlich, da er in einer Zeit bald doch im Proletariat bemerklicher Kriegsmüdigkeit (die Sache lief seit der Niederlage an der Marne, September 1914, schlecht) die Massenbasis der Partei zu beeinträchtigen drohte. So bewilligte die mehrheitssozialdemokratische Reichstagsfraktion zwar immer wieder die Kriegskredite, zugleich drängte Scheidemann mit Interpellationen die Reichsregierung, diese solle alle Möglichkeiten für einen "Verständigungsfrieden" ausschöpfen. Damit war gleich mehreren Interessen gedient: Bethmann Hollweg erhielt Gelegenheit, in seinen Antworten den Friedenswillen des Kaisers zu betonen, die MSPD erschien als eine Kraft, die auf die Beendigung des Krieges drängte (und versuchte auf diese Weise ihre Anhängerinnen und Anhänger bei der Stange der Partei und des Reiches zu halten), und schließlich profilierte sie sich schon im Kriege als die Partei, welche - im Gegensatz zur "Siegfrieden"-Programmatik der Obersten Heeresleitung - auf internationalen Ausgleich setzte.

Dieser wurde vollends nach der Niederlage von 1918 ihre Parole. Die Genehmigung der Kriegskredite ist nunmehr keineswegs selbstkritisch als Fehler beurteilt worden, sondern die Angelegenheit wurde gleichsam im Voranschreiten korrigiert: die MSPD, ab 1922 wieder mit dem rechten Flügel der USPD zur (V)SPD vereinigt, war jetzt die Partei der internationalen Verständigung, die durch eine Erfüllung des auch von ihr kritisierten Versailler Vertrages Deutschlands Gleichberechtigung herbeizuführen suchte. Daß sie dabei auf einer Linie mit Gustav Stresemann - vor 1918 als "Kriegstrompete" berüchtigt - lag, war ebenso logisch wie die Tatsache, daß sie sich des 4. Augusts nicht zu schämen brauchte: in allen diesen Fällen konnte sie geltend machen, daß sie ja "im deutschen Interesse", wenngleich jeweils den Zeitumständen entsprechend, handelte. Karl Kautsky, der 1922 mit der USPD wieder zum großen Haufen stieß, vermochte mit seiner Theorie des Ultra-Imperialismus den polit-ökonomischen Segen dazuzugeben.

Allerdings war er damit, ebenso wie die Partei mit ihrer "Erfüllungspolitik", etwas arg früh dran. Deutschland hatte beim Griff nach der Weltmacht danebengelangt, war gestolpert und dabei unter die Stiefel der internationalen Konkurrenz geraten. Nicht imperialistischer Extraprofit wurde jetzt kassiert, sondern Reparationen waren zu zahlen. "Erfüllungspolitiker" wurden in der Agitation der äußersten Rechten, die ab 1929 Massenzulauf erhielt, zu Kollaborateuren. Die SPD erschien in mehrfachem Sinne als eine Partei des "Westens": ihr Bekenntnis zur parlamentarischen Republik trennte sie gleichermaßen von der KPD, die das Räteystem anstrebte, wie von Monarchisten und allen Befürwortern eines

deutschen Sonderweges; und außenpolitisch wollte sie den Ausgleich mit den Siegermächten des Ersten Weltkrieges. Letzteres hatte nun allerdings nichts mit Internationalismus zu tun, sondern mit der Wahrnehmung nationaler Interessen, die sich für die SPD nahtlos mit denen des Proletariats verbanden:

Mochte, Kautsky zufolge, das Kapital die Tendenz zur Internationalisierung haben, so konstituierte sich die ursprüngliche Arbeiterklasse zumindest der altindustriellen Länder doch nach wie vor national. Zwar waren die polnischen Saisonarbeiter auf den Gütern des Ostens und die polnischen und italienischen Bergleute im Ruhrgebiet zur internationalen Wanderschaft verurteilt (die Polen hatten bis 1918 ja ohnehin kein staatlich verfaßtes Vaterland), aber die - bis zum Ende der Weimarer Republik durchaus typischen - Pendel- und Reisebewegungen deutscher Arbeiter hatten sich immer im Rahmen des 1871 gegründeten Deutschen Reiches gehalten, übrigens gerade im Gegensatz zu den Tippetouren der Handwerksgelesen früherer Generationen, bei denen man auch einmal außerhalb der Grenzen des Deutschen Bundes und des Reiches um Arbeit nachfragte. (Daß der tatsächlich internationalistische Zweig der deutschen Arbeiterbewegung, nämlich der kommunistische, von Wanderburschen in Frankreich, England und in der Schweiz gegründet wurde, ist kein Zufall.) Der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte in das Akkumulationszentrum Deutsches Reich hatte relativ früh schon zu einer Unterschichtung geführt, die den Deutschen nach Entlohnung und Produktionsgestaltung eine gegenüber den Fremdlingen herausgehobene Stellung verschaffte. Internationalisierung des Kapitals hin oder her: Kautskys Vision war zunächst einmal eben Zukunftsmusik: Bis 1918 hatten die deutschen Kapitalisten eine Dominanz gegenüber der ausländischen Konkurrenz gesucht, ab 1918 bemühten sie sich, ihre Niederlage wieder wettzumachen, und in beiden Fällen stand für eine sozialpartnerschaftlich orientierte Arbeiterbewegung, insbesondere die Gewerkschaften, das eigene Wohl und Wehe durchaus in einem kommunizierenden Verhältnis zur Weltgeltung der nationalen Kapitalistenklasse. Dies galt umso mehr, als es ja nicht nur um die Lohntüte ging, sondern auch um das seit Bismarcks Zeiten in Ansätzen bestehende, 1927 durch die Gründung der Reichsanstalt für Arbeit ausgebaute System der sozialen Sicherung. Es war nationalstaatlich verfaßt. Rente, Arbeitslosengeld, Arbeitsrecht, Unfallversicherung: all das, was der klassische Unternehmer als Ursache der scheußlichen Lohn-Nebenkosten beklagt, war in hohem Maße staatlich organisiert und gesetzlich geregelt, und nahm dieser Staat gar noch die Form der parlamentarischen Republik an, dann wurde er, entsprechende Mehrheiten vorausgesetzt, sogar zum Arbeiterstaat. So dozierte Rudolf Hilferding auf dem SPD-Parteitag in Kiel 1927.

Verteidigung der Republik und Westorientierung waren also durchaus als Klassenpolitik zu verstehen. Diese allerdings verblieb - wenngleich nunmehr mit anderen Mitteln - im Rahmen der Politik des 4. August 1914: das deutsche Interesse war auch das Interesse des deutschen Arbeiters.

Dieser strategischen Orientierung folgten SPD und Gewerkschaften auch am Ende der Weimarer Republik. Sie mußte allerdings einem Kräfteverhältnis angepaßt werden, das ihrer Verwirklichung immer mehr entgegenstand. Der Reichsverband der Deutschen Industrie zum Beispiel kam am Vorabend der Weltwirtschaftskrise zu dem Ergebnis, daß man es mit einer Durchbruchs-Politik versuchen müsse: Senkung der Lohnkosten, Abschüttelung sozialstaatlicher Kontrollen, Schluß mit Versailles durch einen neuen Griff nach der Weltmacht. Im letzten Punkt hatte die SPD immerhin schon 1914 einmal mit sich reden lassen. Inzwischen war die SPD die Partei von Versailles geworden. (Vergessen war der Ausruf Scheidemanns von 1919, daß demjenigen, der das Diktat unterschreibe, die Hand verdorren müsse.) Deutschlands Wiedergeburt sollte gegen sie durchgesetzt werden.

Das war wohl unvermeidlich, denn der sozialpolitische Teil des Programms, der Sozialabbau, ging stracks gegen die Gewerkschaften, und mit diesen war die Sozialdemokratie auf Gedeih und Verderb verbundenen. Hier war der Hebel, um die SPD aus der Reichsregierung, in der sie seit 1928 den Kanzler stellte, zu kanten: Die großindustrielle Deutsche Volkspartei machte eine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung zur Bedingung ihres Verbleibens im Kabinett, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) konnte diese Bedingung nicht akzeptieren, und unter seinem Druck schied die SPD 1930 aus. Die Unternehmer-Intrige war glücklich.

Hilferdings Referat auf dem Kieler Partei hatte die programmatische Überschrift "Die Aufgabe der Sozialdemokratie in der Republik" getragen. Damit war es 1930 schon wieder vorbei: mit den Möglichkeiten, Aufgaben wahrzunehmen, und mit der Republik fast auch schon. Brüning, der neue Reichskanzler, regierte ab Herbst dieses Jahres nur noch mit Notverordnungen nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung, also von Gnaden des monarchistischen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Die SPD "tolerierete" ihn, das heißt: sie verschaffte ihm immer wieder einmal parlamentarische Mehrheiten, damit er nicht vollends auf die Notstands-Vollmachten zurückgriff. Die Gefahr, daß nach einem Sturz Brünings ein Regime entstehen würde, das noch weiter rechts stand - etwa durch Einbeziehung der NSDAP - machte die Sozialdemokratie vollends durch diesen erpreßbar. Sie versuchte die Hülle der Republik zu retten, indem sie die Aushöhlung der Substanz hinnahm. Eigene Gestaltungsmöglichkeiten hatte sie nicht mehr: Auf Reichsebene war sie ja seit 1930 aus der Regierung heraus. Die Länder und Städte, in denen sie noch an der Spitze war, gerieten unter das Regime der Brüning'schen Notverordnungen. So durften die Kommunen kaum noch Kredite annehmen, mußten eine "Bürgersteuer" und eine Biersteuer einführen, welche immer größere Teile der Einwohnerschaft gegen die Magistrate und Gemeindevorstände

aufbrachten, und ihre Etats wurden durch Staatskommissare zwangsausgeglichen.

Allerdings war die SPD nicht nur Opfer, sondern auch Täterin. Ihre Länder-Innenminister exekutierten ab 1930 verschärfte Berufsverbote gegen "Extremisten von rechts und links", und sie trafen dabei in erster Linie Mitglieder der KPD. In Berlin 1929 wurden unter der Verantwortung eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten demonstrierende Arbeiter erschossen, ähnliche Fälle gab es in den Folgejahren in der Provinz, so z.B. 1932 in Langenselbold bei Hanau. Auch hier bot jeweils der "Schutz der Republik" die Legitimation. Es kam aber ein weiterer, niemals ausgesprochener Grund hinzu: Tatsächlich war es der SPD nach der Entstehung einer kommunistischen Massenpartei - die gab es de facto erst seit 1920 - nicht mehr möglich, in "nationalen" Fragen so weit nach rechts zu gehen wie im August 1914. Unzufriedene Wählerinnen wären dann nämlich in noch höherem Maße zur KPD abgeschwenkt, als dies ohnehin ab 1929 geschah. Die scharfe Bekämpfung der Kommunistischen Partei sollte der SPD Manövrier-Raum für weitere Anpassung verschaffen. Diese Politik war allerdings in jeder Hinsicht illusorisch: Die KPD ließ sich unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise nicht dezimieren, und die Rechte blieb unverwundlich.

Selbst in jener Episode, die in die Helden-Legende der SPD eingegangen ist - der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes 1933 - ist das antikommunistische Motiv erkennbar. Otto Wels, der Parteivorsitzende, protestierte gegen Repressionen, welche sich gegen die SPD richteten, aber er räumte zugleich ein: "Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch geschieht und wenn man es unterläßt, besiegte Gegner zu behandeln, als wären sie vogelfrei."

Die Tatsache, daß die KPD schon illegal war, ist hier nicht einmal erwähnt worden. Dieser Abschnitt von Wels' Rede konnte so gelesen werden, als habe er gegen deren Behandlung durch Hitler dann nichts einzuwenden, wenn damit die bisherige Praxis sozialdemokratischer Innenminister fortgesetzt werde.

Der Vorsitzende der SPD erklärte auch seine Übereinstimmung mit Hitlers Forderung nach deutscher Gleichberechtigung. Er erinnerte daran, daß er schon im Februar 1919 als erster Deutscher auf der Berner Konferenz der Sozialistischen Internationale der Behauptung von Deutschlands Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges entgegengetreten sei. Wahrscheinlich bildete er sich ein, er könne Hitler nun auf den einst von der SPD und auch von Stresemann eingeschlagenen Weg, Versailles zu korrigieren, festlegen. Der neue Reichskanzler gab ihm eine klare Antwort: "Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!"

Trotz dieser Abfuhr stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 17. Mai 1933 noch Hitlers Grundsatz-Erklärung zur Außenpolitik zu und sang anschließend gemeinsam mit den Nazis das Deutschland-Lied. Der Nazi-Führer hatte tatsächlich, um das Ausland zunächst zu beruhigen, relativ moderate Töne angeschlagen und den Punkt seiner Strategie herausgestellt, an dem er sich von der SPD nicht unterschied: Gleichberechtigung Deutschlands durch Aufhebung von Versailles, und zwar friedlich.

Hinter dieser Gemeinsamkeit verbarg sich der entscheidende Unterschied: Hitler wollte nicht nur das, was auch mit der SPD zu haben war, sondern entschieden mehr, nämlich Unterwerfung ganz Europas, und zwar kriegerisch. Dies wurde ab 1939 versucht und ging schief. So war seit 1945 nur noch der Weg der friedlichen Durchdringung möglich, und das war wiederum mehr, als Karl Kautsky einst erträumt hatte. "Internationalisierung des Kapitals" war für ihn gleichsam ein Naturvorgang gewesen und lief auf die Gleichberechtigung der kapitalistischen Nationen hinaus. Dabei war allerdings nicht mitbedacht, daß das international operierende Kapital neue nationale und regionale Übergewichte schafft. Der Kampfplatz ist dann nicht mehr das Schlachtfeld, sondern der Weltmarkt. Nationalismus wird dabei sich häufig mit der Berufung auf universelle Werte verbinden - zumindest so lange, als ein Gegner - sei es der Reale Sozialismus, sei es "Der Böse" (Originalton BILD) im Irak - zu bezwingen ist, der diese sich nicht leisten kann. Die von der SPD in der Zwischenkriegsperiode entwickelte Linie nationaler Interessenvertretung war bereits keine auf diese Partei beschränkte Spezialität, sondern wurde auch von flexibleren Bürgerlichen vertreten. Sie ist nunmehr Gemeingut aller im Bundestag vertretenen Parteien geworden, wobei noch nicht abzusehen ist, ob bei der PDS von diesem Urteil Abstriche zu machen sind.

Peter Hess

## Zur Aktualität der Imperialismustheorie

Die Orientierung der Linken im vereinigten Deutschland verlangt, die Gegenwart als geschichtlich Gewordene zu betrachten. Die Tragik der vergangenen Jahrzehnte und des vergangenen Jahres besteht ja nicht darin, daß der *Sozialismus* gescheitert wäre - gescheitert ist nur seine staatsbürokratische Abart und das war unvermeidlich und sogar notwendig. Tragisch ist vielmehr, daß der eigentliche Sinn der Gründung der DDR, eine Alternative zum wiedererstandenen, Staat gewordenen deutschen Imperialismus zu schaffen, mit der Zielsetzung, diesen in der Perspektive zu überwinden, vorerst gescheitert ist.

Wer sich erinnert oder die zeitgeschichtlichen Dokumente nachliest wird bemerken, daß die Gründung der DDR auf Beschluß des Zentralkomitees der SED, zweifellos in Übereinstimmung mit der Führung der Sowjetunion, d.h. Stalin, mit großer Nüchternheit erfolgte, ohne größere Begeisterung. Wilhelm Pieck, der designierte erste Präsident der DDR, sagte drei Tage vor der Staatsgründung: "Wir haben uns lange überlegt, ob wir mit einem Vorschlag zur Bildung einer Regierung der DDR hervortreten sollten. Die Lage ist so ernst, daß wir um diesen Schritt nicht mehr herumkommen können." Im *Osten* Deutschlands sprach man damals vom "nationalen Notstand".

Aus der Sicht der politischen Kräfte, die in der Illegalität, in Konzentrationslagern, Zuchthäusern und in der Emigration den Kampf gegen Faschismus und Krieg geführt hatten, und die, gestützt auf die bewaffneten Kräfte eines Staates, der im Krieg gegen Nazideutschland 25 Millionen Tote zu beklagen hatte, jetzt im Osten Deutschlands die wichtigsten Positionen einnahmen, ergab sich zu allererst folgendes Problem: Die ökonomisch Mächtigen, die Hitler an die Macht gebracht und so den Krieg zu verantworten hatten, nahmen ihre früheren Positionen wieder ein.

Es bleibt den Historikern überlassen, zu klären, ob die Westmächte zur damaligen Zeit überhaupt keine Absicht hatten, ein einheitliches Deutschland zuzulassen. Immerhin hatten sie sich auf der Potsdamer Konferenz, die schließlich ein solches vorsah, für die Gründung eines süddeutschen, eines norddeutschen und eines westdeutschen Staates eingesetzt. Zu klären bleibt auch, ob in der damaligen sowjetischen Besatzungszone im Hinblick auf die Enteignungspolitik und andere wirtschaftliche Maßnahmen über die Festlegung der Krim- und Potsdamer Konferenzen hinausgegangen wurde. Wie auch immer, die Bundesrepublik war auf der Grundlage der von Adenauer ungeschminkt ausgesprochenen Interessen-

bekundung "lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb" gegründet

Insofern war die Gründung der DDR eine *Antwort*, von vornherein *provisorisch* konzipiert, als Basis - wie es in zahlreichen Dokumenten immer wieder hieß -, für "ein einheitliches, antifaschistisches, friedliebendes, anti-monopolistisches und demokratisches Deutschland." Das ist eben das Bemerkenswerte, daß damals die Streiter für die Einheit gerade im Osten Rang und Stellung besaßen. Der erste, 1947 verfaßte Entwurf einer Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik war für ein einheitliches Deutschland konzipiert. Wer heute wichtige Veröffentlichungen der damaligen Zeit durchblättert, findet diese nüchterne Sicht der Dinge, dieses Bekenntnis zum Provisorium der DDR, das Eintreten für ein ganzes, ein anderes Deutschland immer wieder reflektiert. Das eigentliche Programm der DDR, der vier Tage vor ihrer Gründung veröffentlichte Beschluß "Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands", ist gerade heute ein lesenswertes Dokument. Denn es war dies ein Programm des breitesten denkbaren demokratischen Bündnisses zur Rettung der deutschen Nation vor dem wiedererstehenden Imperialismus. Es war, in moderner Wortwahl ausgedrückt, ein frühes Dokument der Priorität allgemeingesellschaftlicher Interessen - vom Standpunkt der DDR gegenüber Deutschland, von Standpunkt Deutschlands gegenüber der internationalen Gemeinschaft.

Man kann mit Sicherheit auch in den ersten Jahren des Bestehens der DDR Äußerungen und Handlungen ihrer politischen Exponenten ausmachen, die im Widerspruch zur erklärten Politik standen. Das rührte aus dem von vornherein angelegten Widerspruch, daß die SED eine stalinistisch geprägte, undemokratische Partei war, und das mußte sich unvermeidlich auf die Gesellschaft auswirken. Ihre Politik spiegelte zwar das Interesse der damaligen KPdSU-Führung in den ersten Nachkriegsjahren an einem einheitlichen, antiimperialistischen Deutschland wider, aber dieses Interesse war in die falsche Konzeption einer bürokratisch-zentralistischen Kommando-Gesellschaft gegossen. Daß da Chancen auf allen Seiten verpaßt wurden, wird heute nirgends bestritten. Was die DDR-Seite betrifft, so war die spätere offene Aufgabe und Ablehnung der Einheitsforderung auf demokratischer antifaschistischer Grundlage der Ausgangspunkt einer negativen Entwicklung, die zur heutigen Macht des damals schwer angeschlagenen deutschen Imperialismus in ganz Deutschland erheblich beitrug.

Indem die DDR das Bestreben zu einer demokratischen Erneuerung in ganz Deutschland aufgab, gab sie dies auch für sich selbst auf und damit die Chance der Schaffung einer demokratischen Alternative in und für Deutschland insgesamt. Die später zunehmenden Schwierigkeiten in der DDR, das wachsende Unverständnis großer Teile der Bevölkerung in Ost und West für den eingeschlagenen Weg - dieses Verständnis zu erringen

war anfangs erklärter und teilweise auch praktizierter Grundsatz der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik - hängt vor allem damit zusammen, daß die DDR-Führung davon abging, jeden Schritt allein unter dem Gesichtspunkt des breitesten Bündnisses im nationalen Interessen zu gehen. Eine weitere Chance eröffnete sich 1956 und wurde ebenfalls vergeben. Die letzte Chance, wie ich es sehe, wurde 1985 verschenkt, als die SED-Führung, die Stalin und Breschnew willig folgte, zu Gorbatschow eine entschieden ablehnende Haltung einnahm. Der Monopolkapitalismus, der Imperialismus hat auf deutschem Boden vorerst gesiegt.

### Besonderheiten des heutigen Imperialismus

Imperialismus ist bekanntlich der Begriff, dem Lenin, Hobson, Hilferding und anderen folgend, weltweite Geltung verschuf, als theoretische Rekonstruktion des Umbruchs der kapitalistischen Gesellschaft, der um die Jahrhundertwende stattfand. Versuche, diesen Begriff moralisierend, gewissermaßen als Schimpfwort zu verwenden, haben ihn zu Unrecht diskreditiert. Gleichzeitig ist klar, daß sich die Wirklichkeit in den seitherigen vierundsiebzig Jahren *entwickelt* hat, und zwar nicht nur die Erscheinungen, sondern auch das diesen zugrundeliegende Wesen der Sache. Der heutige Kapitalismus ist wesentlich der gleiche und gleichzeitig anders als in seinen früheren Etappen. Entsprechend müssen sich die Begriffe der neuen Wirklichkeit entwickeln - und auch die Stellung der Linken zu dieser Wirklichkeit.

Zur Illustration sollen in diesem Beitrag nur ein paar Anmerkungen zu den "Besonderheiten" des (damals) neuen Stadiums der kapitalistischen Entwicklung - fälschlich oft als die "Merkmale" des Imperialismus bezeichnet - gemacht werden.

Die Konzentration der Produktion, aus der das Monopol erwachsen ist, hat sich nicht weiter in der Richtung entwickelt, daß Kartelle, Syndikate und Trusts - über, neben und im Gegensatz zur freien Konkurrenz existierend - danach streben, gemeinsam den jeweiligen Produktionszweig zu beherrschen. Vielmehr wurde die freie Konkurrenz aufgehoben *und das Monopol selbst von der Konkurrenz durchdrungen*. Die Dogmatisierung des Leninschen Ansatzes in dieser Frage hat zu Vorstellungen geführt, daß der Monopolisierungsprozeß in immerfort größeren kapitalistischen Unternehmen münden muß. Es wurde vielfach nicht beachtet, daß der Kern des Monopolbegriffs in einem auf ökonomischer und außerökonomischer Macht beruhenden und für die weitere Akkumulation notwendigen *Enteignungsprozesses* besteht. Die Monopolisierung stellt sich mehr und mehr in der zentralisierten Verfügung über das kapitalistische *Eigentum* dar. Das kapitalistische Privateigentum wurde innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise überwunden, das Kapital *vergesellschaftet*.

Es ist dies ein Widerspruch in sich, Ausdruck des Übergangscharakters des heutigen Kapitalismus. Unter dem Dach des vergesellschafteten kapitalistischen Eigentums ist Raum für kleine, mittlere und große Unternehmen, für dezentralisierte Leitungsprozesse, für gnadenlose Konkurrenz, aus der der Zwang zu und die Wirklichkeit der kapitalistischen Effektivität entspringt.

Wonach die großen Monopolverbände jetzt streben ist die Beherrschung der nationalen und internationalen Akkumulationsquellen auf der Grundlage einer breitgefächerten Produktions-, Dienstleistungs-, Handels- und Finanzbasis. Der Zwang zur Expansion bleibt dem Monopolkapital so eigen und folglich die unvermeidlichen Konflikte, die aus dem Aufeinandertreffen rivalisierender Kapitalkräfte hervorgehen.

In der Leninschen Theorie mußten diese zwangsläufig zum Krieg führen. Wie steht es mit dieser Frage heute? Ich muß gestehen, daß ich mit dem Begriff des "friedensfähigen Kapitalismus" meine Schwierigkeiten habe. Kein Zweifel, daß vom Standpunkt der Existenz der Menschheit ein Krieg - mehr und mehr schon die Überrüstung - unmöglich geworden ist. Aber der Kapitalismus hat im Verlauf seiner ganzen Existenz nicht unentwegt Krieg geführt, war mithin immer in bestimmten Zeiten friedensfähig. Gleichzeitig sind die Quellen des Krieges, der objektive Expansionsdrang des Monopols, nicht beseitigt. Der Kapitalismus ist fähig, am Rande eines Krieges zu marschieren, ihn bis zu einem möglicherweise ungewollten tatsächlichen Ausbruch zu provozieren.

Gerade die heutige Situation im Nahen Osten mit dem vom irakischen Führer ausgelösten, unannehmbaren Konflikt zeigt, wie bereitwillig der Imperialismus einen gegebenen Vorwand ausnutzt - und das ist zurückhaltend formuliert - in der Verfolgung eigener, wesentlich ökonomisch bestimmter Interessen, die Welt in eine höchst gefährliche Lage zu bringen. Aber diese allgemeine Eigenschaft des Imperialismus kann ob seiner besonders militärisch überragenden Position nur der USA-Imperialismus in bedrohliche Wirklichkeit umsetzen. Er allein konnte den kalten Krieg auslösen und als Antwort auf die neue Außenpolitik der UdSSR erste Schritte zu seiner Beendigung einleiten. Das muß man sicherlich bei der Einschätzung des deutschen Imperialismus und der Formulierung linker Politik berücksichtigen. Dies besonders unter Bedingungen, da der Ost-West-Konflikt sich abschwächt und die heute zu einem erheblichen Teil vor allem militärische Abhängigkeit der Verbündeten von den USA sehr an Gewicht verliert.

Da Weltkriege heute angesichts der menscheitsgefährdenden, damit auch geschäftsgefährdenden Waffentechnik nicht nur nicht unvermeidlich, sondern selbst vom Profitstandpunkt undurchführbar sind, setzt sich die ungleichmäßige Entwicklung vor allem mittels der "friedlichen" gegenseitigen Durchdringung und Enteignung durch. Das Vehikel hierzu sind die Umverteilungsprozesse auf den nationalen und internationalen Kapitalmärkten,

ten, der Kampf der internationalen Konzerne um Anlagesphären und Absatzmärkte und die internationale Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder. Die internationalen Kapitalmärkte und die internationalen Konzerne sind Hauptformen der internationalen Kapitalakkumulation und -zentralisation gerade unter Bedingungen geworden, da die "Berücksichtigung" sich verändernder ökonomischer Kräfteverhältnisse durch einen Krieg keine rationelle Option mehr ist. Und in dieser, nicht unbedingt kriegerischen Form der Aggressivität, spielt das deutsche Monopolkapital, das gerade jetzt durch das Versagen der linken Kräfte territorial so erfreulich expandieren konnte, eine führende Rolle in der Welt.

In der heutigen Zeit muß die Expansion des Monopolkapitals aber auch unter einem anderen, für linke Politik sehr wesentlichem Gesichtspunkt gesehen werden. Das Aufbegehren gegen die Bedrohung der menschlichen Zivilisation durch die heutige Waffentechnik, sollte sie je eingesetzt werden, durch die um sich greifende Umweltkrise, durch den Druck der Bevölkerung in den Entwicklungsländern auf die Nahrungsmittelgrundlagen und durch viele andere sogenannte Globalprobleme kann sich nicht im bloßen Antikapitalismus erschöpfen. Denn die Menschheit kann nicht warten auf den Ausgang des Wettstreits zwischen Kapitalismus und Sozialismus - und das muß heute mehr denn je zuvor einleuchten. Die Fähigkeit des Kapitals, physischen Reichtum zu produzieren, muß durch linke Opposition in Richtungen gedrängt werden, wo sie einen Beitrag zur Lösung heutiger Menschheitsprobleme leisten kann. Eine moderne Imperialismustheorie, die ja wesentlich Kapitalismuskritik ist, muß in dieser Hinsicht auch punktuelle Zusammenarbeit mit dem Monopolkapital, mit gegnerischen politischen Kräften nicht nur taktisch, sondern auch strategisch einschließen. Der Kapitalexport ist heute wichtigstes Mittel der monopolistischen Expansion, unerläßliche Voraussetzung der Profitproduktion überhaupt. Auch hier kann sich linke Politik nicht in seiner Bekämpfung oder Verurteilung erschöpfen, sondern muß auch das Bemühen einschließen, das zivilisatorische Potential für Menschheitszwecke zu nutzen. Ich beeile mich zu betonen, daß dies politisch erzwungen werden muß, freiwillige Leistungen des Monopolkapitals in dieser Richtung sind nicht zu erwarten.

Mit ihren auf soziale Befreiung orientierten Interessen ordnen sich die sozial benachteiligten, ausgebeuteten Klassen und Schichten, ordnet sich der Sozialismus in den Gang der Zivilisation ein. Die den Bestrebungen dieser sozialen Schichten der Gesellschaft Ausdruck verleihenden Linken verzichten nicht auf ihre engeren Ziele, wenn sie allgemeine Menschheitsinteressen betonen. Denn die alternative Gesellschaft, die sie anstreben, hat nur Sinn, wenn sie bisherige zivilisatorische Errungenschaften bewahrt, umgestaltet und entwickelt. Außerdem könnten Arbeiterklasse, die arbeitenden Massen überhaupt, die Völker der Entwicklungsländer gar nicht dazu bewegt werden, auf ihre engeren soziale Interessen zugunsten "höherer" Gesichtspunkte zu verzichten. Nur wenn die einen mit den ande-

ren verbunden werden, können sie Massenunterstützung erhalten. Gleichzeitig ist aber auch zu berücksichtigen, daß die Durchsetzung von allgemein-zivilisatorischen Interessen ein antiimperialistisches, sogar antikapitalistisches Potential in sich birgt. Denn es setzt dies ja Kampf gegen die engeren Klasseninteressen der Bourgeoisie voraus. Daher vertrauen Linke, wenn sie sich für Menschheitsinteressen einsetzen, auch nicht auf eine Art Gesellschaftsvertrag mit der Bourgeoisie, sondern allein auf zähe politische Auseinandersetzungen. Schließlich soll nicht vergessen werden, daß das Einsetzen für allgemeine zivilisatorische Interessen, die über engere der arbeitenden Klassen oder der sozialistischen Gesellschaft hinausreichen, der sozialistischen Theorie und Praxis hilft, sich von Merkmalen zu befreien, die ihr im Grunde wesensfremd sind.

### Die Epoche des Finanzkapitals

Lenin hob die überragende Rolle der Banken hervor, die zu seiner Zeit über fast das gesamte Geldkapital der Gesellschaft verfügten. Daher seine Idee, daß die Beherrschung der Banken die Möglichkeit erschließt, die ganze Gesellschaft zu beherrschen. Dies führte ihn konsequent zu bestimmten revolutionstheoretischen und Sozialismusvorstellungen, die heute überholt sind (und die er selbst gegen Ende seines Lebens korrigierte). Die Rolle des Bankgeschäfts dagegen ist tatsächlich unermesslich angewachsen. Aber neben den Banken, deren Macht nach wie vor riesengroß ist, führen heute alle Institutionen des Monopolkapitals (Versicherungsgesellschaften, Investmenthäuser, die vielfältigen privaten und staatlichen Geldfonds, selbstverständlich auch die "Industrie"konzerne selbst) solche Bankgeschäfte im großen Maßstab durch. Sie verfügen zusammen, wenn auch nicht "gemeinschaftlich", sondern in schärfster Konkurrenz miteinander, über das Geldkapital (und die Eigentumstitel des Nationalreichtums) der Gesellschaft.

Voraussehend bezeichnete Lenin den Imperialismus als Epoche des Finanzkapitals, wobei er in vielem an Hilferdings wichtige Arbeit anknüpfte. Die eigenständige Bewegungs- und Verwertungsformen des monopolisierten Leihkapitals in seinen vielfältigen Formen haben sich seither zum übergreifenden Moment der Besonderheiten des heutigen Monopolkapitalismus entwickelt. Dabei geht es nicht darum, daß alle kapitalistischen Prozesse in finanziellen Formen ablaufen - das gehört zum Begriff des Kapitals, dessen begrifflicher Ausgangspunkt wie erinnerlich der aus der Zirkulation stammende Tauschwert ist. Vielmehr geht es darum, daß das verselbständigte, von den materiellen Prozessen relativ losgelöste Kreditgeschäft immer stärker alle anderen monopolistischen Prozesse durchdringt und bestimmt. Die Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit hat eine solche Stufe erreicht, daß die weitere Durchbrechung der Schranken des Privateigentums an den Produktionsmitteln die

zunehmende Trennung und Verselbständigung des kapitalistischen Eigentums gegenüber den materiellen Prozessen erzwingt. Kredit- und Finanzgeschäfte als scheinbarer Selbstzweck, die in gewaltigen Maßstäben vor sich gehende Aneignung von Profit ohne Produktivkraftentwicklung, aber letztlich unter heutigen Bedingungen als deren unerläßliche Voraussetzung, sind die Bewegungsform dieses Widerspruchs. Es sind dies parasitäre Prozesse als Voraussetzung für Produktivkraftentwicklung.

Es ist sicher richtig, daß finanzkapitalistische Verhältnisse nicht die Gesamtheit heutiger kapitalistischer Verhältnisse ausmachen, wir mir gelegentlich entgegenghalten wird. Sie hängen über viele Vermittlungsstufen mit der Produktion und Zirkulation von Waren zusammen, die wiederum spezifischen Zwängen technischer Entwicklung, Marktverhältnissen, Klassenbeziehungen usw. gehorchen. Wegen des Gewichts des finanziellen Überbaus entfalten sich die kapitalistischen Widersprüche aber im hohen Maße gerade in diesem Bereich. Noch wichtiger ist dazu die Möglichkeit, mit einer entwickelten Theorie des Finanzkapitals die Eigentumsverhältnisse des heutigen Kapitalismus, die für die antikapitalistische Linke entscheidender Gegenstand ihrer theoretischen und praktischen Bemühungen ist, mit größerer Sicherheit und exakter zu bestimmen. Insbesondere ist es eminent wichtig, zu wissen, wo sich das kapitalistische Eigentum wirklich konzentriert und z.B. klar zu unterscheiden zwischen angestellten, wenn auch hochbezahlten Funktionären des Kapitals und den wirklichen Hauptzentren der Kapitalmacht, von denen aus die ganze Richtung der Gesellschaftsentwicklung angegeben wird.

### Der Zwang zur Expansion

Auch die Weltkonkurrenz des Kapitals, von der in der Imperialismustheorie als einer der Besonderheiten gesprochen wurde, ist heute weiter und neuartig fortgeschritten.

Es handelt sich nicht allein um eine mehr oder weniger dauerhafte Aufteilung der Welt, auf die sich die großen Monopolverbände nach der jeweiligen Macht einigen, wobei - wie schon erwähnt - der sich wandelnden Macht durch kriegerische Auseinandersetzungen Rechnung getragen werden mußte. Veränderungen in der ökonomisch-politischen Machtkonstellation werden "friedlich" geregelt, durch gegenseitige ökonomische Durchdringung und politischen Druck. Der in den achtziger Jahren ablaufende Konfrontationskurs durch die USA ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie das in unserer Zeit funktioniert. Durch die Erzeugung einer Kriegsspsychose wurden die Verbündeten und die Entwicklungsländer unter Druck gesetzt und zu ökonomischen Konzessionen gezwungen, konnte dem eigenen Volk zugunsten der Kapitalakkumulation ein niedergewesenes Rüstungsprogramm aufgedrückt werden, das auch heute und in absehbarer Zukunft seine negativen sozialökonomischen Konsequenzen

zeitigt und zeitigen wird. Es geht folglich heute nicht vornehmlich um den "Kampf um das Wirtschaftsgebiet", sondern um mehr oder weniger große Anteile an Märkten für Waren, Ressourcen, Dienstleistungen und Kapital in *allen* zur Verfügung stehenden Wirtschaftsgebieten.

Was den Kampf um die territoriale Aufteilung der Welt betrifft, so hat hier nicht allein die Existenz und Entwicklung der Sowjetunion und das, was sich als sozialistische Weltgemeinschaft darstellte, nicht allein die Überwindung des direkten Kolonialismus im Gefolge des zweiten Weltkriegs Wandel geschaffen, sondern es wurden auch wesentliche neue Formen der Ausbeutung der Entwicklungsländer hervorgebracht. Auch hier handelt es sich um die Entwicklung der vielgestaltigen Ausbeutungsbasis dieser Ländergruppe für das Finanzkapital. Um diese streiten sich *alle* Abteilungen des internationalen Finanzkapitals, alle großen Monopole und imperialistischen Länder, auch wenn die Beziehungen ehemaliger "Mutterländer" und deren frühere Kolonien nicht gänzlich an Bedeutung verloren haben. Jetzt, nachdem der Weltsozialismus entscheidend geschwächt wurde, nachdem die Sowjetunion es fürderhin ablehnt, ihre immer noch gewaltige militärische Macht im Rahmen des "neuen Denkens" zur Regelung internationaler Fragen einzusetzen oder anzudrohen (und vielleicht dazu gegenwärtig auch nicht in der Lage wäre) wird aufzupassen sein, ob die führenden kapitalistischen Länder gewillt sind, diese scheinbare Schwäche für sich in ihren Beziehungen gegenüber den Entwicklungsländern auszunutzen. Die an Vietnam erinnernde Reaktion der USA auf die Aggression Sadam Hussains zeigt, in welchem eingeschränkten Maße der Imperialismus vorläufig erst bereit ist, die Grundideen des neuen Denkens zum Maßstab seiner Politik zu machen. Wenn der Preis nicht so furchtbar hoch wäre, könnte man sich vielleicht über die Beschränktheit imperialistischer Politik freuen, die den in den kommenden Jahren unvermeidlich anwachsenden Druck der Bevölkerung der Entwicklungsländer auf den Imperialismus verstärkt und zeitlich vorzieht.

Was das staatliche Monopol betrifft, für dessen Erklärung Lenin Ansatzpunkte lieferte, so vollzieht es sich zum einen in den Formen, die bekannte Bestandteile der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus sind. Zum anderen aber paßt sich auch der Staat notwendigerweise den neuen Anforderungen an und verwandelt sich in einen echten Finanzier. Das Mittel hierzu ist vor allem die Staatsschuld und deren Formen, die in einem riesigen Markt handelbarer Wertpapiere erscheinen. Auf diese Weise akkumuliert der Staat gewaltige Fonds, um einerseits die Verwertung zu stützen, andererseits auch mit der Kapitalverwertung nicht in Zusammenhang stehende Aufgaben in Angriff zu nehmen, die ihm in wachsendem Maße abgefordert werden. Er kann so die staatlichen Aufgaben in einer Weise realisieren, die den großen privaten Finanziers gleichzeitig einen riesigen *Anlagenmarkt* für das wachsende relativ überschüssige Kapital und entsprechende Profite sichert. Mit seinen ökonomischen und politischen Machtmitteln durchdringt der Staat heute nicht nur alle

übrigen Formen des Monopols, sondern auch die ganze Gesellschaft. Dies bedeutet schon insofern eine wesentliche Entwicklung, als jetzt alle monopolistischen Prozesse zu Systemprozessen werden, deren Ablauf entscheidend von politischen Beziehungen - national und international - bestimmt werden. Auch wenn, wie ich an anderer Stelle bereits selbstkritisch bemerkte, der heutige Kapitalismus durch den Begriff "staatsmonopolistischer Kapitalismus" nicht *umfassend* charakterisiert wird, spielt er unzweifelhaft eine nicht wegzudenkende Rolle für die Gestaltung der Formen kapitalistischer Produktivkraftentwicklung, für den Mechanismus der Wirkung der objektiven Gesetz des Kapitals und nicht zuletzt für die Existenzbedingungen der arbeitenden Menschen. Es muß in diesem Zusammenhang immer wieder betont werden, daß über den Staat, durch die Beeinflussung seiner Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die Linke realen Einfluß auf die Gesellschaft erringen kann.

Ich wollte in diesem Beitrag Fragen der Imperialismustheorie aufwerfen, die Ansatzpunkte für die Politik einer antikapitalistischen Linken bieten könnten. Und da kann man nicht an der Frage vorbeigehen, daß der Kapitalismus unserer Zeit in seinen Wesenseigenschaften theoretisch und praktisch nur vom Standpunkt einer *entwickelten* Sozialismuskonzeption kritisiert werden kann. Für die Linken in Deutschland ist dies selbstredend besonders wahr. Das heißt, die Kritik des Kapitalismus ist engstens mit der theoretischen und praktischen Kritik der staatsbürokratischen Abart des Sozialismus verbunden. Diese Kritik bringt die *eigentlichen* Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft deutlicher zum Vorschein. Die Kritik der staatsbürokratischen Abart des Sozialismus macht deutlich, daß *wirkliche* Volksmacht von oben bis unten und von unten bis oben, ausgeübt durch der Kontrolle der Massen unterworfenen Repräsentativorgane, nicht geschaffen wurde. Es war dies keine wirklich humanistische Gesellschaft, die die allgemeinen Menschenrechten in neuer Qualität, als Volksrechte sicherstellte, darin eingeschlossen *uneingeschränkte* Rechtsstaatlichkeit und *soziale* Gerechtigkeit, eine gegen andere Rassen und Völker solidarische Gesellschaft, die auf jegliche Aggressivität verzichtet, darunter auf Aggressivität gegenüber der Natur. Diese Kritik setzt Maßstäbe für eine alternative Gesellschaft, *und das ist nicht der Kapitalismus*. Andererseits gibt uns eine *moderne* Kritik des heutigen Kapitalismus, die sich auf eine *entwickelte* Imperialismustheorie stützt, die Möglichkeit, Konturen der alternativen Gesellschaft deutlicher herauszuarbeiten.



## Bismarck und die Reichsgründung 1871

Die deutsche Reichseinigung von 1864 bis 1871 vollzog sich am Ende einer Epoche sozialer Erschütterungen, Kriege und Revolutionen: da waren zwischen 1830 und 1848/49 die nationalrevolutionären Erhebungen der Polen, der Schweizerische Sonderbundkrieg, die ungarischen Freiheitskämpfe und ab 1859 die italienischen Einigungskriege sowie die Überwindung der südstaatlichen Sezession im nordamerikanischen Bürgerkrieg, dem blutigsten aller damaligen Kriege. Aber auch das Elend auf oberitalienischen Schlachtfeldern war so herzerreißend, daß der schweizerische Philanthrop Henri Dunant eine Bewegung ins Leben rief, aus der schließlich das Rote Kreuz hervorging. Otto v. Bismarck brachte all die Turbulenz jener Jahrzehnte zu Beginn seiner Ministerpräsidentenschaft in Preußen 1862 auf die Sentenz, daß die großen Fragen der Zeit durch "Eisen und Blut" entschieden würden. Das brachte Aufregung, doch im Grunde sprach er damit nur pointiert aus, was zunächst außerhalb Deutschlands geschehen war.

Nicht so sehr diese geschichtliche Reflexion war es, die allgemein erschreckte, sondern die damit verbundene Ankündigung einer neuen Politik in Preußen-Deutschland. Bismarck bedeutete damit dem offiziellen Preußen, das die Hegemonie in Deutschland anstrebte, als auch dem Liberalismus, der für die Nationalstaatsidee eintrat, wie diese Ziele - der Zeit entsprechend - praktisch zu erreichen seien. Tatsächlich hatte er schon vor 1862 unermüdlich gegen die "Leere an positiven Zwecken und Ideen" und gegen die "passive Planlosigkeit" der preußischen Regierung angekämpft. Es entsprach seinem Charakter wie seiner Politik, wenn er vor der Unschlüssigkeit warnte, die Preußen 1806 zugrunde gerichtet hätte, und hinzufügte: "Wir werden Amboß, wenn wir nichts tun, um Hammer zu werden." Der liberalen Fortschrittspartei warf er vor, daß sie im parlamentarischen Kretinismus befangen sei, keine konkreten Vorstellungen habe und keine gangbaren Wege weise.

Gewiß, das deutsche Bürgertum hatte im September 1859 den Deutschen Nationalverein gegründet, der die staatliche Einigung Deutschlands im Rahmen des bereits seit 1834 bestehenden, das Habsburgerreich ausschließenden Zollvereins propagierte. Dieser Nationalverein war zwar eine bürgerliche Honoratiorenorganisation, die bewußt Arbeiter und Studenten von sich fernhielt, hatte aber dennoch eine beachtliche Ausstrahlung. Die liberale Presse erschien täglich in einer Auflage, die die konservative um mehr als das Fünffache übertraf, mit 250 000 Exemplaren gegenüber 45000. Die Möglichkeiten des Bürgertums, seine nationalen und ökonomischen Ziele wie seine politischen Machtansprüche zu propagieren, waren also nicht gering.

Doch die Widersprüchlichkeiten innerhalb des Liberalismus lähmten seine historische Tatkraft. Am wesentlichsten war, daß die Liberalen das Volk nur in begrenztem Maße und mit ängstlichem Zaudern gegen die Dynastien und ihre Ministerien ausnutzten, zugleich aber gegen die Revolution von unten waren, die die Volksmassen mobilisiert hätte.

Hier erkannte Otto v. Bismarck seine Chance. Nach der Niederlage des zaristischen Rußlands, der wichtigsten Stütze der preußischen Urkonservativen, im Krimkrieg arbeitete er sich von 1856 ab in kritischer Auseinandersetzung mit Leopold v. Gerlach, dem Adjutanten Friedrich Wilhelms IV., eine neue politische Strategie. Er hielt fest an der Unabhängigkeit der Kronegewalt und der Begrenzung parlamentarischer Mitbestimmung. In dieser Hinsicht machte er keinerlei Konzessionen; das zeigte auch der preußische Heeres- und Verfassungskonflikt in den Jahren von 1861 bis 1866. Aber Bismarck trachtete immer bewußter danach, den preußischen Hegemonieanspruch in Deutschland mit dem Verlangen der Liberalen nach Bildung eines Nationalstaates zu verbinden. Er hatte erkannt, daß in national- und wirtschaftspolitischen Fragen ein Bündnis mit den Liberalen durchaus möglich sei und Preußen bei unbeweglichem Festhalten an konservativ-legitimistischen Grundsätzen niemals seine Großmachtstellung sichern und erweitern könne.

Die Freiheit der Entscheidung eines Politikers ist schließlich nur in der Gebundenheit an außer ihm liegenden Umständen zu begreifen; und diese waren damals durch die internationale Entwicklung des Industrie- und Agrarkapitalismus bestimmt. Die von England ausgehende industrielle Revolution hatte die modernen Produktivkräfte allmählich auch in die Agrarländer gebracht, wo man sie brauchte, um international bestehen zu können.

Die aufkommende Industrialisierung war so stark geworden, daß selbst feudalabsolutistische Kräfte sie berücksichtigen mußten. Ihre Konterrevolution vom Herbst 1848 bis zum Sommer 1849 konnte nicht nur durch Waffengewalt gegen die demokratischen Kräfte erkämpft, sondern mußte auch durch Konzessionen an das Besitzbürgertum erkaufte werden. So dürftig und tückereich diese Zugeständnisse auch sein mochten, sie förderten dennoch den industriell-bürgerlichen Fortschritt. Die Unternehmer hatten es fortan leichter bei der Gründung von Aktiengesellschaften, es gab auch ein relativ liberales Bergbaugesetz. Im Jahre 1850 waren überdies die letzten Ablösungsgesetze erlassen worden, die noch vorhandene feudale Verpflichtungen der Bauern entweder aufhoben oder in kapitalistische Renten verwandelten.

Trotz der Niederlage der demokratischen Bewegung und des Mißerfolges der Bildungs- und Besitzbürger, einen liberalen Nationalstaat auf der Basis einer konstitutionellen Monarchie zu errichten, blieb nach 1849 kaum etwas beim alten in den deutschen Ländern, am wenigsten in Preußen. Es gab merkliche Veränderungen im Ökonomischen, im Sozialen, Verfassungspolitischen und Geistigen.

Otto v. Bismarck, nach Herkunft und Wesensart im preußischen Landadel verwurzelt, zeigte sich zunehmend aufgeschlossen gegenüber den neuen

Entwicklungstendenzen der Zeit. Er verstand es, das Gegebene, Notwendige und Mögliche zu erfassen und seine politischen Ziele mit Umsicht, Zähigkeit und im geeigneten Moment mit Energie durchzusetzen. Dabei ließ er sich von dem Grundsatz leiten: "Wir müssen mit den Realitäten wirtschaften und nicht mit Fiktionen". Auch die sich im Laufe des Jahres 1863 in neuen Formen entwickelnde Volksbewegung, die bis zu verschiedenen Arbeiterorganisationen führte, nahm Bismarck zur Kenntnis, besonders als er Kontakt mit Lassalle hatte, dem Leiter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Außenpolitisch sah er sich schon im Frühjahr 1863 sowohl durch den Aufstand im benachbarten Kongreßpolen als auch durch das erneute Hochkommen der Schleswig-Holstein-Frage vor eine schwierige Bewährungsprobe gestellt. Durch den Thronwechsel in Kopenhagen lief Deutschland Gefahr, Schleswig-Holstein endgültig zu verlieren.

Nun stand Bismarck vor der Wahl, entweder Preußen an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen, die durch die schleswig-holsteinische Krise neue Impulse gewonnen hatte, oder eine waffenmäßige Großmachtspolitik zu betreiben. Im ersten Falle hätte er riskiert, vom Liberalismus oder gar der Demokratie abhängig zu werden, um so stärker, je mehr sich die europäischen Mächte gegen Preußen verbündeten. Im zweiten Fall mußte er sich auf die Kraft des preußischen Heeres verlassen, einen Verbündeten finden und zugleich die großen Mächte auseinander zu manövrieren und zu neutralisieren versuchen.

All das gelang ihm. Preußen und Österreich führten 1864 gemeinsam und erfolgreich den Krieg gegen Dänemark, das die deutschsprechenden und deutschgesinnten Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg abtreten mußte. Nahezu im Alleingang und mit politischem Raffinement favorisierte Bismarck eine solche Verwaltungskombination, die ihm zu jeder beliebigen Zeit die Möglichkeit zu weitertreibenden Konflikten mit seinem Verbündeten Österreich gab, dessen Hegemonie im Deutschen Bund er nach wie vor beseitigen wollte. In der Tat nahmen die Spannungen zwischen Preußen und Österreich bald nach dem Friedensschluß mit Dänemark so zu, daß auch Wilhelm I. und die Mehrheit der Minister im Mai 1865 die Möglichkeit einer militärischen Auseinandersetzung und der Annexion der Herzogtümer erwogen.

Verbunden mit dieser außenpolitischen Zuspitzung, bei der es immer deutlicher um die Neugestaltung Deutschlands ging, verstärkte sich seit Beginn des Jahres 1866 eine antidynastische Volksbewegung, wenn auch "eine große, geschlossene Organisation fehlte", wie Bebel in seinen Lebenserinnerungen schrieb. Weite Kreise des Kleinbürgertums konnten sich von dem in der jahrhundertlangen Zersplitterung Deutschlands wurzelnden Partikularismus nicht lösen. Sonderbündeleien der kleinbürgerlichen Demokraten verbanden sich mit dem Widerwillen der großbürgerlichen Liberalen gegen eine Volksrevolution von unten, so daß eine von Preußen

ausgehende Revolution von oben nicht verhindert werden konnte. Der Druck dieser Bewegung war aber immerhin so stark, daß sich Bismarck gezwungen sah, im April 1866 das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für ein deutsches Parlament offiziell vorzuschlagen.

Das war die innenpolitische Vorbereitung für den militärischen Konflikt mit Österreich im Sommer 1866. Die siegreiche Kriegführung erlaubte es Preußen, drei Fürsten zu entthronen und Hannover, Nassau, Kurhessen, Schleswig-Holstein und Frankfurt am Main Preußen zu annektieren. Mit der Auflösung des Deutschen Bundes von 1815, der nur ein die Souveränität der deutschen Fürsten wahrer Staatenbund gewesen war, wurde die habsburgische Hegemonie innerhalb Deutschlands auch formal beseitigt und 1867 der Norddeutsche Bund gegründet.

Was Bismarck tat, widersprach allen Prinzipien der Legitimität und des Gottesgnadentums. Es war ein Rechtsbruch, den seine Freunde wie Feinde als "Revolution von oben" bezeichneten, so verschieden sie diesen Begriff auch bewerten mochten. Diese Revolution stand nicht allein am Ende eines alten Staatensystems, sondern bahnte auch den Weg zum Industriekapitalismus der freien Konkurrenz, der in den Jahren 1866 bis 1873 international seinen Höhepunkt erreichte.

Vollendet wurde diese "Revolution von oben" im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, der mit dem Sturz Napoleons II. noch nicht zum Frieden führte. Während die junge französische Republik in Übereinstimmung mit der Nation vor allem wegen der Annexion Elsaß-Lothringens weiterkämpfte, brachte Bismarck nach mühsamen Verhandlungen und mancherlei Konzessionen den Zusammenschluß der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund zustande. Nach langen Streitereien über Titel, Wappen, Flagge, Benennungen kam die Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Versailler Schlosses zustande; es war die feierliche Form der Reichsgründung auf fremdem Boden, die staatsrechtlich in Deutschland durch den am 3. März gewählten konstituierenden Reichstag vollzogen wurde.

Hinter allen Ereignissen von 1866 bis 1871 stand als leitender Kopf der "königlich-preußische Revolutionär" Bismarck, der damit, wie ihm selbst Karl Marx zugestand, Testamentsvollstrecker der Revolution von 1848 wurde, zugleich aber auch Bewahrer ihrer Konterrevolution, insofern er die Prerogative der Krone stets entschlossen verteidigt hatte und auch weiterhin verteidigen würde.

Der vorstehende Text ist eine bearbeitete und gekürzte Fassung der Einleitung zu Ernst Engelbergs 'Bismarck-Biographie', Bd. 2. (Das Reich in der Mitte Europas), die diesen Herbst bei Siedler erschienen ist.

## AutorInnen

- Bauerle, Lutz - Nagold, Lehrer  
 Bischoff, Joachim, Dr. - Hamburg, Redakteur der Zeitschrift 'Sozialismus'  
 Deppe, Frank, Prof. Dr. - Marburg, Hochschullehrer  
 Domaschke, Cornelia, Dr. - Berlin, Zentrum für Zeitgenössische Osteuropaforschung e.V.  
 Engelberg, Ernst, Prof. Dr. - Leipzig, Historiker  
 Fülberth, Georg, Prof. Dr. - Marburg, Hochschullehrer  
 Grieger, Manfred - Bochum, Historiker  
 Haupt, Hans-Georg, Prof. Dr. - Berlin, Zentrum für Zeitgenössische Osteuropaforschung e.V.  
 Heiseler, Johannes Henrich von, Dr. - Dierdorf, Mitherausgeber von 'Z'  
 Hess, Peter, Prof. Dr. - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler  
 Huffschnid, Jörg, Prof. Dr. - Bremen, Hochschullehrer, Mitherausgeber von 'Z'  
 Jehle, Peter - Berlin, Sozialwissenschaftler  
 Jung, Heinz, Dr. - Weilrod/Ts., Mitherausgeber und Redakteur von 'Z'  
 Karle, Hans-Michael, Dr. - Berlin, Zentrum für Zeitgenössische Osteuropaforschung e.V.  
 Lüdemann, Ernst, Dr. - Berlin, Wirtschaftsforschung Berlin e.V.  
 Schäfer, Paul - Bonn, Wissenschaftsjournalist  
 Schliwenz, Birgit, Dr. - Berlin, Zentrum für Zeitgenössische Osteuropaforschung e.V.  
 Schütrumpf, Jörn - Berlin, Redakteur von 'Utopie kreativ'  
 Schui, Herbert, Prof. Dr. - Hamburg, Hochschullehrer  
 Tomberg, Friedrich, Prof. Dr. - Berlin, Philosoph  
 Wendl, Michael - München, Gewerkschaftssekretär

## Die GRÜNEN im Bundestag

### Grundorientierung eines ökologisch-solidarischen Weltwirtschaftskonzeptes

Versuche einer "nachholenden Industrialisierung" auf der Grundlage der von den Industrieländern vorgegebenen internationalen Arbeitsteilung haben in den meisten Ländern der Zwei-Drittel-Welt zu einem stetigen Rückgang der Versorgung mit Grundbedarfsgütern, zu einer enormen Verschuldung von weltweit 1,3 Billionen US \$, Schuldendienstanteilen von 6 - 7 Prozent des Bruttosozialprodukts und damit zur Verelendung von bis zu 2/3 der jeweiligen nationalen Bevölkerung geführt. In absoluten Zahlen gemessen, gibt es heute 800 Millionen Menschen, die unter dem Existenzminimum leben. In Afrika leidet ein Viertel aller Menschen unter Hunger und chronischer Unterernährung.

Die IWF-Auflagen führen in vielen Ländern zu bürgerkriegsähnlichen Situationen, die viele Menschen zur Flucht veranlassen. Bauern, deren Subsistenzgrundlagen zerstört werden, werden zu Elendsflüchtlingen: Nach den einschränkenden Kriterien des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen waren 1989 15 Millionen Menschen auf der Flucht. Das Internationale Rote Kreuz schätzt sogar 500 Millionen sog. Umweltflüchtlinge.

Vor dem Hintergrund dieser weltweiten Zerstörungsprozesse und eines immer krassereren Auseinanderklaffens der Lebensbedingungen zwischen verschiedenen Ländern und Bevölkerungsgruppen erscheint uns ein offener rationaler Diskurs über die Möglichkeiten dringend geboten - auch wenn wir uns darüber klar sind, daß ungerechtfertigte Privilegien und Machtinteressen nicht aus der Welt diskutiert werden können, sondern politisch bekämpft werden müssen.

Wir eröffnen diesen Diskurs mit dem Entwurf des Konzeptes einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaftsordnung, das wir als Gegenbild zu jenem Freihandelskonzept verstehen, das von interessierter Seite immer wieder zur Legitimation der realkapitalistischen Strukturen des heutigen Weltmarktes herangezogen wird. Wir stellen fest, daß die theoretische Kritik wie auch alle geschichtlichen Erfahrungen zeigen, daß der Freihandel Wohlfahrtssteigerungen, wenn überhaupt nur für die starken Länder befördert. Dies liegt nicht zuletzt an der selektiven Auslegung der Freihandelsdoktrin durch die Industrieländer. Von ihnen wird Liberalisierung für diejenigen Produkte und Produktionsprozesse gefordert und durchgesetzt, in denen sie international überlegen sind und sich infolgedessen dem Wettbewerb gewachsen fühlen. Während z.B. reiche Länder für die Deregulierung des Kapitals eintreten, kämpfen sie gleichzeitig vehement gegen eine Liberalisierung der Arbeitsmobilität. Das neue

Ausländergesetz in der BRD fällt daher nicht zufällig zeitlich zusammen mit der Freigabe aller Kapitalverkehrskontrollen.

Die GRÜNEN haben 1986 in ihrem Programm "Umbau der Industrie-gesellschaft" eine politische und wirtschaftliche Konzeption für den Bereich der Binnenwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. Dieses Programm zeigt, welche politischen Handlungsspielräume für den Aufbau einer ökologisch-solidarischen Wirtschaftsordnung in unserem Land vorhanden sind, wenn die Politik sich nicht mehr hinter angeblichen Sachzwängen verschanzt. Für die Lösung der zentralen Probleme der heutigen Bundesrepublik, wie Massenerwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung werden wirtschaftlich machbare Maßnahmen vorgeschlagen, die auch Beiträge zur weiteren Demokratisierung der Wirtschaft oder zur wirtschaftlichen und sozialen Gleichstellung der Frauen enthalten.

Trotz aller gravierenden Fehlentwicklungen bleibt jedoch der angebliche "Sachzwang" einer Weltmarktintegration in der Öffentlichkeit und bei den sogenannten Experten auch heute noch weitgehend unbestritten. Nach wie vor gilt Wachstum, gemessen am Bruttosozialprodukt, als zentraler Erfolgsmaßstab auch der weltwirtschaftlichen "Leistung". Die o.g. Fehlentwicklungen werden mit der mangelnden Realisierung der Freihandels-Prinzipien begründet. Sie seien, so die Vertreter des etablierten Systems, dadurch zu beseitigen, daß Handelshemmnisse internationale abgeschafft würden. Es ist nicht zu leugnen, daß die Durchsetzung hoher Sozial- und Ökologiestandards in einer offenen Volkswirtschaft gewisse Konkurrenz-nachteile gegenüber anderen, weniger sozial- und umweltverträglich hergestellten Produkten mit sich bringen kann; falsch jedoch ist die Behauptung, diese Nachteile führten zwangsläufig zu einer Gefährdung einer Wirtschaft, die sich nach ökologischen und solidarischen Kriterien richtet. Die hohen sozialen Standards der Bundesrepublik oder Schwedens oder die teilweise ökologische Vorreiterrolle der japanischen Wirtschaft haben keineswegs zu den von interessierter Seite beschworenen Gefahren Kapitalflucht, Investitionsverweigerung oder wirtschaftlicher Niedergang geführt. Gerade die Bundesrepublik verfügt heute über derart hohe Konkurrenzvorteile (geographische Lage, ausgebaute Infrastruktur, hochqualifizierte und überdisziplinierte Arbeitskräfte), daß ein Abbau der chronischen Exportüberschüsse - volkswirtschaftlich und weltwirtschaftlich gesehen - dringend erforderlich ist, allein schon um den berechtigten Vorwurf zu entkräften, daß wir unsere Handelspartner wissentlich ökonomisch destabilisieren.

**B**ezeichnenderweise wird der Glaube an die Wirksamkeit von Deregulierung und Liberalisierung, die Selbstheilungskräfte des Marktes also, hauptsächlich in politischen Sonntagsreden gepflegt. In der Praxis dominieren demgegenüber, auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen staatliche Interventionen (Exportförderungssubventionen, Agrarmarktabschöpfungen, Importkontingente, Fusionsförder-

ungssubventionen usw.). Zum Teil entziehen sie sich, wie z.B. in der Geld- und Währungspolitik, weitgehend einer öffentlichen Meinungsbildung und Beschlußfassung. Die historisch überholte Ideologie des sog. "Freihandels" muß daher offensiv bekämpft werden. Dies bedeutet allerdings nicht, daß wir an die Stelle der uneingeschränkten Weltmarktintegration die Vorstellung eines autarken Deutschlands setzen. Dies müßte schon an unserer zwar nur relativen, aber doch unbestreitbaren Rohstoffabhängigkeit scheitern.

Die Wissenschaft, insbesondere die Volkswirtschaftslehre, folgt mit ihren Theorien fast immer den Interessen der Herrschenden und liefert ihnen die dafür passenden Schlußfolgerungen. Schon der Geburtshelfer der Außenhandelstheorie, David Ricardo, hat vor mehr als 150 Jahren mit seinem "Ricardo-Theorem" die Vorteilhaftigkeit des freien Handels zwischen zwei Ländern (England - Portugal) ohne Berücksichtigung der realen politischen Machtverhältnisse begründet. Er stellte sich damit in den ideologischen Dienst der aufstrebenden Weltmacht Großbritannien, die das militärisch unterlegene Portugal in Handelsgeschäfte zwang. Die heutige verfeinerte Variante, das sogenannte "Faktorproportionen-Theorem" bildet nach wie vor das Fundament der herrschenden Außenwirtschaftstheorie: Die Schlußfolgerungen pro Freihandel aus dieser Theorie sind erwünscht, die unrealistischen Annahmen, die theoretische Inkonsistenz und die empirisch nachweisbaren Fehlentwicklungen werden übersehen bzw. bewußt in Kauf genommen.

Diese Interessengebundenheit des ökonomistischen Weltwirtschaftskonzepts gilt es offenzulegen: Wir GRÜNEN wollen keine Problemlösungen aus der Sicht von Multis, Großbanken oder ihren professoralen Helfershelfern, sondern aus der Sicht der Betroffenen. Wir vertreten die Interessen von emanzipatorischen Bewegungen, von Bäuerinnen und Bauern, ProduzentInnen, VerbraucherInnen, Frauenbewegung, Arbeitslosen und sozial Ausgegrenzten. Wir wollen verantwortbares Produzieren und Konsumieren in einer Welt, die auch für die kommenden Generationen noch bewohnbar ist.

**W**ir verstehen die "ökologisch-solidarische Weltwirtschaft" ganz bewußt als Realutopie. Die Entwicklung einer solchen Utopie trägt dazu bei, konzeptionelle Klarheit herzustellen. Sie steigert die Mobilisierungsfähigkeit im politischen Raum. Sie erscheint uns auch deswegen unverzichtbar, weil mit ihrer Hilfe die einzelnen ermutigt werden, in die Gestaltung einer humanen und ökologischen Welt selbst einzugreifen. Sie ist nicht zuletzt auch eine politische Waffe gegen die liberalistische Freihandelsideologie, die gerade in Krisensituationen die Gefahr in sich trägt, totalitären und rassistischen Weltordnungsvorstellungen (z.B. "Öko-Diktaturen") den Weg zu ebnen. Schon heute gibt es erfreulicherweise zahlreiche politische Initiativgruppen und Organisationen, die über eine solche Konzeption ermutigt und mobilisiert werden können. Es versteht sich von selbst, daß der

Entwurf einer alternativen Weltwirtschaftskonzeption noch nichts über ihre Durchsetzbarkeit aussagt, die von den jeweiligen Machtverhältnissen bestimmt wird.

**E**thische Grundlagen. Anstelle immer weiterer Auflösung von Bindungen streben wir Regelungen und internationale Absprachen in der Außenwirtschaftspolitik an, die an ethische Prinzipien gebunden werden müssen. Diese Prinzipien sind Grundlagen jener neuen politischen Leitideen, die in den westlichen Industriegesellschaften, aber auch schon in einem Teil der Länder der Zweiten und Dritten Welt das mechanistische Wachstums-Paradigma zunehmend ersetzen. Gleichzeitig können wir beobachten, daß die moralischen und die technischen Möglichkeiten zunehmen, das überkommene egozentrische und machtorientierte nationale Wirtschaftshandeln aufzugeben. Damit wird die Grundlage für den Aufbau eines funktionsfähigen neuen Systems weltwirtschaftlicher Verantwortung für die Zukunft gelegt, das in der Lage ist, ökonomische neben ökologischen und sozialen Einsichten gleichzeitig zu berücksichtigen. Kern dieser von uns in der Einführung dargestellten Leitideen ist die auf der Grundlage leidvoller Erfahrungen der Menschheit zustande gekommene weltweite Anerkennung der Menschenrechte und der Rechte der Natur.

Die Voraussetzungen für die Umsetzung weltwirtschaftlicher Konzeption auf dieser Grundlage sind günstiger als vielfach angenommen. So haben die Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg das Ziel der weltweiten Sicherung der Menschenrechte in Form der "Internationalen Charta der Menschenrechte" in ihre Satzung aufgenommen und in den Bürgerrechtspakten von 1976 auch schon in einklagbares Völkerrecht umgesetzt. Im einzelnen sind hier die bürgerlichen und politischen Rechte, darüber hinaus aber auch die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte bis hin zu eigenständigen Rechten der Frauen, der Kinder und anderer kollektiver Minderheiten zu nennen. Die Menschenrechtspakte müssen noch um justitiable Konventionen auf der Grundlage der "Internationalen Charta der Rechte der Natur" von 1982 erweitert werden. Außerdem ist anzumerken, daß die sogenannten "Menschenrechte der dritten Generation", insbesondere das Recht auf Entwicklung, aber auch das Recht auf Arbeit noch keinen Niederschlag in internationalen Pakten bzw. in wirtschaftlichen Handlungsmaximen der Nationalstaaten gefunden haben.

**S**elbstbeschränkung. Andererseits weisen die Weltkirchen in unserer Zeit immer drängender darauf hin, daß zur Überwindung der fundamentalen Krise der Weltwirtschaft die ethisch-politische Anstrengung des einzelnen zur freiwilligen Selbstbeschränkung Hoffnung verspricht. Sie umfaßt, auch nach unserem Verständnis, die individuelle Bereitschaft zu maßvollem eigenem Verhalten in allen Bereichen der Gesellschaft gerade auch in den Industrieländern. Angesichts des in vielen Staaten der Welt mehrheitlich noch als universal gültig akzeptierten

materialistischen Produktions-Konsum-Modells bedeutet diese Situation eine ungeheure politische Herausforderung. Wer nicht nur die materiellen, sondern auch die immateriellen Grundbedürfnisse aller Mitglieder der Weltgesellschaft in unterschiedlichen Kulturen befriedigen möchte, der muß die bisher scheinbar absolut gültigen wirtschaftspolitischen Maßstäbe wie Wirtschaftswachstum, Arbeitsteilung und Konkurrenz durch zusätzliche Handlungsmaximen ergänzen. Neben die ökonomischen müssen gleichberechtigt ökologische und soziale, also kulturelle Kriterien für wirtschaftspolitisches Handeln treten. Die Stelle von Deregulierungen im ökonomischen Sinn müssen Regulierungen im kulturellen Sinn einnehmen. Konkret müssen sich in Zukunft alle diejenigen, die für die Weltwirtschaft Verantwortung übernehmen wollen, daran messen lassen, wie nachhaltig sie sich darum bemühen, daß überall auf der Welt die Grundbedürfnisse gesichert, die politische Selbstbestimmung aller Menschen, insbesondere auch die von Minderheiten, verwirklicht und die natürliche Umwelt dauerhaft erhalten wird.

**W**ettbewerb. Internationale Marktbeziehungen und der damit verbundene Leistungswettbewerb mit seinen abstrakten Leistungsmaßstäben Umsatz und Gewinn müssen innerhalb politisch bestimmter Rahmenbedingungen relativiert werden. Erst durch seine Einbettung in ein normatives Gesamtsystem erhält der Markt seine Funktion als Instrument zur Verbesserung von Leistungsvergleichen über Preise bzw. zur automatischen Kontrolle individuellen und nationalen Machtstrebens über den Wettbewerb. Auch diese Funktionen kann er nur unvollkommen realisieren, wie wir aus der marktwirtschaftlichen Praxis wissen; offenbar aber immer noch besser als dies in vergleichbaren zentralverwaltungswirtschaftlichen Systemen möglich ist.

**D**ie internationale Durchsetzung der Menschenrechte und der Rechte der Natur erfordert nicht zuletzt eine Enthierarchisierung der Wirtschaftsbeziehungen. In einer solidarischen Weltwirtschaftsordnung muß sowohl exzessive betriebswirtschaftliche als auch übergewichtige nationale Macht an demokratisch legitimierte, mit Sanktionsgewalt ausgestattete Institutionen übertragen werden. Die "Investitionsgewalt" internationaler Oligarchien und Transnationaler Konzerne braucht heute - gerade weil sie der nationalstaatlichen Kontrolle weitgehend entzogen ist - eine ähnliche konstitutionelle Beschränkung in einer Weltwirtschaftsordnung wie seinerzeit das Gewaltmonopol des modernen Staates durch Verfassung und Gewaltenteilung beschränkt wurde. Dies ist schon deswegen notwendig, weil Konzerne durch ihre Wirtschaftsmacht demokratisch legitimierte Wirtschaftspolitik auf nationaler wie internationaler Ebene aushebeln können.

Die internationale Verankerung von Mitbestimmungsrechten und andere Schritte zur internen Unternehmensdemokratie schaffen Transparenz auf allen Produktionsebenen und damit die notwendige Bedingung verant-

wortungsvollen Handelns von ProduzentInnen und VerbraucherInnen. Erst eine Weltwirtschaftspolitik, die ständigen Kontrollen durch die demokratische Beteiligung der Bevölkerung unterworfen ist, macht es möglich, ökonomische Motive, wie z.B. das Interesse der Kapitalbesitzer an einer Verzinsung des eingesetzten Kapitals, durch andere gesellschaftliche Interessen und Bedürfnisse zu begrenzen. Erst auf dieser Grundlage können dann in einzelnen Unternehmungen die Kapitalverwertungsinteressen mit anderen legitimen Interessen wie Umwelt-, Verbraucher- und Beschäftigteninteressen in ein sinnvolles Zusammenspiel gebracht werden.

Eine Weltwirtschaftspolitik auf der Grundlage von Ökologie und Solidarität muß auch das Kriterium der "Sinnhaftigkeit und Plausibilität in einem Wirtschaftsraum" mit einbeziehen. Dieses Prinzip ist z.B. verletzt, wenn die Herstellung von Erdbeeren oder Tulpen für den Export anstelle einer eigenen Nahrungsmittelproduktion tritt oder wenn giftige Abfallprodukte gezielt in Drittwelt-Länder exportiert werden.

**S**ouveränitätsdelegation. Ein immer komplexer werdendes Weltwirtschaftssystem kann von traditionellen Hegemonialmächten politisch nicht mehr abgesichert werden. Es ist daher erforderlich, daß die Nationalstaaten einen Teil ihrer Souveränitätsrechte nach oben oder nach unten delegieren. Auf dem Weg zu einer solidarischen und ökologischen Orientierung bieten sich für die Delegation nach oben regionale Staatengemeinschaften an, die weltweit kooperieren können. Sie müssen sich auf solidarische Außenwirtschaftsstrategien und übergreifende Weltwirtschaftsinstitutionen einigen, die die Fähigkeit zu durchgreifenden ökologischen und solidarischen Korrektur-Strategien entwickeln. Unter anderem verlangt dies eine demokratische Weiterentwicklung internationaler Institutionen, aber auch eine Radikal-Reform von internationaler Wirtschaftsdiplomatie und Wirtschaftsbürokratie. In einem fortgeschrittenen Stadium bietet sich als supranationaler Organisationsrahmen die Struktur der Vereinten Nationen bzw. regionaler Wirtschaftsgemeinschaften an, die allerdings einer radikalen Verbesserung der Partizipation von unten bedürfen.

Für die Delegation nationalstaatlicher Aufgaben nach unten verweisen wir auf die bereits in unserem binnenwirtschaftlichen Umbauprogramm dargestellten Instrumente.

**G**ewaltlosigkeit. Die Schaffung einer solidarischen und ökologischen Weltwirtschaftsordnung muß neben den Grundwerten der Solidarität, Ökologie und Demokratie schließlich auch den Grundwert der Gewaltlosigkeit einbeziehen. Unsere Zeitungen berichten fast täglich darüber, wie die wirtschaftlichen Interessen der Industrieländer mit Hilfe militärischer Materiallieferungen oder gar dem Einsatz von Truppen durchgesetzt werden. Globale Sicherheit ist heute aber nicht mehr über militärische Instrumente, sondern nur noch durch Abrüstung und Konversion bis hin auch zur Abrüstung wirtschaftlicher Übermacht zu haben. Globale Konflikte können in Zukunft nur noch verhindert werden, wenn der

Weltrohstoff- und Energieverbrauch drastisch reduziert wird. In diesem ökonomischen Abrüstungsprozeß müssen die wirtschaftlich stärksten Nationen die ersten Schritte tun. Insofern hat eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung letztlich auch eine herausragende friedenssichernde Bedeutung.

**S**olidarische Zusammenarbeit. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die angestrebte weltweite Start-, Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit sowie der nachhaltige Schutz der Natur nur zu erreichen sein werden, wenn wirtschaftliche Ziele in ein Gesamtsystem ethisch begründeter internationaler Absprachen eingebettet werden. Statt des Wohlstands für wenige müssen wir Wohlfahrt für alle anstreben. Der nur scheinbar "freie" Weltmarkt muß durch eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaftsordnung abgelöst werden.

Eine Realisierungschance hat diese Realutopie erst dann, wenn Mehrheiten in den wirtschaftlich führenden Industrieländern aufgrund der oben erläuterten politischen Prozesse die Sicherung ihrer Überlebensinteressen in die eigene Hand nehmen und in solidarischer Zusammenarbeit mit Basisinitiativen in der Zweiten und Dritten Welt durchsetzen. Militärtechnologie wird dann in ökologische Technologie konvertiert, die weltweite Kultur des Kapitals sich zu einer Kultur des Lebens weiterentwickeln.

Letztlich kann eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaftsordnung nur in einem fortschreitenden Prozeß entstehen, in dem gemeinsame politische Aktionen auf Weltebene gleichzeitig mit der Förderung lokaler Autonomie ablaufen. In einem solch dynamisch-multipolaren Weltwirtschaftssystem werden individuelle und regionale Unterschiede bewahrt und Verantwortung von unten nach oben nur soweit delegiert, wie dies zur Herstellung eines weltweiten ökologischen und solidarischen Gleichgewichts erforderlich ist. *Der Ausgleich unterschiedlicher Interessen wird auf der Grundlage der gemeinsam anerkannten Charta der Menschenrechte und der Rechte der Natur erfolgen.*

Bei dem vorstehenden Text handelt es sich um Kapitel 1 des jüngst vorgelegten, umfangreichen Konzepts "Auf dem Weg zu einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft (Konzept für eine GRÜNE Außenwirtschaftspolitik)", Bonn 1990.

Das Material kann kostenlos bezogen werden bei: Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1.

Herbert Schui

## Sind wir nun alle Marktwirtschaftler?

### Das Dilemma eines Paradigmenwechsels

Die verstärkte Hinwendung zum Paradigma "Markt" setzt nicht erst mit dem Niedergang der DDR ein. Sie beginnt bereits in den 70er Jahren im Rahmen der Auseinandersetzung zwischen Keynesianismus und Monetarismus. Unbestreitbar jedoch hat diese Umorientierung einen erheblichen Auftrieb erhalten durch das Scheitern der bis dahin geübten Praxis der sozialistischen Wirtschaften. Hierbei geht es nicht allein um die reale Ablösung einer sozialistischen Wirtschaft durch eine kapitalistische Marktwirtschaft; es verändert sich auch die Optik, unter der der gegenwärtige Kapitalismus analysiert wird. Diese neue (oder neu entdeckte) Sichtweise wird in weiten Bereichen bestimmt durch die tatsächlichen oder subjektiv wahrgenommenen Gründe für den Niedergang der sozialistischen Wirtschaft.

Die Frage nach den Gründen für diesen Niedergang läßt sich mit Hilfe von Begriffen wie "Kommandowirtschaft" oder "Befehlswirtschaft" nicht beantworten. Vielmehr wird durch die Verwendung solcher politischen Kampfbegriffe die neue adaptierte Sichtweise verzerrt, was ihren Wert, Erkenntnisse zu gewinnen, vermindert.

### Der Begriff der 'Kommandowirtschaft'

War denn die Wirtschaft der DDR eine Kommandowirtschaft, ist sie am Kommandieren, am Zwang gescheitert? Und weiter: ist die Alternative, der entwickelte Kapitalismus mit "Marktwirtschaft" hinreichend gekennzeichnet, hat er deswegen in der Bundesrepublik leidlich funktioniert, weil er auf Freiheit und Spontaneität in seinen wirtschaftlichen Abläufen basiert?

Der Begriff "Kommando"- oder "Befehlswirtschaft" ist zur Kennzeichnung des Wirtschaftssystems des deutschen Faschismus und der Sowjetunion (jeweils einschließlich vergleichbarer Länder) entwickelt worden. Damit wurde zweierlei angestrebt. Zum einen sollte in Analogie zum Begriff "Totalitarismus" die Vorstellung erhärtet werden, daß zwischen realisiertem Sozialismus und Faschismus kein Unterschied bestünde. Zum anderen war es Ziel, das Handeln der deutschen Wirtschaft zwischen 1933 und 1945 als Ausführung von Befehlen unter Zwang zu interpretieren. (Die Spenden der Wirtschaft an die NSDAP vor 1933 werden allerdings nicht unter den Begriff der Kommandowirtschaft subsumiert.) Faschismus also als Diktatur der Kleinbürger über das Großkapital.<sup>1</sup> Der Begriff "Befehlswirtschaft" verhilft dann dazu, die Taten der Großwirtschaft bei

der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges in einem milderen Licht zu sehen. Tatsächlich jedoch kann bei der Beurteilung der Organisation der Wirtschaft im Faschismus von einer Kommandohierarchie zwischen Wirtschaft und Staatsgewalt nicht ausgegangen werden. Vielmehr handelten die politischen Stellen und die Großwirtschaft in Kooperation als selbständige ökonomische Subjekte bei der Verfolgung eines gemeinsamen Kriegszieles.<sup>2</sup>

Diesen unangemessenen Begriff der Kommandowirtschaft nun auf das ökonomische System der DDR und vergleichbarer Länder zu übertragen, führt ebenfalls in die Irre. Denn auch eine Zentralverwaltungswirtschaft zeichnet sich nicht durch eine Befehlshierarchie aus, sondern in der Praxis durch Interaktion von politischer Führung (Staat-Partei) und Kombinatseleitungen auf gleicher Ebene. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich charakterisiert dies folgendermaßen: "Grundsätzlich sind die Entscheidungen über die Zuteilung der Produktionsmitteln stark zentralisiert. Doch haben die Unternehmen aufgrund der bei der Aufstellung des Planes notwendigen Beachtung von technischen Produktionsmöglichkeiten durch das Aushandeln von spezifischen Ausstoßmengen, Produktionsmittelzuteilungen und der für die Gehaltszahlungen gewährten Beträge erheblichen Raum zur Einflußnahme auf dem Plan. Für die Unternehmen besteht ein starker Anreiz, 'weiche' Planziele auszuhandeln und Arbeitskräfte und Produktionsmittel zum Schutz gegen mögliche Versorgungsengpässe zu horten."<sup>3</sup> Diese Möglichkeiten der Kombinatseleitungen haben sich bei Experimenten mit Reformprogrammen offenbar weiter herausgebildet. Denn solche Ansätze öffneten in ihrer realen Ausgestaltung "Tür und Tor für Verhandlungen, die es den unrentablen Unternehmen ermöglichten, im Austausch gegen die Erfüllung der Wünsche der Planer um Steuernachlässe und Direktsubventionen zu feilschen. Als Folge der Möglichkeit, auf dem Verhandlungsweg mühelos finanzielle Zugeständnisse erreichen zu können, waren die Unternehmen keiner Budgetbeschränkung unterworfen, ..."<sup>4</sup> Es ist ziemlich sicher, daß dies wesentliche Elemente sind, um das Scheitern der sozialistischen Wirtschaft zu erklären; hervorzuheben ist, daß die Bank den Begriff "Kommando-" oder "Befehlswirtschaft" nicht verwendet<sup>5</sup>, und daß die Stellung der Kombinatseleitungen im Gesamtgetriebe einen solchen Begriff auch nicht rechtfertigt.<sup>6</sup> Befehligt wurden sie also nicht, die Kombinatseleitungen. Wenn die Kombinat- und Betriebsleiter - demissioniert oder noch in Funktion - nun dazu übergehen sollten, sich als Befehlsempfänger in einer Kommandowirtschaft darzustellen, ist dies eine weiter nicht glaubwürdige Schutzbehauptung, die ihren Teil Verantwortung unkenntlich machen soll. (Ob das ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert, ist fraglich.)

Das zentrale Problem besteht allerdings weniger in persönlicher Eignung der Manager. Die Wirtschaft hat versagt, besonders in ihrer zentralen Aufgabe, die Arbeitsproduktivität zu steigern, weil das sozialökonomische Regelwerk, die gesellschaftliche Gesamtorganisation zu wenig Effizienz und

Dynamik bewirkt hat. Begriffspaare wie Plan und Markt verhelfen dabei kaum zu den nötigen Einsichten. Denn vieles an technischem Fortschritt wird im entwickelten Kapitalismus ebenfalls geplant im Zusammenspiel von Staat und Unternehmungen. Die europäische Luft- und Raumfahrt ist eines der vielen Beispiele, ebenso wie das Wirken des japanischen Industrieministeriums. Die Forschung muß herausfinden, warum diese Form von Planung zu den gewünschten Ergebnissen führt - im Gegensatz zur Planung in den sozialistischen Wirtschaften.

### Die Kritik Oskar Langes

Einige sehr wesentliche Elemente zur Beantwortung dieser Frage hat Oskar Lange bereits in einem 1958 in Polen veröffentlichten Aufsatz formuliert. Es heißt dort: "Auch wurde die innere Entwicklung der marxistischen Ökonomie zu einer selbständigen Behandlung neuer Probleme, die sich aus den Erfordernissen der Lenkung der sozialistischen Wirtschaft ergeben, erschwert. Infolgedessen wurden die Probleme der sozialistischen Wirtschaftslenkung häufig mit den Methoden eines primitiven Empirismus gelöst, ohne daß man zu präziseren Methoden gegriffen hätte, wie sie die wissenschaftliche Analyse zu bieten vermag. Das hängt mit einem Prozeß zusammen, den ich als apologetisch-dogmatische Degenerierung des Marxismus bezeichnen würde. ... Wie jede Apologetik vertrat auch diese die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, Interessen, die mit der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung im Widerspruch standen. Sie erfüllte die Funktion der Interessenvertretung jener bürokratischen Schichten, die mit dem überholten Verwaltungssystem, und gerade mit den Entstellungen seines Hyperzentrismus verbunden waren und die kritische Konfrontation der Wirklichkeit mit dem offiziellen, amtlichen Bild, die Aufdeckung der in der neuen Gesellschaft vorhandenen inneren Widersprüche befürchten mußten. In der Praxis manifestierte sich die Tendenz in der Unfreiheit der wissenschaftlichen Forschung ... in der Behandlung so vieler Angelegenheiten als 'Staatsgeheimnis', daß jede wissenschaftliche Untersuchung von Wirtschaftsfragen unmöglich gemacht wurde ... Das führt zur Agonie des Marxismus, der aufhörte, eine lebendige Wissenschaft zu sein, verhinderte die Anwendung der marxistischen Analyse und überhaupt der wissenschaftlichen Forschung auf die neue, im Entstehen begriffene sozialistische Gesellschaft ... Die spezifische Methode dieser Apologetik bestand in dem Umwandlungsversuch des Marxismus in eine idealistisch-voluntaristische Theorie des gesellschaftlichen Fortschrittes, die die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft als einen Prozeß bar jeder inneren Dialektik der Entstehung und Überwindung von Widersprüchen begriff (allenfalls wurden Widersprüche zugegeben, die sich aus dem Erbe der alten Gesellschaftsordnung und aus der feindlichen Außenwelt ergaben), als einen Prozeß, in welchem die Aktivität gesellschaftlicher Massenkräfte durch die weise Führung großer Persönlichkeiten und die

schöpferische Tätigkeit des ihnen unterstehenden Staatsapparates ersetzt wird. Anstelle der kritischen marxistischen Analyse sich neu herausbildender Widersprüche und der Methode ihrer Überwindung gab es nur die jedesmalige Rechtfertigung jeder Entscheidung dieses Apparats."<sup>7</sup>

Wichtig an der Kritik Langes ist, daß es offensichtlich an Initiative zur Korrektur falscher Entwicklungen gefehlt hat, eine Initiative, die die ungehinderte Analyse und öffentliche Diskussion der gesellschaftlichen Wirklichkeit voraussetzt. Die "Unfreiheit wissenschaftlicher Forschung" (Lange) und der Zwang für den Wissenschaftler zu beweisen, daß die Wirklichkeit mit den ideologischen Ansprüchen übereinstimmt, ist aber nicht nur eine Eigenheit sozialistischer Gesellschaften.

Vieles, was Studenten der Gesellschaftswissenschaften, der Volkswirtschaftslehre an westlichen Universitäten lernen, dient ja nicht der Analyse der Wirklichkeit, sondern ihrer Darstellung in einem besseren Licht (mit vielen kauzigen und komödienhaften Zügen), hat die Verdrängung, das Ausschneiden von - auch rudimentären - Kenntnissen über das Funktionieren des entwickelten Kapitalismus zum Ziel. Auch im Kapitalismus werden Denkverbote verhängt, wenn es um die Funktionsprinzipien und die Mängel dieser Ordnung geht. Die entsprechende Sozialisation übernimmt die Scientific Community. Hierbei übt sie einen beachtlichen, eher lautlosen Druck aus. Die Sanktion ist, dem Dissidenten klarzumachen, daß er nicht dazu gehört, die Wärme der Zunft ihm fehlen wird. Ein solcher Druck der Realität wird unterschiedlich intensiv erlebt. Er scheint gegenwärtig größer als vordem zu sein. Auch ist angesichts des Niedergangs der sozialistischen Länder die Gelegenheit jetzt besonders günstig, enttäuscht, betrogen, als Opfer öffentlich aufzutreten, um, nachdem nun die "volle Wahrheit" deutlich wird, bei den jetzt stattfindenden Massentaufen endlich, wie bereits lange gewünscht, das Lager zu wechseln.

Man sieht, über die Freiheit der Forschung läßt sich wenig durch Befragen der Forscher in Erfahrung bringen, soweit sie diese Freiheit wegen anderer Vorteile (so der Nestwärme) freiwillig aufgegeben haben. Statt dessen sind die Forschungsergebnisse zu überprüfen, d.h. ob sich untrügliche Zeichen dafür ergeben, daß radikal nach der Wahrheit gesucht worden ist.

### Der entwickelte Kapitalismus und seine Leitbilder

Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Deutschlands ist Kapitalismus, genauer: entwickelter Kapitalismus. Eine zentrale Steuerungsinstitution des Kapitalismus ist fraglos der Markt. Jeder Kapitalismus ist auch, aber nicht einzig, Marktwirtschaft - aber nicht jede Marktwirtschaft ist Kapitalismus. Bedeutend ist also, in welche allgemeine gesellschaftliche Organisationsform der Markt eingebettet ist. Diese Überlegung ist nicht Rabulistik mit dem Ziel, "Andersdenkenden" das Sanbenito überzuziehen. Vielmehr ist alles eine Frage sorgfältiger Begriffsverwendung; denn nur ange-



messene Begriffe befähigen zur Aufdeckung tatsächlicher Zusammenhänge.<sup>8</sup>

Daß "Marktwirtschaft" nicht den Gesamtkomplex "entwickelter Kapitalismus" kennzeichnen kann, und ebenfalls nicht die rein wirtschaftliche Seite hiervon, scheint allgemein anerkannt. Sieht man von den extremistischen Theorien der ökonomischen Rechten ab, die den Staat stets verdächtigen, durch unsachgemäße Regeln marktliche und somit bestmögliche Lösungen von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen zu verhindern, so herrscht doch allgemein die Vorstellung, daß "wir ... gegenwärtig ein 'ökonomisches Mischsystem' (haben), in dem sowohl öffentliche als auch private Institutionen den Wirtschaftsablauf beeinflussen und bestimmen".<sup>9</sup>

Auch wenn man sich auf diese Skizze der Oberfläche des entwickelten Kapitalismus rasch einigen kann, so ist damit noch nicht geklärt, wie sich öffentliche und private Institutionen aufeinander beziehen, nach welchen ineinandergreifenden Regeln sie den Wirtschaftsablauf beeinflussen und bestimmen. Regulierungstheorien, die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und andere Theorien zum ökonomischen Mischsystem versuchen, hierauf eine Antwort zu geben. Wie diese Antwort auch ausfällt, die Existenz und weite Verbreitung dieser Theorien spiegelt den realen Sachverhalt wider, daß der Begriff "Marktwirtschaft" zu eng ist. Die Hinwendung zu Paradigma "Markt" als einer neu oder anders entdeckten Regel, um die Wirklichkeit zu reflektieren, wird bei der Aneignung der gesellschaftlichen Realität eher hinderlich sein.

Auf der Grundlage von Markt und Konkurrenz als Fokus der Gesellschaftsanalyse werden recht skurrile Leitbilder zur Lösung sozialer Fragen entwickelt, mit der sich die Wirtschaftswissenschaft unverändert mit großem Ernst beschäftigt. Allem voran steht die manische Vorstellung, zumindest jedes ökonomische (bei der ökonomischen Rechten auch jedes allgemeine gesellschaftliche oder psychische) Phänomen mit dem Markt-Konkurrenz-Schema erklären und jede Frage lösen zu können.

Ein zentrales Beispiel hierfür ist das Leitbild der vollständigen Konkurrenz, das nicht nur in den Lehrbüchern, sondern auch in den Grundlagen der sogenannten Ordnungspolitik eine hervorragende Rolle spielt. Vollständige Konkurrenz bedeutet, daß der Marktpreis eines Gutes so hoch ist wie seine Herstellkosten. Das Unternehmen erzielt demnach keinen Gewinn. Folglich sind alle Investitionen fremdfinanziert. Ein Bestandteil der Herstellkosten ist der Zins für die mit fremden Mitteln finanzierten Investitionen. Der gesamtwirtschaftliche Gewinn besteht dann in der Summe all dieser Zinszahlungen, die ausnahmslos an die privaten Haushalte fließen. Wer hohe Zinszahlungen erhält, hat viel Kredit vergeben, den Konsum also besonders eingeschränkt, um dies zu tun. Die Frage nach der Entstehung des Profits und seiner Aneignung, die ja die gesamte Klassik (und nicht nur Marx) beschäftigt hat, findet hier eine einfache Erklärung, die völlig frei ist von irgendwelchen gesellschaftlichen Konflikten. Da der

Zins die in der Produktion entstehende Entlohnung für das Kapital ist, läßt sich durch Experiment bestimmen, wie hoch der Beitrag des Kapitals bzw. der Arbeit zum Produktionsergebnis insgesamt ist. Es wird eine Einheit Kapital bzw. Arbeit aus dem Produktionsprozeß herausgenommen, der Betrag, um den die Produktion dann jeweils sinkt, ist der Beitrag dieses Produktionsfaktors zum Gesamtprodukt. Diesen Betrag, multipliziert mit den insgesamt eingesetzten Einheiten Kapital bzw. Arbeit, ergibt dann den volkswirtschaftlichen Gewinn bzw. Lohn.

Diese Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung informiert dann auch darüber, was geschieht, wenn die Arbeit mehr Lohn durchsetzt als sie an Beitrag zur Produktion erbringt. Zuviel Lohn macht arbeitslos. Begriffe wie Ausbeutung haben in dieser harmonischen Welt keinen Platz. Wer aber meint, die Ausbeutung durch höhere Löhne abmildern zu können, wird aus der Ausbeutung entlassen in die Freiheit.

In dieser Welt ist ebenfalls dafür gesorgt, daß die Gesellschaft ihren Ressourcen entsprechend wahlweise investiert oder konsumiert. Hierfür sorgt der Zins auf einem Markt für investierbare Fonds. Das Angebot solcher Fonds folgt aus Konsumverzicht und nimmt mit steigendem Zins zu; die Nachfrage dieser Fonds folgt aus den Investitionsplänen und nimmt ab, wenn der Zins hoch ist. Wie auf jedem beliebigen Gütermarkt sorgt hier die Preisgröße Zins und die jeweiligen Reaktionen dafür, daß alles zum Gleichgewicht kommt. Dabei ist eine wirtschaftliche Stagnation ausgeschlossen, die sich daraus ergeben könnte, daß die Konsumgüternachfrage niedrig, die Investition aber nicht - kompensierend - entsprechend hoch ist. (Verständlich, daß Keynes unverändert heftiger Kritik ausgesetzt ist, weil er die Frage der Gleichheit von Sparen und Investieren nicht mit einem bigotten Angebots-Zins-Nachfrageschema untersucht, sondern das Sparen mit dem Einkommensniveau und die Investitionen mit den Ertrags Erwartungen erklärt.)

Auch die Geschwindigkeit, mit der akkumuliert wird, läßt sich nun leicht erklären: bieten die privaten Haushalte schon bei geringem Zins reichlich investierbare Fonds an (motiviert also bereits ein geringer Zins zu hohem Konsumverzicht), so können die Investitionen hoch ausfallen. Folglich kann der Kapitalbestand dann schnell wachsen, wenn dies die Konsumenten so entscheiden.

Daß diese idyllische Theorie die Realität unzutreffend abbildet, stand für die Linke stets außer Zweifel. Sie hat die Verteilung des Volkseinkommens, die Nutzung der ökonomischen Ressourcen, das Tempo der Akkumulation nicht verstanden als einen einfachen marktlichen Prozeß, sondern zur besseren Erklärung der Wirklichkeit nach den gesellschaftlichen Kräften und Interessen gefragt, die sich auf den Märkten manifestieren und außerhalb von Märkten, und die zusammen den Wirtschaftsprozeß bestimmen.

Hält man aber an dieser Idylle fest, so muß jede Störung des Prozesses, jede Krise aus einer "Marktunvollkommenheit" erklärt werden, aus Verstößen gegen die Marktregeln, aus externen Schocks. Damit ist Markt Heilsplan. Krise ist das Ergebnis von Unvollkommenheit; Ordnungspolitik strebt das Vollkommene an; wer marktkonform handelt, den verwöhnen die Götter. Externe Schocks sind Heimsuchungen.

An diesem rigorosen (und im eigentlichen Sinne, religiösen) Grundmuster insgesamt hält die herrschende Neoklassik unverändert fest. Zu welchen Einsichten aber verhilft ein solches Paradigma?

Nicht viel dazugewonnen ist, wenn in anderen theoretischen Milieus die Vorstellung der vollständigen Konkurrenz zu Gunsten des Konzeptes des funktionsfähigen Wettbewerbs aufgegeben wird. Sicherlich wird bei diesem Konkurrenzentwurf mit der Wirklichkeit weniger harsch umgegangen. Zwar ist die Konkurrenz nicht vollkommen, aber sie ist funktionsfähig, arbeitsfähig, denn die "monopolistische und oligopolistische Konkurrenz (wird) in ihrer Dynamik als hinreichend intensiv für eine volkswirtschaftlich erstrebenswerte Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs betont. Ihm obliegen Aufgaben wie leistungsgerechte Einkommensverteilung, Steuerung des Güterangebotes nach Käuferpräferenzen, optimale Allokation der Produktionsfaktoren, Anpassung der Produktion an sich ändernde Daten sowie Durchsetzung des technischen Fortschrittes."<sup>10</sup> Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht darin, den Wettbewerb funktionsfähig zu erhalten, damit die genannten Ziele verwirklicht werden können. Aber auch hier keine Frage danach, ob es denn tatsächlich einzig eine Sache des entsprechenden Wettbewerbs ist, ob diese Ziele zu erreichen sind. Markt und Konkurrenz sind eine fixe Idee in der Wirtschaftstheorie. Alles muß auf dem Markt und durch den Markt geschehen, sonst ist es weder wünschenswert noch realisierbar. Soweit das ökonomische Subjekt Staat handelt, sollen seine Aktionen um den Markt gruppiert sein, dies zunächst im Setzen von Rahmenbedingungen, dann in der Wirtschaftspolitik, in Interventionen usf. Staatsinterventionismus begreift staatliches Handeln als einen äußeren, fallweisen, punktuellen Eingriff in den Marktprozeß. Es ist klar, daß dann über die Frage, ob die Eingriffe "marktkonform" sind, lebhafte gestritten wird. Die strengeren ideologischen Regeln sprechen sich natürlich gegen nicht marktkonforme Eingriffe aus: Denn diese verdrängen den Markt aus der Mitte der wirtschaftlichen Vorstellungen. Offenbar läßt es der ideologische Zwang nicht zu, die reale staatliche und private Interaktion - auf dem Markt und in parallelen Regelsystemen - als eine Entität zu verstehen. Eine der Wirklichkeit angemessene Theoriebildung aber muß zur Synthese bereit sein, und ebenfalls eine grundlegende Alternative in der Wirtschaftspolitik: Sie darf sich nicht darin erschöpfen, vorhandene Konzepte anders zu addieren, so Staatsinterventionismus plus funktionsfähiger Wettbewerb.

## Markt, Staat und 'soziale Marktwirtschaft'

Bei der Renaissance marktwirtschaftlicher Vorstellungen spielt der Zusammenhang von Markt und Staat im sozialen Bereich eine entscheidende Rolle. Die erneute Hinwendung zur sozialen Marktwirtschaft ist Anlaß zu einige Fragen.

Soziale Marktwirtschaft versteht sich bekanntlich als eine Konzeption, die "soziale Gerechtigkeit" mit reinen Marktprinzipien zu vereinen sucht. Dieser Begriff hat insofern einen erfreulichen Aspekt, als er verdeutlicht, daß der Markt nicht in jedem Fall sozial ist, also Korrekturen an den Ergebnissen der Marktwirtschaft notwendig sind. Besser wäre natürlich, das avisierte Ziel "sozialer Kapitalismus" zu nennen; dies, da "Marktwirtschaft", wie gesagt, ein unzureichender Begriff ist, die gegebene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu kennzeichnen. Kann es aber einen sozialen Kapitalismus geben?

Ohne diese Grundsatzfrage klären zu wollen: wichtig ist, daß sich der Kapitalismus als gesellschaftliches und historisches Produkt unterschiedlich ausgeformt hat. Die Sozialsysteme Schwedens und der USA beispielsweise belegen dies. Und daraus folgt auch, daß es im Grundsatz erfolversprechend ist, den Kapitalismus ausformen zu wollen, in ihm Soziales durchzusetzen. Dies ist verhältnismäßig leichter, wenn die Kapitalseite geschwächt oder gefährdet ist. Bismarcks Sozialgesetzgebung ist hierfür ein Beispiel. Soziale Frage und Sozialdemokratie waren eine ernste Bedrohung für den deutschen Kapitalismus. Bismarcks Sozialpolitik sollte diese Gefahr abwenden. Ähnlich nach dem zweiten Weltkrieg. Die Großwirtschaft war wegen ihrer engen Zusammenarbeit mit der faschistischen Staatsführung politisch desavouiert, die Bevölkerung eher antikapitalistisch eingestellt. (Dies belegen die ersten Parteiprogramme der CDU ebenso wie viele Länderverfassungen.) Die Kapitalseite hat auf diese Gefährdung sehr elastisch reagiert. Mit materiellen Zugeständnissen, besonders aber mit einer erfolgreichen Propagandakampagne, deren Ergebnisse unverändert aktuell sind.

So ist es gelungen, den Nachkriegskapitalismus im Bewußtsein der Menschen in soziale Marktwirtschaft zu transformieren, der Begriff des Kapitalismus selbst ist in der deutschsprachigen Wirtschaftsliteratur eher verpönt, ebenso wie der Begriff Profit - dies im Gegensatz zu den USA mit einem sehr unebrochenen Verhältnis zum Kapitalismus. Soziale Marktwirtschaft wird im Alltagsbewußtsein vielfach als eine nicht kapitalistische Organisation der Wirtschaft verstanden. Hieran hat die erfolgreiche Kampagne der Konservativen für mehr Markt und weniger Soziales seit Ende der 70er Jahre nichts geändert. Der zeitweise Versuch der Sozialdemokratie, unter diesen Verhältnissen die Parole der sozialen Marktwirtschaft für sich zu nutzen, hat keinen Erfolg gehabt. Das allgemeine Einschwenken auf dieses Ziel (bei Parteien, bei der reformistischen Wirtschaftswissen-

schaft) wird eher als Bestätigung der konservativen Position empfunden und verhilft dort zu besseren Wahlergebnissen.

### Vorstellungen und Realität

Untersucht man die Hinwendung zum Paradigma "Markt", so bedeutet dies, sich mit den Regeln auseinanderzusetzen, die sich das Denken gemeinhin aus der Konvention heraus auflegt, um den Markt theoretisch zu erfassen. Damit können die herrschenden Vorstellungen zum Markt deutlich gemacht werden; aber dies ist nicht notwendigerweise identisch mit der materiellen Realität des Marktes im Kapitalismus. Was kann er leisten, wozu ist er nicht in der Lage?

Die Kritik des Kapitalismus muß nicht erst geschrieben werden - aber die auftretende Markteuphorie ist doch Anlaß, nochmals an einige wesentliche Elemente dieser Kritik zu erinnern, damit diese Kenntnisse nicht vergessen werden bzw. von der Scientific Community nicht ausgeschieden werden. (Diese bildet ja nicht nur gesellschaftliche Regeln heraus, nach denen sie ihr Wissen erweitert, zusammenhält und systematisiert.)

Die Anbieter, durch den Markt in Beziehung gesetzt zur zahlungsfähigen Nachfrage, sind in der Lage, sich einer veränderten Nachfrage rasch anzupassen. Da aber nur produziert werden kann, woran Eigentumsrechte definiert und übertragen werden können, wird die Vielfalt dessen eingeengt, mit dem die Bevölkerung sich auf der Grundlage ihrer wirtschaftlichen Ressourcen versorgen könnte. Ebenfalls zwingt die Konkurrenz, auch die des Monopolkapitalismus, zur Entwicklung und allgemeinen Anwendung des technischen Fortschritts, so daß die Arbeitsproduktivität rascher steigt als dies der Sozialismus initiieren konnte. Dies steigert das gesellschaftliche Mehrprodukt. Aber der entwickelte Kapitalismus ist nicht in der Lage, dieses Mehrprodukt vernunftgeleitet zu verwenden. Denn nach den Regeln des Systems wird das Mehrprodukt im wesentlichen als Profit angeeignet und dieselben Regeln sehen vor, daß es im wesentlichen zur Akkumulation verwendet werden soll. Stockungen im Reproduktionsprozeß gibt es aufgrund dieser Regeln dann, wenn die Unternehmen sich im Verteilungskampf mehr Mehrprodukt aneignen konnten als sie aufgrund der (auch vom technischen Fortschritt bestimmten) Profiterwartungen reinvestieren können. Das Mehrprodukt anders zu verwenden (so für den individuellen und kollektiven Konsum) ist nur im Konflikt gegen die Unternehmen möglich. Der entwickelte Kapitalismus leidet also daran, daß aus dem Mehrprodukt hohe investierbare Fonds angeboten werden, die Investitionen, der Gebrauch dieser Fonds, aber in der Regel hinter der Bereitstellung zurückbleibt. Die keynesianischen Stagnationstheoretiker haben dies verstanden als eine Lage, in der die Sparpläne anhaltend die Investitionspläne zu übersteigen tendieren. Der Markt löst dieses Problem, indem die

Produktion sinkt, das Angebot sich der unzureichenden Nachfrage anpaßt. Die marktliche Lösung bedeutet demnach Wohlstandsverlust. Es gibt keine marktlichen Regeln, die das nicht für Investitionen verwendete Mehrprodukt in Konsum transformieren könnten. Dies kann nur im nichtmarktlichen Konflikt geschehen.

Ein anderer Komplex ist die Gleichsetzung von Markt und Demokratie. Auf dem Markt ist der Rechtsgrund der Aneignung von Produkten fremder Arbeit bestimmt durch die Hergabe von Produkten eigener Arbeit, was die bloße Inbesitznahme aufgrund von Macht oder der Zugehörigkeit zu einer privilegierten gesellschaftlichen Klasse auszuschließen scheint. Dies suggeriert, daß Markt die ökonomische Entsprechung von Demokratie ist. Auf dem Gütermarkt trifft dies auch tatsächlich zu, auf dem Arbeitsmarkt dagegen nicht, da der Lohn als Preis der Ware Arbeitskraft die Aneignung des Mehrproduktes der Arbeit durch die Klasse der Kapitalisten grundsätzlich nicht in Frage stellt. Insofern verhindert die Institution Markt lediglich dort bloße Inbesitznahme ohne Hergabe eines Äquivalentes, wo vergegenständlichte, nicht aber wo lebendige Arbeit gehandelt wird. Der Markt ist also eine Einrichtung gleichberechtigter Kapitalisten, die gleiches tauschen, nicht aber gleicher Marktteilnehmer allgemein. Die Identifikation von Markt und Demokratie kann demnach nur für ein bestimmtes Bevölkerungssegment gelten.

Eine andere Form der Gleichsetzung von Markt und Demokratie gründet auf den Wahlmöglichkeiten am Markt. Warendemokratie heißt das Stichwort. Volkssouveränität als zentrales demokratisches Ziel wird dann uminterpretiert in Konsumentensouveränität; Freiheit ist freie Konsumwahl.

Was ist demnach der Markt - ich meine nicht seine Wirklichkeit, sondern die breit akzeptierte Vorstellung über seine Wirklichkeit? Es ist ein Mythos, den sich die Gesellschaft von ihrem Funktionieren macht. Lexika geben zu Mythos folgende Auskunft<sup>11</sup>: "Im Gegensatz zur logischen Erkenntnis bildet der Mythos keine Urteile, sondern will Realitäten darstellen, für die er keine rationalen Beweise zu erbringen braucht."

Wie der religiöse, so will auch der Mythos des Marktes nicht rational erfaßt, sondern in einer Weise geglaubt werden, die ausschließlich marktliches Handeln auslöst und die den Zweck, der dem Markt unterstellt wird, gutheißt. Was läßt das Paradigma 'Markt' im Wissenschaftsbetrieb zu? Nur so viel intellektuelles Wagnis, wie die Kühnheit des Krämers beim Erspähen einer Marktlücke gestattet.

<sup>11</sup> Togliatti schreibt dazu: "1932 behaupteten in Deutschland einige der KPD angenäherte Oppositionsströmungen, daß der Faschismus die Diktatur des Kleinbürgertums über die Großbourgeoisie errichtet. Dies war eine falsche Behauptung, aus der unvermeidlich

eine falsche politische Orientierung resultierte. Diese Behauptung kann man in allen Schriften der "Rechten" finden." Palmiro Togliatti, Lektionen über den Faschismus, Frankfurt 1973, S. 9.

- 2 Vgl. hierzu die sehr gründliche und informative Arbeit von Lotte Zumppe, Wirtschaft und Staat in Deutschland, 1932 bis 1945, Berlin 1980. Ausführliche Dokumente hierzu: Ulrike Hörster-Philipps, Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918 - 1945, Dokumente, Köln 1978.
- 3 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 60. Jahresbericht. 1. April 1989 bis 30. März 1990, Basel, 11. Juni 1990, S. 54 f.
- 4 Ebenda, S. 57.
- 5 Offensichtlich steht die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich außerhalb aller Zweifel, so daß sie sich nicht genötigt fühlt, auf den strammen antikommunistischen Jargon der 50er Jahre zurückzugreifen. Befremdlich ist, wenn aus dem linken (oder neuerdings reformerischen) Milieu "Kommandowirtschaft" als Eidesformel zur - von niemand verlangten - Loyalitätsbezeugung ausgerufen wird.
- 6 Keinen unmittelbaren Einfluß auf das Geschehen hatten die Käufe der privaten Haushalte. Soweit Menge und Art der hergestellten Güter von den Käuferwünschen abweichen, äußert sich dieses Ungleichgewicht in vermehrter Geldhaltung und nicht absetzbaren Waren, was jedoch keine automatische Revision des Plans bewirkt. Von "Kommando" kann allerdings auch hier nicht die Rede sein.
- 7 Oskar Lange, Marxismus und bürgerliche Ökonomie, in: Ökonomisch-theoretische Schriften, herausgegeben von Halina Jaroslawska. Mit einem Vorwort von W. Brus, Frankfurt 1977, S. 60 ff.
- 8 Angemessene Theoriebildung wird vor allem deswegen zum Problem, weil Begriffe nicht nur als Grundelement jeglichen rationalen Denkens Mittel für wissenschaftliche Erkenntnisse sind, sondern in anderer Verwendung politische Kampfpapieren (so "Kommandowirtschaft") darstellen, die je nach Ziel des politischen Kampfes ausdrücklich nicht Grundelement rationalen Denkens sein sollen. Hiermit verknüpft ist eine Begriffsbildung, deren Zweck darin besteht, eine wissenschaftliche Erkenntnis bzw. eine aus ihr abgeleitete politische Forderung den "Medien" zur Verbreitung anzubieten. Die Erkenntnis bzw. Forderung muß dann die Eigenschaft der Ware "Neuigkeit" annehmen, also marktgängig sein. Dies wiederum kann zur Bildung von Begriffen führen, die den Inhalt der Mitteilung zum Zwecke ihrer Marktgängigkeit verändern. Und mehr noch, wenn nur noch in Begriffen gedacht wird, die die Vermarktbarkeit der Erkenntnis sichern, wird damit die Gewinnung einer bestimmten Klasse von Erkenntnissen ausgeschlossen. Das rationale Denken - und damit seine Ergebnisse - wird dann durch die vom Markt zugelassenen Grundelemente (Begriffe) bestimmt. Es gibt viele Wege in die Unfreiheit der wissenschaftlichen Forschung. Die offene Gewalt der vormaligen Staatssicherheit ist ein Weg. Der unbedingte Wunsch, auf dem Markt der Neuigkeiten zu reüssieren, ein anderer. Aber nicht jeder Gedanke paßt in einen modern gestalteten Joghurtbecher.
- 9 Paul A. Samuelson, Volkswirtschaftslehre, Band I, Köln 1975, S. 65.
- 10 So z.B. Geigant, Sobotka, Westphal, Lexikon der Volkswirtschaft, München 1975, Stichwort: funktionsfähiger Wettbewerb.
- 11 Meyers Lexikon, Mannheim 1981.

Cornelia Domaschke/Hans-Georg Haupt/  
Hans-Michael Karle/Birgit Schliewenz

## Vom "realen Sozialismus" ins "balkanisierte Armenhaus"?

Osteuropa - Ursachen und Perspektiven eines gesellschaftlichen Umbruchs

Im Jahre 1989 brachen die im Verlaufe der Nachkriegsentwicklung in den osteuropäischen Ländern entstandenen Gesellschaftssysteme endgültig zusammen. Die als realer Sozialismus bezeichneten sozial-ökonomischen, politischen und geistig-kulturellen Verhältnisse erwiesen sich letztendlich als unfähig, modernen Entwicklungsprozessen der menschlichen Zivilisation zu entsprechen. Dieser totale Zusammenbruch vollzog sich in Ländern, in denen versucht wurde, mit konservativ-orthodoxen, teilweise auch mit verstärkten repressiven Methoden das bestehende System zu retten (DDR, CSFR, Rumänien, teilweise Bulgarien). Er erfolgte aber auch in jenen Ländern, in denen Reformen zur Modernisierung dieser Systeme eingeleitet worden waren (Ungarn, Polen, teilweise Bulgarien). Reformen in der UdSSR und in Jugoslawien konnten nicht verhindern, daß die bestehenden Systeme weitgehend ihre Funktionsfähigkeit einbüßten und ihr Kollaps wohl bevorsteht.

Da diese Gesellschaftssysteme in ihren Grundstrukturen weitgehend übereinstimmten, es sich dabei im Grunde genommen nur um nationale Modifizierungen ein und desselben Modells handelte, liegt die Schlußfolgerung nahe, daß die wesentlichen Ursachen des Zusammenbruchs ebenfalls übereinstimmen. Spezifischer Natur sind indes die unmittelbaren Ursachen. In den vorwiegend mit konservativ-orthodoxen Methoden regierten Ländern (DDR, CSSR, Rumänien, zum Teil auch Bulgarien) stand im Vordergrund die Forderung breiter Volksbewegungen nach einer Demokratisierung der Gesellschaft, nach allseitiger Verwirklichung der Menschenrechte und pluralistischen Strukturen. In den seit längerer Zeit reformorientierten Ländern (Polen, Ungarn, zum Teil auch Bulgarien und Jugoslawien) führten vor allem zunehmende ökonomische und soziale Belastungen zu den gesellschaftlichen Umbrüchen. Letztere waren und sind, verbunden mit nationalen Spannungen, auch die wesentlichen Ursachen für die sich stetig verschärfenden Konflikte in der UdSSR und in der SFRJ.

**E**in Versuch, die Grundstrukturen und die Funktionsweise des gescheiterten Gesellschaftssystems zu beschreiben, könnte wie folgt aussehen:

*Erstens:* Geprägt wurde dieses System durch eine bürokratisch-administrative Planwirtschaft, der der Irrtum zugrunde lag, durch vertikale Koordi-

nierung die gesellschaftliche Arbeitszeit entsprechend den Bedürfnissen zentral verteilen zu können. Verstaatlichung des Eigentums und Vergesellschaftung wurden einander gleichgesetzt. Dieser Versuch schloß die Existenz von Ware-Geld-Beziehungen, einer horizontalen Verkehrswirtschaft (im Sinne von W. Eucken) aus. Er forderte geradezu die Herausbildung eines solchen "zentralen Willens", die letztlich zu einem administrativ-bürokratischen Kommandosystem in der Wirtschaft führt. Die Frage, was und für wen produziert werden muß, wurde nicht durch den Markt, auf dem sich Nachfrage und Angebot auseinandersetzen, beantwortet. Sie wurde mit den staatlichen Plandirektiven entschieden. Eine solche "zentrale Leitung und Planung" war unvereinbar mit einer demokratischen Wirtschaft. Sie führte zur Anonymität des Volkseigentums und zum Versiegen der Triebkräfte wirtschaftlichen Handelns.

*Zweitens:* Die Gesellschaft und deren Entwicklung wurden durch ein politisches System dominiert, das durch Führungsansprüche und -rolle einer Partei geprägt wurde. Die Entwicklung der kommunistischen und Arbeiterparteien in den osteuropäischen Ländern zu Staatsparteien bewirkte eine extreme Verfilzung von Aufgaben, Interessen und Funktionsträgern von Partei, Staat und Wirtschaft. Damit entstand eine Schicht von Funktionsträgern, die sich im wesentlichen aus sich selbst reproduzierte. Entscheidende Triebkraft für ihr Handeln, zumindestens auf der oberen Ebene, war die Reproduktion der Macht. Ihr absoluter Führungsanspruch blieb auch seitens linkssozialistischer Theoretiker keineswegs unwidersprochen. So wies Antonio Gramsci darauf hin, daß ein politischer, geistiger und moralischer Führungsanspruch immer wieder neu errungen werden und stets auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhen muß. Die totalitäre Führung entsprach aber der Logik dominierenden Staatseigentums und des installierten politischen Systems und setzte sich deshalb durch. Damit vollzog sich die Enteignung der Menschen als Basissubjekte von allen entscheidenden Subjektfunktionen. Entgegen allen offiziellen Positionen war der Mensch zum Objekt politischen Handelns degradiert worden. Das emanzipatorische Prinzip ging als Triebkraft verloren. Wesentliche Triebkräfte moderner Gesellschaftsentwicklung - Eigeninteresse und -nutz, Eigenverantwortung, Kreativität und Selbstgestaltung des Menschen, Pluralismus - kamen somit nicht zur Wirkung. Sie wurden als unvereinbar mit dem "neuen Menschenbild" abgelehnt. Im Grunde gelang es nie, nachdem die Triebkräfte der Marktwirtschaft abgeschafft waren, neue Triebkräfte für wirtschaftliches Handeln wirksam zu machen.

*Drittens:* Dem Herrschaftstyp entsprach ein Parteityp, in welchem jegliche innerparteiliche Demokratie eingeschränkt oder gar total demontiert wurde. Dieser Wandel einstiger sozialistischer Parteien bzw. von Teilen derselben zu autokratischen Parteien ging teils der Machtergreifung voraus ("Bolschewisierung"), teils erfolgte er in Verbindung mit ihr. Stets wurde er mit der Forderung Lenins nach einer Partei neuen Typus theoretisch begründet. Unter der Losung der "Wahrung der Einheit und Reinheit der

Partei" wurde kritisches Potential unterdrückt und ausgegrenzt, so daß die Innovationsfähigkeit der Partei verlorenging bzw. auf eine kleine Führungsschicht reduziert wurde. Der Anspruch, führende Kraft der Gesellschaft zu sein, wurde schließlich auf den totalen Herrschaftsanspruch einer kleinen Schicht reduziert.

*Viertens:* Die Gesellschaftssysteme in den osteuropäischen Ländern entstanden nicht als postkapitalistische Ordnungen. Sie bildeten sich auf einem "nichtklassischen Weg zum Sozialismus" (G. Lukács) heraus, das heißt auf einem Entwicklungsniveau, bei dem Produktion und Distribution noch weit davon entfernt sind, als Basis einer konkreten Vorbereitung des "Reiches der Freiheit" zu dienen. Somit waren gesellschaftliche Verhältnisse und Institutionen, die die bürgerliche Gesellschaft als progressive Errungenschaften gegenüber vorangegangenen Gesellschaftsordnungen geschaffen hatte, nur teilweise vorhanden. Weil sich diese Gesellschaft primär als antikapitalistisch verstand, wurden Verhältnisse und Institutionen bewußt zerstört, anstatt sie progressiv aufzuheben (z.B. bürgerliche Demokratie, Pluralismus, Menschenrechte, Formen der Vergesellschaftung, vielfältige Eigentumsverhältnisse). Als Beweis für das Sozialistische mußte immer das Antisozialistische dienen. Mit einer so "nicht korrekten Negation" (Hegel) entstand eine Antiwelt, die nicht in der Lage war, zivilisatorische Errungenschaften zu bewahren. Sie koppelte sich in zunehmendem Maße von der internationalen Entwicklung ab.

*Fünftens:* Konzeptionelle und strategische Überlegungen zur Gestaltung dieser Gesellschaftsordnung wurden immer wieder durch idealistische und wirklichkeitsfremde, aber auch durch dogmatisches und scholastisches Denken geprägt. Erinnerung sei nur an die Beschlüsse des XXII. Parteitages der KPdSU und des XII. Parteitages der KPTsch über den Aufbau der materiell-technischen Grundlagen des Kommunismus, des XXVII. Parteitages der KPdSU bezüglich der Steigerung der Arbeitsproduktivität, des V. Parteitages der SED bezüglich des Wettbewerbs mit der BRD, den gescheiterten Versuch der SED zur Gestaltung der Gesellschaft nach einem vorgegebenen Modell (10 Merkmale der entwickelten sozialistischen Gesellschaft). Die sich immer deutlicher abzeichnende Perspektivlosigkeit dieser Gesellschaft führte zu einem sich stetig verschärfenden Widerspruch zwischen Anspruch und Realität, zu einer doppelten Moral in der Gesellschaft. Subjektiv trug dazu sicherlich bei, daß die Führenden ihre Ideale noch verwirklicht erleben wollten.

## Sozialismus - die Geschichte einer Fehlkonstruktion?

Im wissenschaftlichen Streit wird gegenwärtig vor allem zwei Fragen nachgegangen. Einmal der Frage, was dieses Gesellschaftssystem darstellte. Früh- oder Feudalsozialismus, deformierter Sozialismus, Sozialismus, nichtkapitalistische, aber keine sozialistischen Gesellschaften lauten die

unterschiedlichen Einschätzungen. Zum anderen wird der Frage nachgegangen, ob diese Gesellschaftssysteme an ihren Deformationen (Charakterisierung als stalinistisches Modell) zugrunde gegangen sind oder ob nicht systemimmanente Funktionsfehler ihr Scheitern bewirkten.

Das bisherige Konzept begann sich Ende der zwanziger Jahre in der UdSSR herauszubilden und wurde, wenn auch differenziert, nach 1945 in anderen osteuropäischen und asiatischen Ländern sowie auf Kuba ebenfalls verwirklicht. Seine populistische Charakterisierung als stalinistisches Modell ist unseres Erachtens unwissenschaftlich, weil wesentliche seiner Fehler bereits vorher bestanden bzw. konzeptionell angelegt waren (Diktatur des Proletariats, Parteienverständnis, Demokratie und Macht, Staatseigentum, Negierung der Warenproduktion, Geschichtsdeterminismus und Epocheverständnis).

Die Herausbildung und Verwirklichung dieses Konzepts begünstigen zweifellos innere Bedingungen (ökonomische Strukturen, größtenteils fehlende bürgerlich-demokratische Traditionen) sowie äußere Faktoren, zu denen bipolares und konfrontatives Denken, der Ende der vierziger Jahre beginnende kalte Krieg, die historisch konkrete Situation im sich herausbildenden sozialistischen Weltsystem zu rechnen sind. Gefördert wurde diese Entwicklung durch die 1948/49 begonnene ideologische und politische Auseinandersetzung über Grundfragen des sozialistischen Aufbaus, die im Zusammenhang mit konkreten Entwicklungen in Jugoslawien ausgelöst wurde. Konzeptionell andere Überlegungen zur Frage von Sozialismus und Demokratie, die es gab, konnten sich nicht durchsetzen, dafür aber das Modell, welches in der Sowjetunion entstanden war. In dieser Denkweise, die natürlich auch politischen Konzeptionen zugrunde lag, waren Kapitalismus und Sozialismus zwei sich absolut gegenüberstehende Welten, die sich lediglich in Form des Kampfes "Wer - wen" auseinandersetzen können.

In den darauffolgenden Jahrzehnten wurde deshalb die Überwindung gesellschaftlicher Konfliktsituationen in einzelnen Ländern stets im Rahmen dieses Konzepts und seiner evolutionären Entwicklung angestrebt, was schließlich zur Stagnation und Krise führte. Gesellschaftliche Konfliktsituationen, die in diesen Jahrzehnten in einzelnen Ländern aufbrachen, wurden vorwiegend als konterrevolutionäre Aktionen gewertet. Es wurde nicht nachgefragt, ob sich in diesen nicht auch berechnete Demokratiebestrebungen äußerten, ob diese Konfliktsituationen nicht bereits die Funktionsweise des damaligen Sozialismusmodells in Frage stellten.

In den zurückliegenden Jahrzehnten wurden zwar manche Versuche und Anläufe unternommen, um mittels Reformen neue Entwicklungsimpulse in einzelnen Bereichen der Gesellschaft freizusetzen. Vor allem betraf dies Wirtschaftsreformen und Überlegungen, das demokratische Mitspracherecht der Bevölkerung zu erweitern, ohne jedoch ernsthaft an eine wahre Volksherrschaft zu denken. Dies ließ der

Machtanspruch nicht zu. Versuche, mittels Wirtschaftsreform vorwiegend ökonomische Methoden des Wirtschaftens, eine größere Eigenverantwortung der Produzenten und marktwirtschaftliche Prinzipien einzuführen, sich den Konsequenzen einer anerkannten Warenproduktion zu stellen, scheiterten und wurden stets durch neue Formen einer administrativ-bürokratischen Kommandowirtschaft zurückgedrängt. Eine zentral geleitete Wirtschaft erwies sich als unverträglich mit einer wahren Demokratie. Diese Versuche reichten von der Leninschen Neuen Ökonomischen Politik bis in die sechziger Jahre. Die Prager Ereignisse von 1968 führten letztlich - mit Ausnahme Ungarns - zum politischen Aus für alle diese Versuche, da mit ihnen der objektiv bestehende Zusammenhang von ökonomischen und politischen Reformen auf eine Weise zum Ausdruck kam, die im damaligen Verständnis als konterrevolutionär gewertet wurden.

In der nachfolgenden Zeit wurden in einzelnen Ländern zwar weitere Reformschritte unternommen, jedoch trugen diese stets nur partiellen Charakter, veränderten keineswegs die bestehenden Strukturen des administrativ-bürokratischen Systems. In zunehmendem Maße erwies sich das bestehende politische System als eine nicht zu überwindende Schranke für die Durchsetzung eines effizienten und ökologischen Reproduktionstyps. In dem Maße, in dem ökonomische Erfordernisse mit dem politischen System kollidierten, vor allem mit bestehenden Machtstrukturen, wurden administrative und dirigistische Zwänge verstärkt. Eine weitgehende Abschottung von den Weltmarktbedingungen, eine unmittelbare Verfilzung von Partei- und Staatsorganen in der Wirtschaft und fehlende demokratische Kontrolle führten mit dem Anwachsen ökonomischer Probleme zu einem ausgeprägten Voluntarismus und Subjektivismus in der Wirtschaftsführung, was noch durch eine ständige Verfälschung der Wirtschaftsdaten unterstützt wurde.

Ging dieses System letztlich an seiner mangelnden Fähigkeit, die modernen Produktivkräfte effektiv produktions- und konsumtionswirksam zu entwickeln, am Fehlen wirklicher Demokratie und ökonomisch-sozialer Innovationsfähigkeit, zugrunde, so wurde dieses Scheitern auch dadurch hervorgerufen, daß es zunehmend den Interessen der Menschen widersprach. In der Verringerung schwerer körperlicher Arbeit, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Schaffung persönlichkeitsfördernder Arbeitsinhalte, der Humanisierung der Arbeitswelt usw. wurden nur geringe Fortschritte erreicht. Probleme der Ökologie, der Infrastruktur und der Alltagskultur, die auf der Interessenskala vieler Bürger zunehmend Vorrang erhielten, des elementaren Strebens nach Demokratie wurden nicht gelöst und teilweise mit repressiven Methoden aus der Öffentlichkeit verdrängt. Individualitätsentwicklung, kreatives und engagiertes Verhalten der Menschen wurden durch begrenzte materielle Mittel, durch eine einseitige Betonung der sozialökonomischen Menschenrechte, durch eine Überhöhung des Kollektivismus und durch Gleichmacherei sowie durch

Dogmatismus in Wissenschaft und Kultur begrenzt. Angesichts der realen und der scheinbaren Freiheit der Persönlichkeit in kapitalistischen Ländern mußte diese Entwicklung zwangsläufig zu einer Perspektivlosigkeit für den einzelnen führen. Die anscheinende Vorbestimmtheit sowohl der gesellschaftlichen als auch der individuellen Entwicklung machte diese Gesellschaft so langweilig für den einzelnen.

**A**ll diese Prozesse brachen seit dem Ende der siebziger Jahre in mehreren Ländern mit elementarer Gewalt durch und führten, gefördert durch eine veränderte internationale Situation, zum endgültigen Scheitern des bisherigen Gesellschaftskonzepts. Immer offensichtlicher wurde, daß der Wettbewerb mit den modernen kapitalistischen Industriegesellschaften in der Produktivkraftentwicklung, in der Lösung globaler Probleme, in der Individualitätsentwicklung und letztlich im Beitrag um den Zivilisationsfortschritt verloren war. Es sollte aber auch nicht übersehen werden, daß dieses Gesellschaftssystem zumindestens für einen gewissen Zeitraum auch eine echte Herausforderung für die kapitalistischen Gesellschaften war und diese damit zu ökonomischen und sozialen Maßnahmen zwang, die sie aus eigenem Antrieb wohl nicht getan hätten.

Historisch gescheitert ist damit der Versuch, die sozialistische Idee - soziale Gerechtigkeit, freie und volle Entfaltung des Individuums in einer freien Gesellschaft - mittels administrativ-bürokratischer Methoden, sozusagen "von oben" verordnet, zu verwirklichen und eine Antiwelt zum Kapitalismus zu errichten. Eine Gesellschaft war geschaffen worden, in der Triebkräfte und Funktionsmechanismen des Kapitalismus zwar nicht mehr wirkten, in der es aber nicht möglich war, bestimmende Entwicklungsfermente moderner Gesellschaften (Eigenverantwortung, Kreativität und Individualitätsentwicklung, Selbstverwirklichung, Eigennutz) zur Wirkung zu bringen.

Wenn auch dieses System für einen bestimmten Zeitraum eine Entwicklungsfunktion (Industrialisierung, extensiv erweiterte Reproduktion in industriell schwach entwickelten Ländern, Zentralisation von Akkumulationsmitteln, ein bestimmtes Maß an sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit) hatte, so ist der Versuch, auf diesem Wege Anschluß an die Moderne zu finden, fehlgeschlagen. Aus diesem Grunde ist dieses System auch nicht reformierbar.

**D**er bisherige theoretische und strategische Ansatz zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft, aber auch das Verständnis des Wesens einer solchen, erwiesen sich als falsch und sind historisch gescheitert. Gescheitert sind die theoretischen Grundlagen für die Strategie zur Verwirklichung einer Gesellschaftskonzeption, die bei allen Veränderungen und Modifikationen die Grundstrukturen des administrativ-bürokratischen Systems nie in Frage stellten, sondern diese bei aller Modernisierung im Grunde genommen noch verfestigten. Das Scheitern dieser "Sozialismustheorie" wurde auch bewirkt durch ein Verhältnis von Politik

und Wissenschaften, in dem diese als Instrument der Politik zu fungieren hatte. Mit ihrer zunehmenden Katechisierung blieb wenig oder kein Raum, um Funktionsfehler des Systems als solche zu erkennen und diese Erkenntnis politikwirksam zu machen.<sup>1</sup> Nahezu unmöglich war es, theoretische Positionen von Marx oder Lenin auf ihre Richtigkeit hin abzuklopfen. Eine ahistorische Betrachtungsweise des Kapitalismus, ihn in seinem imperialistischen Stadium als sterbend und faulend zu charakterisieren, dies verschloß den Blick auf seine Anpassungsfähigkeit, darauf, daß das Entwicklungspotential der kapitalistischen Gesellschaft bei weitem nicht ausgeschöpft ist.

Die Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die die "herausragende" theoretische Leistung der siebziger und achtziger Jahre bis zum Beginn der Perestrojka war, hat sich als unfähig erwiesen, sowohl die herangereiften Probleme der inneren als auch der internationalen Entwicklung zu erkennen und zu bewältigen. Diese Konzeption ging nicht von dem epochalen Umbruch in den Entwicklungsbedingungen der Menschheit aus, wie er sich bereits Anfang der siebziger Jahre ankündigte. Historisch entstand sie in einer Zeit, wo die Reformprozesse der sechziger Jahre in den Ländern Osteuropas verdrängt bzw. militärisch überwunden wurden. Heute wird die Periode der Verdrängung der ökonomischen Reformen und damit auch der politischen als Periode der Stagnation und des Zurückbleibens hinter den entwickelten kapitalistischen Ländern bezeichnet, eine Zeit, die die Länder Osteuropas weiter bei der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution und moderner Entwicklungsprozesse zurückwarf. Fehlgeschlagen ist dieser Versuch auch deshalb, weil ihm eine deterministische Geschichtsauffassung zugrunde lag, der zufolge eine Gesellschaftsformation die andere gesetzmäßig ablöse. Nach seinem Siege über den Kapitalismus bildet sich der Sozialismus als ein abgeschlossenes System ökonomischer, politischer und sozialer Beziehungen heraus, dessen entscheidendes Wesensmerkmal antikapitalistisch ist. Die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems nach 1945 wurde so als eine Ausdehnung der Formation, die bisher nur in einem Lande bestand, aufgefaßt. In Wirklichkeit wuchs aber die Isolierung des so verstandenen Sozialismus von jenen Prozessen, die sich weltweit vollzogen.<sup>2</sup> Damit ging der Blick darauf verloren, daß sich die Menschheit in einer neuen Situation befindet, in der ihre Existenz als Gattung durch die globalen Probleme auf das äußerste bedroht ist, in der es darauf ankommt, einen neuen Typ menschlicher Zivilisation zu schaffen.

### Europa - neue Brücken oder neue Grenzen?

Mit dem gesellschaftlichen Umbruch in Osteuropa sind neue historische Chancen für einen europäischen Einigungsprozeß entstanden, der Europa in seiner Gesamtheit umfaßt. Mit der Überwindung der Konfrontation in

Europa ist der Ost-West-Konflikt keineswegs beseitigt. Er stellt sich nur in anderer Gestalt dar. "Wir stehen vor der klaren Alternative, Europa zu einigen oder gemäß leidvoller historischer Beispiele wieder in nationalistische Gegensätze zurückzufallen."<sup>3</sup> In diesem Spannungsfeld liegt die Perspektive für das, was nach dem Umbruch in Osteuropa folgen wird.

Mit dem Untergang der bisherigen Gesellschaftssysteme in Osteuropa sind auch die ihm eigenen Bremsen für den gesellschaftlichen Fortschritt überwunden. Keineswegs bedeutet dies aber, daß damit bereits die wesentlichen Voraussetzungen und Bedingungen für eine Modernisierung der Gesellschaft gegeben sind. Inwieweit diese erreicht werden kann, hängt vor allem ab von der Entwicklung in diesen Ländern selbst, von der Erkenntnis Westeuropas, daß eine Stabilisierung Osteuropas in seinem eigenen elementaren Interesse liegt, aber ohne seine tatkräftige Unterstützung nicht erreichbar sein wird. Wesentliches wird davon abhängen, welche Funktion Deutschland in diesen Prozessen zu übernehmen bereit sein wird.

**G**egenwärtig schreitet der umfassende Zerfallsprozeß des ehemals "sozialistischen" Gesellschaftssystems in Ost- und Südeuropa mit einer kaum beherrschbaren Geschwindigkeit voran. Soziale und nationale - schon lange gärende - Konflikte drohen zu einem Zündstoff zu werden, der die künftigen Integrationsprozesse im europäischen Raum empfindlich stören könnte. Die sich zuspitzende Situation ist gekennzeichnet von:

*Erstens:* Das ökonomisch-technologische Gefälle von West- nach Osteuropa vertieft sich. Bisherige Konzepte, mit denen der Übergang von der zentralistisch-bürokratischen Planwirtschaft zu einer effizienten, sozial und ökologisch verträglichen Marktwirtschaft vollzogen werden soll, greifen noch nicht. Herkömmliche Wirtschaftsstrukturen brechen zusammen, ohne daß an ihre Stelle bisher neue getreten sind. Die Folgen sind Massen- und Dauerarbeitslosigkeit, Abwanderung von Arbeitskräften in Größenordnungen, Sozialabbau. Es fehlt vor allem an Kapital für den Strukturwandel. Die Investitionsfreudigkeit Westeuropas wird indes gebremst durch die politische Instabilität dieser Länder.

*Zweitens:* Die ökonomische Talfahrt läßt die Zahl jener, die unterhalb der Armutsgrenze bzw. des Existenzminimums leben, drastisch steigen. In das soziale Abseits geraten die ohnehin sozial schwachen Gruppen wie Rentner, Alleinerziehende, Frauen, Jugendliche. Im Gefolge der wirtschaftlichen Probleme wird eine Reihe sozialer Gruppen kriminalisiert und ausgegrenzt. In ihrer Schwäche greifen Teile von diesen Gruppen, insbesondere Jugendliche, in wachsendem Maße zu extremen Mitteln, um sich Geltung zu verschaffen. Politische Kräfte aus dem rechts- und linksradikalen Spektrum nutzen diese Intentionen, um ihre politischen Ziele zu rechtfertigen und zu instrumentalisieren.

*Drittens:* Die politische Lösung der existentiellen Probleme wird dadurch behindert, daß selbst praktikable Ansätze an einer offensichtlichen Politik-

unfähigkeit von Parteien und Bewegungen scheitern. Sie sind momentan mehr mit ihrer eigenen (Neu-)Konstituierung, Stabilisierung und Identitätsfindung beschäftigt und somit nicht in der Lage, die größtenteils durch sie eingeleiteten bzw. beförderten Demokratisierungsprozesse in konstruktive Bahnen zu lenken. Darüber hinaus kann sich die Bevölkerung in diesen Ländern kaum auf Erfahrungen einer entwickelten bürgerlichen Demokratie stützen. Zum einen liegen die Ursachen im "Überspringen" wesentlicher Entwicklungsstadien der bürgerlichen Gesellschaft, in fehlenden Erfahrungen in der Demokratieausübung. Aufgrund der daraus resultierenden Unmündigkeit scheinen große Teile der Bevölkerung auch nicht fähig, an Erfahrungen westlicher Demokratien anzuknüpfen und mit den errungenen demokratischen Rechten und Freiheiten politisch verantwortungsbewußt umzugehen.

*Viertens:* Die komplizierte gesamtgesellschaftliche Situation wird in der Mehrzahl der ost- und südosteuropäischen Länder zusätzlich durch das Aufbrechen nationaler und ethnischer Konflikte verschärft. Nationalpsychologische Faktoren - einerseits ein ausgeprägtes Minderwertigkeitsgefühl und andererseits ein unübersehbarer Hang zur Selbstgefälligkeit - begünstigen nationalistische und chauvinistische Tendenzen. Diese Tendenzen drohen im Zusammenhang mit den starken Bestrebungen nach nationaler Autonomie und nach dem Ausbrechen aus dem bisherigen Staatenverband zu eskalieren. Regional und international entstehen in diesem Prozeß politisch außerordentlich instabile und militärisch explosive Situationen.

**E**ine wachsende ökonomische und politische Labilität, zunehmende Ungewißheiten in Osteuropa stehen somit einer relativ hohen Stabilität Westeuropas gegenüber. Die Frage, entstehen damit neue Grenzen, oder ist es möglich, neue Brücken zu schaffen, ist somit berechtigt. Ein europäischer Einigungsprozeß unter Ausschluß der ost- und südosteuropäischen Staaten wäre gleichbedeutend mit einer dauerhaften Fixierung des Gegensatzes - reiches Westeuropa und Armenhaus Osteuropa. Das hieße auch, zu internationalen Verhaltensmustern in Europa zurückzukehren, die letztlich zwei Weltkriege ausgelöst haben. Eine "Balkanisierung" Ost- und Südosteuropas im Sinne eines konflikt- und kriegsträchtigen, nationalistisch aufgeheizten Nebeneinanders von Staaten ist ohnehin schon zu einer potentiellen Gefahr geworden. Eine ökonomische und politische Stabilisierung Ost- und Südosteuropas liegt im elementaren Interesse Westeuropas. Sie ist jedoch ohne dessen Unterstützung und Hilfe nicht erreichbar.

Bleibt Westeuropa bei dem vorgesehenen Zeitplan seiner Integration in die Tiefe, sinken die Chancen für Ost- und Südosteuropa (mit Ausnahme der ehemaligen DDR), allmählich in den gemeinsamen Markt und in die Europäische Gemeinschaft integriert zu werden. Sein Abstieg zum europäischen Armenhaus scheint vorprogrammiert, wenn nicht im Rahmen des



westeuropäischen Integrationsplanes Bedingungen zur ökonomischen Unterstützung und zur Erweiterung der Arbeitsteilung, für eine Heraufstufung der Assoziierungsverträge geschaffen werden, die eine Transformation der Wirtschaftsstrukturen erleichtern und einen ökonomischen Kollaps verhindern können. Das West-Ost-Gefälle in ökonomisch-technologischer Hinsicht ist zugleich wesentliche Ursache für eine massenhafte Abwanderung von Arbeitskräften. Der zunehmende Asylantenstrom nach Westeuropa, insbesondere nach Deutschland, ist nicht mit innerstaatlichen Regelungen zu beherrschen. Er führt zum Anwachsen von Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit.

Deutschland, das nach seiner Vereinigung eine gewisse kritische Größe überschreitet, nimmt in diesem Prozeß schon rein geographisch eine Schlüsselrolle ein. Viel, wenn nicht alles, hängt davon ab, ob Deutschland sich seiner Verantwortung für den europäischen Einigungsprozeß bewußt sein und seine ökonomischen und politischen Potenzen im Interesse des gesamteuropäischen Integrationsprozesses einsetzen wird. Der europäische Einigungsprozeß wird umso besser durch Deutschland beeinflusst, je weniger es die Interessen seiner Nachbarn beeinträchtigt (Helmut Schmidt).

Die komplizierte innere Situation in der UdSSR und die dadurch bewirkten Ungewißheiten dürfen auf keinen Fall dazu Anlaß sein, die Sowjetunion aus dem europäischen Einigungsprozeß auszugrenzen. Die Westgrenze der Sowjetunion darf nicht zur Ostgrenze Europas werden (R. v. Weizsäcker). Der Weg nach Europa begann mit Zar Peter I, bemerkte kürzlich Marschall Aohromejew. Er kam aber geschichtlich und zivilisatorisch mehrmals zum Stocken. Mit der Perestroika wurde ein neuer Abschnitt auf diesem Wege eingeleitet. Zugleich steht fest, daß Stabilität, Sicherheit und Einigung in Europa ohne aktive Einbeziehung einer stabilisierten Sowjetunion ungleich sein werden.

Die Völker Ost- und Südosteuropas haben mit dem durch sie bewirkten gesellschaftlichen Umbruch nicht nur für sich, sondern auch für Gesamteuropa eine neue historische Chance geschaffen. Wie und wofür sie genutzt werden kann, dies hängt davon ab, ob neue Grenzen oder Brücken geschaffen werden. Dazu bedarf es eines wahrhaft großen historischen Entwurfs.

<sup>1</sup> Die Autoren schließen sich aus dieser kritischen Sicht keineswegs aus.

<sup>2</sup> Vgl. Zdenek Mlynar, Sozialismusbegriff und historische Erfahrungen, in: *Kommunist* 5/1990, S. 105, Moskau.

<sup>3</sup> R. v. Weizsäcker, "In einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen.", in: *Neues Deutschland* vom 4.10.1990, S. 2.

*Friedrich Tomberg*

## Auf dem Weg zur demokratischen Weltgesellschaft

### Die Sackgasse des Sozialismus in einem Land

Mit den Ideen von Perestroika und Glasnost hat M. Gorbatschow seit Mitte der achtziger Jahre auch den Gedanken der Weltgemeinschaft in die internationale Politik eingebracht. Vor allem im Zusammenhang mit seinen Abrüstungsinitiativen hat er immer wieder darauf verwiesen, daß sich unter den Völkern des ganzen Erdballs ein System von Interdependenzen herausgebildet hat, das auch eine gemeinsame Politik erfordert und insofern schon als eine sich bildende weltgesellschaftliche Formation angesehen werden kann. Die sozialistischen Staaten, die beim alten Kurs verblieben, haben allenfalls Lippenbekenntnisse zur sowjetischen Reformpolitik abgelegt, die zugehörige Friedenspolitik aber nachdrücklich unterstützt. Vor allem die DDR hat dabei sich hervorgetan und sich Verdienste erworben.

Umsoweniger auffälliger ist es, daß ein zentraler Bestandteil der Außenpolitik Gorbatschows, die Anrufung der Weltgemeinschaft, beim herrschenden Regime ebenso auf Ablehnung stieß wie seine angestrebte Demokratisierung der sozialistischen Gesellschaft. Das hatte seinen Grund zum einen gewiß in der tiefsitzenden, aus den geschichtlichen Erfahrungen resultierenden Furcht, durch Teilhabe an der internationalen Arbeitsteilung könne das sozialistische Weltsystem politisch erpreßbar werden. Es spricht sich hierin aber wohl auch ein Sozialismus-Verständnis aus, das den übrigen Ländern aus der Sowjetunion überkommen war, um neuerlich zum Hemmnis gerade auch gegen die sowjetische Politik zu werden. Ihm inhärent war der Gedanke, daß sich der Sozialismus auch in einem einzelnen Lande schon aufbauen lasse. Nachdem der Versuch dazu fast überall gescheitert und noch nirgendwo gelungen ist, ist das Theorem vom Sozialismus in einem Lande auf den Prüfstand marxistischer Selbstbesinnung geraten, jenes neue Moment also, das angeblich Lenin in den Marxismus eingebracht hat und das in das sich auf ihn berufende, nicht aber von ihm begründete Lehrsystem des Marxismus-Leninismus eingegangen ist.

Unbeschadet dessen ist der Marxismus immer, auch in seiner marxistisch-leninistischen Fassung, international ausgerichtet gewesen. Der proletarische Internationalismus gilt mit Recht als ein wesentliches Kennzeichen seiner Politik und läßt sich bis in die ersten Augenblicke seiner Begründung zurückführen. Marx und Engels hatten aber ursprünglich mehr im Auge gehabt als die Einheit der revolutionären Arbeiterklasse über alle nationalen Grenzen hinweg. Sie waren in den vierziger Jahren, wie später Stalin noch einmal ausdrücklich hervorhob, zu dem Schluß gekommen, daß die Revolution nur siegen könne "als Ergebnis eines gemeinsamen

Schlages in allen oder wenigstens in der Mehrzahl der zivilisierten Länder" und damit praktisch in der ganzen Welt.<sup>1</sup> Stalin stellte es so dar, als habe erst Lenin diese offensichtlich unhaltbar gewordene Auffassung korrigiert, und zwar zugunsten des Theorems vom Sozialismus in einem Lande. Unreflektiert blieben dabei die theoretischen Voraussetzungen, die die Begründer des Marxismus zu solch einer phantastisch anmutenden Perspektive geführt hätten. Aufschluß darüber gibt uns das 1848 veröffentlichte Kommunistische Manifest.

Die beiden Autoren suchen hier die Frage nach der Möglichkeit des Kommunismus zu beantworten. Und er steht ihnen sogleich in seiner vollen Gestalt vor Augen, so wie er später als letzte Phase einer mit dem Sozialismus als der ersten Phase anhebenden Entwicklung charakterisiert wurde. Es war klar, daß der Kommunismus, derart für voll genommen, die volle Entwicklung des Kapitalismus voraussetzte - und damit einen materiellen Reichtum, der es möglich machte, daß ein jedes Individuum zu seiner freien Entwicklung in einer der staatlichen Gewalt nicht mehr bedürftigen Gesellschaft ermächtigt wurde. Das wiederum setzte voraus, daß dieser gewaltfreien Gesellschaft nirgendwo mehr die Kapitalmacht staatlich organisiert entgegenstehen durfte, der Kapitalismus mußte auch aus dem letzten Winkel der Welt verschwunden sein. Die proletarische Revolution als unmittelbarer oder kurzfristiger Übergang zum Kommunismus, das lag auf der Hand, konnte nur als Weltrevolution stattfinden, und der Kommunismus konnte nur als allumfassende Weltgesellschaft gedacht werden.

Wenn Marx und Engels - worauf Stalin nicht eingeht - schon aus dem Ausgang der Achtundvierziger Revolution die Einsicht gewannen, daß die anstehende Revolution sich wohl nur in Etappen vollziehen könne und sich daher länger hinziehen werde, so nicht zuletzt deshalb, weil eine stillschweigende Voraussetzung ihrer Theorie offensichtlich nicht mehr haltbar war: Der subjektive Faktor spielte nicht mit. Entgegen dem Eindruck, den Engels einige Jahre vorher in England gewonnen hatte, schwoll der Strom der Empörung in der Arbeiterklasse nicht kontinuierlich an, er ebte nach 1848 vielmehr außerordentlich ab. Vor allem aber zeigte sich, daß die großen Massen noch nicht über jenen selbstbewußten Willen zu tagtäglich aktiver Bestimmung über sich selbst in organisierter Gemeinsamkeit verfügten, ohne die die dem Kommunismus wesenseigene Selbstverwaltung der Gesellschaft nicht zu denken ist. Wo dies nicht gegeben war - das mag Marx und Engels auch schon vor Augen gestanden haben - hätte eine erfolgreiche Revolution mit Sicherheit in der Diktatur einer kleinen Elite geendet, die kaum ein Interesse daran haben konnte, sich selbst zugunsten allgemeiner Demokratie wieder abzuschaffen.

Marx ist im weiteren davon ausgegangen, daß die Revolution in einem einzelnen Land anheben könne - der Theorie entsprechend kamen dafür die am meisten entwickelten Länder in Frage, der Blick richtete sich aber auch schon auf die Peripherie - und daß in der ersten Etappe bürgerliche For-

men noch weiterbestehen würden. Außer Zweifel aber blieb, daß sodann die anderen Länder folgen müßten und daß der kurzfristig möglich werdende Kommunismus sich als Weltgesellschaft verwirklichen werde.

Anfang des 20. Jahrhunderts hat Lenin diese neue Perspektive zunächst nur modifiziert, indem sich seine Revolutionserwartung mehr auf die Peripherie richtete, weil sich dort das schwächste Glied in der Kette finden ließ. War dieses durchtrennt, so mußte allerdings eine Art Kettenreaktion von der Peripherie zum Zentrum hin erfolgen, sie mußte ganz Europa und damit, da Europa zum Weltherrscher aufgestiegen war, die ganze Erde erfassen, so daß dem nach wie vor vorausgesehenen kurzfristigen Übergang zu kommunistischen Weltgesellschaft nichts mehr im Wege stand.

Aber auch Lenin sah sich aufgrund seiner Erfahrungen zur Selbstkorrektur genötigt - und erwies sich hierzu als ebenso fähig wie seinerzeit Marx und Engels. Nach der erfolgreichen Revolution in Rußland mußte er erkennen, daß vorerst mit einer Fortsetzung des revolutionären Prozesses in Deutschland und so auch in Westeuropa nicht zu rechnen war, aber er durfte hoffen, daß es sich nur um eine Verzögerung von ein paar Jahren handelte. In dieser Zwischenzeit konnte sich die Sowjetunion nur auf dem Weg zum Sozialismus halten, wenn sie in ihr System wesentlich mehr Momente der bürgerlichen Gesellschaft einbaute, als es die Theorie für den Sozialismus vorsah.

Lenin hat den Fortbestand des westlichen Kapitalismus über Jahrzehnte hinweg nicht mehr erlebt, aber an der Folgerung, die er aus dieser Tatsache gezogen hätte, kann kein Zweifel bestehen: Wollte die Sowjetunion nicht völlig zum Kapitalismus übergehen, so waren die kapitalistischen Elemente nicht etwa abzubauen, vielmehr noch auszubauen. Und ebenso waren von der bürgerlichen Gesellschaft ihre demokratischen Errungenschaften zu übernehmen. Dies alles im Rahmen einer Politik, die auf den Sozialismus gerichtet blieb und danach ihre gesamtgesellschaftliche Planung ausrichtete. Ein authentischer Sozialismus hätte auf diese Weise zwar nicht entstehen können, vielleicht aber ein neuer Gesellschaftstypus, der in der marxistischen Theorie noch gar nicht vorgesehen war, eine Phase noch vor der ersten Phase des Sozialismus, eine schon nicht mehr ganz kapitalistische, aber noch nicht sozialistische Gesellschaft, eine Übergangsgesellschaft.

Marxistische Theoretiker haben diesen Ausdruck später häufig auf die Sowjetgesellschaft angewandt, um ihr ein Defizit an Sozialismus vorzuhalten. Aus gegenwärtigen Erfahrungen heraus wird man den Fehler nicht in einem Zuwenig an Sozialismus zu sehen haben, sondern umgekehrt in der Absicht, den Sozialismus hier und heute in die Tat umzusetzen, statt sich mit der Zielstellung einer noch gar nicht ausdrücklich sozialistischen Übergangsgesellschaft zufrieden zu geben.

In der Ausrichtung auf einen zügig herbeizuführenden Sozialismus als dem Eingangstor zum Kommunismus waren sich die politischen Testamentsvollstrecker Lenins alle mehr oder weniger einig. Trotzki hielt an der frühen Marx'schen Einsicht fest, daß der Kommunismus nur weltweit möglich sei, setzte daher, scheinbar konsequent an Marx festhaltend, auf die Weltrevolution. Stalin, den Illusionismus dieser Politik erkennend, betrieb nach einigem Hin und Her schließlich die Industrialisierung der Sowjetunion mit allen Mitteln, sich auf die andere Marx'sche Einsicht berufend und sie unterderhand auf dieses eine Land reduzierend, daß nur bei großem materiellen Reichtum Kommunismus möglich sei.<sup>2</sup>

Mit seinem Theorem vom Sozialismus in einem Lande, der gemäß der weiterwirkenden marxistischen Denktradition eigentlich aber Kommunismus in einem Lande bedeutete, setzte Stalin die elementarsten Voraussetzungen der Marx'schen Theorie außer Kraft, vermochte aber durch Nutzung einer an sich schon auf den Sozialismus angelegten Produktionsweise, des kommunistischen Illusionismus seiner Genossen in der Partei und des Patriotismus der großen Massen einen Staat aufzubauen, der seine Stärke nach außen vor allem in seinem militärischen Potential hatte. Der daran sich anschließende Ost-West-Gegensatz war zwar ideell ein Gegensatz von Gesellschaftssystemen, in der Wirklichkeit aber wiederholt sich in ihm die aus der europäischen Geschichte geläufige Konfrontation von ökonomisch aufstrebenden Machtstaaten, die, wie im westeuropäischen Absolutismus des 17. und 18. Jahrhunderts, so jetzt auch auf sowjetischer Seite nur durch eine gegen die Interessen des eigenen Volkes gerichtete Despotie zusammengehalten werden konnten. Die durch die Oktoberrevolution in die Gesellschaft eingeführten sozialistischen Elemente wurden im Zuge dieser Politik zunehmend stillgestellt oder verwandelten sich in ihr Gegenteil.

Mit dem Stalinismus hat Chruschtschow auf dem 20. Parteitag der KPdSU hinsichtlich des Personenkults radikal abgerechnet, keineswegs aber mit ihm als System eines kurzfristig bevorstehenden Kommunismus in einem Teil der Welt als der einzig möglichen und prompt erfolgenden Erfüllung aller Menschheitshoffnungen, woraus Stalin seine rigorose Politik, durch die er den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes im Namen dieses Kommunismus ohne Rücksicht auf Opfer und Verluste zu erzwingen suchte, gerechtfertigt hatte.

Dennoch bot sich wenigstens jenen europäischen Ländern Europas, die nach dem zweiten Weltkrieg in den Machtbereich der Sowjetunion geraten waren, gerade aufgrund des militärischen Zwanges, dem sie sich zu fügen hatten, objektiv die Möglichkeit, dem Zwang zu einer Politik des Kommunismus in einem Lande zu entgehen. Militärisch gegen jeden Eingriff von außen geschützt, hätten sie, Duldung durch die Schutzmacht vorausgesetzt, es wagen dürfen, den Weg zu einer tendenziell sozialistischen Demokratie einzuschlagen und mit der dadurch gewonnenen Zustimmung aus dem eigenen wie aus den anderen Völkern eine höhere Form jener Transforma-

tion der bürgerlichen Gesellschaft zu entwickeln, die nach der Seite ihrer politischen Organisation hin im Westen als "Sozialstaat" umschrieben wird, jetzt aber schon als Übergangsgesellschaft zum Sozialismus hätte qualifiziert werden können. Einen Versuch wäre dies jedenfalls wert gewesen.<sup>3</sup> Stattdessen stürzte man sich unter Mißachtung der objektiven wie subjektiven Bedingungen auf den "Aufbau des Sozialismus", für den es, nach alter Einsicht aus dem Klassenkampf, unter allen Umständen die Macht zu sichern galt, bis der Sozialismus, oder was dafür galt, unvermerkt zu einem Mittel geworden war, um die Existenz derer, die in seinem Namen zur Macht gelangt waren, zu erhalten.

Der militärische Zwangsrahmen ist heute in den Bündnisstaaten nicht mehr gegeben und also auch nicht die Möglichkeit zu einem nach außen abgesicherten Experiment einer aus bürgerlichen Elementen heraustretenden und sie zugleich in sich bewahrenden sozialistisch orientierten Gesellschaft. Nun bleibt nur noch übrig, auf den westlichen Sozialstaat einzuschwenken und in dieser Form die Entwicklung der Produktivkräfte auf jenen Stand zu bringen, von dem aus nach alter marxistischer Einsicht die Frage des Sozialismus überhaupt erst gestellt werden kann. Auch dies nicht mehr in diesem oder jenem sich wiederum vor dem Weltmarkt abschottenden Lande, sondern nur im gesamteuropäischen Kontext, der selbst wieder in die Weltpolitik eingefaßt ist. Die Vorstellung, nach Beseitigung der Parteidiktatur sei hic et nunc der Weg frei zum Aufbau eines wirklichen Sozialismus, zeugte nicht nur von Mangel an Realismus, sondern auch von einer immer noch nicht völlig überwundenen Affinität zu jener partikularistischen Revolutions-Utopie, aus der die Denkweise des Stalinismus mit einer gewissen logischen Konsequenz resultierte. Die stalinistische Politik des Kommunismus in einem oder einigen Ländern war ein ebenso verhängnisvoller Irrtum wie die trotzkistische der permanenten Revolution es gewesen wäre, wenn sie zum Zuge hätte gebracht werden können. Auch wenn sie nur einem verbrecherischen Machttrieb Stalins zugeschrieben werden könnte, heißt das nicht, daß in einem günstigeren Falle der zum Kommunismus sich vollendende Sozialismus in der Sowjetunion oder anderswo möglich gewesen wäre.

Andererseits war der Weg, den die sozialistische Bewegung im Zeichen dieser Politik zurückgelegt hat, keineswegs umsonst. Die russische Oktoberrevolution bleibt ein Meilenstein in der Geschichte der menschlichen Zivilisation. Der als Bewegung reale Sozialismus wurde von der bürgerlichen Welt vor allem Europas als Herausforderung begriffen und aufgegriffen. Statt sich in den Strudel seiner eigenen Krisen ziehen zu lassen, beugte der Kapitalismus sich um seines Überlebens willen dem Reformdruck seitens der Arbeiterklasse und führte jenen Sozialstaat herauf, in dem heute die Menschheit sicherlich den fortgeschrittensten Stand ihrer sozialen Entwicklung hat, wiewohl damit der Sozialismus, der ihr in Wirklichkeit schon lange nottut, bei weitem noch nicht erreicht ist.

Wie soll man aber glauben dürfen, daß die Menschheit je zum Sozialismus gelangen könne, wenn das Werk von Jahrzehnten, in das Generationen alle ihre kämpferische Energie gesetzt haben, sowohl die Praxis wie die Theorie in eine Sackgasse geführt hat? Ist es nicht augenscheinlich, daß der Marxismus sich durch die Realität selbst widerlegt hat? Das gilt gewiß für den Marxismus-Leninismus, sofern wir darunter jenes auf dem Axiom des Sozialismus-Kommunismus in einem Lande basierende Lehrsystem verstehen, das Stalin der Welt beschert hat. Die Frage ist aber, ob sich im Zusammenbruch jenes Systems nicht gerade der ursprüngliche Theorieansatz von Marx und Engels bestätigt, den Stalin außer Kraft zu setzen gesucht hatte.

Der Kommunismus, das läßt sich nun einmal nicht anders denken, ist nur als Weltgesellschaft möglich. Und es gilt dies auch schon für seine erste Phase, den Sozialismus. Wenn das richtig ist, dann muß jegliche Politik, die als sozialistisch gelten will, sich an ihrer Stellung zur gegenwärtigen Weltgemeinschaft messen lassen. Eine sozialistische Politik, die sich nicht global bestimmt, verdient diesen Namen nicht. Die Weltgemeinschaft ist aber vom Übergang zu einer sozialistischen Weltgesellschaft so weit entfernt, daß jede Erwähnung dessen nur lächerlich wirken könnte. Sie ist vielmehr dabei, den Weltmarkt und damit die Basis des Kapitalismus voll auszubauen.

Lange Zeit hat das sozialistische Lager versucht, sich vom Weltzusammenhang möglichst fernzuhalten und einen eigenen, den Gesetzen der Kapitalverwertung entzogenen Markt zu entfalten. Mit dieser Autarkiepolitik ist es jetzt endgültig vorbei. Der Weltmarkt ist allherrschend geworden. Insoweit ist die Voraussage des Kommunistischen Manifests wirklich auch eingetroffen. Würde sich dieser Markt erschöpfen, so wäre die Bedingung eingetreten, die Marx auch noch in seinen späteren Analysen als unerläßlich für die weltweite sozialistische Revolution angesehen hat. Davon kann aber heute weniger denn je die Rede sein.

Es formiert sich ebenfalls nicht eine durch alle Nationen hindurch einig agierende Arbeiterklasse, die den revolutionären Kampf im internationalen Maßstab aufnehmen könnte. Der Weltmarkt hat vielmehr einen ganz anderen Gegensatz produziert, der im eigentlichen Sinne nicht als Klassegegensatz definiert werden kann und dennoch einen Kampf heraufzuführen droht, der dem Klassenkampf vergangener Jahre allein noch gleichkommt. In der Weltgemeinschaft, die bereits Züge einer erdumgreifenden Gesellschaft angenommen hat, stehen offensichtlich die industriell entwickelten Länder die pauschal dem Norden zugerechnet werden, quasi als herrschende Klasse den Ländern des Südens als der beherrschten Klasse gegenüber. Der grundlegende Klassegegensatz zwischen Arbeit und Kapital ist damit in den kapitalistischen Ländern nicht aufgehoben und wird dort auch immer noch ausgekämpft. Im Weltzusammenhang ist die westliche Arbeiterklasse aber, indem sie sich zugleich auf fast die gesamte Be-

völkerung ausdehnte, zu einer Art Arbeiteraristokratie im Leninschen Sinne geworden. Aus der Sicht der Entwicklungsländer gehört sie ebenso sehr der herrschenden Weltklasse an wie die bisher sozialistischen Länder, die mit ihrem unvermeidlichen Einstieg in den Weltmarkt nolens volens auch an der Ausbeutung der kapitalabhängigen Entwicklungsländer, die sich über ihn vollzieht, teilnehmen.

Wird dieser neuartige, den bestehenden Grundwiderspruch des Kapitalismus überwölbende Welt-Klassegegensatz nicht aufgehoben oder versöhnt, so könnten die Länder der Dritten Welt sich leicht zu jener Empörung getrieben sehen, die Marx der Arbeiterklasse als letzte Konsequenz zugeschrieben hatte. Der Bereicherungstrieb der schon zu ökonomischer Macht gelangten asiatischen oder auch anderer Regionen könnte sich mit der Verzweiflung der Ärmsten und dem gewachsenen Selbstbewußtsein von industriellen Aufsteigern zu einer revolutionären Dynamik zusammenschließen, wie sie uns aus der europäischen Revolutionsgeschichte genügend bekannt ist.

Aus dieser Konstellation erwächst heute die Gefahr eines Krieges, der die Welt in jene nukleare Katastrophe stürzen müßte, die bisher nur aus dem Ost-West-Konflikt erwartet wurde. Aus ihr gibt es offensichtlich nur einen Ausweg: Die herrschende Welt-Klasse muß dem Interesse der von ihr Ausgebeuteten nach einer menschenwürdigen Existenz von sich aus nachkommen, muß sich in ihren momentanen Herrschaftsmöglichkeiten selbst beschränken und ihre ökonomischen Interessen einer Weltordnung unterwerfen, die planmäßig auf die Förderung der Entwicklungsländer gerichtet ist. Dazu ist nichts weiter notwendig, als die sozialstaatliche Regelung, der sich die einzelnen kapitalistischen Länder längst unterworfen haben, auf die Weltgemeinschaft zu übertragen. Gelänge dies, so wäre das ein wahrhaft revolutionärer Akt und seinem Inhalt nach jener Schritt auf den Sozialismus hin, der in unserer Epoche gemacht werden kann und im Existenzinteresse der Menschheit gemacht werden muß. Denn er bedeutet, daß dem hemmungslosen Profitinteresse nunmehr auch die Ausflucht aus seiner einzelstaatlichen Eindämmung auf den Weltmarkt verbaut wäre. Der unregelte Mechanismus der Weltwirtschaft wäre nicht mehr die oberste Gewalt, der alle Erdenbürger bis in ihren intimsten Alltag unterworfen sind. Die Wahrung des Existenzrechts aller Menschen ohne Ausnahme wäre jetzt die Leitlinie der Politik - so wie in der UNO-Charta längst deklariert - damit aber der Sinn dessen, was Sozialismus meint, in einer entscheidenden Hinsicht dem Prinzip nach erfüllt.

Diese Selbstbeschränkung innerhalb der herrschenden Welt-Klasse durchzusetzen, ist jener Bewegung geradezu auf den Leib geschrieben, die seit ihrer Konstitution vor fast zweihundert Jahren ihre ganze Würde aus der Vertretung der Interessen der unterdrückten Klassen bezieht: der sozialistischen Arbeiterbewegung, die heute in einer vielschichtigen demokratischen Bewegung angesiedelt ist. Es war ein genuiner

Ausdruck nunmehr notwendig gewordener sozialistischer wie überhaupt demokratischer Politik, als M. Gorbatschow erst kürzlich einige Male vorschlug, die Abrüstung noch mehr zu beschleunigen, um die dadurch frei werdenden Mittel zu einer großangelegten Zivilisierung der Dritten Welt zu verwenden. Ein Vorschlag, der in der Weltöffentlichkeit, die sozialistischen Länder eingeschlossen, kaum Resonanz hervorrief.

Nach aller geschichtlichen Erfahrung gibt eine herrschende Klasse kein wesentliches Stück ihrer Macht ab, wenn sie dazu nicht bei Gefahr ihres Untergangs genötigt wird. Die Hoffnung auf einen Erfolg der Weltreformpolitik gründet sich daher heute ausgerechnet auf die tödliche Bedrohung, der die ganze Menschheit unterliegt: die sogenannten Globalprobleme. Je mehr sie wachsen, umso mehr wächst auch die Einsicht bei den Massen, aber auch bei den Mächtigen dieser Erde, daß ihnen mit aller Kraft begegnet werden muß. Es ist dies allerdings ein Wettlauf mit der Zeit, bei dem noch nicht ausgemacht ist, ob die Vernunft dabei den Sieg davontragen wird.

Die aufstrebenden Länder der Dritten Welt erlegen sich in der Verschmutzung der Umwelt mit Recht solange keine Mäßigung auf, wie für sie allein die Alternative: fortschreitende Verelendung oder rücksichtslose Industrialisierung steht. Die Globalprobleme zu lösen und den Lebensstandard von Nord und Süd anzugleichen, sind daher zwei unentwerrbar miteinander verbundene Probleme, und sie können außerhalb einer sozialstaatlichen Weltinnenpolitik gar nicht erfolgreich angegangen werden.

Werden die Entwicklungsländer vom Druck des hemmungslos funktionierenden Weltmarktes befreit, dann genauso auch die entwickelten Industrieländer. Der Zwang zu gnadenlosem Konkurrenzkampf würde sich mit der Sozialbindung des Weltkapitals lockern und damit ein neues Feld zur Durchsetzung der sozialen Menschenrechte allüberall eröffnen. Ohne jene weltweite Revolution von oben kein nennenswerter Fortschritt auf dem Weg der sozialen Revolutionierung in den einzelnen Ländern. Teilhabe an der Weltpolitik bedeutet daher nicht, die eigentliche, auf die konkrete Existenz der Individuen gerichtete gesellschaftliche Praxis auch noch um der Interessen anderer willen zu überschreiten, sie ist vielmehr zur Bedingung dafür geworden, daß erfolgreiche Politik vor Ort überhaupt betrieben werden kann. Wir werden in Zukunft saubere Luft vor unserer Haustür nur atmen können, wenn dafür gesorgt ist, daß die Luft auf dem ganzen Erdball sauber bleibt.

Wie sollen aber die vielen Millionen oder gar Milliarden Menschen auf der Erde sich zusammentun, um gemeinsam ihr Schicksal in die Hand zu nehmen? Wie sollen die vielen Völker, Kulturen, Weltanschauungen sich auf eine Weltpolitik einigen, die alle nötigt, ihr Eigeninteresse dem gemeinsamen Wohl unterzuordnen? Die organisatorische Basis dafür wäre in der UNO schon da. Wie hilflos aber steht diese Institution immer

noch den partikularen Gewalten in der Weltgemeinschaft gegenüber?! Der Gedanke legt sich nahe, daß es einer überragenden Macht bedarf, um die divergierenden Kräfte zur Einigung auf eine gemeinsame Politik zu zwingen, wie dies in der Geschichte schon häufig der Fall gewesen und in der europäischen Geschichte beispielsweise an der Herausbildung der Nationalstaaten abzulesen ist. Als der deutsche Faschismus seinerzeit mit dem Anspruch auftrat, von der Geschichte zur Neuordnung der Welt berufen zu sein, konnte er darauf verweisen, daß die Expansion des westlichen Kapitalismus die außereuropäischen Völker - von Amerika abgesehen - zunehmend zum Aufstand gegen die Vorherrschaft des weißen Mannes provozierte, und er bot als Lösung die Weltvorherrschaft Europas unter Führung des Großdeutschen Reiches an. Die Folge war ein verheerender Weltkrieg, getragen von einer brutal inhumanen Politik. Auf ihre Weise haben nach diesem Krieg die USA versucht, sich zur Weltordnungsmacht aufzuschwingen und mußten mehr und mehr ihren schwindenden Einfluß in der nichtwestlichen Welt erleben.

Gegenwärtig rechnen sich die Europäer aus, zu einer einzigartigen Supermacht in der Welt aufsteigen zu können, und die Verlockung liegt nahe, nunmehr doch noch einmal die ganze Welt in die westliche Zivilisation einzubinden und mit der europäischen Kultur bzw. ihrem Abguß zu durchtränken. Ein Versuch, dem gerade sein Gelingen zum Verhängnis werden würde. Wie einst im Hellenismus würden die derart überfremdeten Völker mit den Mitteln der übernommenen Zivilisation die Zügel der Weltpolitik schließlich doch in die eigene Hand nehmen.

Der in Germanien eingebundenen Produktivkraft war die Gesellschaftsformation der Römer seinerzeit auf Dauer nicht gewachsen, obschon es jahrhundertlang ganz anders aussah. Denken ließe sich in unserer Epoche allenfalls, daß Europa es mit den USA an Weltgeltung aufnehmen könnte, vielleicht auch mit Japan. Vor der gewaltigen Kraft Asiens müßte es bei durchgeführter vollständiger Angleichung der ganzen pazifischen Region immer zu einer bedeutungslosen Provinz herabsinken - und nicht erst nach Jahrhunderten. Die Angst, daß es dazu kommen könnte, geht denn auch seit dem vorigen Jahrhundert meist untergründig und verschämt verschwiegen um. Nur Hitler hat es gewagt, die Dinge schonungslos beim Namen zu nennen, und wirkte daher mit all seinen Lügen und falschen Versprechungen auf große Massen ungeheuer glaubhaft.

Das Interesse einer europäischen Politik, die weder der faschistischen Versuchung erliegen, noch längerfristig in den Windschatten der Weltgeschichte geraten will, kann nur in einem gleichberechtigten Miteinanderwirken aller Völker und Nationen an der Gestaltung der werdenden Weltgesellschaft bestehen. Eine solche Weltdemokratie erfordert aber, daß die beteiligten Staaten selbst auch nach demokratischen Prinzipien strukturiert sind. Durchdringt der Geist der Demokratie nicht die Völker, so vermag er auch ihr Miteinanderexistieren nicht zu bestimmen.

Wie es möglich sein soll, daß in der Tat die politische Form der Weltgesellschaft Ausdruck von Mitbestimmung aller einzelnen auf der ganzen Erde ist, läßt sich gegenwärtig immer noch schwer vorstellen. Wenn aber an einer gemeinsamen Weltregulierung nicht vorbeizukommen ist, dann wäre die Alternative eine Bürokratie, die die Individuen noch weit mehr ihrem Wesen entfremden würde, als dies in stalinistischer Planwirtschaft der Fall gewesen ist. Dem vorzubeugen, reicht die Demokratie, wie sie in den westlichen Industriestaaten ausgebildet wurde, nicht aus. Sie macht es zu einer Sache zusätzlichen Beliebens, ob ein Mensch sich an der Politik beteiligt oder nicht. Erst wenn die Lebensweise selbst die Bestimmung über das Gemeinwesen und die permanente Teilhabe an ihm miteinschließt, weil davon Wohl und Wehe des privaten Lebens abhängen, kann Demokratie zu einer selbstverständlichen Mentalität werden, die sich auch auf der höchsten Ebene nicht mehr paralysieren läßt.<sup>4</sup>

Es ist nicht sehr bekannt, aber leicht nachzulesen, daß der vorstalinistische Absichten immer wieder verdächtige Lenin eben jene radikale Demokratisierung des Lebens vor Augen hatte, wenn er eine sozialistische Demokratie forderte, die die bürgerliche Demokratie nicht aufheben, sondern um ein Vielfaches noch übertreffen sollte. Die Redeweise vom demokratischen Sozialismus ist aus seiner Sicht, die sich aus den Auffassungen der Begründer des Marxismus herleitet, eine Tautologie und nur gerechtfertigt angesichts jenes hölzernen Eisens, das Stalin aus dem Sozialismus gemacht hat. Sozialismus, recht verstanden, bleibt die objektiv notwendige Zielrichtung der Entwicklung einer jeden modernen Gesellschaft. In den entwickelten Industriestaaten mit demokratischer Tradition sind ihr alle Bestrebungen gemäß, die eine Festigung und Ausgestaltung der Demokratie bezwecken.

Der demokratische Zusammenschluß der Welt würde wohl für lange Zeit eine Utopie bleiben, wenn ihm nicht der unerhörte Fortschritt der Technik in den letzten Jahrzehnten entgegenkäme. Aufgrund der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution erfüllt sich die seinerzeit noch einsame und unverstandene Vision weit vorausschauender Sozialisten, die Marx aufgriff, um sie wissenschaftlich zu unterbauen und darin seinen Gedanken eines möglichen Kommunismus im Sinne eines weltumspannenden Reiches der Freiheit zu gründen. "Verkürzung des Arbeitstages" erschien ihm als die Grundbedingung dafür.<sup>5</sup> Dem gegenwärtigen Kapitalismus wird sie zunehmend zum Problem.

Die Lösung, die Marx vor Augen hatte, ist so aktuell wie je: Es ging ihm um eine Gesellschaft, die nicht aufgespalten ist in eine Welt der Arbeit und einen Bereich der Freizeit, sondern insgesamt bestimmt ist von der Arbeit des Menschen an sich selbst, an der freien Entfaltung all seiner Kräfte, an der vollen Verwirklichung seiner Natur. Dazu bedarf es einer Änderung der Gesellschaftsstrukturen, die Marx sich unter den Bedingungen seiner Zeit nur als Transformation der kapitalistischen Produktionsweise in eine

höhere Gesellschaftsformation durch die Aktion der revolutionären Arbeiterklasse an Ort und Stelle vorstellen konnte.

Die Zeit ist darüber hinweggegangen, das Erfordernis sozialen Umbruchs bleibt aber bestehen, hat sich sogar noch vertieft. So ist eine moderne demokratische Gesellschaft zunehmend nicht mehr denkbar ohne voll durchgeführte Emanzipation der Geschlechter - der Frau, aber auch des Mannes. Durch sie würde die traditionelle patriarchalische Kleinfamilie vollends aufgelöst, damit allerdings auch die Selbstisolation der Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft auf den höchsten Punkt gebracht. Demokratie lebt aber aus der elementaren Gemeinsamkeit der Menschen. Die Schaffung neuer Formen sozialen Zusammenseins, in die auch familiäre Existenz eingebunden sein könnte, wird damit zu einer ebensolchen Existenzfrage für die Menschheit wie die demokratische Weltgesellschaft.

Und es ist eines ohne das andere nicht machbar. So wie das Schicksal jedes einzelnen heute von der Weltgemeinschaft abhängt, so ist deren Gedeihen umgekehrt auf die Form des alltäglichen Tuns und Treibens der menschlichen Individuen angewiesen. In der unmittelbaren kommunalen Demokratie wächst die neue Welt heran. An ihr sich zu beteiligen, ist jedem möglich, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Weltanschauung und politischer Doktrin - sofern die Gesellschaft dazu nur den Raum bereitstellt. Sozialistische Politik würde sich innerhalb der allgemeinen demokratischen Bewegung dadurch auszeichnen, daß sie den Mut aufbringt zu einer Theorie, die die ganz große und die ganz kleine Welt in einer rational begründeten Welt-Anschauung zusammenschauen wagt und daraus Perspektiven für eine vernünftige gesellschaftliche Praxis im gemeinsamen Interesse aller Erdenbürger zu gewinnen vermag.

<sup>1</sup> Stalin, J., *Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft*, Anhang, München 1968, S. 60.

<sup>2</sup> Deutscher, Isaac, *Stalin*, Stuttgart 1962, S. 280 ff., S. 317 ff.

<sup>3</sup> Vgl. für die DDR: D. Staritz, *Geschichte der DDR - 1949 - 1985*, Frankfurt a.M. 1985, S. 66 ff.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu vom Verf.: *Der politische Anfang der Philosophie und die Politik der Gegenwart*, in: *Dialektik 15*, Köln 1988.

<sup>5</sup> Marx/Engels, *Werke (MEW)*, Bd. 25, Berlin 1969, S. 828.

## Die Rückkehr des Unveränderten?

Die Auflösung der sozialistischen Ländergemeinschaft in weltssystemtheoretischer Sicht

Das Scheitern des staatssozialistischen Modells in den Ländern Osteuropas bietet den meisten Marxisten den gegebenen Anlaß, ihre Sozialismus-Vorstellungen und ihr Verhältnis zum früher sogenannten "real existierenden" Sozialismus zu überprüfen. Denn in gewisser Weise hatten faktisch alle wichtigen Fraktionen der revolutionären Bewegung die Existenz des sowjetischen Machtbereiches als historisches Kontinuum angesehen. Aus diesem Grunde stürzten sie parallel zur sukzessiven Auflösung der dortigen KP-Herrschaft in tiefe Ratlosigkeit. Für die marxistische Orthodoxie ging mit dem Zerfall des "sozialistischen Weltsystems" zweifelsohne eine fortschrittliche Etappe der menschlichen Existenz zu Ende. Den politisch agileren Kreisen der früheren Glaubensgemeinschaft bot die Unübersehbarkeit mancher krimineller Züge des osteuropäischen Staatssozialismus sogar den Anreiz zu einer Abkehr vom dialektischen und historischen Materialismus (Marxismus) als Theorie der Welterkenntnis und -kritik.

Demgegenüber gilt der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins der osteuropäische Umbruchprozeß als empirischer Beleg der Validität ihres abstrakten Modells kapitalistischer Entwicklung.<sup>1</sup> Mochte früher mancher Marxist eher mit hochgezogenen Augenbrauen auf das theoretische Schaffen des amerikanischen Afrikanisten, Historikers und Sozialwissenschaftlers geblickt haben, erzwingt nun der geschichtliche Verlauf eine Bilanzierung der Denkangebote, die die Krise des Sozialismus und das einstweilige Obsiegen der kapitalistischen Produktionsweise miteinander in Beziehung setzen.

### I

Die Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins entwickelte sich zu einer der einflußreichsten sozialwissenschaftlichen Makrotheorien der letzten 15 Jahre,<sup>2</sup> die sich zudem als marxistisch orientierte Gesellschaftstheorie aus gibt.<sup>2</sup> In nachgerade mokanter Unbeeindrucktheit blieb Wallerstein dabei ungeachtet aller Einwendungen und solider Kritiken seinem in einer Vielzahl von Publikationen, u.a. in seinem bisher auf drei Bände angewachsenen Hauptwerk "The Modern World-System" (New York 1974-1989) entwickelten Theoriekonstrukt treu: Die Welt konstituiert sich bei ihm als dispositives System, das auf die Nationalstaaten zurückwirkt, diese in einen dreigliedrigen Mechanismus (Zentrum-Semiperipherie-Peripherie) einbin-

det und über Entwicklung bzw. Stillstand gebietet. Dieses kapitalistische Weltsystem bildete sich nach Auffassung Wallersteins bereits ab 1450 im "langen 16. Jahrhundert" aus, als sich zur Profitmaximierung zunächst im europäischen Zentrum die weltmarktorientierte Warenproduktion durchsetzte. Die ungeheure Dynamik des modernen Weltsystems, das Wallerstein mit dem modernen Kapitalismus gleichsetzt, resultierte zum einen aus der ständigen Systemexpansion (Kolonien, Verwandlung aller Dinge in Waren). Zum zweiten bildete sich im Zuge der internationalen Arbeitsteilung eine regionale Spezialisierung heraus, die das Zentrum-Semiperipherie-Peripherie-System ermöglichte. Zum dritten basierte die Langlebigkeit des kapitalistischen Weltsystems auf einem "System des ungleichen Tausches", in dem zumeist durch staatliche Vermittlung ein Mehrwert-Transfer aus den peripheren Territorien in die kapitalistischen Kern-Staaten stattfand.<sup>3</sup>

Obgleich einiges dafür spricht, daß der marktwirtschaftliche Umbau der osteuropäischen Wirtschaftssysteme zu einer Systemexpansion des Kapitalismus führt, erscheinen diese Veränderungen in der Perspektive des Wallerstein-Modells nur als unspektakuläre Bedeutungsverschiebung mancher Staaten innerhalb des Zentrum-Peripherie-Systems; der Abstieg des sowjetischen Machtbereiches verstärkt die Position des europäischen Zentrums. In fast arroganter Weise vermerkt Wallerstein in diesem Zusammenhang das Scheitern des Leninismus und sieht seine mitunter eigenwillige marxistische Position bestätigt. Denn Wallerstein hatte in Anbetracht der Suprematie des kapitalistischen Weltsystems stets die gleichzeitige Existenzmöglichkeit eines sozialistischen Weltsystems bestritten. Schon 1979 äußerte er sich in seinem Aufsatz "Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse" ganz unmißverständlich: "im 19. und 20. Jahrhundert gab und gibt es nur ein Weltsystem, die kapitalistische Weltwirtschaft".<sup>4</sup> An anderer Stelle fügt er hinzu: "Es gibt heute in der Weltwirtschaft ebensowenig sozialistische Systeme, wie es Feudalsysteme gibt, denn es gibt nur ein einziges Weltsystem. Dieses System ist die Weltwirtschaft und sie ist der Form nach per definitionem kapitalistisch. Sozialismus bedeutet die Durchsetzung eines neuartigen Weltsystems, und dies wäre weder ein redistributives Weltreich noch eine kapitalistische Weltwirtschaft, sondern eine sozialistische Weltregierung."<sup>5</sup>

Diese theoretischen Setzungen, die an keiner Stelle seines umfangreichen Werkes exemplarisch begründet werden, haben bereits vielfältigen Widerspruch erfahren. Dabei kommt der wesentlichen Kritik, das Wallerstein-Modell beschränke sich auf die Zirkulationsebene, durchaus Berechtigung zu. Auch das von ihm herausgestellte "System des ungleichen Tausches" abstrahiert von den realen Ausbeutungsverhältnissen, die nicht allein nur die Ungerechtigkeiten der Terms of Trade zwischen den Staaten der Peripherie und des Zentrums umfassen. Wer über die Ausbeutung der Dritten Welt spricht, sollte darüber in marxistischer Perspektive nicht die Ausbeutungsverhältnisse in den industriellen Metropolen

vergessen. Wiederholt wurde Wallerstein auch bezüglich seines Zentrum-Peripherie-Modells angegangen, das in historischer Perspektive ein "Nullsummenspiel" darstelle, da der Aufstieg semiperipherer Staaten zu Zentrumsterritorien stets nur Ergebnis des Machtverlustes anderer Zentrumsstaaten sei. In diesem Zusammenhang verwahrten sich manche Kritiker auch gegen die vorgenommenen Eingruppierungen von Nationalstaaten in das dreigliedrige Schema.<sup>6</sup>

Die Frage, ob die in den jeweiligen Staatsdoktrinen als sozialistische Länder bezeichneten Staatsgebilde Osteuropas und die mit ihnen in Asien, Afrika und Lateinamerika verbündeten Staaten außerhalb des kapitalistischen Weltsystems agierten, kann wohl erst nach einer historisch-kritischen, empirisch wie theoretischen Überprüfung der Wallerstein-Antwort erfolgen. M.E. entzieht sich allerdings Wallerstein weitgehend sowohl der Überprüfung seines Begriffsinstrumentariums als auch der kritischen Beurteilung der von ihm wahrgenommenen historischen Entwicklungstendenzen: Obgleich er sich für "minutiöse und hochempfindliche quantitative Indikatoren" und "sorgfältige und fleißige Archivarbeit, die eine konkrete Kette historischer Ereignisse vom Standpunkt ihrer unmittelbar folgenden Komplikationen aus zurückverfolgt", aussprach,<sup>7</sup> behinderte die präsentierte Selbstgewißheit über den eigenen Begriffsapparat bislang den allseitigen Erkenntnisgewinn. Dabei erweist sich die Entwicklung eines differenzierten Begriffsapparates und die Forcierung empirischer Forschung als dringende Aufgabe marxistisch orientierter GesellschaftswissenschaftlerInnen - insbesondere weil diesen auf der "Suche nach dem Guten, dem Wahren und Schönen" (Wallerstein) kaum andere Möglichkeiten zufallen.

Um die Validität des Wallerstein-Modells prüfen zu können, kommt die Analyse nicht umhin, die Megafrage nach der Existenzmöglichkeit eines "sozialistischen Weltsystems" neben dem alles beherrschenden "kapitalistischen Weltsystem" in Problemfelder von mittlerer Reichweite aufzugliedern, da andernfalls der Austausch von theoretischen Grundüberzeugungen die historisch-kritische Analyse ersetzt. Obgleich Wallerstein das Scheitern der osteuropäischen Sozialismen als Beleg der immerwährenden Integration der sozialistischen Länder in das kapitalistische Weltsystem gilt, gibt es doch gleichfalls gute Gründe, das schnelle Zusammenbrechen der innersozialistischen Wirtschaftsstrukturen als Hinweis auf autonome Systemzusammenhänge zu deuten, die durch die politischen Veränderungen offengelegt und rasch vernichtet wurden.

## II

Welche Stellung nahmen die sozialistischen Staaten im kapitalistischen Weltsystem ein oder bildeten diese bis vor kurzem gar ein eigenes "sozialistisches Weltsystem", wie unlängst nebenbei etwa noch Harald Werner an gleicher Stelle behauptete<sup>8</sup>? Die Wallerstein-Thesen präsentie-

ren sich zwar vollmundig eindeutig, im Detail betonen sie allerdings durchaus unterschiedliche Momente: Obgleich Wallerstein die russische Oktoberrevolution zur Etappeneinteilung kapitalistischer Entwicklung von 1450 bis zur Gegenwart vorgesehen hatte,<sup>9</sup> erscheint sie in seiner Perspektive als gescheiterter neomerkantilistischer Versuch, durch partiellen Rückzug und ersetzende Autarkisierung aus der kapitalistischen Weltwirtschaft auszusteigen. Vollkommen zutreffend verweist er in diesem Zusammenhang auf die verbreitete Illusion, die die Verstaatlichungsmaßnahmen als Vergesellschaftungsprozeß mißverstanden hatte und dergestalt keineswegs automatisch den Aufbau eines sozialistischen Weltsystems förderte. Indem vielerorts Sozialismus mit dem jeweiligen Nationalstaat identifiziert wurde, anstatt den Prozeßcharakter des Sozialismus zu betonen, trug - nach Ansicht Wallersteins - die dortige Verstaatlichungspolitik, die den sozialistischen Ländern im Verlauf ihrer Geschichte einen größeren Anteil am Welt-Surplus gesichert hatte, unwillentlich zur Entpolarisierung der Welt bei. Damit riefen die sozialistischen Länder erneut die beschriebene Dreischichtung des Weltsystems hervor, die "ein entscheidender Faktor für das Überleben des Weltsystems war und ist".<sup>10</sup> In dieser Weise charakterisiert Wallerstein die sozialistischen Staaten, die programmatisch wohl alle für einen antikapitalistischen Entwicklungsweg einstanden, als objektive Stabilisatoren der kapitalistischen Weltherrschaft.<sup>11</sup> Ihm gelten insgesamt die Revolutionen der Moderne wohl eher als Ausdruck der "weiteren Konsolidierung und Verschanzung" des kapitalistischen Weltsystems, denn als historischer Fortschritt, was ihm den Vorwurf des ahistorischen Zugangs zu Geschichtsprozessen eingebracht hat.<sup>12</sup>

Diese durchaus problematische Konzeption fand in einem jüngeren Aufsatz weitere Ausarbeitung. In "Marx, Marxismus-Leninismus und sozialistische Erfahrungen im modernen Weltsystem" (dt. 1990) präsentiert er den aufstandsorientierten Marxismus-Leninismus "als ein historisches Phänomen des modernen Weltsystems".<sup>13</sup> Die Zuspitzung des Leninismus führte dann binnen weniger Jahre zum Stalinismus. Dieser resultierte nach Auffassung Wallersteins aus der politischen Situation einer Kaderpartei, die nach Bürgerkrieg und Intervention einen imperialen Staat zusammenhalten mußte. Im Ergebnis tendierte die sowjetische Entwicklung zum "Einparteienstaat, zu einer merkantilistischen Politik des 'Sozialismus in einem Land' und zur Umwandlung der Dritten Internationale zu einem weltweiten Unterstützungssystem für den belagerten 'ersten sozialistischen Staat'".<sup>14</sup> Zusammen mit der Politik der Zwangskollektivierung schufen die Bolschewiki Bedingungen, die "direkt (wenn auch vielleicht nicht unvermeidlich) zum Terror und den Säuberungen führten".<sup>15</sup> Mit seinem Hinweis auf die reservierte Position der Marxisten gegenüber den Bauern, legt er sicherlich zutreffenderweise den Finger auf eine Schwachstelle des traditionellen Marxismus, ohne gleichzeitig in einen modischen Bucharinismus zu verfallen. Auf der anderen Seite weist Wallerstein auf die unterstützende Wirkung der politischen Situation nach der



Weltwirtschaftskrise (Machtantritt der Nationalsozialisten; antisowjetische Politik der USA, von Großbritannien und Frankreich) bei der Ausbildung des Stalinismus hin. Die antifaschistische und antiimperialistische Frontstellung habe allerdings der stalinistischen Herrschaft "einige Legitimität in der Öffentlichkeit" verliehen, die sich durch den Sieg der Sowjetunion im "Großen Vaterländischen Krieg" noch gesteigert habe. Alles in allem bewegt sich Wallerstein mit seinem essayistischen Geschichtsüberblick jedoch auf recht gesichertem Weg.

Interessanter ist dann der Hinweis auf die amerikanische Unterstützung beim Aufbau eines sowjetischen "Klein-Imperiums" nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, das der UdSSR ein sicherheitspolitisches Glacis, wirtschaftliche Reparationsleistungen und durch die Zerschlagung der dortigen autochthonen revolutionären Bewegungen ein kommunistisches Machtmonopol erbringen sollte. Wenngleich über die Systemkooperation zwischen den beiden Führungsmächtegewinnbringend nachgedacht werden kann, erscheint das Urteil, der Spätstalinismus habe "anti-kommunistisch-nationalistisch" gewirkt,<sup>16</sup> allzu stark den theoretischen Grundüberzeugungen Wallersteins entnommen. Obwohl Stalin durchaus als "offener Gegner einheimischer, national legitimierter kommunistischer Machtübernahmen" bezeichnet werden kann, sollten in die Analyse auch die Gegen Tendenzen einbezogen werden, um ein vollständiges Bild der stalinistischen Herrschaftsform zu erhalten. Im Gegensatz zu den von Wallerstein herangezogenen Beispielen China, Jugoslawien oder Griechenland setzte sich in Rumänien, das in den späten vierziger Jahren durchaus als stalinistischer Einpeitscher im Rahmen der Kominform gelten kann, in den parteiinternen Kämpfen die nationalkommunistische Richtung um Gheorghe Gheorghiu-Dej durch. Diese instrumentalisierte die "Säuberungen", um ihre internationalistischen, eher an Moskau orientierten Konkurrenten (Ana Pauker, Lucretiu Patrascu) auszuschalten. Interessanterweise galt die nach dem Tode Stalins erfolgte Hinrichtung Patrascus gleichsam als Akt der vorausseilenden Entstalinisierung.<sup>17</sup>

Überzeugend rekonstruiert Wallerstein dann die ökonomischen Fortschritte in den frühen 50er Jahren als materielle Voraussetzungen für die gesellschaftliche Entstalinisierung in der UdSSR. Chruschtschow, der nach einem internen Machtkampf schließlich Stalin beerbte, brach allerdings nicht mit dem extensiven Wachstum der sozialistischen Ökonomie. Indem er das ökonomische Ein- und Überholen der USA als strategisches Ziel ausgab, überforderte er die Leistungsfähigkeit der sozialistischen Wirtschaft. Nun erwiesen sich die strukturellen Nachteile der antithetischen Kopie kapitalistischer Akkumulationsmodelle ("ursprüngliche sozialistische Akkumulation") und der schwerindustriell orientierten Wirtschaftsentwicklung: sie reproduzierten Widerspruchsfelder des Kapitalismus. Neben der "grundlegenden Unterschätzung der soziologischen Transformation der Sowjetunion" (Verstädterung und Integration neuer Bevölkerungsguppen in den industriellen Produktionsprozeß und die Bürokratie)

machte sich der KPdSU-Generalsekretär Chruschtschow auch eines falschen Verständnisses der Funktionsweise des modernen Weltsystems durch die weitgehende Nichtberücksichtigung des zyklischen Rythmus der Weltwirtschaft schuldig. Die einem extensiven Wachstum zuzuschreibende dynamische Ausweitung der Wirtschaft schuf zudem keine leistungsfähige Produktionsbasis, die angesichts der intensiven Verflechtungen mit der kapitalistischen Weltwirtschaft in Zeiten weltweiter Rezession dort absetzbare Waren produzieren konnte. Die in den 70er und frühen 80er Jahren ansteigende Außenverschuldung der meisten osteuropäischen Staaten konnte den Entwicklungstau zwar noch zeitweilig überdecken. Wie heute alle Welt weiß, kam der dortigen Bevölkerung die Diskrepanz zwischen Bedürfnisentwicklung und möglicher Nachfragebefriedigung immer stärker zu Bewußtsein, so daß in den letzten Jahren die wirtschaftliche Dauerkrise zu einer politischen Machtprobe führte, die schließlich die bürokratische Parteiherrschaft durch den Übergang zu mehr oder weniger bürgerlich-parlamentarischen Politikformen ersetzte und das ökonomische Heil im Umbau auf kapitalistisch-marktwirtschaftliche Strukturen suchte. Gorbatschow steht - so Wallerstein - diesem Prozeß konzeptionell eher hilflos gegenüber, da er "über keine alternative Ideologie und Strategie verfügt, um den ausgedienten Marxismus-Leninismus zu ersetzen".<sup>18</sup>

Diese kurze Revue der Wallerstein-Position verweist auf die Besitzstände wie auf die Schwächen dieses Theorieansatzes. Zum einen weist er den marxistisch orientierten Leser zu Recht auf die Blindflecken des Stalin-Konzeptes vom "Aufbau des Sozialismus in einem Land" hin, das die reale Einbindung der sozialistischen Länder in die kapitalistische Umgebung über Jahrzehnte hinweg unterbelichtet hat. In der Tat steht Wallerstein damit "in einer frühmarxistischen und spättrotzkistischen Traditionslinie" (Imbusch)<sup>19</sup>, allerdings taugt dieser plakative Hinweis auf die frühere Unperson nicht zur Diskreditierung des Autors, da die vermeintliche oder tatsächliche Trotzki-Nähe heute nicht mehr automatisch für einen Platz auf dem Scheiterhaufen reicht. Stattdessen muß doch wohl auf das Argument, das auf die geringen Möglichkeiten von Nationalstaaten zielt, einen nichtkapitalistischen oder gar sozialistischen Entwicklungsgang einzuschlagen, inhaltlich Bezug genommen werden. Nicht ganz ohne Ironie könnte Wallerstein darauf verweisen, daß die in großem Umfang durchgeführten Versuche des Systemübergangs meistens in einer vollständigen Reintegration in den kapitalistischen Weltmarkt enden. Ob man deshalb gleich zu der Annahme eines Apriori-Scheiterns voranschreiten sollte, erscheint gleichwohl übertrieben.

### III

Die Frage steht allerdings auch weiterhin, inwieweit historische Alternativen existiert haben, die durch politische, ökonomische und sonstige Feh-

entscheidungen oder durch eine verbrecherische Zuspitzung des leninistischen Entwicklungsdiktatur ungenutzt blieben. Denn mit der Aufgabe der isolationistischen Außenpolitik und der Forcierung der Außenhandelspolitik ergab sich bereits in den 20er Jahren eine intensiviertere Zusammenarbeit mit kapitalistischen Staaten, die später in der Konzeption des Handels im beiderseitigen Interesse und zu beiderseitigem Gewinn gipfelte, die im Rahmen der Politik der friedlichen Koexistenz schließlich zum Durchbruch gelangte. Wenngleich ein ökonomischer Binnenaustausch zwischen den sozialistischen Staaten gut 60 Prozent der Waren ausmachte, tauschten diese doch gut ein Drittel der Waren mit kapitalistischen Zentrumsstaaten.<sup>20</sup> Der Anteil des Handels mit kapitalistischen Staaten dehnte sich in den 80er Jahren sogar meist noch aus. Mit Rücksicht auf die diffuse empirische Basis kann man zu dem vorsichtigen Urteil gelangen, daß ein sozialistisches Weltsystem sich vornehmlich auf der Basis politischer Entscheidungen und weniger auf Grundlage endogener ökonomischer Kooperationsprozesse entwickelte. Dieser politische Voluntarismus präformierte als Reflex einer stalinistischen Entwicklungslogik selbstredend auch die Bedingungen des gegenseitigen Güteraustausches.

Das Wallerstein-Modell könnte bei einer Untersuchung gewinnbringend genutzt werden, inwieweit ein "System des ungleichen Tausches" auch in den Tauschbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten zum Vorteil der kapitalistischen Zentren zum Tragen kam. Da Wallerstein weder die quantitative noch qualitative Entwicklung dieser Kooperationsstrukturen analysiert, stehen seine Werturteile auf recht wackligen Füßen. Nun liegen gegenwärtig keine validen Daten vor, die den Realitätsgehalt der jeweiligen Auffassung ernsthafterweise bestimmen könnten, was m.E. eine gewisse Zurückhaltung gegenüber weitreichenden Thesen erforderlich macht. Zwar geht auch meine Vermutung dahin, daß die Staats- und Parteiführungen Osteuropas den ökonomischen Aufwand und die strukturellen Verwerfungen der ökonomischen Kooperation geringer veranschlagten, als diese in Wirklichkeit die gesellschaftliche Entwicklung belasteten. Die Exportorientierung etwa der polnischen Wirtschaft führte selbstredend auch zu exorbitanten Folgekosten, die den ökonomischen Spielraum des Landes angesichts der notwendigen Tilgung der hohen Auslandsverschuldung zusätzlich arg einschränkten. Auch Rumänien baute in den 60er Jahren auf der Grundlage einer falschen Prognose über die Entwicklung der Weltmarktentwicklung teure Überkapazitäten im Bereich der Erdöl- und Stahlindustrie auf, die an der Ruinierung der Nationalökonomie teilhatten. Da einschlägige statistischen Daten zur Beurteilung dieses Sachverhaltes entweder nicht erhoben oder nicht veröffentlicht bzw. verfälscht wurden, kann aus den ersichtlichen Tendenzen nur ein vorläufiges Urteil formuliert werden.

Die sozialistischen Länder wurden offensichtlich u.a. durch ihren weitreichenden "Glauben an die sowjetische Rhetorik"<sup>21</sup> von der Systemüberlegenheit des Sozialismus von einer realistischen Wirklichkeitswahrnehmung

abgehalten, die für eine erfolgreiche antikapitalistische Entwicklungsperspektive notwendig gewesen wäre. Diese Versäumnisse, Fehler und Verbrechen der politischen Führungsebene, die sich offenbar auf der Ebene der Wirklichkeitswahrnehmung und der abgeleiteten bürokratisch-repressiven Politikentfaltung entwickelten, können allerdings nicht mithilfe der Weltsystemtheorie erfaßt werden, sondern fallen eher in den Bereich der sozialhistorischen Untersuchung der Mentalität und Ideologie der sozialistischen Führungsgruppen, die deren soziale Reproduktion und ökonomische Grundlegung in die Betrachtung einzubeziehen hätte.

#### IV

Hinsichtlich der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern kann sich eine wissenschaftliche Analyse nicht mit den Wallerstein-Ergebnissen zufrieden geben: Mal abgesehen davon, daß Wallerstein zu diesem Problemkreis gewöhnlicherweise nur sehr abstrakte Formulierungen bereithält, bliebe zu klären, inwieweit die "sozialistische Arbeitsteilung" auch ein System des ungleichen Tausches zwischen der UdSSR und ihren Hegemonialstaaten konstituiert hat. Zweifelsohne liegen auch zu diesem Themenkomplex nur wenige verlässliche Daten vor. Allerdings darf man sich die Antwort nicht zu leicht machen. Die Geschichte des "Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" kann nicht vereinseltigend als Wertetransfer in Richtung Sowjetunion aufgefaßt werden. Weder hat die Sowjetunion eine Art "Socialist Imperialism" aufgebaut, noch uneingennützig Hilfe bei der eigenständigen Entwicklung der jeweiligen Bündnispartner geboten - den Preis dieses Kompensationsgeschäftes bildete die geforderte politische Willfähigkeit. Die militärische und politische Macht bewahrte die UdSSR allerdings nicht vor Fehlinvestitionen, was am Beispiel Albanien oder Ägypten auf der Hand liegt. Christopher K. Chase-Dunn hat in einem interessanten Aufsatz eine abgewogene Darstellung der innersozialistischen Abhängigkeiten aufgezeigt;<sup>22</sup> demgegenüber bleibt der Wallerstein-Begriff vom sowjetischen "Imperium" denkwürdig flach, da er die Beziehungen des Herrschaftszentrums zu seinen Randbereichen zentrifugal beschreibt.

Tatsächlich zwang das schwerindustrielle Entwicklungskorsett die Staaten Osteuropas in eine gewisse Nivellierung hinein, die die traditionell höher entwickelten Ökonomien Ostmitteleuropas (DDR und Tschechoslowakei) den spätindustrialisierten Staaten Bulgarien und Rumänien annäherte. Pointiert formuliert, nutzte die UdSSR ihre politische und militärische Hegemonie, um die industriell rückständigsten Staaten zu Lasten der hochindustrialisierten Wirtschaften zu entwickeln. Dabei stellt sich im Rahmen der Neuformierung der Arbeitsteilung zwischen den osteuropäischen Staaten heraus, daß die UdSSR geringere ökonomische Vorteile aus dieser Zwangsgemeinschaft zog, als gemeinhin unterstellt (Energiepreise, Umrechnungskurse etc.) wurde. Ob dies aus Unvermögen

oder aus politischen Erwägungen heraus geschah, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht eindeutig absehen. Diesen uneinheitlichen Tendenzen muß sich die Forschung erst noch ausgiebig zuwenden, um den bisherigen undifferenzierten Blick auf den vermeintlich monolithischen Ostblock durch ein ausgefächertes Instrumentarium für die kleinen Unterschiede zwischen den einzelnen Teilen der sozialistischen Staatengemeinschaft zu schärfen.<sup>23</sup>

Dabei kann die modellhafte Aufteilung der Staaten in Zentrums-, Semiperipherie- und Peripherie-Territorien sicherlich auch interessante Gedanken hervorbringen, indem etwa geprüft wird, ob die bisherigen sozialistischen Staaten mit ihrem Ausstieg aus dem sowjetischen Machtbereich eine eher aufsteigende Entwicklung durchmachen oder ob sie in die Peripherie abgedrängt werden. Obwohl eine allgemeine Peripherisierung wohl nicht angenommen werden kann, stehen die Verlierer dieser Entwicklung bereits heute fest. Für Rumänien und Bulgarien scheint ein Abstieg in die industrialisierte Peripherie unausweichlich. Die Tschechoslowakei und die DDR werden demgegenüber ungeachtet ihres inzwischen gewachsenen Abstandes zum Industriestandard des europäischen Zentrums wohl eher zu den mittelfristigen Gewinnern der Umstrukturierung Osteuropas gehören, obgleich einige Strukturprobleme, wie die Konversion der ausgebauten tschechoslowakischen Rüstungsindustrie, auf dem Wege der Reintegration in die mitteleuropäische Ökonomie noch zu lösen sind.

## V

Auf diesem konkret historischen Niveau erweist sich das globale Wallerstein-Modell der kapitalistischen Weltentwicklung seit 1450 als recht grobmaschig. Die interessanten Gedanken Wallersteins beziehen sich vornehmlich auf die Frage der Integration der sozialistischen Länder in das kapitalistische Weltsystem und auf die Übernahme kapitalistischer Widersprüche in die sozialistische Entwicklung. Zwar wirkt der von Wallerstein behauptete Zusammenhang von Universalismus und Fortschrittsfetischisierung durch die marxistische Ideologie des 19. und 20. Jahrhunderts in seiner Absolutsetzung überzogen;<sup>24</sup> der Befund, daß seit den späten 20er Jahren in der UdSSR im Rahmen der forcierten Industrialisierung vollkommen unkritisch die kapitalistischen Rationalisierungsbestrebungen und arbeitswissenschaftlichen Optimierungsprogramme rezipiert wurden und der "sozialistische Mensch" verdächtig nach wildgewordenem Taylorismus aus(sah),<sup>25</sup> verweist auf eine unreflektierte Entwicklungssucht, die voluntaristisch die innewohnenden Widersprüche (Beziehungen der Arbeiter zur Produktion, Entfremdung, intensivierte Arbeitskraftausnutzung etc.) beiseiteschob und durch die politische Lenkung des Produktionsprozesses beherrschen wollte.

Wenn aber nun die politische Macht der Arbeiterklasse keine grundlegenden Auswirkungen auf die betrieblichen Arbeitsbeziehungen aufweist, stellt sich die Frage "Was war eigentlich sozialistisch am Sozialismus?" noch schärfer. Der von Wallerstein vorgeschlagene neue ideologische Konsens, der einer neuen, zwar von Marx fundierten aber über ihn hinausgehenden Erkenntnistheorie und Historiographie bedarf, soll das Tor zum "Aufbau einer demokratischen, egalitären Welt" aufstoßen. Auf diesem Weg der historisch-kritischen Erforschung des eigenen Illusionen und Hoffnungen wird sicherlich auch das Wallerstein-Modell noch einige Modifikationen finden.

- 1 Zur Auffassung Immanuel Wallersteins siehe etwa Perspektiven des Weltsystems. Materialien zu Immanuel Wallerstein "Das moderne Weltsystem". Hrsg. von Jochen Blaschke. Frankfurt/M.; New York 1983 oder nun auch Peter Imbusch: "Das moderne Weltsystem". Eine Kritik der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins. Marburg 1990.
- 2 Vgl. etwa Klaus Busch: Mythen über den Weltmarkt - Eine Kritik der theoretischen Grundlagen der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins. In: Prokla 59 (Juni 1985), S. 101-122; Gerd Hauck: Zur Diskussion um Wallersteins Weltsystem-Perspektive. In: Das Argument 27 (1985), Nr. 151, S. 342-354.
- 3 Immanuel Wallerstein (fürderhin als I.W. abgekürzt): Das moderne Weltsystem - Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert. Frankfurt/M. 1986, S. 517ff.
- 4 I.W.: Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse. In: Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik. Hrsg. von Dieter Senghaas. Frankfurt/M. 1979, S. 31-67.
- 5 Ebd., S. 63. Kontrovers zu diesem Konstrukt Elmar Altvater: Die Kläglichkeit der Weltmarkttheorien. In: Prokla 59 (Juni 1985), S. 122-131.
- 6 Die gesammelte Kritik bei Imbusch, a.a.O.
- 7 I.W., Aufstieg, a.a.O., S. 63.
- 8 Harald Werner: Abschied in der Sackgasse. Was kommt nach dem real existierenden Sozialismus?. In: Z 1 (1990), Nr. 3, S. 96-104, hier S. 96.
- 9 I.W., Moderne Weltsystem, a.a.O., S. 23. Inzwischen weichen die Bände 2 (1600 - 1730) und 3 (1730 - 1840) von der geplanten vierbändigen Gesamtdarstellungsform ab.
- 10 I.W.: Aufstieg, a.a.O., S. 61f.
- 11 I.W.: Der historische Kapitalismus. Berlin 1984, S. 81f.
- 12 I.W.: The Modern World-System. Vol. III: The Second Era of Great Expansion of the Capitalist World-Economy, 1730 - 1840s. San Diego, New York 1989, S. 256. kritisch hierzu Imbusch, a.a.O., S.128ff.
- 13 I.W.: Marx, Marxismus-Leninismus und sozialistische Erfahrungen im modernen Weltsystem. In: Prokla 20 (1990), Heft 1 (Nr. 78), S. 126-137, hier S. 126.
- 14 Ebd., S. 130.
- 15 Ebd., S. 131.
- 16 Ebd., S. 132.
- 17 Ghita Ionescu: Communism in Rumania 1944 - 1962. Westport, Conn. 1964, S. 208ff.; siehe auch Manfred Grieger: Rumäniens nationaler Aufbruch zu politischer Repression und gesellschaftlicher Armut, 1859 - 1990. In: Was früher hinterm Eisernen Vorhang lag.

- Kleine politische Osteuropakunde. Hrsg. von Bernd Bonwetsch u. Manfred Grieger. Dortmund 1990.
- 18 Ebd., S. 135.
- 19 Imbusch, a.a.O., S. 123.
- 20 Arpad Abonyi: Eastern Europe's Reintegration. In: Socialist States in the World-System. Ed. by Christopher K. Chase-Dunn. Beverly Hills; London; New Delhi 1982, a.a.O., S. 181-201.
- 21 I.W., Marx, a.a.O., S. 134.
- 22 Christopher K. Chase-Dunn: Socialist States in the World-Economy. In: Socialist States, a.a.O., S. 21-55, hier S. 44; zu den Problemfeldern der Einbeziehung der Länder Südosteuropas in den RGW siehe etwa: RGW-Integration und Südosteuropa. Hrsg. von Roland Schönfeld. München 1984.
- 23 Zu den unterschiedlichen Entwicklungslinien der Staaten Osteuropas siehe nun den Sammelband: Was früher, a.a.O.
- 24 I.W., Der historische Kapitalismus, a.a.O., S. 76f.
- 25 Ebd., S. 76; vgl. auch Angelika Ebbinghaus: Arbeiter und Arbeitswissenschaft. Zur Entstehung der "wissenschaftlichen Betriebsführung". Opladen 1983.

## PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Sonderheft 2

Walter Benjamin



Benjamins Begriff der "Moderne" (Albert Scharenberg), Massenkultur bei Benjamin und Adorno (Sabine Kebir), Technologie- und Fortschrittskritik (Michael Löwy), Das Passagen-Werk (Walter Busch), Der Primat des Politischen über die Geschichte (Herbert Claas), Kritik der Postmoderne (Oliver Schmidtke), Sprachphilosophie und Erkenntnistheorie der Frühschriften (Markus Eichel) ca. 72 Seiten, 6,- DM

Noch erhältlich:

Sonderheft 1: Antonio Gramsci  
Dritte Auflage! 68 S., 6 DM

Nr. 4: Feminismus-Marxismus  
Zweite Auflage! 64 S., 6 DM

Die PERSPEKTIVEN erscheinen als unabhängiges Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Der Umfang beträgt jeweils etwa 70 Seiten. Das Einzelheft kostet im Freiverkauf 6 DM, im Abo 4 DM. Bestellungen bitte an Thorsten Schulten, Weidenhäuser Str. 44, BRD-3550 Marburg.

Lutz Bäuerle

## Der schwierige Abschied von Fixsternen

Anmerkungen zu Heinz Jung: Der Zerfall des Sozialismus, der Abgang der DDR und die Linke (Z, Nr. 2, Juni 1990)

"Der erste große welthistorische Versuch des Sozialismus zerfällt vor unseren Augen in den Staub der Geschichte" (S. 201). Diese unabweisbare Einsicht ist bitter für einen, der fast bis zum Schluß im realen Sozialismus ein 'im Prinzip' beispielhaftes und erfolgversprechendes Modell gesellschaftlichen Fortschritts sah. Eine Antwort mit einer Trothaltung käme ebenso wie die mit einem resignativen Agnostizismus oder gar die mit dem Kotau vor dem 'Sieger der Geschichte' einer Flucht gleich. Sie verhinderten die radikale kritische Aufarbeitung dieses Weges, der in einer historischen Sackgasse endete.

Trotz alledem - die Welt der Sieger ist auch heute nicht die beste aller denkbaren Welten. Auch bei den Siegern, den Nachdenklichen unter ihnen, weiß man das. Es bleibt eine offene Frage: Wie wird es gelingen, die drängenden globalen Probleme zu lösen? Wird es gelingen, "Optionen für ein System der gesellschaftlichen Für- und Vorsorge gegenüber Mensch, Menschheit und Natur und für eine Non-Profit-Organisation des menschlichen Lebens" (201) zu realisieren? Also Bedingungen zu schaffen, die real die Entfaltung der Wesenskräfte des menschlichen Individuums ermöglichen, dabei wohl wissend, daß das ohne die sich befreiende und die befreite Frau unmöglich ist.

Das völlige Scheitern des Versuchs, gesellschaftliche Entwicklung 'planmäßig', auf der Grundlage der 'Einsicht in historische Gesetzmäßigkeiten' zu steuern und zu gestalten, legt es unabweisbar auf die Hand: Gesellschaftliche Entwicklung ist prinzipiell offen und die Resultante des vielfältigen - natürlich nicht voraussetzungslosen - Handelns der Menschen. Die unmenschlichen, Humanität zerstörenden Ergebnisse einer 'zielgerichteten, bewußten, an Humanität orientierten' Politik bestätigen jene, die die Offenheit des demokratischen Prozesses als Voraussetzung und Norm gesellschaftlicher Entwicklung eingefordert haben. Diejenigen aber, die immer den Anspruch erhoben, daß Praxis das Wahrheitskriterium sei, müssen sich der praktischen Wahrheit stellen. Die verlangt "eine rücksichtslose Kritik des ersten historischen Versuchs und die Aufdeckung der Ursachen seines Scheiterns" - und damit auch des eigenen. Ohne dies ist keine Perspektive zu gewinnen" (201).

Diesen notwendigen radikalen Anspruch erfüllt Heinz Jung nicht. Seine Ursachenanalyse geht nicht tief genug, nicht an die Wurzeln. Sie hält weiterhin an orthodoxen Prämissen fest und unterschätzt dementsprechend

Entwicklungs- und Veränderungspotentiale moderner Gesellschaften. Hierzu nun folgende kursorische Bemerkungen, die die gegenwärtige Diskussion in der gesellschaftstheoretischen Literatur bewußt nicht berücksichtigen, sondern meine persönliche Sicht zum Stand der Dinge darlegen.

**H**einz Jung stellt sich der Frage nicht, ob und wie Demokratie Sozialismus als Gesellschaftsordnung konstituiert. Zwar stellt er fest, "daß es einen Sozialismus der Zukunft ohne Demokratie nicht geben kann und daß der Weg dahin ein Weg des demokratischen Kampfes sein muß", wohlgermerkt, das gilt für die Zukunft, nicht auch für die Vergangenheit: da war dann also durchaus ein Sozialismus möglich und richtig, für den die Demokratiefrage nicht konstitutiv war, der dann aber durch politische Fehlentscheidungen seit 1917 - u.a. auch durch den Stalinismus - deformiert wurde? "Wo und wann auch immer man die Weichenstellung zu Deformation und strukturellen Fehlentwicklung sieht" (201), eine radikale "Aufdeckung der Ursachen" ist so nicht möglich, der Blick bleibt durch die historische Erscheinungswelt verstellt, und es bleibt der Beliebigkeit des Betrachters überlassen, wo er nun die falsche Weichenstellung erkannt haben will.

Die Bedeutung der Demokratie reduziert sich so auf die lediglich taktische Frage, wie den Herausforderungen und "Kampagnen" des Westens am effektivsten zu begegnen sei. Jungs Argumentation entwickelt sich auf der Basis einer Block-Logik: der Sozialismus muß auf die offensiven Kampagnen re-agieren. Offene 'Repression der Apparate' scheidet als Handlungsvariante aus, man kann sie sich dem 'Westen' gegenüber nicht mehr leisten - China kann noch, Stalin konnte noch. Der Druck des Westens ist zu groß: "Domino-Theorie in Aktion" (179). Ein begriffliches Unding: Die Domino-Theorie war die strategische und ideologische Rechtfertigung der USA für die Ausweitung des Vietnam-Krieges auf ganz Indochina. Damit sollte die brutale Kriegsführung relativiert werden. Das eigene Tun als notwendige Reaktion auf das Handeln anderer erklären, heißt immer das eigene Tun relativieren. So kann man auch Stalin erklären. Und so hat Nolte auch den Faschismus relativierend erklärt.

Jung lehnt zwar ausdrücklich die 'Chinesische Karte' ebenso wie die Stalins ab, seine Argumentation impliziert aber solche 'erklärende' Relativierung. Vor allem aber verhindert sie die Frage: Welchen Stellenwert hat reale Demokratisierung für jede moderne gesellschaftliche Entwicklung, und was ergibt sich daraus für die Analyse "des ersten großen welthistorischen Versuchs des Sozialismus"?

H. Jung verweist m.E. zu Recht darauf, daß "aus dem Erbe des Stalinismus nicht alle Probleme abgeleitet werden können" (181). Woraus dann? "Weil er (der Sozialismus; L.B.) die historisch fortschrittlichen Prinzipien ... nicht verwirklichen ... kann." (179)? Und warum kann er sich nicht verwirklichen? Diese Kernfrage wird nicht gestellt.

**D**ie Ökonomie der Gesellschaft betrachtet Jung als zentralen Bereich der gesellschaftlichen Entwicklung und der Systemauseinandersetzung (179). Hier sieht er auch "die Hauptursachen des nahezu kampflosen Zusammenbruchs des Sozialismus ... Sie bestehen in der Unfähigkeit und im Unvermögen, jene Modernisierungsschübe freizusetzen, ..." (185), die überlebensnotwendig gewesen wären (ähnlich auch: 194, 197).

Wie schon die Demokratiefrage behandelt Jung auch die der Ökonomie wesentlich unter dem Gesichtswinkel der Systemauseinandersetzung und der versuchten direkten Einwirkung des Imperialismus auf den Sozialismus. Mit diesem Ansatz kann aber lediglich der historische Ablauf der Ereignisse dargestellt, nicht aber die Ursache der "strukturellen Fehlentwicklungen" erklärt werden. Überhaupt nicht zu klären ist so die zentrale Feststellung, die den Lebensnerv des Sozialismus trifft: "Der Sozialismus wurde also von seinem Systemantagonisten auf jenem Feld geschlagen, auf dem er einst angetreten war, um den Kapitalismus abzulösen: dem Versprechen, mit der Abschaffung der Ausbeutung eine freiere und reichere Entwicklung des arbeitenden Menschen durchzusetzen." (185)

Die Erklärung aber dafür, daß der Sozialismus ein Irrweg war, der sein Ziel auch unter großen Opfern verfehlt hat, müßte der Gegenstand einer ihrem Anspruch genügenden radikalen und schonungslosen Kritik sein. Die Ursachen für das Scheitern des Sozialismus müssen sehr viel tiefer als im Ablauf der Geschichte liegen. Die bisherige Konzeption selbst, die Denkweise, die erst die Weichen falsch stellende Entscheidungen möglich und erklärlich macht, muß Gegenstand der Untersuchung sein.

**Z**wei Momente im traditionellen Marxismus-Verständnis erscheinen mir in diesem Zusammenhang wesentlich. "Ihre (der sozialistischen Staaten; L.B.) Ideologie speiste sich aus einem Sozialismus- und Fortschrittsverständnis, wonach die Option für den Sozialismus und die Durchsetzung des sozialistischen Gesellschaftssystems als historisch unumkehrbar anzusehen ist (vgl. auch das Konzept der "Epoche des Übergangs", L.B.). Sobald diese Auffassungen ausgehöhlt und hinfällig wurden ..." (176f).

Da ist einmal die Auffassung vom Wesen der Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung: sie galten als prinzipiell erkennbar, wurden auf einige wenige, meist ökonomische und soziale Grundgesetzmäßigkeiten zurückgeführt, von denen aus dann andere, sekundäre für die komplexe Vielfalt der gesellschaftlichen Realität abgeleitet und bestimmt wurden. Solche Gesetzmäßigkeiten galten dann analog zum klassischen Paradigma eines Gesetzes in der Physik als immer gültig, solange es sich um dasselbe System handelte. Veränderungen konnten so nur als veränderte Erscheinungsweise der unwandelbaren Grundgesetzmäßigkeit begriffen werden, nicht aber als möglicher Wandel des Systems selbst. Ein Wandel in den

grundlegenden Gesetzmäßigkeiten kann nach dieser Auffassung nur durch den Bruch es bisherigen Systems erfolgen und muß erst in einer Revolution durchgesetzt werden.

Dieser Gesetzmäßigkeitsbegriff ist eng verbunden mit dem zweiten Moment: dem Denken im Rahmen eines geschlossenen Systems (trotz Marx: Gesellschaft ist "kein fester Kristall!") Solches Denken muß sich in sich gegenseitig ausschließenden Systemalternativen bewegen, reduziert sich letztlich auf Ja/Nein-Entscheidungen, auf das: "Wer nicht für mich ist, ist gegen mich". Gleichzeitig ermöglicht diese Denkweise die Illusion, der Gefahr des Voluntarismus zu entgehen: Entwickelt sich Gesellschaft doch auf der Grundlage 'objektiver', erkennbarer und erkannter Gesetzmäßigkeiten, so ist der Bruch mit dem 'überholten' System ebenso wie die Gestaltung der Systemalternative "gesetzmäßig", planmäßig realisierbar und gestaltbar.

Bis über die Mitte unseres Jahrhunderts fanden sich in der Realität, wie auch in der Wissenschaft genügend Ansatzpunkte, die ein Denken in solchen Kategorien scheinbar plausibel machten: Die Dominanz des Newton-Laplaceschen Wissenschaftsparadigmas; die noch relativ festen sozialen Strukturen und Milieus; die elenden sozialen Lebensverhältnisse, die ohne eine radikale Veränderung der Eigentumsordnung nicht grundlegend reformierbar schienen; die nach 1917 bis in die jüngste Vergangenheit mit allen, auch militärischen, Mitteln geführte Systemauseinandersetzung. Die bessere, "prinzipielle" System-Alternative wurde dann als Gegen- (Anti-) Bild zum "Bestehenden" entworfen; daran ändert nichts, daß entsprechend dem jeweiligen Entwicklungsstand Korrekturen an dem Gegen-Entwurf vorgenommen wurden.

Dabei wurde dann aber nicht mehr (ausreichend) wahrgenommen, daß sich die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung selbst und mit ihr die Wirkungsweise der Gesetzmäßigkeiten ihrer Entwicklung weitgehend verändert hat und das auch weiterhin tut, nicht zuletzt auch gerade im Ergebnis des Wirkens der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Ebenso aber hat die Entwicklung der Produktivkräfte - der sächlichen, der gesellschaftlichen Arbeitsorganisation, des menschlichen Individuums - diese grundlegenden Veränderungen hervorgebracht.

"Marxisten haben oft verkannt" (184), welche Entwicklungspotentiale und welche Effektivität der moderne Kapitalismus hervorbringen kann. Sogar "Ausbeutung und Beherrschung", die zentralen Motive der marxistischen Strategie zur Befreiung des Menschen, sind "für den Lohnarbeiter erträglich" (184) geworden, ja gerade auf diesem zentralen Feld der Systemauseinandersetzung ist der Sozialismus geschlagen worden (185). Das verweist darauf, daß grundlegende Kategorien der orthodox marxistischen Gesellschaftstheorie in Frage zu stellen sind.

Fest steht, daß mit den orthodoxen Kategorien die Entwicklung moderner Gesellschaften begrifflich nicht zu erfassen und deshalb auch keine Hand-

lungsstrategie für die Perspektive zu entwickeln ist. Jung dazu: "Auf jeden Fall ist die Welt um eine Hoffnung ärmer" (200), und "die Perspektive einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus liegt heute mehr im Nebel als jemals zuvor" (199).

Was bleibt also? "Fundamentalistische Kapitalismuskritik" wird für die Linke größere Bedeutung erhalten (199), antwortet Jung. Was heißt das? Etwa, daß sie für die praktische Politikentwicklung keine Rolle spielt, dann wäre sie nicht relevant. Oder ist damit der 'alte' Anti-Kapitalismus gemeint? Dann aber wäre das alte Denken in der Logik eines geschlossenen Systems noch nicht überwunden, dann gäbe es immer noch den Boden dafür, daß wieder 'die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte'. Das wäre immer noch die Ja/Nein-Logik, die in der Praxis der Stalin-Zeit ihren inhumanen und brutalsten Ausdruck gefunden hatte.

Jung stellt "den faktischen Zerfall des Sozialismus als alternatives Gesellschaftssystem" (184) unverhüllt dar und hebt auch die Rolle der Demokratie als Weg und Ziel einer künftigen humanen gesellschaftlichen Entwicklung hervor (so 183, 201). Seine Analyse der Ursachen dieses Bankrotts aber reichen nicht, um eine Wiederholung alter "struktureller Fehlentwicklungen" auszuschließen oder das Absinken einer orthodox marxistisch orientierten Strömung auf Sektenniveau zu verhindern. Ich halte die Relativierung "des historischen Versagens und inneren Bankrotts der alten sozialistischen Systeme" mit dem Hinweis auf "die realen Ausgangsbedingungen und die Dimensionen der Systemauseinandersetzung" (177) nicht für tragfähig, wenn es darum geht, die reale sozialistische Entwicklung in Theorie und Praxis (diese wurde ja nicht zufällig immer mit jener begründet) einer schonungslosen und radikalen Kritik zu unterwerfen. Unmißverständlich ist m.E. festzuhalten, daß der Sozialismus historisch notwendig gescheitert ist, daß seine Verheißungen nicht nur nicht eingelöst wurden, sondern auf seinen Grundlagen uneinlösbar waren.

Es kann jetzt als historisch bewiesen gelten, daß gesellschaftliche Entwicklung und ihre Gesetzmäßigkeiten eben nicht funktionieren wie ein Laplacesches Uhrwerk, so kompliziert konstruiert man es sich auch vorstellt, das, einmal wissenschaftlich fundiert gebaut und in Gang gesetzt, dann 'gesetzmäßig' läuft und höchstens hin und wieder reguliert werden muß, damit wir immer auf der Höhe der Zeit sind. Die gesellschaftliche Realität und ihre Entwicklung ist so hoch komplex, daß sie nicht von einem gesellschaftlichen Zentrum aus "gesellschaftlich geplant und gesteuert" werden kann. Gesellschaftliche Entwicklung ist offen, ist die Resultante der unterschiedlichen Kräfte, Bewegungen und Interessen auf den unterschiedlichen wechselwirkenden Feldern des gesellschaftlichen Lebens (also bei weitem nicht nur auf dem der Ökonomie als dem "materiellen Lebensprozeß": welche anderen - z.B. politische und ideelle - wirken auf ihn ein?).

Auf dieser Grundlage gilt es, theoretisch und praktisch die Bewegungsformen zu entwickeln, die eine optimale Entwicklung des Individuums als gesellschaftlichem Wesen bei geringsten Reibungsverlusten befördern. Das bedeutet nun überhaupt nicht - wie oft vorschnell von denen, die in Ja/Nein-Kategorien denken, behauptet wird - in reine unkritische Affirmation oder gar Apologie des heute real existierenden Kapitalismus zu verfallen, sondern: Demokratie als Weg und Ziel realisieren zu wollen und zu können, verlangt, von der Analyse des heutigen Kapitalismus, seiner Entwicklungs- und Fortschrittspotentiale wie auch seiner Defizite, Widersprüche und Destruktionspotentiale, auszugehen und so Schritt für Schritt den Demokratisierungsprozeß voranzubringen. Und dieser Weg führt eben wie jede Zukunft in Neuland (in Nebel?), da gibt es keine vorher ausgemessenen Wege und keine ausgearbeitete Wegebeschreibung.

Ob es dazu (historisch?) notwendig ist, daß die sozialistisch-kommunistischen Kräfte zu einer neuen politischen Kraft außerhalb der SPD und der Grünen zusammenwachsen (199), bin ich mir ganz und gar nicht sicher. Solange aber die von mir skizzierten Fragen nicht gestellt und geklärt werden, fürchte ich eher, daß ein solches Projekt "der Entwicklung eigenständiger sozialistischer Positionen" (202) zwischen der Scylla des "marxistischen Konservativismus" und der Charybdis der "heutigen Sozialdemokratie" aufgerieben werden wird.

Insgesamt scheint mir in der Argumentation von Heinz Jung eine tiefe Resignation zum Ausdruck zu kommen: Das Scheitern des 'realen Sozialismus' zerstört eine Orientierung vermittelnde Hoffnung, die Zukunft liegt in undurchschaubarem Nebel. Er weiß, die 'klassischen', orthodoxen Kategorien des Marxismus begreifen nicht mehr die heutige Realität, die gesellschaftliche Praxis hat sie widerlegt. So unternimmt er den Versuch, sie von den geschichtlichen Fehlentwicklungen zu reinigen, und behält nur noch einen 'reinen', deshalb aber inhaltlich unbestimmten und leeren Begriff von 'Sozialismus' zurück. Was konkret bleibt, ist der "Fundamentalismus", letztlich also die Unfähigkeit, eine konkrete Perspektive zu entwickeln. Die Strategie der Reformalternative muß dann in der Luft hängen bleiben, sie vermittelt nicht die Gegenwart mit der Zukunft. Auf diesem Hintergrund wundert es mich nicht, daß Jung in diesem Aufsatz hinter Positionen früherer Arbeiten zurückbleibt (v.a. zur Kapitalismusanalyse, zur Rolle und Bedeutung der Demokratisierung für die gesellschaftliche Entwicklung, zur Reformalternative als strategischem Ansatz).

Ich denke, dem Scheitern des orthodoxen marxistischen Denkens müssen wir uns stellen, und wir müssen wie alle lernen, die Spannung und Unsicherheit einer prinzipiell offenen Zukunft auszuhalten. Und das bedeutet eben auch, Abschied zu nehmen von theoretischen Fixsternen, die uns leiten und den Weg erhellen sollen.

## Die unbegriffene Gesellschaftsformation

1. Für den rasanten Zerfall des sog. sozialistischen Weltsystems - einen historisch einzigartigen Vorgang - sind grundlegende Erklärungen vonnöten. Die notorischen Antikommunisten haben es einfach. Sie wussten schon immer, daß dort eine Funktionärskaste herrschte, die irgendwann abgelöst würde. Teile der Linken fühlen sich ebenfalls in ihrer Kritik an der 'Herrschaft der Bürokratie' oder dem 'Staatskapitalismus' bestätigt und gehen zur Tagesordnung über. Am schwersten tut sich naturgemäß die marxistische Linke jedweder Provenienz, die ihre bisherigen theoretischen Prämissen in Frage gestellt sieht. In der Tat erheischt die Frage "Wie konnte es dazu kommen?" eine Antwort. Vor allem ist zu erklären warum die rechtzeitige Umgestaltung und Erneuerung dieses Systems mißlang.<sup>1</sup> Heinz Jung hat in an dieser Stelle<sup>2</sup> eine erste Antwort versucht. Seine Kernaussagen: "Freilich kann eingewandt werden, daß dies nur ein Ausdruck des historischen Versagens und inneren Bankrotts der alten sozialistischen Systeme war. Hätte es sich um moderne Gesellschaften gehandelt, die den Interessen der Menschen und Völker gedient hätten, würde aus deren Sicht kein Grund zu ihrer Beseitigung bestanden haben. Abstrakt ist dieser Einwand richtig. Er übersieht aber die realen Ausgangsbedingungen und die Dimensionen der Systemauseinandersetzungen."<sup>3</sup>

Die tiefe Krise der UdSSR, "in deren Sog die einzelnen Länder hineingerissen und verschlungen werden"<sup>4</sup>, bilde den Ausgangspunkt für die Erosion des sozialistischen Weltsystems. Der innere Zerfall der UdSSR bedinge ihre außenpolitische Schwäche. "Die Preisgabe des Systems von Jalta markiert ihren Abgang von der Rolle als Hegemonialmacht."<sup>5</sup> Grundsätzlich enthalten die Ausführungen Jungs nicht viel Neues. Die bisherigen Rechtfertigungsversuche eines 'deformierten Sozialismus' werden nunmehr zur Begründung seines Zerfalls herangezogen. Die minutiöse Schilderung der westlichen Einwirkungsversuche in Jungs Aufsatz soll zugleich suggerieren, schuld sei vor allem der böse Gegner, der im internationalen Klassenkampf alle Mittel eingesetzt und damit dem Sozialismus keine Chance gelassen habe, sich zu entwickeln. (Warum hätte er es nicht tun sollen?) So werden neue Legenden gezimmert. Immerhin enthielt der Aufsatz Jungs zwei bemerkenswerte Erkenntnisse, die nur verklausuriert zum Besten gegeben werden:

1. Die UdSSR war eine imperiale Macht, die ihr Einflußsystem im Gefolge des Zweiten Weltkrieges aufgebaut hat. Dieses Reich zerfiel im selben Augenblick, als die Zentralmacht ihre außenpolitischen Herrschaftsfunktionen aufgab.

2. die materiellen Bedingungen im rückständigen Rußland verhinderten den Aufbau eines wirklichen Sozialismus und sind maßgeblich am Scheitern des Projekts beteiligt. Der Satz "Auch die deutsche Linke muß sich bewußt sein, daß in Zukunft ein neuer Durchbruch zum Sozialismus in diesem Bereich der Welt (der hochentwickelten kapitalistischen Demokratien - PS) oder überhaupt nicht mehr stattfinden wird und kann"<sup>6</sup> unterstreicht, worauf Jung hinaus will: zurück zu Marx und Engels, die einen Übergang zum Sozialismus in den kapitalistischen Metropolen und möglichst gleichzeitig voraussahen. Damit sind zugleich wesentliche Bestandteile der Theorie Lenins, in den Kanon des 'Marxismus-Leninismus' seitdem aufgenommen, ad acta gelegt: Die Vorstellung vom schwächsten Kettenglied, das aus dem Imperialismus herausgebrochen wurde und in dem der 'Sozialismus in einem Land' aufgebaut werden konnte. Ins Recht gesetzt werden post festum die sozialdemokratischen und austromarxistischen Autoren, die die Zeit des Sozialismus noch nicht für gekommen hielten und den Niedergang der sowjetischen Parteidiktatur prophezeiten. K.Kautsky hatte recht und nicht Lenin. Und Rosa Luxemburg, die die Notwendigkeit lebendiger Demokratie einklagte.

2. Wie K.A.Wittfogel und R. Dutschke gezeigt haben, hat Lenin in dem offenkundigen Bestreben ein Revolutionsmodell für die europäische Arbeiterbewegung zu entwickeln, die halbasiatischen Verhältnisse im damaligen Rußland herunterzuspielen versucht.<sup>7</sup> Dennoch musste er sich nach dem Bürgerkrieg und dem krisenhaften Einbruch 1921 daranmachen, neue Konzepte für die Entwicklung zum Sozialismus zu entwerfen. Ausgangspunkt waren die Erfahrungen mit der Unfähigkeit der Bolschewiki zur Organisation der Wirtschaft und die deutlicher werdende Tendenz zur bürokratischen Überwucherung der ganzen Gesellschaft. Lenins Devise war: Strategischer Rückzug, um mittelfristig voranschreiten zu können. Mit der Einleitung der Neuen Ökonomischen Politik sollte ein staatlich kontrollierter Kapitalismus dem Land auf die Beine helfen. Die weitere Dynamik des revolutionären Prozesses sollte durch die rigorose Stabilisierung der bolschewistischen geführten Staatsmacht gewährleistet werden: 'Kapitalismus unter dem Dach des Kommunismus'.<sup>8</sup> Die NÖP sollte das Bündnis von 'Stadt' und 'Land', das durch die kriegskommunistische Eintreibung von Agrarabgaben empfindlich gestört war, wiederherstellen. Das know how der bürgerlichen Kaufleute und der bürgerlichen Intelligenz sollte in breitem Umfange für den industriellen Aufbau genutzt werden. Hinzu kam die geplante Öffnung des Landes für vermehrten wirtschaftlichen Austausch. Bestandteil dieser neuen Politik sollte zentral die Bekämpfung des Bürokratismus sein. Dafür hielt Lenin eine 'Kulturrevolution' vornehmten. Die grundlegenden Widersprüche eines Sozialismus in einem extrem rückständigen Land wurden von Lenin durchaus erkannt. Aber seine Lösungsvorschläge waren selber ambivalent und voller Widersprüche. Wie sollten bolschewistische Alleinherrschaft und Entfaltung der Räterepublik zusammenpassen? Wie sollte Produzentendemo-

kratie und rigide zentrale Wirtschaftspolitik zusammengebracht werden? Eine Kulturrevolution, die zunächst die Form einer Erziehungsdiktatur annimmt, ist absurd. Denn: Wer erzieht die Erzieher? Wer kontrolliert sie? Aus diesen Aporien gab es im Rahmen Lenin'schen Denkens keinen Ausweg. Stalin löste : durch den Rückgriff auf die despotischen Traditionen des vorrevolutionären Rußland. Mit 'eiserner Faust' sollte jetzt der Anschluß an 'die Moderne' bewerkstelligt werden. Dieser Versuch musste letztlich scheitern, weil die Gewaltförmigkeit dieser Lösung die zivilisatorisch-demokratischen Momente erstickte, die andernorts notwendige Bedingung der Herausbildung moderner, bürgerlicher Gesellschaften waren.

Rückblickend erscheint so die Oktoberrevolution als historischer Unglücksfall<sup>9</sup> - sie fand zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort statt. Und weil das 'sowjetische Modell' mit sozialistischer Entwicklung verwechselt wurde (s.u.), nahm die gesamte linke Bewegung schweren Schaden.

Hätte es Alternativen gegeben? Mehr noch: Hätten die Bolschewiki nicht die Macht ergreifen dürfen? Vielleicht. Möglicherweise wäre es primär darum gegangen, die nachholende kapitalistische Entwicklung in möglichst demokratischer Form, unter Wahrung sozialpolitischer Errungenschaften, zu sichern. Doch wir bewegen uns auf dem Felde der Spekulation. Immerhin wäre 1928/1929 eine modifizierte Fortsetzung der NÖP denkbar gewesen, die zugleich einer internationalen Isolierung der UdSSR entgegengearbeitet hätte.

3. Lenin war gewiß ein genialer Politiker. Als Theoretiker hat er ein Gutteil zur Trivialisierung und Verbiegung des Marxismus beigetragen. Sein Hauptfehler aber war: von den spezifischen russischen Bedingungen ausgehend, hat er ein universelles Modell der Transformation der bürgerlichen Gesellschaft zu entwerfen versucht. Seine Parteitheorie war so offenkundig aus den Verhältnissen der Illegalität im zaristischen Rußland abgeleitet, daß ihre Adaption in anderen Teilen der Welt verwundern muss. Aber dies hängt ja wiederum mit der erfolgreichen Revolution der Bolschewiki zusammen. Auch seine Staatstheorie, die eine ökonomistische und eine politizistische Komponente unvermittelt nebeneinanderstellte, war sehr stark von den Erfahrungen mit der zaristischen Selbstherrschaft geprägt. Ökonomistisch meint, daß der Charakter des Staates ausschließlich aus der ökonomischen Struktur bestimmt wurde. Politizistisch meint, daß der Staat als ausschließlich politisches Instrument der jeweils herrschenden Klasse gesehen wurde.<sup>10</sup> Die Differenzierungen, die noch Engels bei seinen Erwägungen über einen möglichen friedlichen Übergang zum Sozialismus angestellt hatte, der sich ja gerade aus der demokratischen Staatsform herleitete (!), entfiel bei Lenin. Dennoch gibt es eine Wesensverwandtschaft zwischen Marx/Engels und Lenin. Das ist ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem Problem der politischen und juristischen Formen in der Transformationsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Für Marx und Engels konnte noch die Entschuldigung gelten, daß es



ihnen wesentlich um die Projektion der kommunistischen Zukunftsgesellschaft ging, in der Politik und Recht überflüssig würden. Die konkrete Ausgestaltung des Übergangsprozesses sollte von 'den Massen' selber geleistet werden.<sup>11</sup> Dennoch: die Emanzipation der Arbeiterklasse wird auf den Akt ihrer ökonomischen Befreiung verkürzt. Die Enteignung der Kapitalisten und die Übernahme der Staatsgewalt galt ihnen als Gewähr für die demokratische Entwicklung.<sup>12</sup> Bei Lenin wird diese Vorstellung des Zusammenfallen von ökonomischer und gesellschaftlich-politischer Befreiung noch verstärkt. Entscheidend ist allein, daß (unter Führung der Kommunisten, versteht sich) dieser Prozeß der Revolutionierung der Eigentums- und Machtverhältnisse entschlossen vorangebracht wird. Damit allerdings braucht man keine Gedanken mehr auf demokratie- und freiheitssichernde Institutionen zu verschwenden. Die 'proletarische Staatsmacht' ist per se 'hundert Mal demokratischer als die demokratischste, bürgerliche Republik'. 1922 schrieb Lenin, daß die russische Revolution die Aufgaben der bürgerlichen Demokratie in einem Zeitraum von nur drei Jahren erfüllt habe und erwähnt: 'Bauernbefreiung', 'Gleichstellung der Frau', 'Alphabetisierung'. Welch fataler Irrtum! Welch maßlose Ignoranz!<sup>13</sup>

Natürlich stellt die totale Herrschaft Stalins einen radikalen Bruch mit der Oktoberrevolution dar. Aber es wäre naiv zu verkennen, daß dieser Übergang durch das autoritäre, undemokratische Revolutionsmodell Lenins kräftig begünstigt wurde.

4. 1917 und 1945 waren die Kommunisten nur im Rahmen eines 'hegemonialen Blocks' fähig, die Macht zu übernehmen. Ohne die Unterstützung der Bauernschaft, die im alten Rußland die überwiegende Mehrheit bildete und ohne deren Hauptvertreter, die Sozialrevolutionäre, hätten die Bolschewiki nicht triumphiert. In den Sowjets, die die revolutionäre Form der Umwälzung bildeten, waren die Anhänger Lenins in der Minderheit. Die volksdemokratischen Umwälzungen nach 1945, die unter dem 'Schutz' der Roten Armee stattfanden, stützten sich auf ein breites Bündnis linksbürgerlicher, sozialistischer und kommunistischer Parteien, die wiederum verschiedene Klassen repräsentierten. *Charakteristisch für den Verlauf dieser Revolutionen ist die Zerstörung dieses hegemonialen Blocks durch die kommunistischen Parteien* - in dem Moment, in dem sie die Schlüsselstellungen im Staatsapparat innehaben. Dieser Prozeß hat seine Folgerichtigkeit, wenn man das Transformationskonzept Lenins verfolgt. Nur die Kommunisten verfügen über die Einsicht in den Gang der Dinge, nur sie sind vor jeglichem Schwanken gegenüber 'dem Klassenfeind' gefeit, nur sie sind in der Lage, den 'volonte general' des arbeitenden Volkes mit eiserner Disziplin durchzusetzen. Diese Geschichte beginnt mit dem Sturm auf das Winterpalais - einen Tag vor dem Zusammentreten der Konstituante. Damit kann die Macht 'uneigennützig' in die Hände der Sowjets gelegt werden. Eine führende Rolle ist den Bolschewiki sicher. Sie setzt sich fort mit der Niederschlagung der Aufstände im krisenhaften

Frühling 1921 (Kronstadt!), als sich immer mehr Sowjets gegen den Monopolanspruch der Bolschewiki zur Wehr setzen. Die Räte, von Lenin nach 1905 ohnehin nur als *mögliche Übergangsform* angesehen, werden mehr und mehr zu Bestandteilen der staatlichen Verwaltung umfunktioniert und unter Stalin zur endgültigen Apathie verdammt. Die forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft ab 1928 stellt ein weiteres Kapitel der Eliminierung eines Bündnisses dar, das Verhältnis von Stadt und Land blieb seitdem gestört. Die Geschichte der Sowjetmacht ist so die Geschichte der Zerstörung pluralistisch-demokratischer Strukturen und breiter politischer Allianzen - mit fatalen Konsequenzen. Die besondere Tragik besteht darin, daß sich dieser Prozeß nach 1945 wiederholte. Die Voraussetzungen waren wesentlich günstiger geworden; Umwälzungen in relativ entwickelten Ländern (Tschechoslowakei, Ostdeutschland) waren möglich, das Machterrain hatte sich beträchtlich erweitert. Zugleich waren in diesen Ländern Bedingungen vorfindbar, die sich stark von der russischen Situation unterschieden (parlamentarisch-demokratische Institutionen etc.). Die Kopie des sowjetischen Modells musste hier besondere Friktionen hervorrufen. Was in den Aufständen in der DDR 1953 und Ungarn 1956 auch geschah.

Nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition hatten sich breite antifaschistisch-demokratische Stimmungen entwickelt, die Kommunisten waren als hervorragende Kräfte des Widerstandes in zahlreichen Ländern erstarkt. Im Bündnis mit anderen linken Kräften konnten demokratische Umgestaltungen begonnen werden.<sup>14</sup> Doch die im Stalinismus befangenen KPeN fühlten sich genötigt, das sowjetische Modell in ihren Gesellschaften durchzusetzen. In der DDR erfolgt der Bruch mit dem Beschluß der II. Parteikonferenz 1952 über den Aufbau des Sozialismus. "Statt Kompromißbereitschaft, Toleranz und Streben nach breitester Übereinstimmung trat nun eine Politik der keinen Widerspruch duldenden Direktive und ein entsprechender Ton in der Sprachregelung in den Vordergrund. Alles wurde zugespitzt, ein 'Feindbild' wurde in scharfen Konturen herausgearbeitet, die Notwendigkeit, den 'feindlichen Widerstand' zu brechen, betont, 'feindliche Agenten' sollten unschädlich gemacht werden usw. usf."<sup>15</sup> Sicherlich waren bereits vorher (s. die Vereinigung von SPD und KPD) repressive Akte an der Tagesordnung, aber erst jetzt, nachdem man Schlüsselstellungen der Macht besetzt hat, beginnen die Kampagnen zur Ausschaltung aller potentiellen Gegner. Und derer gibt es viele. Die fünfziger Jahre sind daher gekennzeichnet durch die poststalinistischen Schauprozesse und Säuberungen (in der DDR gegen Rudolph Herrstadt, Walter Janka u.a.), durch den massiven Aufbau und Einsatz der Geheimpolizei, durch die Niederschlagung von Aufständen. Dennoch werden die neuen Staaten noch vom Aufbauenthusiasmus vieler Erneuerungswilliger getragen; lassen sich Teile der Bevölkerung noch für die Idee einer besseren Gesellschaft mobilisieren. Gestützt auf eine zentralstaatliche Konzentration der Ressourcen können auch gewisse wirtschaftliche und soziale Er-

folge verbucht werden. Dieser Nachklang der unmittelbaren Nachkriegszeit hat H. Jung zu der Aussage verleitet, in den Zeiten des Kalten Krieges in den fünfziger Jahren sei unter ungünstigeren Umständen "dem politischen Druck des imperialistischen Systems"<sup>16</sup> standgehalten worden. Der Vorwurf, in späteren Jahren habe man eine Entideologisierung zugelassen, ist verräterisch genug. Noch in Erinnerung sind die 'Aufklärungskampagnen' der FDJ aus den Fünfzigern, mit denen die Fernsehantennen Richtung Ost gedreht wurden. Es besteht nicht der geringste Anlaß, diese Zeit, in der das Machtmonopol der KPen mehr oder weniger gewaltförmig durchgesetzt wurde, zu glorifizieren. Vielmehr wurden hier die Grundlagen für die Niederlage dieses Systems gelegt.

5. Immerhin würde von den 'Altmarxisten'<sup>17</sup> zugestanden, daß in dieser Phase die 'Altlasten des Stalinismus' zu einer Deformierung des Sozialismus geführt hätten. Doch "sozialistische Produktions-, Kultur- und Politikverhältnisse" seien in der Folgezeit immer stärker hervorgetreten. "Der Stalinismus wurde Geschichte".<sup>18</sup> Die These vom deformierten Sozialismus lebte von der Gewißheit, daß eine immanente Erneuerung des Systems möglich und im Gange sei. "Die geschichtliche Tendenz der neuen Gesellschaft"<sup>19</sup> weise in Richtung eines "Aufbruch(s) zu neuen Inhalten der sozialistischen Ordnung".<sup>20</sup> Was potentiell in der Gesellschaft angelegt sei, käme sukzessive zur Entfaltung. Diese Schlüsselsequenz sämtlicher Deformationstheorien ist nunmehr durch die Wirklichkeit nachhaltig dementiert. Das Grundschema dieser Theorien folgte einer einfachen Basis-Überbau-Logik: mit der Kollektivierung der Produktionsmittel, also der Enteignung der vorigen besitzenden Klassen und der Übertragung des Eigentums auf den Staat seien die objektiven Grundlagen (Basis) für den Sozialismus geschaffen worden, die Überbaustrukturen (Politik, Ideologie etc.) seien - der Not der Verhältnisse gehorchend - verzerrt. Werner Hofmann hat in seinem grundlegenden Werk über den Stalinismus (das noch heute den traditionellen Marxisten als das non plus ultra gilt) zwischen Herrschaft und Macht unterschieden. Unter Herrschaft verstand er "die institutionell gesicherte Nutznießung eines Teils der Gesellschaft gegenüber einem anderen".<sup>21</sup> Herrschaft ist demzufolge ein sozio-ökonomischer Tatbestand. Macht bezeichnet für Hofmann eine bestimmte Gesellschaftsverfassung, gibt wieder, wie die Sozialordnung gestaltet ist. Macht kann deshalb aus Herrschaft, aus der Verfügung über Grund, Boden, Produktionsmittel, abgeleitet werden, sie kann aber ebenso ohne diese bestehen. Stalinismus galt ihm als "eine besondere Gesellschaftsverfassung innerhalb der allgemeinen sozialistischen Grundordnung".<sup>22</sup> Die Dialektik ist klar: zwischen exzessiver, terroristischer Machtausübung und der Schaffung sozialistischer Grundlagen waren himmelschreiender Widerspruch angelegt. Dieser Widerspruch musste schließlich durch die Entstalinisierung und die Entfaltung der wahren Potentialität des Sozialismus gelöst werden. W. Hofmann sah sich durch die Entwicklung in der nachstalinischen Ära bestätigt. Im Lichte der heutigen Erkenntnisse lesen sich die Passagen der

1967 verfassten Schrift überaus naiv. Nur ein Satz sei prototypisch zitiert: "Die Vorzugsschichten von einst werden in die allgemeinen Verhältnisse einer transparenten Leistungsgesellschaft zurückgeführt."<sup>23</sup> Die übergangsweise notwendige Erziehungsdiktatur, die wegen der besonderen ökonomischen und kulturellen Rückständigkeit Rußlands in (überflüssige) terroristische Machtausübung ausartete, sollte sich nach und nach zurückbilden. *Der wirkliche Prozeß hat dagegen klargemacht, daß es keinen Weg von der Stellvertreter-Diktatur zu einer befreiten sozialistischen Gesellschaft gab.* Die 'Vorzugsschichten' haben diesen Ausweg in der Niedergangphase gründlich zu blockieren gewusst. Damit ist die Frage nach dem Verhältnis von Ökonomie und Politik neu gestellt. Die Deformationstheorie leidet unter einer offenkundigen ökonomistischen Verengung des Blickwinkels. Die politische und gesellschaftliche Macht erscheint als bloß abgeleitete Größe der Ökonomie. Die ökonomische Basis bestimmt den sozialen Inhalt einer Gesellschaft, der Rest ist Formsache. Mit dieser mechanischen Zuordnung kann die tatsächliche wechselseitige Beeinflussung der verschiedenen gesellschaftlichen Sphären nicht mehr erfasst werden. Die Übertragung der Eigentumstitel an den Staat und die daraus abgeleitete zentrale Planwirtschaft sind keine hinreichenden Kriterien zum Begriff der Grundstruktur von Gesellschaften. Militär- und Parteidiktaturen in Ländern der Dritten Welt die auf dieser Grundlage operierten, wurden umstandslos zu 'antiimperialistischen Staaten', die auf dem 'nichtkapitalistischen Entwicklungsweg' seien. Aus diesem flotten Übergang wurde nichts.

Hinzugefügt sei: Wer die These vom deformierten Sozialismus vertritt, muß die Barbarei des Stalinismus bagatellisieren, verdrängen oder rationalisieren. Es ist nicht zu fassen, daß ein System, das in seinem Terror dem Hitler-Faschismus kaum nachstand, etwas mit Sozialismus zu tun haben soll. Die Schizophrenie von 'Triumph und Tragödie' der Stalin-Zeit ist nichts als der traurig-schaurige Versuch, eine schlimme Sache nicht zu Ende denken zu müssen.

6. Immerhin war im orthodox-marxistischen Kanon als notwendiges Kriterium für 'Sozialismus' die *Herrschaft der Arbeiterklasse* vorgesehen. Dieser Begriff macht nur Sinn, wenn er auf die Politik, und in der Weiterung auf gesellschaftliche Verhältnisse zielt. Bisher konnte man sich mit der Repräsentationsfunktion der 'Partei der Arbeiterklasse' behelfen. Sie brachte den Mehrheitswillen der Klasse ja zum Ausdruck. Diese verlogene Konstruktion ist zusammengebrochen. Es ist eine atemberaubende Vorstellung, eine selbstbewußte Arbeiterklasse habe nunmehr ihre Macht abgetreten, ordne sich freiwillig der kapitalistischen Ausbeuterklasse unter und wähle plötzlich überwiegend die rechtsbürgerliche CDU. Tatsächlich hat die 'Arbeiterklasse' in allen sog. realsozialistischen Ländern schließlich Anteil daran, die alte Ordnung loszuwerden. Überall wo sich proletarische Selbstorganisationen in diesen Systemen bildeten, waren sie gegen die herrschende Macht gerichtet (Solidarnosc, heute die Bergarbeiter in der SU). Natürlich gab es Schwankungen in den

Möglichkeiten der Einflußnahme von unten. Aber die Macht hatte die proletarische Klasse niemals.

7. Auf Wirtschaftstheoretiker der frühen Sowjetunion geht der Begriff der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation zurück, den auch Werner Hofmann bemüht. Karl Marx hat im Ersten Band des 'Kapital' beschrieben, in welch grausamen Formen der Prozeß der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals ablief.<sup>24</sup> Mit "Blut und Schwert" wurden die Bedingungen für die Entstehung von Kapital und Lohnarbeit geschaffen. Die gewaltförmige 'Freisetzung' einer großen Zahl von landwirtschaftlichen Pächtern oder Eigentümern, ihre Einpressung in die vorindustrielle und schließlich industrielle Produktion, die gnadenlose Verfolgung der pauperisierten Massen kennzeichnen diesen Prozeß. Dieser Prozeß des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, der in den Ländern Westeuropas einige Jahrhunderte in Anspruch nahm, hatte im zaristischen Rußland erst begonnen. Die Aufgabe, eine Industriegesellschaft zu schaffen, die andernorts der absolutistische Zwangsstaats übernommen hatte, wurde nun von der Sowjetmacht durchgeführt und zeitlich auf einen nur Jahrzehnte dauernden Rahmen komprimiert! Diese 'Gewaltleistung' der 'Erzeugung eines Arbeiterheeres', d.h. auch der Verankerung industrieller Arbeitsnormen bei den zu proletarisierenden Massen konnte nur gewaltförmig organisiert werden. Unter Stalin hatte die machtausübende kommunistische Partei die Form einer quasi-militärischen Organisation angenommen. "Die Machtstruktur im Leninschen Parteitypus stellt eine komplementäre Antwort auf die Notwendigkeit des absolutistischen Zwangsstaates dar, insofern es auch in jenem um die Herausbildung von Leistungsdisziplin geht."<sup>25</sup> Es ist kein Zufall, daß mit der forcierten Industrialisierung der dreißiger Jahre sich "ein bis zum Exzeß der Massenzwangsarbeit reichendes drakonisches Arbeitsdisziplinarrecht"<sup>26</sup> entfaltet. Zwangs- und Lagerarbeit, Streikverbot, die Umfunktionierung erreichter Kontroll- und Einflußmöglichkeiten (Arbeiter- und Bauerninspektion) von unten in einen "Bestandteil der Verwaltung" von oben (1934), hatten eine doppelte Funktion: einerseits ging es um die Konditionierung der 'neuen Arbeiterklasse', andererseits um die brutale Liquidierung des Klassenbewußtseins der alten Kader und schließlich der Menschen selber. Der Auflösung der Arbeiterschaft als 'Klasse für sich' entsprach die Verfestigung der durch die Parteispitze usurpierten Staatsmacht. Die de facto Verfügung des Partei- und Staatsapparats über die Produktion und die Produzenten wurde zu einer sozio-ökonomischen Realität. Aus dieser Verfügungsmacht erwachsen sukzessive auch handfeste soziale und ökonomische Vorteile. 'Nutznießung auf Kosten anderer' muß gesellschaftlich gefasst werden: Freistellung von körperlicher Arbeit (!); Ausnutzung der Befehlsgewalt gegen Untergebene; Erzwingung von Dienstleistungen zu persönlicher Vorteilsnahme; Erlangung von sozialem Status, der gewisse wirtschaftliche Privilegien sichert usw. Diese Nutznießung muß sich nicht unbedingt auf juristische Eigentumstitel stützen.

8. In seiner Arbeit über den Stalinismus hat W. Hofmann auf einen sehr wesentlichen Faktor aufmerksam gemacht: "Insbesondere ist in Rußland jene historische Scheidung von Staat und Gesellschaft ausgeblieben, die anderwärts in der Lehre vom 'Gesellschaftsvertrag', von den drei Gewalten, in der Theorie der Volkssouveränität, im System der subjektiven öffentlichen Rechte ihren Niederschlag gefunden hat."<sup>27</sup> Hofmann knüpft damit an den Arbeiten Gramscis an, der ebenfalls die Differenz zwischen russischer und westeuropäischer Entwicklung analysierte. Gramsci kam dabei auf die Beschreibung der *societa civile*, jener breiten gesellschaftlichen Sektoren, in der sich der bürgerliche Konsens ausbildete. "Die *societas civilis* war jene soziokulturelle Organisationsform, die zwischen der materiellen gesellschaftlichen Produktion und dem staatlich institutionalisierten Überbau vermittelte."<sup>28</sup> Die Ausdifferenzierung dieser Bereiche, immer vom kapitalistischen Produktionsverhältnis dominiert, aber Eigensinn entwickelnd und damit ein permanentes Spannungsverhältnis zu den partikularen Wirtschaftsinteressen bildend (s. nur die Bereiche Wissenschaft, Kunst, Öffentlichkeit), hat selber Rückwirkungen auf den Staat. Sein ideologischer Doppelcharakter, bestimmt durch die postulierte Verkörperung der Allgemeininteresse und den letztlich bestimmenden ökonomischen Sonderinteressen, wird verstärkt. Die bürgerliche Gesellschaft bringt quasi die Triebkräfte zur ständigen Modifikation der Staatsmacht hervor. Herbert Marcuse hatte bereits 1964 darauf aufmerksam gemacht, daß in der UdSSR "der Staat ohne vermittelnde Faktoren zur direkten politischen Organisation des Produktionsapparats (wird), der allgemeine Manager der verstaatlichten Wirtschaft und das hypostasierte kollektive Interesse... Dieser Prozeß, der neue Grundlagen für gesellschaftliche Kontrolle errichtet, ändert die Ideologie in ihrer innersten Substanz. Die Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit, zwischen Kultur und Zivilisation, zwischen geistiger und materieller Kultur - eine Spannung, die eine der Triebkräfte der westlichen Zivilisation war - wird nicht gelöst, sondern methodisch abgebaut."<sup>29</sup> Die vorsätzliche Zentrierung des Lebens um die verstaatlichte Produktion; die staatliche Durchdringung der der Privatsphäre ('gesellschaftliche Aktivitäten'); die weitgehende Reduktion der Öffentlichkeit auf eine staatliche Agitationseinrichtung; die Verquickung einer genuin gesellschaftlichen Organisation, der Partei, mit dem Staatsapparat mussten einen Prozeß der Entzivilisierung bewirken. Es nimmt nicht wunder, daß der zivilisatorische Nachholbedarf sich in den osteuropäischen Ländern heute nur als unkritische Übernahme der westlich-industriegesellschaftlichen Zivilisation artikulieren kann. Überholen ohne einzuholen scheint nicht zu funktionieren.

9. Klaus Rendgen hat in Z 2/90 die Begriffe '*kriegskommunistischer Politiktyp*' und '*extensiv erweiterte Produktion der Wirtschaft*' als Erklärungsmerkmale für den Niedergang des 'Sozialismus' angeführt.<sup>30</sup> Damit ist in der Tat der *Ausgangspunkt* dieser Systeme benannt. Für die

Analyse der sich entwickelnden gesellschaftlichen Machtverhältnisse und -strukturen sind die Kategorien unzureichend. Zu verfolgen wäre die wechselseitige Durchdringung dieser Erscheinungen und was sich im Gang der weiteren Entwicklung daraus ergibt. Wir müssen noch einmal auf die Begriffe 'Basis' und 'Überbau' zurückkommen. "Sie bilden keine eigenen gesellschaftlichen Sphären oder Regionen, sondern stellen sich unterscheidende und zugleich widersprüchlich miteinander verbundene Formen der Vergesellschaftung dar."<sup>31</sup> Joachim Hirsch hat versucht Begriffe der französischen Regulationstheoretiker für eine marxistische Analyse von Gesellschaftsformationen fruchtbar zu machen. Schlüsselbegriffe sind dabei 'Akkumulationsregime' und 'Regulationsweise'. Damit sollen spezifische Formen der ökonomischen Reproduktion und des gesellschaftlichen Zusammenhalts erfasst werden. Es versteht sich, daß eine spezifische Regulationsweise, als der Gesamtheit der institutionellen Formen und Normen, die Übereinstimmung von sozialem Verhalten und jeweiligem Akkumulationsregime sichern sollen, auf die Produktionsverhältnisse zurückwirkt. Bringen wir nunmehr die genannten Begriffe zusammen, so ergibt sich: Kriegskommunistischer Politiktyp und extensiv erweiterte Reproduktion im Rahmen staatlicher Planung konstituieren bestimmte Grundverhältnisse der sozialen Akteure. Der Staatsapparat wird zur exklusiven regulierenden gesellschaftlichen Institution, er konzentriert die Mittel wirtschaftlicher Reproduktion und verfügt über sie. Der Staat wird zu einem Produktionsverhältnis sui generis (R.Bahro)<sup>32</sup> Die Ziele der extensiv erweiterten Reproduktion sind vom Nachholbedarf gegenüber der kapitalistischen Ökonomie diktiert. Da die Kommandowirtschaft nicht über die effektiven Mittel verfügt, gerät das Hinterherhecheln zum Dauerzustand.<sup>33</sup> Die Bezugsgrößen der Wirtschaftsakkumulation sind eher abstrakter Art: Weltmarkt, internationale Stellung des Staates, innere Stabilität. Als prototypisch kann hier das hypertrophe Mikroelektronikprogramm im letzten Jahrzehnt der DDR gelten. Mit gebrauchswertorientierter, an den Bedürfnissen der Produzenten ausgerichteter Produktion hat dieses System wenig zu tun. Diese tendenzielle Ausschaltung der Individuen in der Bestimmung der Produktionsziele korrespondiert mit der 'Durchstaatlichung der Gesellschaft' (J.Hirsch) im politischen Bereich. So haben diese Systeme immerhin zeitweilig funktioniert. Zugleich wurde damit der Keim ihrer großen Krise gelegt.<sup>34</sup> Der Übergang zu einem neuen Akkumulationsregime, i.e. einer intensiv erweiterten Reproduktion, einer Orientierung auf qualitative Bedürfnisbefriedigung, mißlang, weil die erstarrte, monolithische Regulationsweise, die die Subjekte niedergedrückt hatte, keine Möglichkeiten der flexiblen Umgestaltung und Öffnung des Systems bereithielt. Die Schaffung neuer gesellschaftlicher Regulierungsmöglichkeiten kollidierte mit dem ausschließlichen Dirigismus von oben. Sowohl die marktwirtschaftlichen Öffnungsversuche als auch die politisch-kulturellen Lockerungen durften nicht an den zentralen Machtstrukturen rütteln. Sie wurden sofort zurückgedreht, als die Widersprüche zunahmen. Beispielf-

haft hierfür ist die kulturpolitische Entwicklung der DDR zwischen 1972 (Verkündung von mehr Offenheit) und 1977 (Biermann-Ausbürgerung). Ebenso exemplarisch ist der Kurs der KPC nach der brutalen Unterdrückung des 'Prager Frühlings' gewesen. Die Lösung sollte in einer Art Doppelstrategie bestehen: Polizeiknüppe! und Pilsener Urquell. Anstrengungen zur spürbaren materiellen Verbesserung wurden begleitet von ständig präsenter Repression (s. die Unterdrückung der Charta '77). Alle halbherzigen Reformen in den 60er und 70er Jahren mussten unweigerlich scheitern.

10. Der Begriff für diese Gesellschaft ist noch nicht gefunden. War es 'Staatssozialismus, dessen Struktur sich im Prinzip nicht von der Struktur der bürgerlichen Gesellschaft unterscheidet'?"<sup>35</sup> Dieser Ausdruck ist nichtssagend und verschleiern. Wer herrscht, wie, welche Ziele werden verfolgt? Staatskapitalismus? Dieser Begriff scheint eher mißverständlich. 'Kapitalismus' muß sich auf einen Prozeß der Akkumulation von Mehrwert zwecks privater Aneignung beziehen. Staatskapitalismus könnte nur bedeuten, daß ein zeitweilig dominierender staatlicher Sektor, der privaten Akkumulation zuarbeitet. Feudalsozialismus? Der in der DDR-Soziologie aufgebrachte Begriff knüpft an bestimmten Erscheinungsformen der politischen Machtausübung an, kann aber die Gesamtheit der Gesellschaftsformation nicht erfassen. Der Generalsekretärs auf seiner 'Protokollstrecke' mit den hergerichteten Fassaden zur Rechten und zur Linken, hinter denen der Verfall rapide voranschreitet, ähnelt tatsächlich dem König in seiner Kutsche, dem auch nur die Schokoladenseiten seines Reichs gezeigt werden. Doch handelt es sich eher um Inszenierungen einer Macht, die über keine organisch ausgebildete, kulturelle Repräsentation verfügte, und deshalb Anleihen aus früheren Epochen machte. Die Staatsjagden und Wandlitz stehen eher für eine Herrschaftsklasse, die verstecken muß, daß sie eine ist; für die Verselbständigung einer Kaste, die immerhin noch weiß, was sie ihrer 'kommunistisch-egalitären Ideologie' schuldig ist.

Bürokratischer Sozialismus? Nach Max Weber bedeutet Bürokratie die Durchführung von Verwaltungstätigkeiten durch ein besoldetes, ausgewähltes, hierarchisch gegliedertes Spezialistentum. Daher schreibt W. Hofmann, daß 'die Bürokratie' nie herrschen kann.<sup>36</sup> Eine Eigenart der untergegangenen Gesellschaftsformation war jedoch die exorbitante Wucherung dieser Schicht, die funktional für die Durchführung der staatlichen Kommandowirtschaft benötigt wurde, die sich strukturell der politischen Klasse (der Parteileitungen) amalgamierte und daher mehr und mehr das Bild dieser Gesellschaften prägte. Entstalinisierung bedeutete auch Rücknahme der exzessiven politischen Machtausübung, der repressiven Mobilisierung der Gesellschaft zugunsten einer schwerfälligen, bürokratischen Verwaltung. Daher erscheint die Stalin'sche Ära in vieler Hinsicht 'dynamischer' als die Folgezeit. Wenn Hofmann sagt, Herrschaft der Bürokratie würde "Versteinerung der Gesellschaft"<sup>37</sup> bedeuten, so ist damit ja

gerade ein Merkmal der Sowjetgesellschaft getroffen. Die Bürokratie gehört alles in allem zu den tragenden Schichten dieses Gesellschaftstyps und hat ein gerüttelt Maß an Eigeninteressen entwickelt, die in die Formulierung staatlicher Politik einfließen. Dennoch ist die Bezeichnung von der bürokratischen Gesellschaft zu diffus, um übernommen zu werden.

*Rohrer Kommunismus?* Peter Ruben hat mit Rückgriff auf die 'Ökonomisch-Philosophischen Manuskripte verblüffende Übereinstimmungen zwischen der DDR-Gesellschaft und den Marx'schen Ausführungen zu einer roh-kommunistischen Ordnung festgestellt.<sup>38</sup> Dennoch vermittelt auch dieser Begriff keinerlei Aufschlüsse für eine soziologische Analyse.

Ich verwende hilfsweise das Wortungetüm '*nichtkapitalistische, etatistische Parteidiktatur*'. Nichtkapitalistisch meint: ein Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen hat stattgefunden; die Wirtschaft funktioniert nach anderen Prinzipien als denen privater Gewinnmaximierung. Etatistisch meint: der Staat ist quasi alleiniges Wirtschaftssubjekt, die Wirtschaft orientiert sich vornehmlich an kapitalistisch geprägten Paradigmen wie 'Weltmarkt' und 'Produktivkraftentwicklung', um die 'sozialistische Staatsmacht' zu stärken. Daß verselbständigte Machtinteressen eines Staatsapparats zu wirtschaftsleitenden Kriterien werden können, passt in das traditionelle Klassenschema nicht hinein. Doch wahrscheinlich gilt es gerade hier umzudenken. (s.o.) Etatistisch meint weiterhin: Staatliche Organe überformen das gesamte gesellschaftliche Leben (z.B. Stasi). *Der Begriff Parteidiktatur hebt auf das wesentliche Machtzentrum dieser Gesellschaften ab und auf die Form politischer Machtausübung.* Die zentrale Parteiführung ist das - auch verfassungsrechtlich abgesichert - gesellschaftlich dominierende Element, selbst in den scheindemokratischen Legitimationseinrichtungen (Volkskammer usw.) ist die führende Rolle institutionell abgesichert. Der Ausdruck 'etatistische Parteidiktatur' als Begriff für eine Gesellschaftsformation mag ungewöhnlich erscheinen, aber wir haben es in der Tat mit einer Gesellschaft 'neuen Typs'. Zitieren wir dazu Fritz Behrens:

"Diese Gesellschaft ähnelt in vielen Zügen der halbasiatischen vorrevolutionären russischen Gesellschaft mit ihrem Despotismus und ihrer Bürokratie, aber sie zeigt durchaus auch neue - moderne - Züge... ist die Produktionsweise des real existierenden Sozialismus keine Übergangsgesellschaft mehr, sondern bereits eine wieder in Klassen erstarrte Variante der alten bürgerlichen Gesellschaft. Es ist eine bürokratische Produktionsweise mit einem staatsmonopolistischen Überbau... Der real existierende Sozialismus ist keine Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus bzw. gar schon Kommunismus, sondern eine selbständige gesellschaftliche Formation."<sup>39</sup>

**11.** Die neue Gesellschaft des realen Sozialismus hat eine neue politische Herrschaftsklasse hervorgebracht, eine unfähige zudem. Fakt

ist, daß die alten besitzenden, machtausübenden Klassen im Prozeß der revolutionären Transformation verdrängt und vernichtet wurden. An ihre Stelle rückte die 'Avantgarde' der kommunistischen Parteien, die zügig daran ging, mittels außerökonomischer Gewalt einen neuen Staatsapparat aufzubauen. Diese neue politische Klasse - im revolutionären Rußland anfänglich noch stark von der linken Intelligenz geprägt - wurde vornehmlich aus dem proletarischen Lebens- und Organisationsmilieu rekrutiert und quasi aus dem Boden gestampft. Sie sollte sich im Schnellkurs (in der DDR z.B. über die Arbeiter- und Bauern-Fakultäten) jenes 'kulturelle Kapital'<sup>40</sup> (P. Bourdieu) aneignen, das zur Machtausübung gebracht wurde. Aus diesem Bildungsprozeß der neuen politischen Klasse erklärt sich ihre weitgehende Homogenität. An der Spitze der Hierarchie in den osteuropäischen Ländern standen die Führer des kommunistischen Widerstandes gegen den Faschismus - die Antifa-Generation gewissermaßen. Eine verschworene Gemeinschaft mit hoher biographischer Ähnlichkeit. Darunter rückte die 'Aufbaugeneration der ersten Stunde' in die Führungspositionen der neu entstehenden Staaten. Auch sie mit gleichen Lebenserfahrungen und gleichem ideologischen Horizont. Die neuen Träger der Macht wurden unzweifelhaft aus der Arbeiterschaft rekrutiert. *Die Rede vom 'Arbeiterstaat' ist daher so falsch nicht.* Er bildet jeweils den historischen Ausgangspunkt. (s.o.). Die aus der autoritär und patriarchalisch (!) geprägten Arbeiterbewegungstradition stammenden Leitungskader übernahmen das Kommando. Doch die von Lenin für nötig erachtete Kulturrevolution fand nicht statt - allenfalls eine gewaltige Bildungsexpansion, die für den Aufbau von Industriegesellschaften unverzichtbar war. Doch diese Ausweitung der Volksbildung erfolgte im Rahmen einer *Erziehungsdiktatur* mit starrem Wissenskanon und rigider Einpassung der zu Erziehenden. Das hauptsächliche Selektionskriterium für den Aufstieg war die 'Treue zur Sache'. Nach dem 'Nomenklatura-Prinzip' bestimmten letztlich die Parteileitungen wer zu den qualifizierten und leitenden Tätigkeiten Zugang hatte. Daß sich die herrschenden Eliten nicht durch Weitergabe von ökonomischen Kapital, sondern durch Bildungskapital reproduzierten, ließ sie für die Linke in einem vergleichsweise demokratischen Licht erscheinen. Der sich sukzessive ausprägende Selbstrekrutierungsmechanismus der Herrschenden wurde übersehen! Wohlmeinende Analytiker des 'Sozialismus' liessen sich durch die offiziellen Statistiken blenden, in denen ein hoher Anteil von Angehörigen der Arbeiterklasse in den höheren Bildungseinrichtungen ausgewiesen wurde. Doch da jeder Funktionär seinen früheren Beruf oder nur 'Angestellter' anzugeben pflegte, war der Umfang der Selbstrekrutierung nicht mehr erkennbar. Aber auffallen hätte müssen, daß das strikte soziale Quorum der Anfangsjahre fallengelassen wurde. Auf alle Fälle bestimmte die Gruppe, die das Machtmonopol hatte, über die Karrieren der Nachkommenden. Allein dieser Mechanismus leistete einer Verselbständigung der Partei- und Staatsapparate gehörig Vorschub.

12. Die Unfähigkeit der neuen herrschenden Klasse hängt also mit ihren besonderen Konstitutionsbedingungen zusammen. Das 'Kulturdefizit', das sich immer wieder in der latenten Intellektuellenfeindlichkeit offenbarte, ist dabei eher nebensächlich. *Es geht um das falsche Bewußtsein, das eine soziologisch aparte Gruppe, die sich einer kritischen Öffentlichkeit entledigt hat, notwendigerweise entwickeln muß.* Ohnehin eingezwängt in den Glaskasten eines geschlossenen Weltbildes, musste die Rechtfertigungsfunktion einer ML-Ideologie mehr und mehr bemüht werden, um die Sonderinteressen zu legitimieren. Der Triumphzug des Fiktiven über das Faktische war unaufhaltsam. So wurde auch die Selbstverhüllung einer Macht produziert, die nicht mehr durchblicken konnte. Doch es geht nicht nur um den Rückzug in die Wandlitzer Laubenkolonie - die Einigelung also. Charakteristisch ist ebenso die bewußte und vorsätzliche Frisierung der Bilanzen, die Vertuschung der Skandale, die ständige Lüge gegenüber dem Volk. Die das veranlaßten, waren keine Repräsentanten einer aufstrebenden Gesellschaftsschicht, die dort regierten. Der moralische Verfall bereitete immer den Untergang von sozialen Gruppen vor, die sich überlebt hatten. Und mit dieser Klasse war kein Staat zu machen.

13. Das Dilemma dieser neuen Klasse war strukturell ihre schmale Machtbasis. Die Rede von den zwei Verantwortlichen am Untergang der DDR, Honecker und Mittag, ist selbstverständlich eine groteske Überzeichnung der Verhältnisse. Aber wenn wir die Herren Krenz, Mielke und Hager hinzufügen, nicht ganz aus der Luft gegriffen. Man muß dabei von den spezifischen Machtstrukturen leninistischer Parteien ausgehen, mit dem traditionellen Übergewicht des zentralen Apparats, der dominierenden Stellung des Vorsitzenden im Verbund mit dem 'Organisations- und Kaderverantwortlichen' und der besonderen Bedeutung des 'Chefideologen'. Hinzu kamen die zentrale Leitung des Wirtschaftsapparates und die Führung der 'Staatssicherheit'. Natürlich umfasste die regierende politische Klasse bedeutend mehr Menschen. Denken wir allein an die 'Hauptverwaltung Ewige Wahrheiten' und die 'Hauptverwaltung Aufklärung'. Es ist allerdings eine Eigenart dieser Macht, daß sich bis in die zentrale Führung hinein sorgfältig abgestufte Rangordnungen ausbilden. Da musste auch schon einmal der Bezirkschef (s. Modrow) nach Berlin zum Kopfwaschen. So kann sich bis auf den Generalsekretär fast jeder aus der Verantwortung herausreden. Die eigentlichen Machtzentren reichen nie und nimmer aus, um eine Gesellschaft im Griff zu behalten. Dazu wurde ein sich immer weiter aufblähender bürokratischer Aufsichts- und Kontrollapparat benötigt. Der Wirtschaft, die ohnehin schon unter einer ausgedehnten Planungsbürokratie zu leiden hatte, wurden weitere wichtige Ressourcen entzogen. Dieser riesige bürokratische Apparat konnte vorübergehend die Herrschaft einer kleinen Minorität stabilisieren helfen, war aber letztlich kontraproduktiv. Er gewährleistete das Ausschalten oppositioneller Bestrebungen, er nährte die Illu-

sion mancher, ein Stückchen an der Macht beteiligt zu sein und er sicherte so manche Annehmlichkeiten. Bürokratien tendieren zur Beharrlichkeit. Sie taugen nicht zur aktiven Veränderung. Aber sie sind extrem wandlungsfähig. Im Klartext: für eine basisnahe Erneuerung der sog. sozialistischen Gesellschaften standen sie nicht zur Verfügung. Aber sie waren schnell bereit, sich in veränderte Rahmenbedingungen einzufügen. Der der kleinen Herrschaftskaste aggregierte bürokratische Apparat zerbröselte im Moment der großen Krise wie ein von Motten zerfressener Pelzmantel. Er stand schon in den Startlöchern, um neuen Herren zu dienen.

Mit der industriegesellschaftlichen Entwicklung war natürlich auch eine starke Ausweitung der verschiedenen Intelligenzgruppen verbunden. Sie wurden "in der DDR stärker in einen aufgeblähten bis parasitären Staats-, Militär- und Parteibürokratiesektor kanalisiert, jedoch administrativ reguliert und begrenzt (systematische Kaderbedarfspolitik)"<sup>41</sup>. Die Intelligenz befand sich in widersprüchlicher Lage. Einerseits war sie Vorzeigeobjekt und sollte für die Überlegenheit des 'Sozialismus' stehen, d.h. sie wurde auch gehätschelt und gepflegt; andererseits unterlag sie der ständigen und kleinlichen Schurigelei der meist sachinkompetenten Funktionäre. Dieser Balanceakt zwischen Wahrheit und Macht begründete auch das Schwanken zwischen meritokratischer, opportunistischer Orientierung und aufreibenden Versuchen der Bewahrung der Autonomie und sogar der Subversion. Vornehmlich aus ihren Reihen wurden nicht zufällig die Bürgerbewegungen gespeist, die für eine neue, demokratische Gesellschaft eintreten.

Geredet werden muß auch von der erheblichen Bedeutung der Schattenwirtschaft für die Reproduktion dieser Gesellschaften. Mit dem steten Anwachsen des sog. 'Schwarzmarktes' wuchs auch die Schicht der Manager und Profiteure des halb- bis illegalen Warentauschs. Diese ehrenwerte Gesellschaft war mehr oder weniger eng mit dem Staatsapparat liiert (dem wirtschaftlichen Zweig der Stasi v.a.); bis an die Staatsspitze reichten ihre Vertreter. Schalk-Golodkowski steht für diesen Unternehmertyp, dem Skrupel fremd waren, wenn es um gute Geschäfte ging. Den Schalks ging es verhältnismäßig gut; in der 'freien' Marktwirtschaft dürfte es ihnen noch besser gehen.

14. Die Konstitution einer Klasse muß zwangsläufig mit der Ausbildung ökonomisch-sozialer Sonderinteressen einhergehen. Daß es solche nicht gegeben habe, darauf gründeten sämtliche Apologien des Realsozialismus. Die etatistischen Parteidiktaturen haben ein vielfältiges, differenziertes System der Statuszuweisung, der Rangordnungen und der Privilegien ausgebildet. In einer Gesellschaft, die sich stark um die Sphäre der industriellen Arbeit konzentriert, ist es von erheblicher Bedeutung, ob man von körperlicher Arbeit, subalternen Arbeit befreit ist oder nicht. Daher hat auch R. Bahro diesen Gegensatz von Hand- und Kopfarbeit akzentuiert. In einer Mangelwirtschaft zählen die vielen kleinen Vorteile eines politischen Funktionärs mehr als doppelt. Wer bekommt eine Woh-

nung, wer darf wohin reisen, wer darf sich weiterbilden, wer hat ein Wörtchen mitzureden, all dies sind Fragen von bedrängender Qualität. Gemäß der geringen Effizienz dieser Staaten waren die Privilegien der 'Vorzugsschichten' bescheiden (auch wenn sie in Einzelfällen das Vorstellungsvermögen der hiesigen Linken überstiegen). Daß die politisch herrschende Funktionärskaste aus ihrer *gesellschaftlichen* Stellung vielfältigen Nutzen gezogen hat, ist jedoch evident. Man sehe sich nur das inzwischen bekanntgewordene Vermögen der herrschenden Parteien und ihnen aggregierten Einrichtungen an. Damit konnten ganze Lebensbereiche (Jugend und Freizeit !) und weite Teile der 'Öffentlichkeit' (Zeitungen !) kontrolliert werden. Daß sich in diesen sozialen Gruppeninteressen ganz persönliche Interessen gut "unterbringen" ließen, versteht sich. Ein System umfassender privater Vorteilsnahme kraft sozialer Stellung bildete sich aus, seine Mechanismen reichen von politischem Druck, über das 'Vitamin-B-Prinzip' (Beziehungen) bis zur offenen Korruption. Die bornierten Privatinteressen fanden freilich immer wieder eine Schranke an den ökonomischen Besitzverhältnissen und dem latent wirkenden Überhang kommunistischer Ideologie. Unter der Käseglocke der etatistischen Wirtschaftsstrukturen war demzufolge nur eine gedrosselte Ausbildung von Privatinteressen möglich. Wahrscheinlich erklärt sich ein Gutteil der Ineffizienz dieser Gesellschaften aus der Fesselung der Subjekte: die Bedürfnisse der Produzenten kamen nicht zur Geltung, die Privatinteressen des Establishments durften nur gefesselt in Erscheinung treten. Diese gedrosselten Sonderinteressen aber, die mit der Ineffizienz der Kommandowirtschaft wuchsen, führten zu dem begehrlichen Schielen eines erheblichen Teils der herrschenden Klasse auf den prosperierenden Kapitalismus. Die Zugeständnisse, die der Staat ihnen im Rahmen der Intershop- und Delikat-Ökonomie machte, trugen ein weiteres dazu bei, kapitalistische Neigungen zu entwickeln. Für die große Zahl der 'Untertanen' verstärkte sich damit zu Recht der Eindruck einer doppelbödigen Führungsschicht. Dann wollte man doch lieber die kapitalistische Konsumgesellschaft für Alle. Heinz Jung unterschlägt in seinem Beitrag, wie die sog. sozialistischen Länder dem Konsumismus zugearbeitet haben. Und daß diese Gesellschaften nicht durch Privatinteressen konstituiert seien<sup>42</sup>, ist nicht mal die halbe Wahrheit.

15. Wer der Vorstellung anhängt, es habe sich um einen 'verzerrten Sozialismus' gehandelt, tut sich natürlich schwer zu ergründen, warum sich dieses System nicht rechtzeitig wandeln und stabilisieren konnte. Warum gab es diese Blockaden, die mit den krisenhaften Erscheinungen und dem Niedergang in den letzten 15 Jahren immer schlimmer wurden? Ein Beispiel für völlige Begriffslosigkeit ist wieder H. Jung. Wartet in seiner Betrachtung der ersten Jahrzehnte des sozialistischen Experiments die 'reine Ökonomie' (die materiellen Bedingungen ließen kaum Alternativen zu) so wechselt er mit Beginn der siebziger Jahre flott in die Sphäre reiner Moral über: Man hätte dort, gestützt auf das inzwischen er-

reichte Wirtschafts- und Machtpotential "auf Menschenrechts- und Demokratisierungskampagnen mit einem tiefgreifenden Konzept innerer Reformen und Modernisierungen ... antworten müssen, statt sich auf bürokratische Abblock- und Sicherheitspraxen zu beschränken."<sup>43</sup> Politik sei durch Administration und Bürokratie ersetzt worden. Aber warum um Himmels willen wurde ein solcher, selbstzerstörerischer, jeglichem gesunden Menschenverstand spottender Kurs eingeschlagen. Lag es an der Senilität der Führung? Aber senile Gerontokratien haben strukturelle, gesellschaftliche Voraussetzungen. Lag es am zu geringen Intelligenzquotienten? Eher sollte man von 'funktionaler Dummheit' (C. Castoriadis) sprechen. Verselbständigte Ideologien vermögen die Halsstarrigkeit bestimmter Führer erklären; daß ein gesellschaftliches System sich nicht als wandlungsfähig erweist, muß mit verselbständigten Machtstrukturen und -interessen zu tun haben. Diese kommen bei Jung konsequenterweise nur peripher und verschämt in den Blick. Er müsste ansonsten den *repressiven Grundcharakter dieser Gesellschaften* zugeben; seine Illusionen über das SED-Regime würden flöten gehen. Stattdessen erscheint die DDR als rechte Idylle. Die Entwicklung des letzten Jahrhunderts wird mit den recht neutralen Begriffen 'Administration' und 'Bürokratie' verharmlost. Überdies habe der Sozialismus wegen der Ausgleichspolitik mit dem Westen auf den Einsatz seiner Repressionsapparate verzichtet.<sup>44</sup> Die Wirklichkeit sah anders aus. In Zahlen: seit dem Regierungsantritt von Gorbatschow wurde die Zahl der Mitarbeiter des MfS noch einmal beträchtlich aufgestockt (!); der staatliche Überwachungsapparat lief auf Hochtouren. Und was war mit den Verhaftungen bei den Januar-Demonstrationen, mit den Überfällen auf die Umwelt-Bibliothek, mit der Abschiebung von Dissidenten, mit dem Verbot sowjetischer Zeitschriften? Daß Jung die 'Pekinger Karte' als "Variante der Krisenbewältigung"<sup>45</sup> auch nur in Erwägung zieht, zeigt wie sehr der alte Leninismus noch mit repressiver, diktatorischer Politik schwanger geht. (Dies wird im übrigen auch aus der Bemerkung deutlich, der Sozialismus sei letztlich am ökonomischen Gefälle gescheitert. Dieser Satz ist für sich genommen nicht falsch; er überspielt aber die Schlüsselfrage nach den *gesellschaftlichen* Ursachen)

16. Daraus, daß die 'sozialistischen' Gesellschaften, so sang- und klanglos (von Rumänien abgesehen) untergegangen sind, wird geschlußfolgert, es habe sich eben nicht um Klassengesellschaften gehandelt. Es wäre schließlich das erste Mal in der Geschichte, daß eine herrschende Klasse ihre Macht freiwillig aus der Hand geben würde. Meine These ist eine andere; sie folgt aus dem oben Gesagten:

1. die herrschende Klasse war aufgrund ihrer gerade im letzten Jahrzehnt rapide voranschreitenden Entfremdung vom Volk in einer herben Isolation. Der Widerstand breiter Volksschichten erstarkte unglaublich rasch; die Machtpotentiale des Staates waren erheblich geschmolzen;

selbst über Polizei und Militär konnte nicht mehr nach Belieben verfügt werden.

2. Sie war in einem unaufhaltsamen Zerfallsprozeß begriffen, was mit ihren besonderen Konstitutionsbedingungen zusammenhing. Sie zerfiel in Gläubige, Opportunisten und Dissidenten. Die Gläubigen steigerten mit der Entfremdung von der Realität ihre fanatischen Gewißheiten bis zum infantilen Regreß ("Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf"); die Opportunisten, die aus Karrieregründen 'die Sache' unterstützt hatten, hielten ihre Nase in den sich drehenden Wind und warteten ab. Sie lauerten bereits auf die Wende und hatten keine Schwierigkeiten, sich schnell auf die neue Lage umzustellen. Der erstaunliche Übergang hat eben auch mit dieser bereits zum Übergang bereiten Herrschaftsschicht zu tun! Wie schnell wurden aus kommunistischen sozialdemokratische Parteien! Aber wahrscheinlich verdanken wir die friedliche Transformation noch mehr mit den sich ausbreitenden Dissidenten im herrschenden Lager, die repressive 'Lösungen' verhindern und einen Neuanfang versuchen wollten.

17. Daß die 'Dissidenten' in der Sowjetunion Regierungspositionen erringen konnten, kann nur aus dem drohenden Kollaps dieser Gesellschaft erklärt werden. Die alte Kaste war am Ende ihres Lateins und gestattete, dem Druck von unten nachgebend, die Inthronisation jüngerer Kader. Zugleich setzte sie alles daran, den Veränderungsprozeß in den gewohnten Bahnen und Grenzen zu halten. Gegen die Agonie und den Widerstand der machtvollen bürokratischen Apparate hatte die Erneuerung von vornherein einen schweren Stand. Die von Gorbatschow eingeleitete Politik der perestroika wird letztlich an einem unauflöslichen Ziel-Mittel-Konflikt zugrunde gehen. Die demokratisch-sozialistische Erneuerung konnte nicht mit den alten zentralstaatlich-bürokratischen Mitteln ins Werk gesetzt werden. Es brauchte der Herstellung einer Öffentlichkeit (glasnost) und der Wiedererweckung der Lebensgeister der Menschen, der Völker etc. Die unumgängliche Freisetzung der vorfindlichen Stimmungen, Emotionen, Vorstellungen musste zugleich verdrängte, unterdrückte Nationalismen, religiöse Sehnsüchte und Konsumwünsche an die Oberfläche spülen. Es wurde immer deutlicher: eine subjektive Basis für sozialistische Umgestaltungen ist nicht mehr vorhanden. Die perestroika muß unerbittlich für die Tragödie der Vergangenheit bezahlen. Sie muß sich heute auf ein Minimalprogramm beschränken, um den friedlichen (!) Übergang zu einer möglichst zivilisierten, marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung zu sichern. Gorbatschow 'Kapitulation' oder gar 'Verrat' vorzuhalten, heißt in der Konsequenz, die vorgängigen, repressiven Parteidiktaturen reinzuwaschen. Dann sollte man aber vom Sozialismus schweigen<sup>46</sup>.

- 1 Bisher wurden vor allem die Wirkungen des sog. Sozialismus beschrieben; z. B. die Zerstörung des Subjekts oder die Unterdrückung der Frau bei S. Lehdorff/K. Peters, "Links sein nach der Niederlage des Sozialismus". Thesen zum Kongreß der Erneuerer, März 1990 Köln.
- 2 Jung, H., Der Zerfall des Sozialismus, der Abgang der DDR und die Linke, in: Z 2/90, S. 174-202
- 3 ebd., S. 177
- 4 ebd.
- 5 ebd. S. 182
- 6 ebd. S. 202
- 7 Dutschke, R., Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, Berlin 1974
- 8 Lenin-Werke, Bd. 33, S. 40-60, Berlin 1971
- 9 Natürlich ist dies eine provokativ zugespitzte These; sie blendet die Bedeutung der Oktoberrevolution als 'Anti-Kriegs-Ereignis' ebenso aus, wie ihre positive Wirkung für den Prozeß der Entkolonialisierung.
- 10 Busch-Weßlau, J., Der Marxismus und die Legitimation politischer Macht, Frankfurt/New York 1990
- 11 Marx hatte auch noch ein anderes Motiv im Kopf: "Die doktrinaire und notwendige phantastische Antizipation des Aktionsprogramms einer Revolution der Zukunft leitet nur ab vom gegenwärtigen Kampf." K. Marx an F.D. Nieuwenhuis, 22.2.1881, in: Marx Engels Werke (MEW), Bd. 35, S. 161, Berlin
- 12 vgl. Arend, Hannah, Über die Revolution. München 1965
- 13 s. Lenin Werke, Bd. 33
- 14 Das Verhältnis von Konsens und Zwang, das in dem Gramsci'schen Begriff der Hegemonie eine zentrale Rolle spielt, wäre freilich für diesen historischen Zeitraum näher zu untersuchen.
- 15 Hess, P., Abschied von der DDR, in: 1999, 3/90,
- 16 Jung, H., a.a.O., S. 178
- 17 Der Autor möchte nicht den Eindruck erwecken, daß er diese Auffassungen niemals geteilt hat. Aber er gesteht sich das Recht auf Weiterentwicklung zu.
- 18 Deppe, F./G. Meyer, Vorwort zu W. Hofmann, Was ist Stalinismus? Heilbronn 1984, S. 19
- 19 Hofmann, W., Was ist Stalinismus?, a.a.O., so lautet die Überschrift des letzten Kapitels. S. 111
- 20 ebd.
- 21 ebd., S. 29
- 22 ebd., S. 27
- 23 ebd. S. 99
- 24 MEW, Bd. 23. Berlin 1966
- 25 Krahl, H.J., Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischem Klassenkampf, Frankfurt 1975, S. 183/184
- 26 Hofmann, a.a.O., S. 53
- 27 Hofmann, a.a.O., S. 55
- 28 Krüger, H.P., Zur Differenz zwischen kapitalistischer und moderner Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 3/90, Berlin. S. 202 ff.
- 29 Marcuse, H., Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied, S. 122
- 30 Rendgen, K., Frühe sozialistische Systeme, in: Z 2/90, S. 157- 166
- 31 Hirsch, J. Kapitalismus ohne Alternative?, Hamburg 1990, S. 19
- 32 Bahro, R., Die Alternative, Berlin 1979



- 33 Die nachholende Industrialisierung, bzw. die Kopie des fordistischen Kapitalismus - ohne über dessen Effizienz zu verfügen - führte auch zur Übernahme des dort hervorgebrachten Produktionsapparates. Es fesselte diese Gesellschaften an ein Akkumulationsmodell, das die negativen Züge kapitalistischer Produktionsweise noch übertraf: Auf die ökologischen Folgen konnte keine Rücksicht genommen werden. Die Ausschaltung kritischer Öffentlichkeit und der Basisdemokratie musste in der Situation der Implementierung von HighTech-Risikotechnologien und der Gefährdung des 'ökologischen Gleichgewichts' zum Desaster werden. Bitterfeld und Tschernobyl stehen dafür.
- 34 Altvater, E., West-östliche Große Krisen, in: initial 4/1990, S. 355 ff.
- 35 Behrens, F., Der real existierende Sozialismus, in: Utopie konkret 2/90, Berlin, S. 89
- 36 Hofmann, a.a.O., S. 54
- 37 ebd.
- 38 Ruben, Peter, Was ist Sozialismus? in: initial 2/1990, Berlin, S. 115-125
- 39 Behrens, F., a.a.O.
- 40 Bourdieu, P., Die feinen Unterschiede. Zur Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt 1987.
- 41 Nitsch, W., Ein potentieller Ort für freies Denken, in: Forum Wissenschaft 2/1990, Marburg, S. 21 ff.
- 42 Jung, a.a.O., S. 178
- 43 ebd.
- 44 ebd.
- 45 Jung, H., a.a.O., S. 188
- 46 Der Eindruck könnte die Interpretation nahelegen, es habe keine historischen Alternativen zum Untergang dieser sog. sozialistischen Gesellschaften gegeben. Der Verfasser ist kein Anhänger naturgesetzlicher Geschichtsauffassung. Also gab es verschiedene historische Optionen. Z. B. hätte der 'Prager Frühling' Katalysator eines demokratisch-sozialistischen Aufbruchs werden können. Die internationale Konstellation war günstig; Emanzipationsbewegungen hatten sich in fast allen Teilen der Welt aufgemacht. Daß diese historische Chance nicht genutzt wurde, verweist aber doch wieder auf die verselbständigte poststalinistische Staatsmacht - Panzer erstickten die Hoffnungen der Menschen.

## V o r s c h a u

Z - Nr. 5  
erscheint im März 1991  
mit dem Schwerpunktthema

### Erneuerung und Aktualisierung marxistischen Denkens?

u.a. vorgesehene Beiträge: Das Konzept der Moderne  
Defizite der Kapitalismusanalyse  
Die neuen Marktwirtschaftler  
Moderne Soziologie Der vergessene Alltag  
Existentialismus Der Mensch in der Biosphäre  
Gorbatschowismus?

Johannes Henrich von Heiseler

## Moskauer Gespräche

Im Folgenden werden den Leserinnen und Lesern Auszüge aus zwei umfangreichen Gesprächen mitgeteilt, die ich im Oktober 1990 in Moskau führen konnte. Sie sollen das Bild der gegenwärtigen Lage in Rußland ergänzen. Ich spreche bewußt von Rußland, denn das Schicksal Rußlands scheint sich immer stärker von dem der Union zu lösen.

In der hiesigen Presse wird vor allem über drei wichtige Strömungen in Rußland berichtet: Über die zentristische Strömung, die durch Michail Gorbatschow repräsentiert wird, über die liberale Strömung, die mit Jelzins Namen verbunden ist und über die konservative, teils seriös monarchistische, teils antisemitisch-chauvinistische Tendenz, die ihre Repräsentanten unter anderem in den bedeutenden Schriftstellern Rasputin und Soltschenizyn findet. Das Spektrum der russischen Politik ist jedoch breiter. Es erweitert sich, die verschiedenen Strömungen und Positionen differenzieren sich immer deutlicher.

Es sind zwei ungewöhnliche Gesprächspartner, aufregend durch ihre den oben genannten Strömungen völlig zuwiderlaufende Sicht der Dinge. Richard Kossolapow, vorübergehend einmal Chefredakteur der von der KPdSU herausgegebenen theoretischen Zeitschrift "Kommunist", jetzt Hochschullehrer in Moskau, ein von den liberalen Kräften in der KPdSU als konservativ bezeichneter Intellektueller, paßt nicht recht in das Schema, daß man sich hierzulande macht. Er fiel schon früher durch Ansätze auf, die quer zu den herrschenden Doktrinen ein stark utopisches Element enthielten. Er gehört keineswegs zu der Strömung der Beharrer, für die Ligatschow steht, die, als die Arbeiter und im Ural und im Donezk-Gebiet streikten, darin nur Unordnung und Chaos sahen. Manchmal scharf, witzig, ein Mann der älteren Generation mit einem durch tausend Fältchen lebendigen Intellektuellen-Gesicht, sagt er mir auf eine Bemerkung zu seinen Ansichten: "Ich weiß gar nicht, ob ich heute überhaupt noch Ansichten habe." Aber noch arbeitet er in der KPdSU im Rahmen der "Plattform des Menschen der Arbeit".

Ein völlig anderer Typ ist der junge Historiker Wadim Damier. Der Name verweist auf den französischen Ursprung seiner Familie. Während für Kossolapow die deutsche und russische klassische Literatur selbstverständlicher Rahmen ist, sind das bei Damier die kritischen und auch die subversiven Strömungen im russischen und deutschen Denken, von den Vertretern der Frankfurter Schule bis zum Anarchismus. Auch er ist scharf in seinen Kommentaren, aber ihm fehlt die ironische Zug Kossolapows,

sein Engagement hat einen fast religiösen Ernst. Damier steht für die Grünen in Moskau, ist deren wohl bedeutendster intellektueller Sprecher.

Zwischen den Mentalitäten beider Menschen klaffen Welten. Um so überraschender sind die Verbindungen: Die Gemeinsamkeiten in der Analyse der Lage und die Fundamentalkritik sowohl an der restaurativ-konservativen wie der wirtschaftsliberalen Strömung. Gemeinsam ist beiden auch etwas, was im geschriebenen Text vielleicht nicht so deutlich wird, wie in der Gesprächssituation selbst: Die Tiefe des Gefühls, das beide mit dem Land, seinen Menschen und den Leiden dieser Menschen verbindet. Für die Leserinnen und Leser aber ergeben sich vielleicht aus dem völlig ungewohnten Blickwinkel neue Perspektiven, die zum Verständnis der gegenwärtigen Weltgeschichte in jener nur scheinbar näher und in vieler Hinsicht erst recht ferner gerückten Weltgegend beitragen.

### Gespräch mit Richard Kossolapow

*Kossolapow:* Wir befinden uns in einem recht merkwürdigen Zustand. Heute werden Parallelen gezogen mit der Zeit der Wirren in der Geschichte Rußlands. Die Lage ähnelt den Verhältnissen zu Anfang des 17. Jahrhunderts in Rußland. Die Situation könnte sogar zu einer neuen Revolution führen. Ich kann Ihnen ganz offen sagen, daß ich an Revolutionen von oben nicht glaube. Zumindest nicht in den Varianten, wie sie uns jetzt angeboten werden.

*Heiseler:* Was hieße neue Revolution? Aufstände, Rebellionen? Oder ist damit gemeint ein Durchbruch zu einer neuen Formation?

*Kossolapow:* Rußland ist nicht Deutschland. Es ist kein Staat, es ist ein ganzer Kontinent. Moskau - das ist ein Staat bei uns, oder eine Republik, Estland beispielsweise oder Litauen, das ist ein Staat. Für die Sowjetunion gibt es keinen europäischen Maßstab. Und deshalb können die Prozesse, die hier stattfinden, nicht mit einer einzigen Verallgemeinerung erfaßt werden. Der Westen beurteilt das, was bei uns geschieht, anhand von Ereignissen, die von oben initiiert sind. Diese Initiativen von oben greifen beispielsweise in Moskau oder in Leningrad, wo es die sogenannten demokratischen Stadtverwaltungen von Popow oder von Sobtschak gibt. Im Grunde genommen sind das bürgerliche Oberbürgermeister. Was aber das Landesinnere Rußlands betrifft, so lebt dieser Teil des Landes nach seinen eigenen Gesetzen. Das ist so, gleich ob es gut oder schlecht ist. Ich weiß nicht, was unser Staatspräsident dazu meint. Aber ob auch die Provinz den Wunsch haben wird, so zu leben wie Moskau jetzt lebt, darauf kommt es jetzt an. Wir stellen uns Rußland doch ziemlich klar und ziemlich deutlich vor. Europa hat sich seit langem an ein intensives Leben gewöhnt. Die Bevölkerungsdichte ist dort groß. Deutschland ist noch ein großes Land, ein weites Land. Aber wenn wir beispielsweise Holland nehmen so ist das ein Land, das man bildlich gesprochen von einer bestimmten Stelle aus ganz überblicken kann, erst recht heute bei den modernen Kommunikations-

mitteln. Bei uns ist die Bevölkerung sehr bunt, sie hat verschiedene Bewußtseins-Niveaus. Das alles ist durchaus kompliziert. Ein Reformator am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts in unserem Land, - er muß ein Genie sein, ein solcher Reformator.

*Heiseler:* Rußland hat ja mindestens zwei solche Genies gehabt: Peter und Lenin.

*Kossolapow:* Es hat sie gegeben. Wir sind sogar der Meinung, daß es mehr davon gegeben hat. Aber was unsere heutigen Prozesse angeht, so habe ich einige Befürchtungen. Ich fürchte, daß es keine Verbindung gibt mit dem riesengroßen Massiv der Arbeiterklasse. Viele reformerische Pläne gehen davon aus, daß die ganze Masse der Arbeiterklasse immer schweigen wird, daß alle diese Menschen passiv sind und passiv bleiben. Alles, was bisher vor sich gegangen ist, sieht eher aus wie das Handeln eines bestimmten Teils der Intelligenz in Verbindung mit dem bürokratischen Apparat, der eine neue, diesmal parlamentarische Mutation durchgeführt hat und zusammen mit den Kräften der Schattenwirtschaft.

*Heiseler:* Ein Gesprächspartner hat etwa formuliert, daß die siebzig Jahre nach dem Oktober - obwohl sie unter anderen Zielstellungen begonnen worden waren - zur Schaffung der objektiven Voraussetzungen für die Entwicklung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems geführt haben. Vielleicht aber könnte man diesen Gedanken verlängern. Vielleicht würde - mit Hegelscher List der Vernunft - eine jetzt einsetzende Phase kapitalistischer Entwicklung erst die materiellen Voraussetzungen schaffen für den wirklichen Durchbruch zu einer sozialistischen Gesellschaft. Etwas ist jedenfalls eindeutig, ganz gleich, ob man jetzt versucht die Probleme auf kapitalistische Weise zu lösen oder anders: Die Phase die jetzt bevorsteht, ist eine Phase, die jeder ursprünglichen Akkumulation im Hinblick auf Not und Entbehrungen vergleichbar ist.

*Kossolapow:* Ja, Sie haben vollkommen recht. Aber nur unter einer Voraussetzung: Wenn Rußland die vorgeschlagenen Programme wirklich verwirklichen wird. Und Rußland - das ist ein Roß mit seinem eigenen Charakter. Es ist widerspenstig, kann man sagen. Und unsere heutigen Regierenden übertreiben wahrscheinlich den friedlichen und gutmütigen Charakter unserer Gesellschaft. Wenn es stimmt, daß wir in diesen siebzig Jahren die Voraussetzungen für den Kapitalismus geschaffen haben, dann stellt sich die Frage, ob wir etwa das alles gar nicht hätten tun sollen und müssen, was wir getan haben. In der Tat, der Oktober hat dem eigenen Volk viel weniger gebracht, als wir hofften. Aber das Beispiel dieser Revolution hat den Prozeß der Herausbildung der objektiven Voraussetzungen für den Sozialismus im Westen induziert und beschleunigt. Rußland hat stets dieses Schicksal. Rußland hat dreimal die Hauptschläge gegen die Zivilisation auf sich genommen. Da war die Auseinandersetzung mit den Tataren, mit dem Osten zur Zeit unserer Renaissance, unserer Wiedergeburt im 13. Jahrhundert, dann der Zusammenstoß mit Napoleon und dann

der Zusammenstoß mit Hitler. Rußland hat am wenigsten davon profitiert. Diesmal ist es auch so. Das Beispiel des russischen Proletariats hat den westlichen Kapitalisten Schrecken eingejagt. Das war insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß es den Marshall-Plan nicht gegeben hätte, ebensowenig wie die andern Anstrengungen der Vereinigten Staaten West-Europa aus dieser tiefen Grube herauszuziehen, wenn es Sowjet-Rußland nicht gegeben hätte. Unseren siebzigjährigen Weg muß man in bestimmte Zeitperioden einteilen. In bestimmten Perioden haben wir an Tempo gewonnen, und in anderen Perioden haben wir an Tempo verloren. Nach einer von mir durchgeführten Analyse haben wir Tempo verloren in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Danach begann das Tempo wieder zu steigen. Mitte der sechziger Jahre haben ich und ein Kollege an einem Forschungsprojekt gearbeitet und damals kamen wir zu der Schlußfolgerung: Wenn es keinen Durchbruch auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts geben wird, dann werden wegen der schwach entwickelten technologischen Basis die Formen der gesellschaftlichen Aneignung ein Fiasko erleiden, sie werden zusammenbrechen, in sich zusammenstürzen, dann ist der Sozialismus zur Stagnation verurteilt. Und damit waren rückschrittliche Entwicklungen nicht auszuschließen oder sogar vorherzusehen. Aber noch etwas ist hinzugekommen: Das, was wir die Schattenwirtschaft nennen, also der außerhalb des Gesetzes entstehende bürgerliche Sektor. Unsere Tragödie besteht darin, daß dieser Sektor mit dem Teil der Bürokratie, der zur Korruption neigt, zusammengewachsen ist. Dann kam der Moment, wo diese neue soziale Schicht ihre Ansprüche öffentlich bekundet hat. Das Schattenkapital vollendet jetzt seinen ursprünglichen Akkumulationsprozeß und erhebt den Anspruch darauf, kein Schatten-Kapital zu sein, sondern sich zu einem Kapital im Tageslicht zu entwickeln. Daraus ergibt sich dieser sehr mächtige Druck in Hinblick auf die Wiederherstellung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Und daraus resultiert die Deformation, die Entstellung sämtlicher sittlicher und kultureller Werte, was sie sicherlich selbst hier sehen konnten, daraus ergibt sich die Zerschlagung des Marxismus, dieses Pogrom am Marxismus, und daraus ergeben sich diese zahlreichen "schönen" Seiten der Perestroika.

Dies muß man aufnehmen und verstehen nach einer bekannten Empfehlung von Spinoza: Nicht weinen, nicht lachen, sondern verstehen. Vor vierzig Jahren haben wir eine durchaus reale Möglichkeit gehabt, uns anders zu bewegen. Diese Möglichkeit wurde nicht genutzt. Die Kategorie der historischen Zeit ist in unserer Philosophie nur unzulänglich ausgearbeitet worden. Für die Philosophen, für die Politiker ist es sehr wichtig, daß sie fähig sind, die Zeit mit einem geschichtlich bestimmten Inhalt zu füllen. Diese Fähigkeit ist ein Merkmal für die Solidität eines Philosophen oder eines Politikers. Wir sind Erben der Bolschewiki, und wir haben auf verbrecherische Weise die uns gegebene historische Zeit vergeudet. Dies geschah, weil unsere Führungs-Persönlichkeiten, angefangen von

Chruschtschow, keine richtigen Marxisten gewesen sind. Sie hatten vielmehr nur sehr vage und verschwommene Vorstellungen. Sie waren zwar keine Antimarxisten, aber sie waren sozusagen nichts, - sie waren ein Nichts. Sie waren einfach Apparatschiks. (Das gleiche könnte ich übrigens behaupten in Bezug auf die kommunistischen Führungen Westeuropas; zumindest beziehe ich das auf viele davon.) Viele unserer Führungskräfte habe ich persönlich gekannt. Da wir nicht einfach ein Land, sondern ein ganzer Kontinent, sind reicht es für uns nicht aus, daß sich an der Spitze ein Talent befindet, - die Größe unseres Landes verlangt, daß oben sogar Leute mit einer gewissen Genialität stehen, nicht nur eine geniale Einzelperson, sondern in Gestalt einer größeren Masse von begabten und talentierten Leuten, die auf ganz natürliche Art und Weise aus der ganzen Masse des Volkes hervorgehen. In der Wirklichkeit war es bei uns aber umgekehrt, alles war auf den Kopf gestellt. Gerade in diesem Sinne kann man vom Fehlen der Demokratie sprechen.

*Heiseler:* Das Problem ist also nicht so sehr, daß diese Erfahrung oder jene Erfahrung inhaltlich nicht aufgearbeitet worden war, sondern daß ein Mechanismus fehlte, um neue Erfahrungen sozial zu integrieren.

*Kossolapow:* Es geht nicht nur um die Erfahrungen schlechthin. Die Erfahrung mag sehr klein sein. Die Erfahrungen der Pariser Kommune - das sind ganz winzige Erfahrungen. Aber wenn wir uns ansehen, wie die Bolschewiki am Anfang dieses Jahrhunderts gehandelt haben, so sehen wir, daß sie sozusagen alles Notwendige aus diesen Erfahrungen herausgeholt haben. Das war die Kraft der Abstraktion, die Stärke des Marxismus. Unsere Lehrer haben uns in ungeheurer Weise im Stich gelassen. Sie waren genial, sie waren richtige Genies, und ihre Nachfolger, ihre Erben waren im Gegenteil ganz ordinäre, ganz durchschnittliche Bürokraten. Gewissermaßen bezieht sich das auf Stalin, aber Stalin war immerhin doch ein Berufs-Revolutionär gewesen. Aber nach ihm kamen die ausgesprochenen Apparatschiks. Das Lavierien zwischen verschiedenen persönlichen Beziehungen, die Entwicklung ihrer eigenen Karriere, das alles war für sie wichtiger und ausschlaggebender, als alle historischen Umstände oder Erfordernisse.

*Heiseler:* Das bedeutet viel für die Entwicklung der wirklichen Klassenstruktur, der realen Struktur der Ordnung, die ein sozialistisches Ziel proklamiert hat. Die politischen Führer - das waren ja nicht nur einzelne, das war eine ganze gesellschaftliche Gruppe, eine politische Klasse. Wenn diese Schicht sich insgesamt in eine gesellschaftliche Gruppe von einfachen Bürokraten verwandelt, dann kommt in der Gesellschaft eine Reihe von weiteren Prozessen in Gang. Die Entstehung dieses System von Schattenwirtschaft, organisierter Kriminalität, Aneignung eines Teils des Mehrprodukts durch Privatleute, die vielleicht Positionen in der Partei oder im Betrieb haben und die Entstehung dieser Bürokratie sind ja nicht unverbundene Prozesse, sondern sie hängen ja miteinander zusammen.

*Kossolapow:* Das ist zu einem ganzen System geworden, zu einem Gesamt-Gefüge. Es gibt noch ein weiteres Element: Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR, die geisteswissenschaftlichen Institute, die Forschungsinstitute sind voller Menschen, die die Mentalität und Denkart von Kleinkrämern haben. Sie bekommen ihr Geld einfach dafür, daß sie Marxisten sind, daß sie Marxisten bleiben oder sich als Marxisten bezeichnen. Es gibt also eine Art moralische Entartung und Ausartung. Und wenn wir einmal ganz kühn versuchen sollten, die heutige Zeitperiode zu charakterisieren als eine Epoche der Gegenrevolution, so ist dieser Typ von Intellektuellen eben aus diesem Milieu hervorgegangen.

*Heiseler:* Wenn das eine Konterrevolution ist, dann hat sie nicht jetzt, sondern schon viel früher stattgefunden, dann fand sie statt mit der Zerstörung der demokratischen, freien Strukturen in der Partei selbst.

*Kossolapow:* Ja das hat mit dazu beigetragen. Aber man muß alle diese Dinge in einem sehr breiten Rahmen sehen. Unser Land hatte seinen Weg zum Sozialismus beschritten als die Ausgangsmöglichkeiten sehr beschränkt waren. Sie waren durch einen siebenjährigen Krieg sehr untergraben worden und außerdem hat es ständige Krisen, Dauerkrisen gegeben. Was ist bei uns eigentlich geschehen? Die bürgerlich-demokratische Revolution war in Rußland herangereift. Am Anfang des Jahrhunderts waren es so weit, aber wofür eigentlich?

Die Zeit war reif dafür, daß die monarchische Ordnung durch eine republikanische Ordnung ersetzt werden konnte. Aber die Situation hatte sich so entwickelt (unter anderem durch die Überlagerung anderer Probleme durch den ersten Weltkrieg), daß es unmöglich war, den Prozeß in dieser Entwicklungsetappe zu stoppen. Aus der Ferne sieht das manchmal sehr einfach aus. Wie vor der Schlacht bei Austerlitz ein österreichischer General die Schlacht geplant hatte: Die erste Kolonne marschiert, die zweite Kolonne marschiert, die dritte Kolonne marschiert, - und die Schlacht hat sich in Wirklichkeit ganz anders entwickelt. Lenin hat gesagt, in der Geschichte komme es manchmal dazu, daß die einzelnen Stufen ihren Platz wechseln. So war es auch bei uns: Die technologische Basis war zurückgeblieben, es entstand aber eine fortschrittliche politische Ordnung. Das Jahr 1917/18 sucht in der ganzen Geschichte nach seinesgleichen, was die Freiheit und Demokratie betrifft.

Die schwache technologische Basis hat diese Bewegung gebremst. Wir, oder genauer gesagt unsere Führer, haben die relative Selbständigkeit des Überbaus übertrieben. Ich will damit folgendes sagen: Wir haben uns die ganze Zeit in der Logik der bürgerlich-demokratischen Umwälzung bewegt. Selbst die sozialistische Revolution war, wie sich jetzt herausstellt, eine Periode, die diese bürgerlich-demokratische Umwälzung beschleunigte. Wir hatten die reale Möglichkeit gehabt, sehr schnell einen Sprung nach vorne zu machen. Jetzt verzichten wir in einer ganz vulgären Form auf diese Möglichkeit. Ich aber behaupte auch weiterhin, daß diese Mög-

lichkeit vorerst noch nicht verschwunden ist. Aber sehr viel wahrscheinlicher ist heute der Weg, den man für uns vorbereitet hat, daß wir uns nämlich zu einem Land mit einem unentwickelten, wilden Kapitalismus entwickeln werden, mit allen seinen Schönheiten, mit dem Zerfall unseres Staates und der Ausbeutung von einzelnen Teilen dieses ehemaligen Staates durch transnationale Unternehmen, einschließlich der Unternehmen Ihrer Landsleute. Die internationalen Konzerne werden sich auch sehr gerne mit dieser Aufteilung und mit der Herrichtung der Reste unseres Landes beschäftigen. Was wird weiter geschehen? Die Amerikaner stellen uns jetzt in Aussicht, daß sich unser Lebensstandard irgendwo zwischen dem von Afrika und dem von Lateinamerika bewegen wird.

*Heiseler:* Wer konkret stellt das in Aussicht?

*Kossolapow:* Zu uns kommen Spezialisten, Experten, Fachleute. Sie formulieren es so: Wir werden Euch helfen, einen Lebensstandard zwischen Lateinamerika und Afrika zu sichern, aber zu welchem Preis? Wofür? Erstens für eine solche Erscheinung, wie den entsprechenden brain-drain, also die Ausschöpfung des sowjetischen intellektuellen Potentials, weiter für die entsprechenden Rohstoffexporte, schließlich für die Gestattung ökologisch belastender Produktion und der Deponierung industrieller Abfälle. Das sagen sie mündlich ganz offen, daß das der Preis sein wird, nicht unbedingt in der Presse.

Wir als Kommunisten wären natürlich froh, wenn unser Präsident die Herausbildung von kapitalistischen Zuständen zulassen würde und wenn er zugleich aus unserem Staat einen der mächtigsten imperialistischen Staaten machen würde. Dann könnten wir sagen: Ja, der Sozialismus ist näher gekommen und unsere Entwicklung wird nach einer bestimmten systembestimmten Gesetzmäßigkeit dazu beitragen, daß unser Beispiel in anderen Ländern positiv ausgenutzt wird.

Schon dieser Gedanke allein ist für uns abscheulich. Denn wenn wir zur Dritten Welt gehören werden, würde das bedeuten, daß sich das Feld für die extensive Entwicklung des Kapitalismus erweitern würde und daß die innere Entwicklung im Westen dadurch aufgehalten würde. Wir würden dazu beitragen, das Niveau der inneren Spannungen innerhalb des entwickelten Kapitalismus abzusenken. Aber auch Folgendes ist denkbar: Auf dem Territorium unseres Landes, in Rußland könnte eine nationale Befreiungsbewegung entstehen. Aber eine solche Entwicklung wird eben kein Glück und Frieden bringen.

Zwei Entwicklungen sehe ich als Gefahr und Möglichkeit: Einmal die Möglichkeit für das Entstehen von nationalen Befreiungsbewegungen des russischen Volkes. Es hat eigentlich schon gedonnert in China und in anderen Ländern der Dritten Welt. Aber ich beschäftige mich natürlich jetzt mit arabischen Märchen. Und das zweite arabische Märchen würde folgendermaßen aussehen: Wenn wir als Staat endgültig zusammenbrechen werden, wenn wir also in mehrere Teile geteilt würden, dann könnten die

westlichen Zivilisationen auch in eine Art Kollision um die Neuaufteilung unseres Territoriums geraten.

*Heiseler:* Ich habe jetzt gehört, von einem Soziologen, daß innerhalb der gesamten Bevölkerung das Bedürfnis nach Sicherheit in den letzten zwei Jahren ungeheuer zugenommen hat. In allen Schichten, in Stadt und Land, bei männlichen und weiblichen Befragten, in allen Generationen, überall. Bei manchen Gruppen schneller, bei manchen Gruppen früher, aber bei allen in der gleichen Richtung. Das scheint mir eine sehr gefährliche Entwicklung.

*Kossolapow:* Sie haben vollkommen recht. Das hängt mit Folgendem zusammen: Jetzt beansprucht das Kapital, das einen kriminellen Ursprung hat, die wirtschaftliche Herrschaft. Denn die Schattenwirtschaft konnte sich bei uns ja nicht im Rahmen der Gesetze entwickeln.

*Heiseler:* Das ist historisch nicht völlig neu: "Krieg, Handel und Piraterie, dreieinig sind sie, nicht zu trennen."

*Kossolapow:* Ja, Schiller. Aber vielleicht kann man sich in Deutschland ein solches Ausmaß des Banditentums gar nicht vorstellen. Wenn wir jetzt die Schleusen für den Kapitalismus öffnen würden, dann würde dies einer ehrlichen Unternehmertätigkeit (im guten, also spießbürgerlichen Sinne dieses Wortes) am allerwenigsten dienen. Der neue Prototyp, das würde vor allem der Spekulant, der Schieber, die korrupte Person sein. Man geht davon aus, daß es in unserem Lande jetzt an die 200.000 Millionäre gibt. Und da taucht die Frage auf, wie kann man eine Million erwirtschaften? Vielleicht können Sie uns da eine Empfehlung geben.

Ich könnte noch etwas hinzufügen. Lediglich 0,6% haben legitime Akkumulationen in dieser Größenordnung. Zum Beispiel die beiden Schachweltmeister Karpow und Kasparow oder unsere berühmte Schlagersängerin Alla Pugatschowa oder unsere berühmte Opern-Sängerin Obrowsa, oder der Schriftsteller Leonid Leonow oder der Poet Jewtuschenko, er schreibt sehr viel. Das ist legal. Aber von diesen 200.000 Millionären gibt es nur etwa 1.000, die ihre Millionen legal erworben haben. Alle anderen sind die Leute vom Typ eines Ostap Bender (Figur eines Schiebers aus der NEP-Zeit in dem Roman von Ilja Ilf und Eugen Petrow: Zwölf Stühle).

Was würde heute die Legalisierung dieser Vermögen bedeuten? Und die Programme, die Dokumente die jetzt angenommen werden sollen, haben Sie z. B. das 500-Tage-Programm gelesen?

*Heiseler:* Ich habe nur kleine Teile daraus und aus der Diskussion darüber gelesen. Mir, als einem unbefangenen westeuropäischen Leser fiel aber eines auf: Die Diskussion ist mythologisch. Dem Markt werden Fähigkeiten angedichtet, die nicht einmal Adam Smith ihm beigemessen hat.

Auf der anderen Seite (ich sage das, obwohl ich kein Ökonom bin) gibt es wahrscheinlich das Bedürfnis für die Entwicklung effektiver Methoden der

Zuweisung von Ressourcen. Und ohne Effektivität ist ein Sozialsystem mit relativ starker gesellschaftlicher Gleichheit, eine sehr verderbliche Geschichte. Deswegen verstehe ich sehr wohl das Bedürfnis völlig neu und unbefangenen darüber nachzudenken, kapitalistische Methoden zu übernehmen, wenn man sie gebrauchen kann und so weiter. Nur muß man sich dann die kapitalistische Wirklichkeit anschauen und wahrnehmen und dann ergibt sich, daß sich Vieles in der gegenwärtigen Diskussion der SU als Mythologie herausstellt.

*Kossolapow:* Sie haben recht: Die Urheber dieser Entwürfe ähneln aus meiner Sicht Zauberkünstlern. Und unsere Führer scheinen mir (wie im Faust) ihre unglücklichen Kunden zu sein.

Man spricht über die Privatisierung der Produktionsmittel, über die Zulassung jeglicher Unternehmertätigkeit, über die Aufhebung sozialer Garantien für die Werktätigen, über die Beseitigung des Prinzips der Vollbeschäftigung. Den Text des 500-Tage-Programms habe ich vor einigen Tagen den Arbeitern im Ural-Gebiet vorgelesen. Sie haben mehr Verständnis des realen Lebens gezeigt als manch eines unserer Akademie-Mitglieder. Unter anderen Maßnahmen ist dort die Aufhebung aller Artikel im Strafgesetzbuch, mit deren Hilfe die Spekulation geahndet werden kann vorgesehen. Auch eine Amnestie ist für diejenigen vorgesehen, die wegen dieser Delikte jetzt oder vor einigen Jahren verurteilt worden waren. Ich glaube, dazu würde sich kein einziger kapitalistischer Staat entschließen. Die arbeitenden Menschen, die das soziale und das sittlich-moralische Antlitz unserer Kapitalisten sehr gut kennen, werden einfach geschüttelt, wenn sie so etwas vernehmen müssen. Man muß, um das zu verstehen, die ganze Kraft, die dahinter steht, erkennen. Die Schatten-Wirtschaft ist eine reale kapitalistische Klasse. Die Schatten-Wirtschaft setzt auch eine Schatten-Politik voraus. Diese Politik ist schon gegeben: In der Partei und im Staat. Und schließlich gehört dazu eine Schatten-Ideologie, die ebenfalls vorhanden ist. Da entsteht ein ganzer Komplex.

Noch eine Bemerkung im Zusammenhang mit diesen Programmen: Sie sind sehr bescheiden aus der Sicht der Ergebnisse. Diese Programme werden aufgestellt, ohne daß das Problem der Rückkoppelungen mit der ganzen Masse der Bevölkerung überhaupt bedacht wird. Deshalb kann ich Ihrer Äußerung zustimmen. Der Markt, das ist ein Organismus, mit seinen Systemen und Subsystemen. Wenn man sich dazu entscheidet, dann muß man zu einer längeren und langwierigen Evolution bereit sein. Es geht also nicht um 500 oder 5.000 Tage. Innerhalb dieses Zeitraumes kann sich ein solcher Organismus nicht herausbilden. Deshalb kann ich mich nicht von dem Eindruck frei machen, daß wir es mit wissenschaftlicher und politischer Scharlatanerie zu tun haben. Aber vielleicht bin ich zu scharf in meinen Einschätzungen.

## Gespräch mit Wadim Damier

*Heiseler:* Du gehst aus von einem analytischen Ansatz, der in der Stalin-Zeit eine vierstöckige gesellschaftliche Pyramide sieht: Führer, Elite, Bürokratie, Volk, wo die Elite und der Führer sowohl der Bürokratie bedurften, um die Herrschaft zu sichern, als auch umgekehrt das Volk direkt ansprachen, um Entwicklungsstrategien gegen die Bürokratie durchzusetzen.

*Damier:* So kann man das sagen. Nach dem Krieg war die Elite auch an der Stabilität interessiert. Darum diese Konflikte im Jahre 1952/53 zwischen Stalin und der Elite. Dann bildete sich ein dreistöckiges System: Elite, Bürokratie, Volk bis zum Jahre 1957, dann wiederum eine andere dreistöckige Gliederung: Führer, Bürokratie, Masse 1957-1964, schließlich zweistöckig: Bürokratie - Volk. Das ging bis zur Perestroika, aber mit der Bildung von neuen Eliten in der Bürokratie selbst.

*Heiseler:* Aber eine zweistöckige Herrschaftspyramide - ist das nicht die unmittelbare Vorstufe zu einer ganz gewöhnlichen Klassenbildung?

*Damier:* Ja, dieses zweistöckige Modell ist eigentlich ein Übergang zum Verfall des Systems, weil das System nicht mehr zur Transformation fähig ist, seine Flexibilität verliert. Stabilität wird zum Sinn der Existenz des Systems selbst. Darum hieß das "Sastoi" - "Stagnation", weil der Bürokrat seiner Psyche nach, da er schon im Sessel sitzt, seine Interessen nur in der Stabilität, in der Stabilität seiner Privilegien, seiner Machtmöglichkeiten usw. sieht; an der Entwicklung des Gesamten ist er schon nicht interessiert.

*Heiseler:* Und wie schätzt Du die Perestroika selber ein? Du sprichst von einer Revolutionszeit der Technokraten innerhalb der Bürokratie.

*Damier:* Marx sagte seinerzeit, daß es zu keiner Kapitalisierung Rußlands kommen kann ohne Industrialisierung und ohne die Trennung der Bauern vom Boden. Dazu war das Zarensystem unfähig. Die Stolypinschen Reformen waren mißlungen. Die Mehrheit der Gemeindebauern wollten das Land nicht als Privateigentum. Natürlich gibt es regionale Verschiedenheiten, aber im Maßstab des Landes waren sie mißlungen. Um Rußland zu kapitalisieren hätte der Zarismus seine eigenen Grundlagen untergraben müssen. Die Oktoberrevolution - subjektiv sozialistisch und der Potenz nach auch objektiv sozialistisch, fundiert objektiv die mögliche Kapitalisierung Rußlands durch die Industrialisierung. Das russische Bürgertum war dazu nicht fähig, es war zu eng mit dem Zarismus verbunden. Darum mußte eine Stellvertreter-Gruppe oder ein Stellvertreter-Modell des Bürgertums entstehen. Eben diese Rolle spielte das Stalin-System.

*Heiseler:* Also die Bürokratie als Bourgeoisie-Ersatz?

*Damier:* Nicht nur die Bürokratie, sondern: Bürokratie, Elite, Führer. Objektiv war 1917 eine Öffnung für eine mögliche Kapitalisierung. Trotzki sah das ebenfalls. Er sagte, daß die Politik der Bürokratie zu Stalins Zeit ob-

ektiv zu kapitalistischen Möglichkeiten in Rußland führt. Aber erkannte nicht den Zeitpunkt dieser Entwicklung. Zuerst mußten die Produktivkräfte entwickelt sein.

Warum dieses vierstöckige Modell? Weil der Bürokrat im Unterschied zum Kapitalisten an der ständigen Entwicklung nicht interessiert ist. Der Bürokrat ist seiner Psyche nach an der Stabilität seiner eigenen Privilegien interessiert und nicht an der Entwicklung der Gesellschaft, der Produktivkräfte und so weiter. Darum brauchte Stalin diese populistischen Methoden, darum mußte er direkt mit dem Volk sprechen, auch gegen die Bürokratie. Die Klassen-Interessen der Bürokratie als Ganzes drückte Stalin aus, aber nicht die Interessen jedes Bürokraten. Als nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Elite ein Dauerinteresse an ihren Posten und Privilegien entwickelte, plante Stalin im Jahre 1953 einen neuen Umsturz. Er wollte neue Menschen finden in den Reihen der Bürokratie und eine neue Elite bilden, die ganze alte Elite wollte er damals vernichten. Vielleicht entstand darum die Vorstellung, daß Stalin von seiner Elite umgebracht wurde. Damals geriet das Herrschaftssystem in eine Krise, trotz aller Fortschritte in der Wissenschaft sogar in den Produktivkräften. Denn dieses Herrschaftssystem war von Stalin selbst völlig auf seine eigene Rolle zugeschnitten. Nicht nur die Krise des Systems wurde permanent, es drohte auch der Verlust der Machtmöglichkeiten der Bürokratie. Die Wirtschaft funktionierte allmählich so schlecht, daß die Möglichkeiten zur Sicherung der Privilegien der Machtelite immer geringer wurden. Das war im Inneren des Landes. Nach außen hin wurde deutlich, das das Land die Last der Militärausgaben nicht mehr tragen konnte. Die USA konnten die UdSSR zur "Entwaffnung" in der Außenpolitik zwingen. Die Machtelite erkannte, daß die Sowjetunion, wenn das so weiterging, in ein oder zwei Jahrzehnten sich unterhalb des Niveaus von Brasilien einrangieren würde.

Darum entstand eine instabile Koalition zwischen Teilen der Nomenklatura, Teilen der Technokratie, und vielleicht solchen Gruppen, die in der Zeit von Breschnew Kapital akkumuliert haben, in der ursprünglichen Akkumulation im Schwarzmarkt, im Rahmen der Mafia. Vielleicht unterstützten sie nicht von vorneherein die Perestroika, aber einige Jahre später, vielleicht vor einem Jahr oder vor zwei Jahren, mußten sie entdecken, daß die Kapitalisierung des Landes objektiv in ihrem eigenen Interesse liegt.

Diese Koalition der Technokratie mit Teilen der Nomenklatura hatte ursprünglich nicht die Absicht, das Land auf den kapitalistischen Weg zu führen, ursprünglich ging es ihnen nur darum, das System nach seiner alten Logik zu modernisieren. Aber im Laufe der Reformen verlor sie die Kontrolle, sowohl in den anderen Ländern Ost- und Mitteleuropas, als auch bei uns.

Damals begann die Kapitalisierung. Die Kräfte der Kapitalisierung das waren Teile der Technokratie, Teile der Intelligenz, die eine sehr unrichtige

Vorstellung über den Westen haben. Es ist durchaus erheiternd, wenn z.B. der Akademiker Bunitsch, der Ökonom, einer der Befürworter der Marktwirtschaft, aus Brüssel oder einem anderen EG-Zentrum kommt und sagt: Ich war bei der Europäischen Gemeinschaft und ich habe erfahren, alle Probleme der regionalen Entwicklung hat man in der EG gelöst. Das sagt noch nicht einmal die EG selbst, aber unser Bunitsch sagt das. Das ist ein sehr typisches Beispiel.

*Heiseler:* Der Markt wird in der sowjetischen und russischen Diskussion ausgesprochen mythologisch behandelt. Eine andere Frage ist, ob aus pragmatischen Gründen hier gar kein anderer Weg mehr gangbar ist.

*Damier:* Das bezweifle ich. Aber zunächst zur Gegenwart:

Seit einem Jahr oder seit zwei Jahren begann die allmähliche Kapitalisierung des Landes mit allen Folgen der ursprünglichen Akkumulation, also Verelendung, Massen-Verelendung, Destabilisierung der Lage, Zuspitzung aller Probleme und wirtschaftlichem Zerfall. Um den Kapitalismus im Westen zu einem solchen Funktionieren zu bringen, waren drei- bis vierhundert Jahre im europäischen Maßstab erforderlich. Bei uns möchten diese Menschen das in zwei, drei oder zehn Jahren machen. Sie möchten zudem eine noch wesentlich orientalische Entwicklung durch einen westlichen Entwicklungstyp ersetzen. Das alles soll in ein, zwei, drei oder zehn Jahren geschehen. Das ist historisch unmöglich.

Dieser Zerfallsprozeß führte zur Instabilität der Lage des einfachen Menschen. Schon Erich Fromm schrieb, daß gerade in einer Situation der Instabilität beim Übergang zu einem neuen Herrschaftsmodell solche Tendenzen entstehen können, wie die "Flucht vor der Freiheit". Das geschieht jetzt in der Massen-Psyche. Aber bei der Mehrheit der Intelligenz heißt das nicht "Zurück zum Stalinismus!", sondern zurück in die Zeit vor der Revolution - also die Verherrlichung des Zaren, des zaristischen Systems.

*Heiseler:* Das ist doch keine Mehrheitsströmung in der Intelligenz, das ist lediglich eine starke Strömung, die von einigen bedeutenden Intellektuellen, wie Bondarew und Rasputin mitgetragen wird.

*Damier:* Das war so, aber in der letzten Zeit kann man sogar in den liberalsten Zeitschriften und Zeitungen gewisse Sympathien zu den Weißgardisten, zu Stolypin, zum kaiserlichen System finden. Es handelt sich um zwei verschiedene Strömungen. Die erste ist rechtspopulistisch, rechtsradikal und rechtsnationalistisch, etwa wie Pamjat, etwa wie diese Schriftsteller, wie Below, Rasputin - Bondarew ist mehr stalinistisch. Die zweite Tendenz ist eine liberale antibolschewistische Tendenz, die auf Grund ihres Anti-Bolschewismus zurück zur Zarenzeit möchte, z.B. die Zeitschrift Ogonjok.

In der letzten Zeit finden sich in den Zeitschriften wieder und wieder die Artikel über kaiserliche Familie, Memoiren von weißgardistischen Generälen, von Denikin, von Kornilow.

*Heiseler:* Du meinst, es könnte eine restaurative Mehrheitsströmung werden?

*Damier:* Jetzt nicht. Vielleicht wäre die Figur von Solschenizyn etwas Zusammenführendes. Aber ich bezweifle es. Rein theoretisch wäre das möglich, im Kampf gegen den Bolschewismus oder gegen dessen Reste.

*Heiseler:* Das wäre die eine Strömung. Sie fände auch eine Grundlage in dem Sicherheitsbedürfnis. Aber es gibt ja gleichzeitig diesen demokratischen Impetus, der die ganze Perestroika begleitet hat.

*Damier:* Ja. Aber was möchten diese Liberalen oder Demokraten? Sie möchten einen echten Kapitalismus bekommen. Diese Menschen sind Befürworter des 500-Tage-Programms. Ich habe dieses Programm gelesen. Ich finde dieses Programm schrecklich. Der Autor des weitestgehenden Programms, Schatalin, sagt kurz und genau: Dieses Programm orientiert sich nicht an den Menschen, sondern an dem Unternehmer.

*Heiseler:* Das ist konsequent zu Ende gedacht.

*Damier:* Der Hauptblock der Demokraten ist der sogenannte Dreierblock: Die Sozialdemokratische Partei Rußlands, die Demokratische Partei Rußlands von Trawkin und Kasparow und die Teile der Demokratischen Plattform, die aus der KPDSU ausgetreten sind.

*Heiseler:* Das ist also im Grunde eine klassische liberale Partei?

*Damier:* Ja, aber mit starken autoritären Tendenzen. Denn sie verstehen ganz gut, daß sie ohne eine starke Macht dem Volk ihr Programm nicht aufzwingen können.

Historisch gesehen war der stalinistische Zentralismus ein Versuch der Sowjetbürokratie, die kapitalistischen Staaten einzuholen und zu überholen und das Land rasch zu industrialisieren. Dieser Industrialismus blieb einseitig und unvollendet. Er bleibt mit vielen vorindustriellen Elementen in den zwischenmenschlichen Beziehungen und in der Psyche eng verbunden. Zugleich machte der Realsozialismus, indem er die industrialistische Technologie verwendete, sich die industrialistisch-kapitalistische Gestalt der Produktivkräfte zu eigen - mit ihrer äußersten technischen und sozialen Arbeitsteilung, mit völliger Unterwerfung des Menschen unter den technologischen Produktionsprozeß. Er hält am kapitalistischen Konsumtionsmodell fest, das auf der Akkumulation der materiellen Güter und dem Leistungsprinzip beruht. Dabei führte die bürokratische Gleichgültigkeit gegenüber den Bedürfnissen der Verbraucher und gegenüber allen Bereichen, die den Herrschenden keinen unmittelbaren Machtzuwachs bringen, langfristig zu den scharfen Disproportionen und Defiziten. Der Zerfall und das wirtschaftliche Versagen des Sozialismus ist damit zu erklären, daß er die industrialistisch-kapitalistische Produktion besser als die Kapitalisten selbst zu entwickeln versuchte, was zunächst wegen der Konzentration der Kräfte teilweise auch gelang. Dabei wurde nicht berücksichtigt, daß die ökonomischen, das heißt marktwirtschaftlichen Methoden

für eine ökonomische, das heißt entwickelte industrielle Gesellschaft und für das industrialistische Modell des Beherrschens überhaupt besser geeignet sind. Also: Je stärker die Länder des Realsozialismus industrialistisch wurden, desto weniger paßten die zentralistischen Leitungsmethoden.

*Heiseler:* Der Kapitalismus in seinen Anfängen hat ja auch ähnliche Methoden in fast allen Ländern, sogar in England und in Frankreich benutzt. In Frankreich war ja in der Zeit vor der Revolution das bürgerliche Interesse schon längst eines der Staatsziele.

*Damier:* Natürlich. In eben diesem Sinne ist auch das Streben der realsozialistischen Bürokratien zu verstehen, marktwirtschaftliche Verhältnisse durchzusetzen, die Wirtschaft und das Technologie-System zu modernisieren und zu effektivieren. Ursprüngliche Ziele waren das wirtschaftliche Wachstum zu beschleunigen und die Wirtschaft wieder zu einer Quelle ihrer sozialen und Machtprivilegien zu machen. Man führt die indirekte Verwaltung und Leitung ein, erweitert die Befugnisse der Technokratie und der Betriebsleiter, fördert die Selbstausschöpfung der Lohnempfänger, die Schichtarbeit und die Arbeitsintensivierung, die Preise werden erhöht und die Lohnsteigerungen begrenzt oder gestoppt. Doch im Laufe der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen hat die Bürokratie in vielen osteuropäischen Ländern die Initiative verloren. Es entstanden mächtige liberale oder sogar im westlichen Sinne neokonservative Kräfte, die einen völligen Übergang zum privatkapitalistischen Wirtschaftsmodell, Privatisierungen und dergleichen fordern. Diese Kräfte haben im übrigen Ost-Europa gesiegt. Die entsprechenden Kräfte gibt es auch in der Sowjetunion: Die Interregionale Deputiertengruppe, die Demokratische Plattform, die neuen sozialdemokratischen und liberalen Parteien, etliche nationale Gruppierungen und andere. Diese Gruppierungen sind völlig industrialistisch fixiert. Zwar verstehen sie, daß die marktwirtschaftlichen Methoden für die industrialistische Gesellschaft geeigneter sind, doch sehen sie im Prinzip keine Möglichkeiten für eine nachindustrialistische Gesellschaft ohne Markt und ohne Bürokratie. Sie wollen eine solche auch nicht. Die Folgen der marktwirtschaftlichen Modernisierung in der UdSSR werden katastrophal sein; die ökologische Lage wird sich drastisch verschlechtern, da die destruktive Tendenz der neueingeführten Marktwirtschaft mit ihrer Unkontrollierbarkeit von Seiten der Betroffenen die schweren Schäden, die die bürokratische Zentral-Planung und Zentral-Leitung der Umwelt schon angetan haben, ergänzen wird. Die explosive Vereinigung von Marktgoismus und Bürokratie-Diktat droht die Sowjetunion in einen ökologischen Kollaps zu führen. Die ökologische Katastrophe wird durch die Plünderung der Ressourcen unter der Herrschaft der kurzfristigen marktwirtschaftlichen Interessen beschleunigt. Das ausländische Kapital führt anstatt der erwarteten modernen Technologien ökologisch unzulässige Produktionsprozesse ein, die in den entwickelten Ländern verboten sind. Die Sowjetunion verwandelt sich immer mehr in

eine internationale Müllhalde. In der Landwirtschaft wird die Privatwirtschaft zur Intensivierung und Effektivierung der Bodennutzung, zur unkontrollierten Anwendung chemischer Mittel führen, und das angesichts dessen, daß inzwischen schon 70% des Agrarlandes erosionsanfällig sind. Sozial führt die marktwirtschaftliche Modernisierung zu einer Gesellschaft scharfer Polarisierung von Reichtum und Armut. Schon heute sind etwa 86,5% der Sowjetbürger eher arm, und die Mehrheit der anderen hat ihr Vermögen durch verschiedene Spekulationen bekommen.

Unvermeidliche und schon beginnende Prozesse der Preissteigerung, der freien Preisbildung, die bevorstehende Abschaffung der Preissubventionen, Inflation, Defizite (da die Produktion vieler wichtiger Waren unprofitabel ist), Arbeitslosigkeit, Spekulationen werden die Lage der meisten Lohnempfänger weiter verschlechtern. Auf der anderen Seite wächst eine soziale Schicht der Privilegierten, Schmarotzer, Mafia-Angehörigen, Privatunternehmer, die z.T. unter dem Deckmantel von Kooperativen Privatunternehmen mit gewöhnlicher Lohnarbeit verbergen.

Die gewöhnlichen Rufe nach Geduld und nach hartnäckiger Arbeit reichen nicht mehr aus. Wirtschaftlich sind neue marktwirtschaftliche Reformen recht fragwürdig. Der rechtsradikale Populismus ist schon stark angewachsen. Doch nicht nur diese nostalgische oder neostalinistische Stimmung von den Konservativen in der KPdSU bis hin zu faschistischen Gruppierungen wie Pamjat bedroht demokratische Rechte und Freiheiten. Neoliberale Ökonomen verstehen gut, daß wir in der Sowjetunion keine wirkliche Marktwirtschaft einführen können, ohne dabei den unvermeidlichen sozialen Widerstand der Massen zu brechen. Der Oberste Sowjet der russischen Föderation sagt jetzt: 500 Tage der Stabilität, 500 Tage ohne Streiks, 500 Tage ohne Demonstrationen! Darum plädieren sie immer häufiger für harte, sogar autoritäre Maßnahmen bei der Durchführung der Reformen, für eine starke Staatsmacht. So z. B. vor kurzem Schatalin: "Wir brauchen eine starke präsidentiale Zarenmacht".

*Heiseler:* Siehst Du auch in diesem Zusammenhang die Bewilligung der Sondervollmachten für den Präsidenten?

*Damier:* Ja, auch in diesem Zusammenhang. Aber das ist nur eine Seite. Die andere Seite ist die, daß unser Präsident nicht die Rolle von Jaruzelski spielen möchte, wenn die Ryschkow-Regierung geht. Die Vollmachten richten sich also gleichzeitig gegen möglichen Widerstand und gegen die Liberalen.

*Heiseler:* Das heißt, das Interesse des Präsidenten ist nicht unmittelbar das Interesse der liberalen Kräfte.

*Damier:* Ja, denn der Präsident repräsentiert die Reste dieser Nomenklatura-Teile, die die Perestroika begonnen haben. Darum möchte er natürlich eine eigene Rolle spielen.



Die Liberalen sagen, man müsse die Macht und die Freiheit, die Produktion und die Demokratie trennen, alle kollegialen Leitungsgremien auf dem Produktionsbereich abschaffen (das ist im neuen Betriebsgesetz vom Juni schon geschehen - die Räte von Arbeitskollektiven spielten vorher vielleicht eine formale Rolle, sie spielen jetzt überhaupt keine Rolle mehr), die Produktionsbefugnisse des Staates abbauen, die Produzenten disziplinieren und dann die Marktprinzipien einführen.

Im Sommer 1990 versuchte die Regierung, einen Übergang zur regulierten Marktwirtschaft zu beginnen und die Preise drastisch zu steigern. Marktwirtschaftliche Prinzipien wurden vom Parlament gebilligt, aber die liberalen Kräfte waren mit den Reformen nicht zufrieden. Für sie sind alle Umgestaltungen ohne Privatisierungen und ohne freies Unternehmertum nicht radikal genug. Darum dieses 500-Tage-Programm. Die Auseinandersetzungen um die wirtschaftlichen Reformen zeigen ganz klar: Sowohl die bürokratische Zentralplanung von oben als auch die Marktwirtschaft wie alle Versuche diese zu vereinen, bringen gleichermaßen das Leben, die Freiheit, die Gesundheit, das Wohl der Menschen und das ökologische Gleichgewicht der Machtgier, der Herrschaft, der Konkurrenz oder der Akumulation der materiellen Güter zum Opfer. Für die Sowjetunion gibt es kein kleineres Übel. Der einzige Ausgang aus der Krise ist der, mit der Logik der Industrialismus und der Herrschaft völlig zu brechen. Die Aufgabe der Umwelt und Menschenrettung kann langfristig nur beim Übergang zu einer freien, ökologischen, basisdemokratischen, sozialen und herrschaftsfreien Gesellschaft ohne jegliche Entfremdung und Fremdbestimmung, ohne Arbeitsteilung und Ausbeutung gelöst werden. Es geht um eine Gesellschaft der Harmonie mit der Natur und zwischen den Menschen, der Sozialautonomie, der Selbstverwaltung der Individuen und Assoziationen, um eine Gesellschaft der gegenseitigen solidarischen Hilfe, der Koordination der lokalen Interessen und Bedürfnisse. Dabei sind die Vereinigung der ökologischen und kommunitären Prinzipien unvermeidlich.

Die radikale Linke muß natürlich auch kurzfristige Sofortmaßnahmen vorschlagen. Der Stabilisierung der Lage können z. B. dienen: Der sofortige Privatisierungsstop, die Vergesellschaftung (nicht Nationalisierung, sondern Vergesellschaftung) der schon privatisierten Betriebe, die Übergabe aller noch staatlichen Betriebe und der neu vergesellschafteten Unternehmen in die Hände der selbstverwaltenden Belegschaften unter der gesellschaftlichen Kontrolle in den örtlichen kommunalen Wirtschaftsgremien, woran die Produzenten, Verbraucher, die Umweltgruppen und die anderen Betroffenen teilhaben.

*Heiseler:* Das Letztere halte ich für eine interessante Forderung, weil sich in ihr Betriebsdemokratie mit weitergehenden, allgemeineren Interessen in Gestalt von kommunalen Bedürfnissen und ökologischen Ansprüchen verbinden.

*Damier:* Genau das meine ich. Aber weiter mit dem Sofortprogramm: Schließung zuerst der inländischen Privatunternehmen, die auf fremder Lohnarbeit beruhen - die ausländischen kann man auf Grund von Verträgen im Augenblick nicht mehr schließen - , Einfrieren aller Preise bis zur allmählichen Einführung von an den Selbstkosten orientierten Preisen bei vollem Lohnausgleich, allgemeine ausgleichende Steigerung aller Löhne und Renten und die Einführung eines sozialen Minimaleinkommens, die Abschaffung aller Privilegien, das Festsetzen einer stark proportionalen Einkommenssteuer, Durchführung einer Währungsreform verbunden mit der Beschlagnahme solcher Großvermögen, für deren Herkunft die Eigentümer keine Einkommenserklärung vorlegen, (denn diejenigen, die die Krise verursacht haben, die Teile der Nomenklatura und die Mafia-Angehörigen, sollen sie auch bezahlen, nicht das Volk, das die Krise nicht verursacht hat), keine Aufnahme weiterer ausländischer Kredite, keine weiteren "Offenen Unternehmenszonen", keine weiteren Joint Ventures, Unterwerfung der bestehenden unter verstärkte ökologische Kontrolle, bis sie ohne Vertragsbruch vergesellschaftet werden können, Einführung der 35- und später 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Einführung des Rechts der Belegschaften und Arbeitsgruppen Arbeitszeit und Arbeitstempo selbst zu organisieren und zu verteilen. Die wirkliche ökologische Gesellschaftskontrolle durch die Bevölkerung muß eingeführt werden. Bei der Schließung der ökologisch schädlichen und unrationellen und unnötigen Betriebe, bei der Demilitarisierung und bei der Umstellung auf die Bedürfnisse der Verbraucher, bei der Schließung der Atomkraftwerke usw. müssen neue Arbeitsplätze in neuen gesellschaftlichen Bereichen unter der Kontrolle der Gesellschaft geschaffen werden. Die Weltraumforschung muß reduziert werden. Das landwirtschaftliche Agrarland muß sozialisiert und in die Jurisdiktion der lokalen, kommunalen paritätischen Wirtschaftsgremien überführt werden. Den Belegschaften der Kolchosen und Sowchosen steht es völlig frei, ihre Unternehmen zu behalten und als selbstverwaltete Betriebe weiterzuführen; wenn die Kolchosen und Sowchosen sich selbst auflösen, so können die kommunale Wirtschaftsgremien dieses Land an Familien oder an Genossenschaften ausgeben, die Ernten aber müssen der ganzen Gemeinde gehören.

*Heiseler:* Wenn das das Übergangsprogramm ist, wie sieht Eure konkrete Utopie aus?

*Damier:* Wir beziehen wir uns auf Martin Bubers Vorstellung einer Vereinigung von Konsumenten und Produzenten, einen Sozialismus, der seine Kraft aus einem entwickelten Genossenschaftswesen bezieht (Pfade in Utopia). Wir beziehen uns auf die Gedanken von André Gorz, daß das nur möglich ist zusammen mit dem Bruch mit der Logik der Marktwirtschaft, ja sogar mit den Warenbeziehungen selbst (Wege ins Paradies). Wir stehen schließlich auch in der Tradition von Peter Alexejewitsch Kropotkin: "Diese Gesellschaft wird aus einer Menge von Genossenschaften zusammengesetzt sein. Untereinander verbunden für Alles, was eine gemeinsame

Bemühung erfordert: Föderation von Produzenten für alle Arten der Produktion, Gemeinden für den Konsum, Föderation von Gemeinden miteinander und Föderation der Gemeinden mit den Produktionsgruppen, ausgedehnte Gruppen, die ein ganzes Land oder sogar mehrere Länder umfassen und aus Personen zusammengesetzt, die gemeinsam für die Befriedigung der jener wirtschaftlichen, geistigen und künstlerischen Bedürfnisse arbeiten werden."

**Heiseler:** Was geschieht, wenn weder das 500-Tage-Programm noch Euer Übergangsprogramm sich durchsetzen läßt?

**Damier:** Es ist nicht ausgeschlossen, daß es eine ganz andere Entwicklung gibt: Der Zerfall der Sowjetunion, die Verselbständigung Rußlands, eventuell auch mit Teilen der Ukraine und mit Weißrußland, aber in diesem Fall verbunden mit einem Bürgerkrieg, weil man das gegen den Willen der Ukrainer durchsetzen müßte. Aber zur Zeit ist es nicht ausgeschlossen, daß Jelzin auch ohne die Ukraine und andere Gebiete diese Sezession durchführt. Und dann würde in der russischen Föderation eine Dreier-Koalition an die Macht kommen: Sozialdemokraten, Demokratische Partei Rußlands, und die Gruppe der Demokratischen Plattform, die aus der KPdSU ausgetreten ist. Im Prinzip sind das die gleichen Menschen, die früher in der KPdSU Verwaltungspositionen inne hatten - die Strukturen ändern sich, aber ihre autoritäre Psyche bleibt. Gerade auch die DPR hat keinesfalls eine demokratische Struktur.

Amadeo Bordiga hat als erster gesagt, daß der russische Sozialismus ein Umweg zum Kapitalismus ist. Er meinte, wenn es in West-Europa zu einer Revolution kommt, dann wird das Ergebnis ein sozialistisches West-Europa und ein kapitalistisches Rußland sein.

Theoretisch könnte Rußland den Umweg über den Kapitalismus zur Vorbereitung der materiellen Grundlagen des Sozialismus gehen. Aber dabei ist der Zeit-Faktor nicht berücksichtigt. Die Programme sehen die totale ökologische Ausbeutung der freien Wirtschaftszonen vor. Das wäre aber der Untergang.

Aufgrund dieser Zeitfaktoren, der ökologischen Krise, der sozialen Katastrophe könnte man sich hier sogar einen Aufstand vorstellen. Nicht einen linken Aufstand, die Mehrzahl der Menschen hier hat keine linke Stimmung. Eine Reihe von Hungerrevolten, dann Zerfall, dann Putsch - das ist möglich.

**Heiseler:** Ich gehe auch davon aus, daß es möglich ist, daß Rußland auf den Stand eines Drittweltlandes zurückfällt.

**Damier:** Ich meine, wir sind schon jetzt in der Lage der Dritten Welt.

Peter Jehle

## Gramsci und die Theorie der Zivilgesellschaft

Internationale Konferenz vom 23.-24. März 1991, Berlin

Der Geburtstag Antonio Gramscis jährt sich im Januar 1991 zum hundertsten Mal. Über das übliche Gedenken hinaus gibt es Anlaß für die theoretische Kultur der Linken, aus der gegenwärtigen Umbruchssituation heraus in Beziehung auf Gramscis Denken sich neu zu verständigen. Im zusammengebrochenen befehlsadministrativen Sozialismus gehörte sein Werk zum Verdrängten. Gramsci, dessen Denken im Gefängnis um Konsensbildung als Bedingung politischer Handlungsfähigkeit kreiste, war mit dem poststalinistischen Sicherheitsstaat nicht vereinbar. Es ist kein Zufall, daß die Kategorie der Zivilgesellschaft, die zentral ist in den *Gefängnisheften*, an allen Ecken und Enden der demokratischen Revolution Osteuropas aufgetaucht ist. Das neue Wort zeigt an, daß ein Horizont geöffnet wurde. Die Dimension des Zivilen kann nicht länger als 'bürgerliche Ideologie' denunziert, Bürgerrechte nicht mit bürgerlichen Rechten verwechselt, der Citizen nicht mit dem Bourgeois gleichgesetzt werden.

Schwerpunkte: 1. Rekonstruktion von Begrifflichkeit und Problematik der Zivilgesellschaft bei Gramsci, im Zusammenhang mit angelagerten Konzepten wie Hegemonie, Konsens und Kultur; verwandte und konkurrierende Ansätze in der *angelsächsischen* Diskussion über *civil society*. 2. Aktualisierung Gramscis im Problemhorizont von 'Postfordismus', High-Tech-Kapitalismus und Perestrojka (z.B. die Frage nach den Wechselwirkungen zwischen Produktivkraftentwicklung und politischer Demokratisierung); was bleibt von Gramscis nach dem Ende der proletarischen Avantgardepartei? 3. Elemente eines zivilgesellschaftlich reartikulierten sozialistischen Projekts: Geschlechterverhältnisse, Gestaltung der Mensch-Natur-Verhältnisse, die Frage nach Trägern und Realisierungschancen.

Getragen wird die Tagung von den Zeitschriften '*Das Argument*', '*Initial*' '*links*', '*ProKla*', '*Sozialismus*', '*Sozialistische Politik und Wirtschaft (SPW)*', '*Utopie kreativ*', '*Widerspruch*' (München), '*Widerspruch*' (Zürich) und '*Z*' sowie der *Stiftung Gesellschaftsanalyse*, dem *Institut für vergleichende Zivilisationsforschung* an der Humboldt-Universität Berlin und der *Volksuni* Berlin.

Die Tagung ist als Expertenseminar mit öffentlichen Abendveranstaltungen geplant. Am Rande wird es eine Vorstellung von Neuerscheinungen zu Gramsci geben, u.a. des ersten Bandes der deutschen Gesamtausgabe der *Quaderni del carcere*, die im Argument-Verlag erscheint.

(Informationen zur Konferenz bei Peter Jehle, Wicléfstr. 30, W-1000 Berlin 21, Tel. 3965173 und bei Harald Neubert, Elsa-Brandström-Str.18, O-1100 Berlin, Tel. 4724807.)

## Die Zeitschrift "UTOPIE kreativ"

Seit September 1990 erscheint mit "Utopie konkret. Diskussion sozialistischer Alternativen" im der PDS nahestehenden Ostberliner Dietz-Verlag eine neue theoretische Monatszeitschrift. Ab Nr. 3 (November 1990) wurde aus urheberrechtlichen Gründen das "konkret" des Titels durch "kreativ" ersetzt.

Die Zeitschrift will sich in die Diskussion der deutschen Linken als ein Podium einbringen, von dem aus die DDR-spezifischen Probleme auf dem Wege zu einer politikfähigen sowohl gesamtdeutschen als auch europäischen Linken artikuliert werden können. "UTOPIE kreativ" ist kein Organ der PDS, fühlt sich aber der PDS verbunden. Zu den Autoren der ersten beiden Hefte zählen Mitglieder und Sympathisanten der PDS, des "Neuen Forums", der "Grünen" und der Jungsozialisten der BRD, der "Vereinigten Linken" und in Parteien und Bewegungen nicht Gebundene. Die Redaktion ist unabhängig: sie fühlt sich einzig einem demokratischen, kapitalismuskritischen und ökologischen Konsens mit sozialistischer Orientierung verpflichtet.

Der gegenwärtigen Redaktion gehören an: Helmut Steiner (Chefredakteur), Marion Kunze, Jörn Schütrumpf, Karin Sittka. Ihr Unterbau ist ein Redaktionsbeirat mit 18 Mitgliedern - mehrheitlich weiblichen Geschlechts -, vor allem aus der jungen und jüngeren Generation aber auch mit Repräsentanten schöpferischer marxistischer Wissenschaft wie Peter Heß, Walter Markov u.a.

Bei der Titelsuche fiel die Wahl auf UTOPIE aus der Überzeugung heraus, daß der Utopieverlust nicht nur den ersten Sozialismus-Versuch zum "real existierenden Sozialismus" verkümmern ließ, sondern daß jegliche Demokratie ohne das Regulativ Utopie den Keim des Untergangs in sich trägt. Außerdem waren es die mit dem Namen von Marx und Engels verbundenen Utopien, die die sozialen Widerstandsbewegungen gegen den Kapitalismus in den letzten mehr als einhundert Jahren motivierten und deren Gehalt sich noch längst nicht erschöpft hat. "Utopie kreativ" ist allerdings keine Zeitschrift des "Zurück zu Marx". Ohne die gleichberechtigte Aufnahme und Verarbeitung sozialetischer Problemsichten und der Ergebnisse und Methoden universitärer und außeruniversitärer Sozialforschung von Max Weber bis Jürgen Habermas gibt es für die Linke keine Zukunft.

In den dringend notwendigen Diskurs der Linken, der zu einem guten Teil in ihren Zeitungen und Zeitschriften stattfindet, glaubt sich "UTOPIE kreativ" mit zwei Besonderheiten einzubringen:

1. Die Geschichte und Wirklichkeit des real existierenden Sozialismus wurden durch die herrschenden Politbürokraten über die Abschaffung jeglicher Öffentlichkeit in eine terra incognita verwandelt, aus der der Sensationsjournalismus der letzten Monate sein Material bezog. Nachdem nun der erste Sozialismus-Versuch auf deutschem Boden liquidiert ist, soll er auch vergessen gemacht werden. An die Stelle einer kritischen Erinnerung soll in die Hirne die dumpfe Vorstellung von einem kriminellen linken Experiment eingepflanzt und so die deutsche Linke für Jahrzehnte auf die Knie gezwungen werden. Gerade für Linke, auf denen die Geschichte der SED lastet, ist es eine Überlebensfrage, sich zum einen schonungslos der Vergangenheit zu stellen, zum anderen aber diese Vergangenheit in ihrer Widersprüchlichkeit aufzuarbeiten. Mit Analysen, Dokumentationen, Porträts und dem Abdruck von Texten während des Stalinismus verfemter Autoren will "UTOPIE kreativ" hierbei ihren Beitrag leisten.

2. Zur Wiederherstellung linker Politikfähigkeit, d.h. der Fähigkeit zum gesellschaftlich relevanten Vordenken, zählt nicht nur, daß man herausfindet, was Marx, Engels, Lenin, Luxemburg, Gramsci u.a. "wirklich sagten" (wenngleich auch dem in "UTOPIE kreativ" nachgegangen werden soll), sondern auch, daß man sich auf das Niveau der einzelnen Problemlagen heraufarbeitet. Das ist aber für viele der auf dem Gebiet der untergegangenen DDR verbliebenen Linken besonders schwer, teilen sie doch nicht nur die theoretischen Mängel der anderen europäischen Linken: aufgrund der Honecker-Hermann-Hager'schen Abschottungs- und Verteufelungspolitik gegenüber neuen Denk- und Analyseansätzen sind die meisten DDR-Linken weit hinter dem Stand der internationalen Diskussion zurückgeblieben. Den Hauptweg, diese Defizite zu überwinden, sieht die Redaktion darin, daß in entsprechenden Sachbeiträgen der jeweilige Diskussionsstand und besonders wichtige Punkte der bisherigen Diskussion referiert werden. Daneben sind auch spezielle Beiträge und der Nachdruck wichtiger Artikel von früher geplant.

Die Zeitschrift "UTOPIE kreativ" erscheint monatlich und wird sowohl wiederkehrende Schwerpunkte (wie "Gesellschaftsanalyse", "Europäische Linke", "Dokumentierte Geschichte" u.a.) beinhalten, aber auch thematische Hefte wie z.B. zu Feminisierung, Ökonomie, Ökologie oder Gramsci anbieten. In den ersten beiden Heften schrieben u.a.: Michael Brie, Jutta Ditzfurth, Bernd Florath, Wolfgang Gehrcke, Wladislaw Hedeler, Peter Hess, Rudolf Hirsch, Renate Kirchner, Dieter Klein, Helga Königsdorf, Jürgen Kuczynski, Anette Leo, Reinhard Mocek, Hans Modrow, Reinfried Musch, Ulla Plener, Arnold Schölzel, Rosemarie Schuder, Marion Seelig, Christian Stappenbeck, Helmut Steiner, Alexandra Wagner,

Alexander Ju. Watlin, Frank Wilhelmy. Das Heft mit etwa 100 Seiten kostet 5,-, ein Jahresabo 60,- DM (zzgl. Porto).

Das *Septemberheft* (1) bietet neben Anmerkungen zur Sozialismusdebatte und zur Kapitalismuskritik Beiträge über die Linke in Ungarn, der CSFR und Deutschland, über die Chancen der PDS und Differenzierungen im ökologischen Lager. Weiterhin werden Dokumente über die Zerschlagung der "Jungen Gemeinde" 1953 veröffentlicht, ferner Veranstaltungsberichte und Rezensionen. Ein Sozialporträt von Mecklenburg-Vorpommern rundet das Heft ab.

Das *Oktoberheft* (2) enthält u.a. Analysen der Sozialdemokratie, des Schicksals der Bürgerbewegung der DDR, der Reformfähigkeit des Kapitalismus und praktischer Probleme eine ökologisch-sozialen Gesellschaftspolitik. Veröffentlicht wird der erste Teil eines Interviews mit Hans Modrow; ferner eine Vorstellung und Texte des gerade durch die PDS rehabilitierten DDR-Ökonomen Fritz Behrens. Von Interesse dürfte auch ein Beitrag über die Stalinisierung der Komintern 1928 sein.

Im *Novemberheft* (3) wird die Veröffentlichung des Interviews mit Hans Modrow fortgesetzt, ebenfalls der kritische Sozialismustext von Fritz Behrens. Wolfgang Küttler schreibt über das Selbstverständnis der früheren DDR-Bürger, Bernd Rumpf über "Intellektuelle und Zukunft - das Diskussionsangebot der PDS", Gabriele Lindner über das Dogma der 'Partei neuen Typus'. Ebenfalls werden Aufsätze von Ernest Mandel über Trotzki's Verständnis der Organisations- und Parteifrage und von Wolfgang Leonhard über den Beginn des Sozialismus aus der Perspektive seines Endes veröffentlicht; außerdem wieder Berichte und Rezensionen.

Für das *Dezemberheft* (4) sind u.a. vorgesehen Beiträge von Heinz Kallabis (Deutscher Einheitsstaat - zwei Gesellschaften), Ingrid Herold (Patriarchat und Feminismus), Fritz Vilmar (Wirtschaftsdemokratie und Defizite der PDS), Frieder O. Wolf (Engagement bei den Grünen), Horst Dietzel (zur Sozialdemokratie). Ferner wird Leo Kofler mit einer Skizze und Texten vorgestellt.

(Die Anschrift der Redaktion lautet: Redaktion "UTOPIE kreativ", Dietz Verlag Berlin GmbH, Wallstraße 76-79, O-1020 Berlin).

## Marktsozialismus

Joachim Bischoff/ Michael Menard, *Marktwirtschaft und Sozialismus. Der Dritte Weg. VSA, Hamburg 1990, 170 S., DM 22,80.*

Nachdem in der DDR und in Osteuropa nach der Liquidierung des Staatssozialismus nicht ein wie immer gearteter demokratischer Sozialismus die Herrschaft angetreten hat - auch die soziale Marktwirtschaft läßt auf sich warten -, sondern die kapitalistische Marktwirtschaft vulgaris (noch nicht abgeschlossen ist die kapitalistische Restauration in der UdSSR und in Südosteuropa, wo die Verfasser aus kaum nachvollziehbaren Gründen noch eine Chance sozialistischer Erneuerung im Sinne einer sozialistischen Marktwirtschaft sehen), ist die Zeit für Sozialisten fällig, nach den Ursachen zu fragen und nach neuen Perspektiven des Sozialismus zu suchen. Dieser Aufgabe stellen sich gegen den herrschenden Zeitgeist der Restauration - und des Defätismus bei den Anhängern des niedergeworfenen alten Sozialismus - die Verfasser bzw. die SOST. Und zwar mit dem Versuch, eine Lesart der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie zu gewinnen, mit der Marx in die Rolle eines Taufpaten des Marktsozialismus gerät. Ob zu Recht, darüber wird in Zukunft zu diskutieren sein.

"Die Alternative zu autoritärem Staatssozialismus und kapitalistischer Gesellschaftsordnung besteht in der Verknüpfung von demokratisierten Wirtschaftsunter-

nehmen, gesellschaftlicher Steuerung und sozialstaatlicher Regulierungspolitik." (11) In der Hauptsache ist dies eine Konzeption des "Dritten Weges", wie sie in der Vergangenheit in den Reihen der Sozialdemokratie vertreten worden war und bei der die Übergänge von einem entwickelten Sozial- und Interventionsstaat auf der Basis einer gemischten Wirtschaft zu dem, was man als Sozialismus auffassen konnte, fließend ist.

Die Hauptursache für den Zerfall des Staatssozialismus sehen die Verfasser in seiner Effizienzschwäche, die ihn im Zuge der konservativen Revitalisierung des Kapitalismus und des damit freigesetzten Modernisierungsschubs seit Anfang der 80er Jahre auf die Verliererstraße schliddern ließ. Entschieden "wurde der Systemwettbewerb zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus durch die effektive und effiziente Marktwirtschaft" (15/16).

Wie die Geschichte und auch der Zerfall zeigten, konnte der Staatssozialismus nicht durch das Aufpropfen von Marktmechanismen saniert werden. Gleichfalls wenden sie sich gegen eine Vorstellung, die den Marktsozialismus nur als zeitweilig nötigen Rückzug ansieht und pochen auf seine prinzipielle Bedeutung. Freilich konzedieren sie dem Staatssozialismus als dem Kind spezifisch russischer Bedingungen für eine längere Zeit Erfolg und Effizienz als Weg und Methode zur Überwindung von Rückständigkeit. Deshalb ja auch für eine längere historische Periode die Attraktivität dieses Mo-

dells für revolutionäre Entwicklungsländer. Bedauerlicherweise verfolgen sie diese Frage für die Gegenwart nicht weiter, in der sich mit dem Abgang des Sozialismus die Optionsmöglichkeiten dieser Ländergruppe, der Mehrheit der Menschheit, stark eingeengt haben. Dieses Urteil fällt für die osteuropäischen Länder anders aus, in denen der Staatssozialismus Ergebnis einer bestimmten historischen Konstellation, des Sieges der UdSSR unter Stalin über den Faschismus war.

Die Argumentation und Untersuchung der Verfasser stellt sich das Ziel, die traditionelle marxistische Lesart und Begründung des Staatssozialismus im Kontext der Marx-Lektüre infrage zu stellen. Freilich wurzelt der Staatssozialismus nicht ausschließlich in den Vorstellungen der kommunistischen Bewegung unseres Jahrhunderts. Er hat ältere Wurzeln, die auch die Sozialdemokratie und ihre Staatsfixierung betreffen (Sozialstaatskonzept). Deshalb treibt die konservative Revitalisierung des Kapitalismus auch nicht nur den Sozialismus in den Abgrund, sondern führt auch zur Krise seiner reformistischen Schwester, der Sozialstaatskonzeption. Darauf verweisen die Verfasser in verschiedenen Zusammenhängen.

In der Sicht der Verfasser besteht das Grundproblem des Staatssozialismus darin, daß aus dem Staatseigentum als gesellschaftlichem Eigentum der unmittelbare gesellschaftliche Charakter der in diesem Rahmen geleisteten Arbeit abgeleitet worden sei. Der Ver-

such der Realisierung war das System zentralisierter administrativer Planung. Dies war, wie schon gesagt, auf schwach entwickelter Wirtschaftsgrundlage ein effektiver Weg aus der Unterentwicklung, freilich um den Preis eines despotischen Herrschaftssystems und der Diktatur über die Bedürfnisse. Aber: "Wenn die Kommandowirtschaft einerseits Anstöße dazu gibt, die Produktivkräfte zu entwickeln sowie Bildung und Bedürfnisse der Menschen zu erweitern, dann macht sie sich in diesem Prozeß aber selber zur Schranke für die weitere Entwicklung. Denn sobald das allgemeine Niveau der Produktivkraft ausreicht, nun über die Befriedigung des elementar Notwendigen hinaus eine Differenzierung von Produktion und Bedürfnissen zu erlauben, versagt der zentrale Planungsmechanismus." (24)

Zur näheren ökonomischen Begründung der Ineffizienz der bisherigen Planwirtschaft wird eine ganze Palette von Argumenten angeboten, die zwar die Planwirtschaft seit Anbeginn als Kritik begleitet haben, aber nun nach dem Zusammenbruch dieses Systems erst zwingende Plausibilität zu erheischen scheinen - soweit man die Grundzüge der Diagnose der Verfasser teilt. In der Sicht des Rezensenten gibt es allerdings hinreichende Gründe, das Übel nicht in einer zentralen Planung zu sehen, sondern in einem erstarrten politischen Überbau, in Bürokratisierung, Unfähigkeit der kommunistischen Führung der UdSSR, was im Fehlen eines demokrati-

schon (politischen) Vermittlungsmechanismus zwischen Produktion und Bedürfnis kulminierte, eben dem Fehlen einer demokratischen Planung, mit der der Staat eben zum "board", zur Clearingstelle hätte werden müssen. Was die rein technischen Möglichkeiten der Planungsflexibilisierung betrifft, so gibt es auf der Basis moderner Datenverarbeitung hinreichende Möglichkeiten, die längst in Industriekonzernen und Großbanken Einzug gehalten haben. Gleichfalls leuchtet es dem Rezensenten kaum ein, daß auf Basis des Staatseigentums Demokratisierung der Betriebsverfassung und Produktionsverhältnisse ausgeschlossen sein soll.

Theoretisch und praktisch geht es darum, ob sich der gesellschaftliche Charakter der Arbeit nur und erst über Marktmechanismen herausstellen kann oder ob es prinzipiell alternative gesellschaftliche Vermittlungssysteme gibt. Die Sicht der Autoren: "Die mit der Reproduktion sich verändernden Bedingungen der Reproduktion schließen strenge Planungsvorgaben aus. Die individuellen Arbeiten können durch vorgeschaltete Planungsakte nicht den Charakter unmittelbar gesellschaftlicher Arbeit erhalten." (49) Dies ist aber auch im Blick auf Teilbereiche der kapitalistischen Wirtschaft für den Rezensenten nicht nachvollziehbar. Zu diskutieren wäre auch, ob damit Marktverhältnisse nicht zu Naturformen des Austauschs und Verkehrs deklariert werden. Das von den Autoren angeführte Marx-Zitat be-

sagt ja nicht, daß Zirkulation mit Markt identisch ist, sondern nur, daß Markt Ausdruck von Zirkulation. Es ist also keine Spielerei, an den transitorisch-historischen Charakter der Warenkategorien zu erinnern. Ein gescheiterter und offenkundig auch auf ungenügenden Grundlagen schlecht getaner historischer Versuch sollte dies nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Für die textexegetische Legitimation spielt eine Passage aus dem Akkumulationskapitel des Marx'schen "Kapital" (MEW, Bd. 23, S. 791) eine Schlüsselrolle. Dort ist die Rede davon, daß als Negation des kapitalistischen Eigentums individuelles Eigentum auf der Basis der Errungenschaften der kapitalistischen Epoche hergestellt würde, was bisher im Gesamtkontext des gesellschaftlichen Eigentums gelesen worden war, der dieses Kapitel und generell die Marx'sche Argumentation beherrscht. Die Verfasser leiten daraus eine, allerdings nicht weiter erläuterte, Eigentumsbeteiligung der Produzenten an den Produktionsmitteln ab, als Hauptschritt zur Aufhebung der Entfremdung und zu einer durchgreifenden Demokratisierung. Hier, wie generell in der Schrift, hätte man sich allerdings ein Eingehen auf die jugoslawischen und auch die ungarischen Erfahrungen gewünscht, wo zumindest Grundelemente dieser Alternative - wenig erfolgreiche freilich - Bestandteile der Realität waren.

Statt Staatssozialismus und Kapitalismus "individuelles Eigentum an den gemeinschaftlichen Pro-

duktionsbedingungen" plus staatlicher Rahmenplanung und Investitionssteuerung - darum geht es in der Alternative im Kern. Was den Regulierungs- und Vergesellschaftungstyp betrifft, so bewegen sich ihre Überlegungen in eine ähnliche Richtung wie vor ein paar Jahren die Reformalternative-Diskussion im kommunistischen Spektrum oder in der Memo-Gruppe. Eine solche reale Gesellschaft wäre vom Sozialismus nicht durch Mauern getrennt. Insofern ist den Verfassern unbedingt zuzustimmen, wenn sie in derartigen vergesellschafteten Regulierungsformen Ansätze und Elemente des Sozialismus erkennen.

Anzumerken bliebe, daß in der gesamten Abhandlung Eigentum und Markt abseits von Interessen, sozialen Gruppen und Klassen erörtert werden. Ähnlich, wie generell in der sozialdemokratischen Programmdiskussion, bleibt die Subjektfrage ausgeblendet bzw. dem Individualisierungsproblem vorbehalten.

Die Verfasser kennen freilich recht gut die Defekte der kapitalistischen Marktwirtschaft und aus der Marx'schen Kritik die Ursachen von Krisen und Ressourcenerstörung. Sie meinen, auf der Basis demokratisierter Unternehmensverfassung könnte per Steuerung der Marktkoordination diese Vergendung vermieden werden - was sich ja auch auf das Problem der Arbeitslosigkeit bezöge, das bisher allerdings nur in zentralisierten Planwirtschaften überwunden werden konnte.

Ihr Credo: "Eine gesteuerte Marktwirtschaft, die auf einer demokratischen Wirtschafts- und Eigentumsverfassung aufbaut, ist eine tragfähige Perspektive für die Veränderung der kapitalistischen Metropolen." (57) In dieser Perspektive erscheint für sie auch die "Gesellschaftsformation des Marktsozialismus", die sie in den Marx'schen Vorstellungen angelegt sehen. (61)

Freilich begnügen sich die Autoren nicht mit der Vorstellung ihrer diskussionswürdigen und gewichtigen Diagnose und Alternative. Dies ist nur Teil 1 der Abhandlung. Denn sie wissen, daß ihr Konzept der bisher vorherrschenden marxistischen Lesart entgegensteht, nach der eine "sozialgesteuerte Marktkoordination" bestenfalls als reformerische Transformationsstufe zum Sozialismus aufzufassen war.

Deshalb versuchen sie in Teil 2 (Neue Ökonomische Politik und Perestroika) vorzuführen, daß die Herausbildung der staatssozialistischen Kommandowirtschaft in der UdSSR von einer marktsozialistischen Option und Opposition (Bucharin und die Parteirechte) begleitet war und daß auch die Leninsche NÖP-Konzeption solche Elemente enthalten habe. Ihre Darlegungen bewegen sich auf dem Niveau der gängigen Perestroika-Literatur. Allerdings sehen sie entsprechend der Textlage bei Lenin kein Konzept eines Marktsozialismus. Für ihn war die NÖP in erster Linie ein historisch erzwungener Rückzug des Sozialismus aber kein neuer Königsweg

des Sozialismus. In Übereinstimmung mit der heutigen Lesart des Gorbatschowismus meinen sie allerdings, daß das Bucharin-Konzept der Industrialisierung, hätte es eine Realisierungschance gehabt, erfolgreicher gewesen wäre als das tatsächlich durchgesetzte, was allerdings nach wie vor aus meiner Sicht zu bezweifeln bleibt. Nicht umsonst wurde ja dieses Modell der nachholenden Modernisierung von vielen Entwicklungsländern nach dem 2. Weltkrieg übernommen.

Bleibt anzumerken, daß die Autoren der SOST nun auch ihrer alten Forderung Nachdruck verleihen, nämlich: "Entmythologisierung der Ikone Lenin, die Dechiffrierung des Leninismus ist die unabdingbare Voraussetzung für eine Erneuerung des Marxismus". (96)

In Teil 3 (Kapitalmystifikation und Eigentumsfrage) geht es den Autoren vor allem um das Verhältnis von Waren- und Kapitalfetischismus. Schließlich müssen - im übrigen vom Standpunkt des Rezensenten zu Recht - die Autoren für die kapitalistische Gesellschaft auf der Dominanz des Kapitalfetischismus bestehen. Von dieser Dominanz war in den Diskussionen im Rahmen der kommunistischen Weltbewegung früher schon seit geraumer Zeit ausgegangen worden, mußte sie schließlich ja auch das Konzept sozialistischer Warenproduktion legitimieren. Wurden nicht gerade dabei apologetische Züge wirksam, weil eben die vom Waren-Geld-Fetischismus ausgehenden Mystifikationen und die auf der gleichen Grundlage be-

ruhenden Entfremdungserscheinungen ausgeblendet wurden?

Jedoch haben die Autoren Recht, wenn sie darauf bestehen, daß die ausschließliche Fassung der Entfremdung vom Warenfetisch her borniert bleibe, weil damit die Vergesellschaftungspotenzen der Produktion ausgeblendet seien. Der Vermittlungsprozeß über den Markt erhalte eine andere Qualität, wenn sich die Stellung der Individuen in der Produktion ändere. Seine Rolle werde relativiert. Sie resümieren: "Im Zentrum steht also eine Synthese von gesellschaftlich beherrschten Produktivkräften und eine Pluralität von Eigentumsstrukturen - individuelles, genossenschaftliches und gesellschaftliches." (140) Niemals sei es aber von Marx gedacht worden, daß "alle Errungenschaften der kapitalistischen Ära" in Staatseigentum zu münden hätten (153). Ferner müsse die Niederlage des Staatssozialismus zum Grund genommen werden, "daß die Vorstellung von der umfassenden vorausschauenden Gesamtplanung durch die Konzeption einer durchaus marktkonformen Steuerung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses abgelöst wird" (156), wobei sie allerdings an anderer Stelle einräumen, daß eben auch weite Bereiche generell aus den Marktprozessen herauszunehmen seien, was ja selbst für den gegenwärtigen Kapitalismus nichts aufregendes ist. Eine moderne Sozialismuskonzeption müsse die Staatsfixierung überwinden und eine zivilgesellschaftliche Option ins Zentrum rücken.

Zu fragen bleibt, ob nicht gerade aus der Ökologie-, Ressourcen- und 3. Welt-Problematik eine Renaissance gebrauchswertorientierter, auf globale Proportionen gerichteter Planung erwachsen wird und zwar nun auf dem Niveau der High-Tech-Gesellschaft. Im übrigen geht es auch um den historischen Status einer "Gesellschaftsformation des Marktsozialismus", der ja auch im Bezug zu kommunistischen Produktions- und Verteilungsprinzipien definiert werden muß, die wohl jenseits von Geld- und Marktbeziehungen liegen. Dies entfiel nur dann, wenn man beabsichtigt, diese Vorstellungen in die Abstellkammer verderblicher Utopien zu verbannen.

Heinz Jung

### **Tagebuch der Hoffnung, des Scheiterns und eines trotzdem historischen Optimismus**

*Wolfgang Fritz Haug, Versuch beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen. Das Perestroika-Journal, Argument Verlag, Hamburg 1990, 510 Seiten, 34,- DM.*

Das vorliegende Journal ist das Ergebnis eines auf die Perestroika und Gorbatschow konzentrierten Wahrnehmungs- und Reflexionsprozesses zwischen dem 1. Juni 1989 und dem 24. Mai 1990. So jedenfalls das Datum der ersten und

letzten Notizen des Journals. Aber unter der Hand hat sich der Gegenstand ausgeweitet. Und in den Mittelpunkt rückte der Umbruch in der DDR und sein Scheitern als demokratischer und sozialistischer Reformversuch. Somit ist das Journal auch zu einem Zeitdokument der Hoffnung und des Scheiterns geworden.

Vor dem Leser entfaltet sich das geistige und politische Universum des Westberliner marxistischen Intellektuellen W.F. Haug. Es erschließt sich aus Kommentaren zu Tageszeitungen (vor allem zur FAZ) und Zeitschriften, zu Radiomeldungen und Fernsehsendungen, aus Briefen und Gesprächen mit (vorwiegend) Intellektuellen aus Ost und West und aus "Lokalterminen". Man wird der Zuneigung, Animositäten und Feindschaften des Autors, seiner Standpunkte zu Positionen, Ereignissen und Menschen teilhaftig, die sicher auch nicht ganz ohne das Kalkül des Effekts niedergeschrieben und veröffentlicht sind. Die Form des Tagebuchs ist dafür der adäquate Rahmen. Die Eintragungen präsentieren sich als durchgefeilte Texte, die anspruchsvollen literarischen Ansprüchen genügen. Politische und soziale Kommentare, einfühlsame Beobachtungen, ideologiekritische und theoretische Texte zeugen von einem intensiven Arbeitsprozeß der Aneignung und Reproduktion der Realität.

Und dies ist eine Realität voller Dramatik - Gewißheiten mit den alten Verhältnissen umstürzend; Hoffnungen desavouierend, kaum daß sie Gestalt angenommen ha-

ben; nur in offenem dialektischen Denken zu bewältigen, einem Denken freilich, das sich unverzichtbar marxistischer Essentials ständig versichert und das - in der Sicht des Verfassers - ohne die Option für einen dritten Weg (jenseits von Kapitalismus und Staatssozialismus) seinen Sinn verlöre. Der Buchtitel (Versuch ...) drückt somit treffend die Grundsituation sicher nicht nur von W.F. Haug aus.

Wer W.F. Haugs Gorbatschow-Buch gelesen hat, wird natürlich mit besonderem Interesse verfolgen, wie sich die Urteile und Einschätzungen des Verfassers zu seinem Helden und dessen Politik entwickeln. Noch im Sommer 1989 sah der Rezensent, genau wie Haug, in Gorbatschow seine lange aufgestauten politischen Hoffnungen verkörpert und mit ihm eine neue Renaissance des Sozialismus und Marxismus heraufziehen. (Es gab also wohl eine ganze Menge "haltbarer Graugänse", die nun "im Osten gesehen wurden".) Und in diesem Sinne für eine Erneuerung des Sozialismus, des Marxismus und der kommunistischen Bewegung zu kämpfen, wurde unabdingbar. Die Zwischenzeit hat mich jedoch zur bitteren Erkenntnis geführt, daß die gorbatschowistische Politik den Sozialismus Osteuropas der kapitalistischen Restauration preisgegeben und im Falle der DDR deren Liquidierung in Kauf genommen hat. Dafür sprechen die Tatsachen. Mit zeitlicher Verzögerung vollzieht sich diese Entwicklung auch in der UdSSR. Damit kann die Pe-

restroika als Ansatz der Reform des Sozialismus nur als gescheitert angesehen werden.

Haug betont in unterschiedlichen Zusammenhängen ebenfalls - zuletzt gegenüber dem illusionären Selbstverständnis der Protagonisten der "demokratischen Revolution" -, daß es ohne Gorbatschow die Bewegung gegen den Staatssozialismus nicht gegeben hätte. Er ist freilich in zunehmendem Maße veranlaßt, das Auseinanderklaffen von Absichten und Ergebnissen der Gorbatschow'schen Politik zu registrieren und zu beklagen. Seine eigenen Fehleinschätzungen betreffen vor allem, wie er vermerkt, den Grad der geistigen und realen Deformation des Sozialismus sowie die Sprengkraft der nationalen Frage. Trotz wachsendem Realismus bleibt seine Fixierung an Gorbatschow aber noch ungebrochen, was ihn in die Rolle jener romantischen Liebhaber bringt, die sich der Frau ihrer Träume auch dann nicht entziehen können, wenn ihnen aufgegangen ist, daß es sich um eine zweifelhafte Dame handelt. Aber das soll bei Altersleidenschaften nicht selten sein.

Gleichwohl muß meines Erachtens dem Verfasser voll zugestimmt werden, daß eine neue sozialistische Perspektive nur gewonnen werden kann, wenn sie dort ansetzt, wo Gorbatschow und die Perestroika gescheitert sind, daß also mit Gorbatschow die neuen Probleme und Themen angeschlagen sind. Insofern wird auch ein gescheiterter und fragwürdiger Gorbatschow der Landvermesser der terra inkognita bleiben.

Gegenüber der DDR und generell dem Realsozialismus hatten marxistische Intellektuelle wie W.F. Haug eine zunehmend distanzierte und kritische Haltung eingenommen, weil sie sich als Marxisten in erster Linie als Kritiker jeglicher Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse verstanden, die Systemkrise relativ früh orteten und nach ihrem theoretischen Ausdruck suchten. Er schreibt an einer Stelle, daß jener, der die Scholastik ablehnt, am Zerfall der Macht des Kirchenstaates interessiert sein muß. Aber damit erschöpfte sich sein Verhältnis zur DDR nicht. Es enthält am Beginn des Journals auch die Dimension der "bekümmerten Zuneigung", in der auch das Bangen um das Verschwinden eines antikapitalistischen Ansatzes und Versuches mitschwingt. Damit ist das entscheidende Dilemma des Marxisten und Sozialisten in den jüngsten Entwicklungen angesprochen. Dieses löst sich bei Haug in der Richtung auf, daß die dumpfe und aus seiner Sicht entscheidende Option der Arbeiterklasse der DDR für den kapitalistischen Konsumismus, für Restauration und Anschluß als das Wort der Geschichte genommen wird und damit auch die anfängliche bekümmerte Zuneigung dem Verdikt weicht.

Freilich sind die Hoffnungen und politischen Optionen bis weit in das Jahr 1990 noch davon geprägt, daß aus dem Zerfall - die Charakterisierung als Niederlage wird von ihm nicht geteilt - die Anstöße einer Renaissance des Marxismus

und der deutschen Linken hervorgehen könnten. Dies wird nicht zuletzt durch eigene Erfahrungen und die ersten Phasen der Distanzierung der Intellektuellen vom alten Sozialismus und vom Marxismus-Leninismus in der DDR nahegelegt. Von nicht wenigen DDR-Intellektuellen wird ihm nun bekundet, daß man seine Schriften zum pluralen Marxismus als Untergrundliteratur konsumiert habe und ihm völlig recht gebe. Mit gespannter Aufmerksamkeit sucht er nach dem Echo auf sein Gorbatschow-Buch und auf seine Konzeption der Zivilgesellschaft, die ja als eine theoretische Grundlage der demokratischen Revolution angesehen werden kann. Aber er muß dann zunehmend feststellen, daß für die aus dem ML Freigesetzten der plurale Marxismus und auf der politischen Ebene auch der demokratische Sozialismus nur kurze Durchgangsstationen beim Abgang vom Marxismus und Sozialismus sind. Ich bezweifle allerdings, ob die Ursachen dafür im System des ML als einer Entstellung des Marxismus gesehen werden können. Demgegenüber spricht vieles dafür, daß der Zusammenbruch des Werte- und Orientierungssystems im unmittelbaren Zusammenhang mit der "Implosion" der Strukturen des alten Sozialismus steht.

Mit gespannter Erwartung verfolgt W.F. Haug auch die Entwicklung der PDS, der die westdeutsche Linke um die Zeit der Volkskammerwahlen in erwartungsvoller Nervosität entgegenfiebert. Gregor Gysi ist für ihn eine Art Gor-

batschow von nebenan, dem er Sympathie und Hoffnung entgegenbringt. Mehr und mehr kühlt dieses Interesse aber ab, nachdem sich zeigt, daß die PDS nicht in der Rolle des Fortinbras auf die politische Bühne tritt, sondern sie, von Zerfallsprozessen und der Hürde der Vergangenheit gekennzeichnet, ihren Gegnern relativ schutzlos ausgeliefert bleibt.

Vielleicht wäre das Journal der Gefahr linker Nabelschau verfallen, hätten die Bezugspunkte der Reflexion nur in den Standpunkten und Meinungsäußerungen der Linken bestanden. Aus dem Universum wäre dann die selbstbespiegelte Subkultur geworden. Dies ist aber deshalb nicht der Fall, weil W.F. Haug auch die Haltung der anderen Seite verfolgt. Und das nicht nur nebenbei. Die Kommentare und Analysen zur FAZ machen wahrscheinlich gut ein Drittel des Textes aus. Dies ist Analyse und Polemik mit der Realpolitik der Großbourgeoisie, des Imperialismus und der Konservativen. Dies wäre faktisch ein Buch für sich. Und es wäre kein schlechtes, weil hier deutlich wird, wie das kapitalistische Interesse agiert und reagiert, wie es sich schrittweise im Zerfallsprozeß des Sozialismus entpuppt, artikuliert und schließlich zur beherrschenden Gewalt wird, die ihren Gegnern und zeitweisen Bündnispartnern keinen Pardon gibt. Dieses Interesse des kapitalistischen Privateigentums aufzudecken, ist nun in der Tat nichts anderes, als Marx auf die Gegenwart anzuwenden und das Unverzichtbare seiner

Theorie im realen Leben zu finden und deutlich zu machen. Und angesichts der unabweisbaren Realitäten der jüngsten Zeit kommt er in sanfter Korrektur des alten Engels dazu festzuhalten, daß die Ökonomie die Politik in erster Instanz determiniere - immerhin die Meinung eines Mannes, der früher nicht müde wurde, gegen den Ökonomismus und das, was er dafür hielt, zu Felde-zu ziehen.

Warum kriecht nun das kapitalistische Privatinteresse aus der demokratischen Revolution? Dies ist zweifellos das Grundproblem der jüngsten Gesamtentwicklung, dem sich Marxisten rückhaltlos stellen müssen, wollen sie neuen Grund unter die Füße bekommen. An einer Stelle bringt W.F. Haug dazu ein gutes Bild: Die bürgerliche Gesellschaft richtete sich auf gegen den Staat aber mit dem Rücken zum transnationalen Kapitalismus. Hier wird aus meiner Sicht auch die entscheidende Schwachstelle des derzeitigen zivilgesellschaftlichen Ansatzes, zu dessen Vordenkern W.F. Haug gehört, deutlich. Wird die Vermittlung zu den sozialen Interessen in der Gesellschaft verweigert, dann werden demokratische Revolution bzw. Perestroika zum Türöffner der Restauration, weil ihre Protagonisten aus der Sicht der neuen Globalagregate auf die Grenzziehung zur kapitalistischen Restauration verzichten zu können glauben. Die Folge ist dann die Flucht in einen neuen Geschichtsdefätismus, mit dem die Kapitulation legitimiert wird. Insofern bedarf es gerade der Verarbeitung der jüngsten Erfah-



rungen, bevor das Konzept eines "zivilgesellschaftlichen Marxismus" zum archimedischen Punkt wird, von dem aus die Welt aus den Angeln gehoben werden könnte.

Das Journal ist zu einem guten Teil auch ein Bildungsbuch über die Linke und ihre Kultur, ihre Zerrissenheit und Homogenität in diesen Zeiten des Umbruchs und Abgangs. Es vermittelt mit großer Einfühlsamkeit Einblicke in die Denk- und Argumentationsstrukturen von Personen und Positionen - immer wieder zentriert um die Probleme des epochalen Umbruchs. Und Haug wird es vor allem dabei deutlich, daß mit dem Zerfall der ML-Orthodoxie auch ihre Häresie gegenstandslos geworden ist, was auch marxistische Intellektuelle wie ihn in eine neue Situation stellt. Nachdem die gesellschaftliche Macht, die sich mit dem Marxismus begründete, verschwunden ist, ist auch die Frontstellung gegen sie ein Kapitel der Geschichte geworden. In gewisser Weise ist damit auch die komfortable Lage des marxistischen Kritikers am Realsozialismus - soweit er im Westen sein Domizil hatte - zu Ende und er ist in die vorderste Verteidigungslinie des Marxismus und einer sozialistischen Alternative eingerückt. Gesellschaftliche Bonität ist nun aus der Abgrenzung zum Realsozialismus nicht mehr herauszuschlagen.

Dies ist freilich nur ein Aspekt der neuen Welt ohne den alten Sozialismus, der zwar ungenügend, aber immerhin eine Realität war. Was auffällt, ist die Eurozentriertheit

des Haug'schen Universums. Es sind aber gerade die Entwicklungsländer und ihre Emanzipationsbewegungen, die nun den Abgang des Sozialismus als die Einengung ihrer Entwicklungs- und Optionsmöglichkeiten erleben müssen. Wird dies berücksichtigt, dann muß die derzeit auch in der Linken noch verbreitete Haltung, die im Sieg der kapitalistischen Restauration einen historischen Fortschritt gegenüber dem alten Sozialismus sehen will, doch als äußerst fragwürdig erscheinen.

Das Wichtigste des Journals scheint es mir zu sein, daß es den Leser in die Lage versetzt, das dramatische und wohl nicht nur Kommunisten erschütternde Jahr 1989/90 nochmals nachzuvollziehen, vieles mit den Augen W.F. Haugs neu zu sehen und im Kontext seiner dem Prozeß und seinen Widersprüchen verpflichteten Betrachtungsweise besser zu verstehen. Betroffenheiten werden geteilt und springen nochmals auf den Leser über. Es ist also ein vielschichtiges Buch, dessen Autor die Anstöße aus Peter Weiss' "Ästhetik des Widerstandes" zu Recht, wie ich meine, für sich reklamieren kann. Dies nicht nur des literarischen Erfassungsvermögens wegen, sondern vor allem aus der Bruderschaft widerständigen, sozialistischen und marxistischen Denkens. Vielleicht ist es das, weshalb man, trotz eines Realismus, der frohe Botschaften nicht verkünden kann, einen optimistischen Grundton zu verspüren meint.

Heinz Jung

# S O F O

Zeitschrift für sozialistische Theorie & Praxis

SOFO 5/90

(September)

Schwerpunkt "PDS/Linke Liste": u.a.:  
Offener Brief an Gregor Gysi \* Ein  
Trabbi ist kein Sattelschlepper \*  
LIII/PDS gegen Basisdemokratie?

SOFO 6/90

(Oktober)

Schwerpunkt "Automobile Gesellschaft": u.a. Das Auto, der Sozialismus  
und der Tod \* Wege aus der automobilisierten Gesellschaft \* Alternatives Auto oder Alternativen zu Auto.

SOFO 7/90

(November/Dezember)

Schwerpunkt "Feminisierung": u.a.  
Frauenbewußtsein und -bewegung in  
der (Ex-)DDR \* Frauen und polit. Organisationen \* Die PDS und die Frauenfrage. Außerdem: Wahlspecial.

Einzelheft DM 4,- / Jahresabo DM  
44,- (11 Ausgaben) / Förderabo DM  
60,-

Bestellungen und Probeexemplare  
bei:

Sozialistisches Forum  
Bobsir. 6-8, 5000 Köln 1